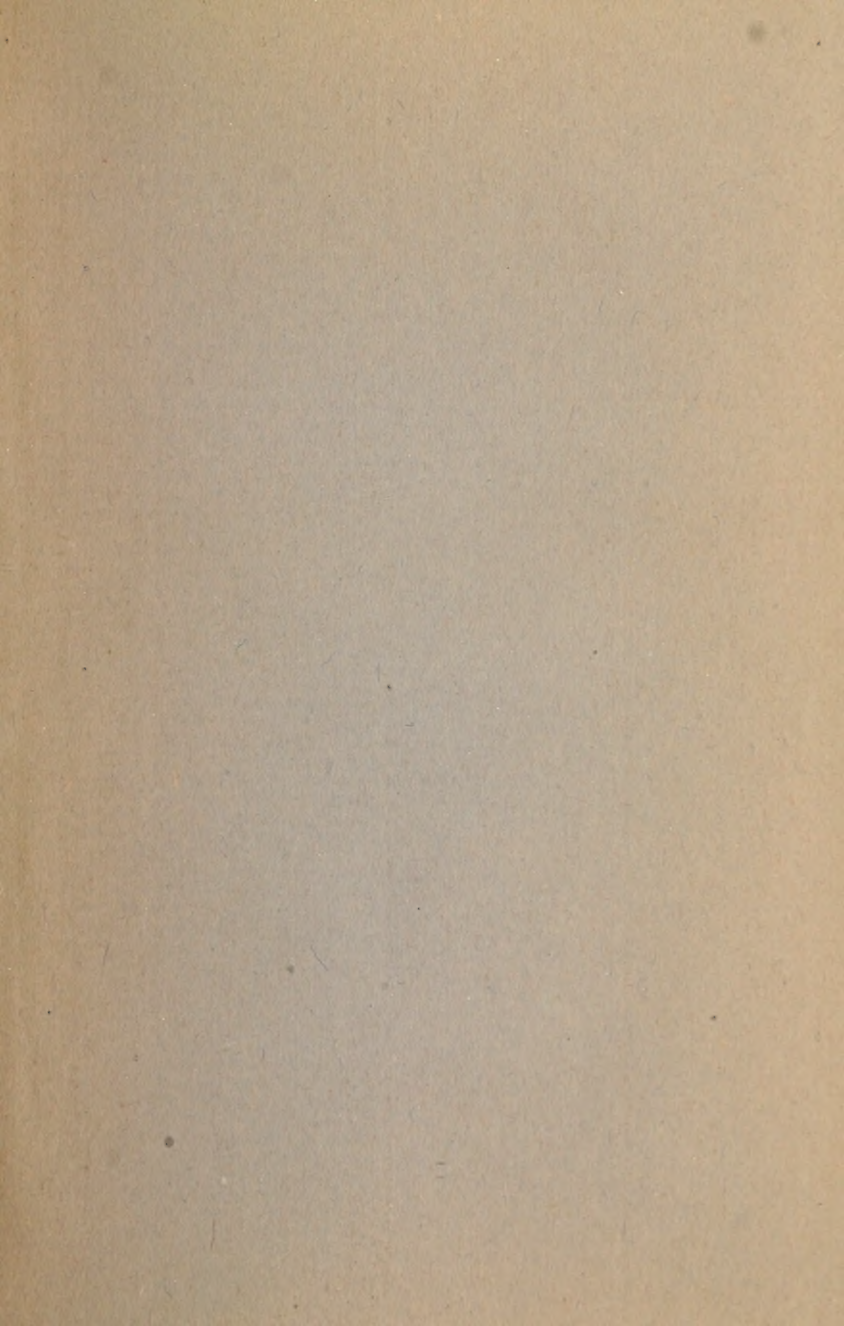
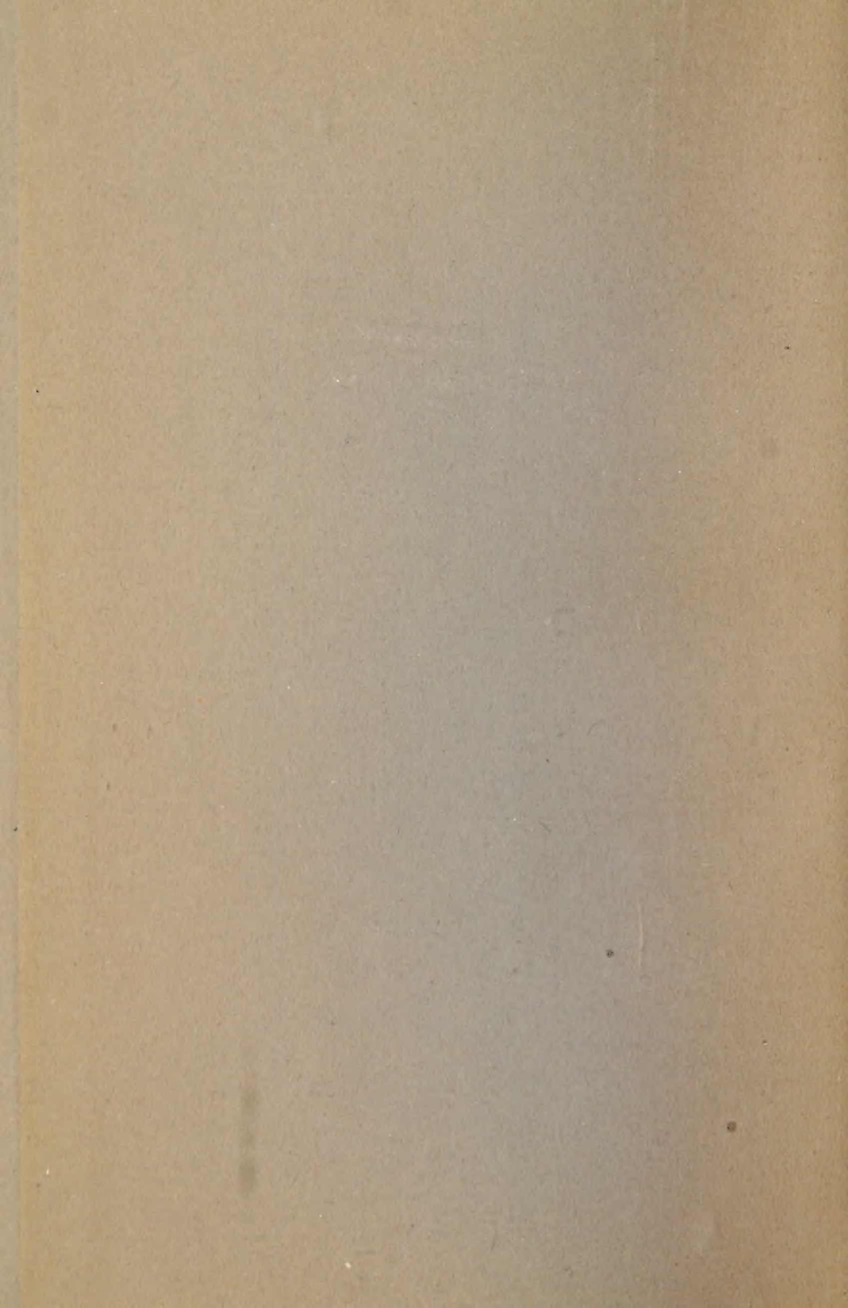
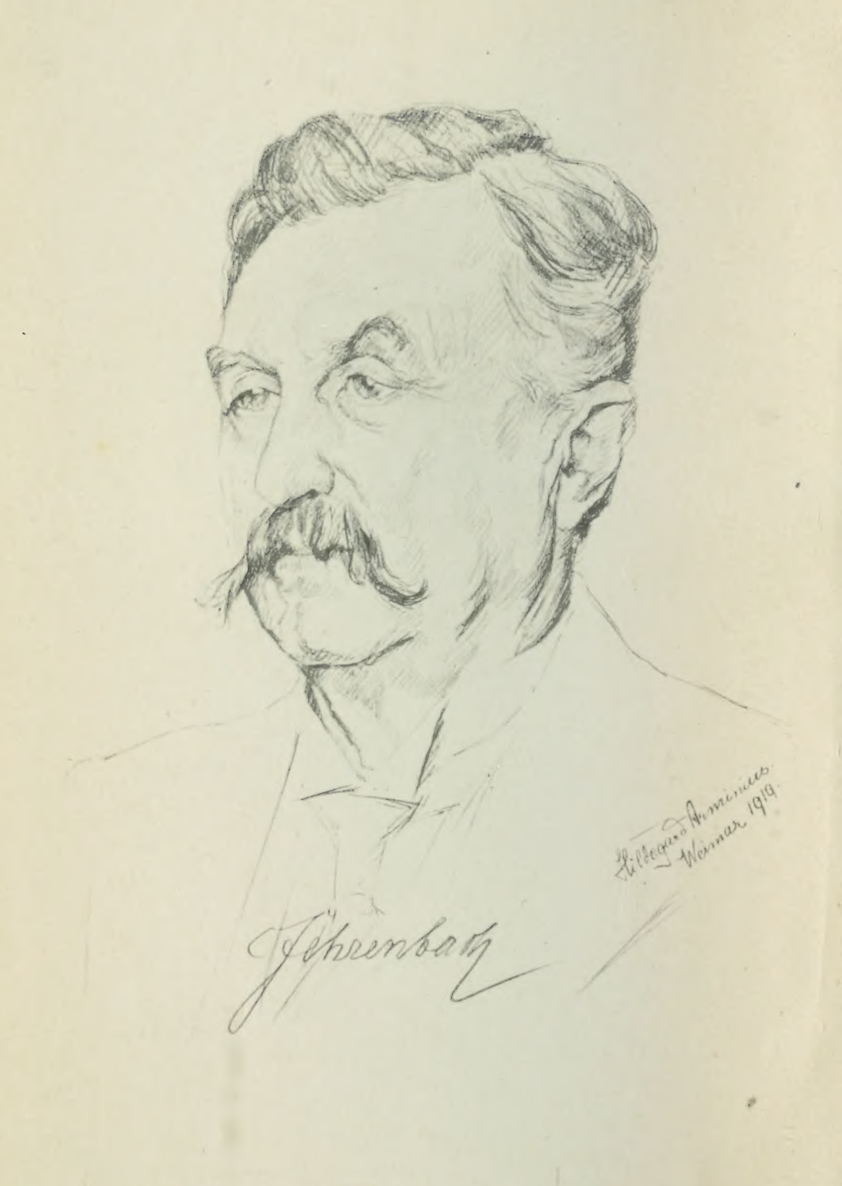
Handbuch
der verfassunggebenden
Deutschen Nationalversammlung
1919

liche Ausgabe








Hildegard Arminius
Weimar 1919
C Fehrenbach

Handbuch

der

verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung

Weimar 1919

Biographische Notizen und Bilder

Herausgegeben

vom

Bureau des Reichstags

Carl Heymanns Verlag, Berlin.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Gesetz

über die

vorläufige Reichsgewalt.

Vom 10. Februar 1919.

(Reichsgesetzblatt 1919 S. 169.)

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1.

Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen.

§ 2.

Die Einbringung von Vorlagen der Reichsregierung an die Nationalversammlung bedarf unbeschadet des Abs. 4 der Zustimmung eines Staatenausschusses. Der Staatenausschuß wird gebildet von Vertretern derjenigen deutschen Freistaaten, deren Regierungen auf dem Vertrauen einer aus allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlen hervorgegangenen Volksvertretung beruhen. Bis zum 31. März 1919 können mit Zustimmung der Reichsregierung auch andere deutsche Freistaaten Vertreter entsenden.

In dem Staatenausschusse hat jeder Freistaat mindestens eine Stimme. Bei den größeren Freistaaten entfällt grundsätzlich auf eine Million Landeseinwohner eine Stimme, wobei ein Überschuß, der mindestens der Einwohnerzahl des kleinsten Freistaats gleichkommt, einer vollen Million gleichgerechnet wird. Kein Freistaat darf durch mehr als ein Drittel aller Stimmen vertreten sein. Den Vorsitz im Staatenausschusse führt ein Mitglied der Reichsregierung.

Wenn Deutsch-Österreich sich dem Deutschen Reiche anschließt, erhält es das Recht der Teilnahme am Staatenausschusse mit einer

dem Abs. 2 entsprechenden Stimmenzahl. Bis dahin nimmt es mit beratender Stimme teil.

Kommt eine Übereinstimmung zwischen der Reichsregierung und dem Staatenausschusse nicht zustande, so darf jeder Teil seinen Entwurf der Nationalversammlung zur Beschlußfassung vorlegen.

§ 3.

Die Mitglieder der Reichsregierung und des Staatenausschusses haben das Recht, an den Verhandlungen der Nationalversammlung teilzunehmen und dort jederzeit das Wort zu ergreifen, damit sie die Ansichten ihrer Regierung vertreten.

§ 4.

Die künftige Reichsverfassung wird von der Nationalversammlung verabschiedet. Es kann jedoch der Gebietsbestand der Freistaaten nur mit ihrer Zustimmung geändert werden.

Im übrigen kommen Reichsgesetze durch Übereinstimmung zwischen der Nationalversammlung und dem Staatenausschusse zustande. Ist eine solche Übereinstimmung nicht zu erzielen, so kann der Reichspräsident die Entscheidung durch eine Volksabstimmung herbeiführen.

§ 5.

Auf die Nationalversammlung finden die Artikel 21 bis 23, 26 bis 32*) der bisherigen Reichsverfassung entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß Artikel 21 auch auf Soldaten Anwendung findet.

§ 6.

Die Geschäfte des Reichs werden von einem Reichspräsidenten geführt. Der Reichspräsident hat das Reich völkerrechtlich zu vertreten, im Namen des Reichs Verträge mit auswärtigen Mächten einzugehen sowie Gesandte zu beglaubigen und zu empfangen.

Kriegserklärung und Friedensschluß erfolgen durch Reichsgesetz.

Verträge mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.

Sobald das Deutsche Reich einem Völkerbunde mit dem Ziele des Ausschlusses aller Geheimverträge beigetreten sein wird, bedürfen

*) Siehe S. 8/9.

alle Verträge mit den im Völkerbunde vereinigten Staaten der Zustimmung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses.

Der Reichspräsident ist verpflichtet, die gemäß §§ 1 bis 4 und 6 beschlossenen Reichsgesetze und Verträge im Reichs-Gesetzblatt zu verkünden.

§ 7.

Der Reichspräsident wird von der Nationalversammlung mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt. Sein Amt dauert bis zum Amtsantritte des neuen Reichspräsidenten, der auf Grund der künftigen Reichsverfassung gewählt wird.

§ 8.

Der Reichspräsident beruft für die Führung der Reichsregierung ein Reichsministerium, dem sämtliche Reichsbehörden und die Oberste Heeresleitung unterstellt sind.

Die Reichsminister bedürfen zu ihrer Amtsführung des Vertrauens der Nationalversammlung.

§ 9.

Alle zivilen und militärischen Anordnungen und Verfügungen des Reichspräsidenten bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung durch einen Reichsminister.

Die Reichsminister sind für die Führung ihrer Geschäfte der Nationalversammlung verantwortlich.

§ 10.

Dieses Gesetz tritt mit seiner Annahme durch die Nationalversammlung in Kraft. Von diesem Zeitpunkt an kommen Gesetze sowie Verordnungen, die nach dem bisherigen Reichsrecht der Mitwirkung des Reichstages bedurften, nur gemäß § 4 dieses Gesetzes zustande.

Weimar, den 10. Februar 1919.

Der Präsident
der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

David.

Zu § 5 des vorstehenden Gesetzes:

Die Artikel 21 bis 23 und 26 bis 32 der bisherigen Reichsverfassung lauten:

Artikel 21.

Beamte bedürfen keines Urlaubs zum Eintritt in den Reichstag.

Artikel 22.

Die Verhandlungen des Reichstags sind öffentlich.

Wahrheitsgetreue Berichte über Verhandlungen in den öffentlichen Sitzungen des Reichstags bleiben von jeder Verantwortlichkeit frei.

Artikel 23.

Der Reichstag hat das Recht, innerhalb der Kompetenz des Reichs Gesetze vorzuschlagen und an ihn gerichtete Petitionen dem Bundesrat resp. Reichskanzler zu überweisen.

Artikel 26.

Ohne Zustimmung des Reichstags darf die Vertagung desselben die Frist von 30 Tagen nicht überschreiten und während derselben Session nicht wiederholt werden.

Artikel 27.

Der Reichstag prüft die Legitimationen seiner Mitglieder und entscheidet darüber. Er regelt seinen Geschäftsgang und seine Disziplin durch eine Geschäftsordnung und erwählt seinen Präsidenten, seine Vizepräsidenten und Schriftführer.

Artikel 28.

Der Reichstag beschließt nach absoluter Stimmenmehrheit. Zur Gültigkeit der Beschlußfassung ist die Anwesenheit der Mehrheit der gesetzlichen Anzahl der Mitglieder erforderlich.

Artikel 29.

Die Mitglieder des Reichstags sind Vertreter des gesamten Volkes und an Aufträge und Instruktionen nicht gebunden.

Artikel 30.

Kein Mitglied des Reichstags darf zu irgendeiner Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufs getanen Äußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden.

Artikel 31.

Ohne Genehmigung des Reichstags kann kein Mitglied desselben während der Sitzungsperiode wegen einer mit Strafe bedrohten Handlung zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden, außer wenn es bei Ausübung der Tat oder im Laufe des nächstfolgenden Tages ergriffen wird.

Gleiche Genehmigung ist bei einer Verhaftung wegen Schulden erforderlich.

Auf Verlangen des Reichstags wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs- oder Zivilhaft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben.

Artikel 32.

Die Mitglieder des Reichstags dürfen als solche keine Besoldung beziehen. Sie erhalten eine Entschädigung nach Maßgabe des Gesetzes.

Verordnung

über die

Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz).

Vom 30. November 1918.

(Reichsgesetzblatt 1918 S. 1345.)

Für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Mitglieder der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung werden in allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 2.

Wahlberechtigt sind alle deutschen Männer und Frauen, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben.

§ 3.

Die Personen des Soldatenstandes sind berechtigt, an der Wahl teilzunehmen. Die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen ist ihnen gestattet.

§ 4.

Ausgeschlossen vom Wahlrecht ist,

1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht,
2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.

§ 5.

Wählbar sind alle Wahlberechtigten, die am Wahltag seit mindestens einem Jahre Deutsche sind.

§ 6.

Die Wahlkreiseinteilung und die Zahl der Abgeordneten, die in den einzelnen Wahlkreisen zu wählen sind, ergeben sich aus der Anlage.

Sie beruht auf dem Grundsatz, daß auf durchschnittlich 150 000 Einwohner nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 ein Abgeordneter entfällt und dort, wo Landes- oder Verwaltungsbezirksgrenzen bei der Wahlkreiseinteilung berücksichtigt werden müssen, ein Überschuß von mindestens 75 000 Einwohnern vollen 150 000 gleichgerechnet wird.

§ 7.

Jeder Wahlkreis wird in Stimmbezirke geteilt, die möglichst mit den Gemeinden zusammenfallen. Große Gemeinden können in mehrere Stimmbezirke zerlegt, kleine mit benachbarten zu einem Stimmbezirke vereinigt werden.

§ 8.

Für jeden Wahlkreis wird ein Wahlkommissar, für jeden Stimmbezirk ein Wahlvorsteher und ein Stellvertreter für ihn von der nach der Wahlordnung (§ 22) zuständigen Behörde ernannt.

Der Wahlvorsteher ernennt aus den Wahlberechtigten des Stimmbezirkes drei bis sechs Beisitzer und einen Schriftführer.

Wahlvorsteher, Beisitzer und Schriftführer bilden den Wahlvorstand.

§ 9.

Für jeden Stimmbezirk wird eine Wählerliste angelegt, in welche die dort wohnhaften Wahlberechtigten eingetragen werden.

Die Wählerlisten sind spätestens vier Wochen vor dem Wahltag auf die Dauer von acht Tagen zu jedermanns Einsicht auszulegen. Ort und Zeit werden vorher unter Hinweis auf die Einspruchsfrist öffentlich bekanntgegeben.*)

Einsprüche gegen die Wählerlisten sind bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Gemeindeverwaltungsbehörde anzubringen und

*) Durch Verordnung vom 19. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt 1918 S. 14[illegible]) ist der Beginn der Auslegung auf den 30. Dezember 1918 festgesetzt.

innerhalb der nächsten vierzehn Tage zu erledigen. Hierauf werden die Listen geschlossen.*)

Über die nachträgliche Aufnahme von Angehörigen des Heeres und der Marine, die im Januar oder Februar 1919 aus dem Felde heimkehren, ergeht eine besondere Verordnung.

Für den Fall, daß sich am Wahltag noch größere geschlossene Truppenverbände außerhalb des Reiches befinden, bleibt der Erlaß einer besonderen Verordnung vorbehalten, wonach die Angehörigen dieser Truppenverbände nach ihrer Rückkehr, gegebenenfalls zugleich mit den Kriegsgefangenen, die erst nach dem Wahltag zurückkehren, in einer besonderen Nachwahl Abgeordnete zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung wählen.

§ 10.

Das Wahlrecht kann nur in dem Stimmbezirk ausgeübt werden, wo der Wahlberechtigte in die Wählerliste eingetragen ist.

Jeder darf nur an einem Orte wählen.

§ 11.

Beim Wahlkommissar sind spätestens am 21. Tage**) vor dem Wahltag Wahlvorschläge einzureichen.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens 100 im Wahlkreis zur Ausübung der Wahl berechtigten Personen unterzeichnet sein. Sie dürfen nicht mehr Namen enthalten, als Abgeordnete im Wahlkreis zu wählen sind.

Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlag anzuschließen.

In demselben Wahlkreis darf ein Bewerber nur einmal vorgeschlagen werden.

§ 12.

Mehrere Wahlvorschläge können miteinander verbunden werden.

Die Verbindung muß von den Unterzeichnern der betreffenden Wahlvorschläge oder ihren Bevollmächtigten übereinstimmend spä=

*) Durch Verordnung vom 19 Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt 1918 S. 1441) ist bestimmt, daß Einsprüche gegen die Wählerlisten binnen einer Woche zu erledigen sind.

**) Durch Verordnung vom 19 Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt 1918 S. 1441) ist als Endtermin der Einreichung von Wahlvorschlägen der 4. Januar 1919 festgesetzt.

testens am 7. Tage vor dem Wahltag beim Wahlkommissar schriftlich erklärt werden.

Verbundene Wahlvorschläge können nur gemeinschaftlich zurückgenommen werden.

Die verbundenen Wahlvorschläge gelten den andern Wahlvorschlägen gegenüber als ein Wahlvorschlag.

§ 13.

Für die Prüfung der Wahlvorschläge und ihrer Verbindung wird für jeden Wahlkreis ein Wahlausschuß gebildet, der aus dem Wahlkommissar als Vorsitzenden und vier Beisitzern besteht.

Der Wahlausschuß faßt seine Beschlüsse mit Stimmenmehrheit.

Nach der öffentlichen Bekanntgabe der zugelassenen Wahlvorschläge können diese nicht mehr zurückgenommen und ihre Verbindung kann nicht mehr aufgehoben werden.

§ 14.

Die Stimmzettel sind außerhalb des Wahlraums mit den Namen der Bewerber, denen der Wähler seine Stimme geben will, handschriftlich oder im Wege der Vervielfältigung zu versehen.

Die Namen auf den einzelnen Stimmzetteln dürfen nur einem einzigen der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnommen sein.

§ 15.

Die Wahlhandlung und die Ermittlung des Wahlergebnisses sind öffentlich.

§ 16.

Gewählt wird mit verdeckten Stimmzetteln. Abwesende können sich weder vertreten lassen, noch sonst an der Wahl teilnehmen.

§ 17.

Über die Gültigkeit der Stimmzettel entscheidet vorbehaltlich der Nachprüfung im Wahlprüfungsverfahren der Wahlvorstand mit Stimmenmehrheit. Bei Stimmengleichheit gibt der Wahlvorsteher den Ausschlag.

Die ungültigen Stimmzettel sind dem Wahlprotokoll beizufügen. Die gültigen verwahrt der Wahlvorsteher so lange versiegelt, bis die Wahl für gültig erklärt worden ist.

§ 18.

Behufs Ermittlung des Wahlergebnisses ist vom Wahlausschusse (§ 13 Abs. 1) festzustellen, wieviel gültige Stimmen abgegeben und wie viele hiervon auf jeden Wahlvorschlag und auf die verbundenen Wahlvorschläge gemeinschaftlich entfallen sind.

§ 19.

Die Abgeordnetensitze werden auf die Wahlvorschläge nach dem Verhältnis der ihnen nach § 18 zustehenden Stimmen verteilt. Die Berechnungsweise wird in der Wahlordnung (§ 22) geregelt.

§ 20.

Für die Verteilung der einem Wahlvorschlage zugeteilten Abgeordnetensitze unter die einzelnen Bewerber ist die Reihenfolge der Benennungen auf den Wahlvorschlägen maßgebend.

§ 21.

Wenn ein Abgeordneter die Wahl ablehnt oder nachträglich aus der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung ausscheidet, tritt an seine Stelle ohne die Vornahme einer Ersatzwahl der Bewerber, der demselben Wahlvorschlag oder, wenn dieser erschöpft ist, einem mit ihm verbundenen Wahlvorschlag angehört und nach dem Grundsatz des § 20 hinter dem Abgeordneten an erster Stelle berufen erscheint.

Ist ein solcher Bewerber nicht vorhanden, so bleibt der Abgeordnetensitz unbesetzt.

§ 22.

Das Wahlverfahren wird auf der Grundlage der gegenwärtigen Verordnung durch eine besondere Wahlordnung näher geregelt, die der Staatssekretär des Innern erläßt.

§ 23.

Die Kosten für die Vordrucke zu den Wahlprotokollen und für die Ermittlung des Wahlergebnisses in den Wahlkreisen werden von

den Bundesstaaten, alle übrigen Kosten des Wahlverfahrens von den Gemeinden getragen.

§ 24.

Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung finden Sonntag, den 16. Februar 1919, statt.

§ 25.

Beschließt die deutsche Nationalversammlung, daß Deutsch-Österreich seinem Wunsche entsprechend in das Deutsche Reich aufgenommen wird, so treten die deutsch-österreichischen Abgeordneten ihr als gleichberechtigte Mitglieder bei.

Voraussetzung für den Beitritt ist, daß die Abgeordneten auf Grund allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahlen unter Beteiligung auch der Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt werden. Die Zahl der Abgeordneten wird auf der Grundlage bestimmt, daß durchschnittlich auf 150 000 Seelen ein Abgeordneter entfällt. Der Wahltag braucht mit dem deutschen Wahltag nicht zusammenzufallen.

§ 26.

Diese Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 30. November 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten.
Ebert. Haase.

Der Staatssekretär des Innern.
Dr. Preuß.

Anlage.

Nr.	Je 1 Wahlkreis bilden	Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 mit Einwohnern	In dem Wahlkreis sind an Abgeordneten zu wählen
1	die Provinz Ostpreußen.	2 064 175	14
2	die Provinz Westpreußen	1 703 474	11
3	die Stadt Berlin.	2 071 257	14
4	die Reichstagswahlkreise Potsdam 1—9, soweit sie zum Regierungsbezirke Potsdam gehören	1 544 851	10
5	der Reichstagswahlkreis Potsdam 10, soweit er zum Regierungsbezirke Potsdam gehört	1 314 576	9
6	der Regierungsbezirk Frankfurt a. O.	1 233 189	8
7	die Provinz Pommern	1 716 921	11
8	die Provinz Posen	2 099 831	14
9	der Regierungsbezirk Breslau . . .	1 841 398	12
10	der Regierungsbezirk Oppeln . . .	2 207 981	15
11	der Regierungsbezirk Liegnitz . . .	1 176 583	8
12	der Regierungsbezirk Magdeburg und Anhalt	1 580 118	11
13	der Regierungsbezirk Merseburg . .	1 309 510	9
14	die Provinz Schleswig-Holstein und das zu Oldenburg gehörige Fürstentum Lübeck	1 662 304	11
15	die Regierungsbezirke Aurich und Osnabrück sowie Oldenburg ohne die Fürstentümer Birkenfeld und Lübeck	1 041 810	7
16	die Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim und Lüneburg sowie Braunschweig	2 356 856	16

Nr.	Je 1 Wahlkreis bilden	Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 mit Einwohnern	In dem Wahlkreis sind an Abgeordneten zu wählen
17	die Regierungsbezirke Münster und Minden, der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schaumburg sowie die beiden Lippe	1 971 486	13
18	der Regierungsbezirk Arnsberg. . .	2 399 849	16
19	die Provinz Hessen-Nassau ohne die Kreise Schaumburg und Schmalkalden, ferner der Kreis Wetzlar vom Regierungsbezirke Coblenz sowie Waldeck	2 251 629	15
20	die Regierungsbezicke Cöln und Aachen	1 940 317	13
21	die Regierungsbezirke Coblenz und Trier, ohne den Kreis Wetzlar, ferner das zu Oldenburg gehörige Fürstentum Birkenfeld	1 750 819	12
22	die Reichstagswahlkreise Düsseldorf 1—5, soweit sie zum Regierungsbezirke Düsseldorf gehören. . . .	1 820 598	12
23	die Reichstagswahlkreise 6—12 des Regierungsbezirkes Düsseldorf . .	1 597 790	11
24	die Regierungsbezirke Oberbayern und Schwaben.	2 321 918	15
25	die Regierungsbezirke Niederbayern und Oberpfalz	1 324 613	9
26	die Regierungsbezirke Ober-, Mittel- und Unterfranken	2 303 673	15
27	der Regierungsbezirk Pfalz	937 085	6
28	die sächsischen Reichstagswahlkreise 1—9	1 771 117	12

Nr.	Je 1 Wahlkreis bilden	Nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 mit Einwohnern	In dem Wahlkreis sind an Abgeordneten zu wählen
29	die sächsischen Reichstagswahlkreise 10—14	1 165 330	8
30	die sächsischen Reichstagswahlkreise 15—23	1 870 214	12
31	der Neckarkreis und der Jagstkreis .	1 297 538	9
32	der Schwarzwaldkreis und der Donaukreis sowie der Regierungsbezirk Sigmaringen	1 211 047	8
33	Baden	2 142 833	14
34	Hessen	1 282 051	9
35	Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Lübeck	862 999	6
36	die thüringischen Staaten Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg- und Gotha, die beiden Schwarzburg und die beiden Reuß sowie der Regierungsbezirk Erfurt und der zur Provinz Hessen-Nassau gehörige Kreis Schmalkalden . . .	2 160 692	14
37	Hamburg, Bremen und der Regierungsbezirk Stade	1 743 545	12
38	Elsaß-Lothringen	1 874 014	12
		Zusammen	433

*) Durch Verordnung vom 6. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt 1919 S. 1403) sind die Wahlkreise 31 und 32 zu einem Wahlkreise vereinigt, in dem 17 Abgeordnete zu wählen sind.

Verordnung
zur
Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918.

Vom 28. Dezember 1918.

(Reichsgesetzblatt 1918 S. 1479.)

Artikel I.

Auf Grund von § 9 Abs. 4 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1345) wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Angehörigen des Heeres und der Marine, die vom 7. Januar 1919 ab aus dem Felde heimkehren, sind ohne Eintragung in die Wählerliste auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr dort zur Wahl zuzulassen, wo sie sich am Wahltag aufhalten.

§ 10 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes findet keine Anwendung.

§ 2.

Die Bescheinigungen über die Heimkehr dürfen nur für Wahlberechtigte (§§ 2, 4 des Reichswahlgesetzes) ausgestellt werden.

Die Bescheinigungen müssen Vor- und Zunamen, Alter, Stand oder Gewerbe und Wohnort des Heeres- oder Marineangehörigen sowie die Angabe enthalten, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimkehrt. Sie werden von den nächsten

dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompagnieführers oder (an Bord) des Kommandanten nach folgendem Muster ausgestellt:

Bescheinigung.

(Truppenteil) (Datum)

Dem (Vor- und Zuname) ....
geboren am ....
(Stand oder Gewerbe) ....
wohnhaft in ....
wird zwecks Ausübung der Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung hiermit bescheinigt, daß er erst nach dem 6. Januar 1919 aus dem Felde heimkehrt.

(Dienstsiegel.) (Unterschrift.)
(Dienstgrad.)

Die Kriegsministerien von Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg sowie das Reichs-Marineamt erlassen die erforderlichen Anweisungen an die militärischen Dienststellen.

§ 3.

Der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter hat die Bescheinigung dem Wähler vor der Ausübung des Wahlrechts abzunehmen.

Die Bescheinigungen werden dem Wahlprotokolle beigefügt; ihre Zahl wird in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlumschläge vermerkt.

Artikel II.

In Ergänzung des § 9 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes wird folgendes angeordnet:

Wahlberechtigte Beamte und Arbeiter in Staatsbetrieben, die ihren dienstlichen Wohnsitz im Ausland haben, sowie die wahlberechtigten Angehörigen ihres Hausstandes sind auf Antrag in die Wählerliste der zunächstgelegenen deutschen Gemeinde einzutragen, auch wenn die Auslegungsfrist verstrichen ist.

Artikel III.

Die Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 28. Dezember 1918.

Der Rat der Volksbeauftragten.

Ebert. Haase.

Der Staatssekretär des Innern.

Dr. Preuß.

Verordnung

über die

Teilnahme der Angehörigen der deutsch-österreichischen Republik an den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Vom 7. Januar 1919.

(Reichsgesetzblatt 1919 S. 13.)

Zur Ergänzung des deutschen Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1345) wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Angehörigen der deutsch-österreichischen Republik, die am 19. Januar 1919 das 20. Lebensjahr vollendet haben und nicht bei entsprechender Anwendung von § 4 des Reichswahlgesetzes vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, haben das Recht, an den Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung in der Gemeinde teilzunehmen, in der sie innerhalb des Deutschen Reiches ihren Wohnsitz haben.

§ 2.

Das Wahlrecht kann auf Grund einer Bescheinigung ausgeübt werden, die von einer in Deutschland befindlichen diplomatischen oder konsularischen Vertretungsbehörde Deutsch-Österreichs oder Österreich-Ungarns mit folgendem Inhalt ausgestellt wird:

Bescheinigung.

Dem (Vor- und Zuname) .... geboren am .. .
.... (Stand oder Gewerbe) ....
wohnhaft in .... wird zwecks Ausübung der Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung hiermit bescheinigt, daß er ein Angehöriger der deutsch-österreichischen Republik ist und keine Umstände bekannt sind, wonach er bei entsprechender Anwendung des § 4 des deutschen Wahlgesetzes vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1345) vom Wahlrecht ausgeschlossen sein könnte.

(Dienstsiegel.)

(Bezeichnung der deutsch-österreichischen oder österreichisch-ungarischen Gesandtschafts- oder Konsulatsbehörde.)
(Unterschrift.)

§ 3.

§ 10 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes findet auf die Angehörigen der deutsch-österreichischen Republik keine Anwendung.

§ 4.

Der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter hat dem Wähler die Bescheinigung vor der Ausübung des Wahlrechts abzunehmen.

Die Bescheinigungen werden dem Wahlprotokoll beigefügt; ihre Zahl wird in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlumschläge vermerkt.

§ 5.

Die Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 7. Januar 1919.

Der Rat der Volksbeauftragten.
Ebert. Scheidemann.

Der Staatssekretär des Innern.
Dr. Preuß.

Verordnung

zur

Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918.

Vom 14. Januar 1919.

(Reichsgesetzblatt 1919 S. 32.)

Zur Ergänzung des deutschen Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1345) wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Angehörigen des Heeres und der Marine, die am 19. Januar 1919 zur Bewachung von Wahlräumen kommandiert und daher verhindert sind, in ihrem Wohnort zu wählen, sind berechtigt, das Wahlrecht in den Wahlräumen, zu deren Bewachung sie kommandiert sind, auszuüben, auch wenn sie dort in die Wählerliste nicht eingetragen sind.

§ 10 Abs. 1 des Reichswahlgesetzes findet auf sie keine Anwendung.

§ 2.

Das Wahlrecht kann von ihnen auf Grund einer Bescheinigung ausgeübt werden, die von dem nächsten dienstlichen Vorgesetzten in der Stellung mindestens eines Kompagnieführers mit folgendem Inhalt ausgestellt wird:

Bescheinigung.

(Truppenteil) (Datum)

Dem (Vor- und Zuname) ....
geboren am ....
(Stand oder Gewerbe) ....
wohnhaft in ....
wird zwecks Ausübung der Wahl zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung hiermit bescheinigt, daß er zur Bewachung des Wahlraums für den Stimmbezirk .... kommandiert und daher verhindert ist, an seinem Wohnort das Wahlrecht auszuüben.

(Dienstsiegel.) (Unterschrift.)
(Dienstgrad.)

Die Kriegsministerien von Preußen, Bayern, Sachsen und Württemberg sowie das Reichs-Marineamt erlassen die erforderlichen Anweisungen an die militärischen Dienststellen.

§ 3.

Der Wahlvorsteher oder sein Stellvertreter hat die Bescheinigung dem Wähler vor der Ausübung des Wahlrechts abzunehmen.

Die Bescheinigungen werden dem Wahlprotokolle beigefügt; ihre Zahl wird in dem Abschnitt des Wahlprotokolls über die Zählung der Wahlumschläge vermerkt.

§ 4.

Die Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 14. Januar 1919.

Der Rat der Volksbeauftragten.
Ebert. Scheidemann.

Der Staatssekretär des Innern.
Dr. Preuß.

Verordnung

zur

Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918.

Vom 14. Januar 1919.

(Reichsgesetzblatt 1919 S. 55.)

Zur Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Der Artikel I der Verordnung vom 28. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1479) findet auf die aus dem Felde, der Internierung und der Gefangenschaft heimkehrenden Angehörigen der Schutztruppen entsprechende Anwendung.

§ 2.

Die Bescheinigungen über die Heimkehr nach § 2 der Verordnung vom 28. Dezember 1918 werden vom Reichs-Kolonialamt, Kommando der Schutztruppen, ausgestellt.

§ 3.

Die Verordnung hat Gesetzeskraft und tritt mit ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 14. Januar 1919.

Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann.

Der Staatssekretär des Innern.

Dr. Preuß.

Verordnung

zur

Ergänzung der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918.

Vom 21. Januar 1919.

(Reichsgesetzblatt 1919 S. 93.)

Zur Ergänzung des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1345) wird folgendes angeordnet:

§ 1.

Die Angehörigen der im Osten stehenden Truppenverbände sind berechtigt, am 2. Februar 1919 in allgemeiner, gleicher und geheimer Wahl zwei Abgeordnete zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung zu wählen, soweit die Angehörigen an diesem Tage wahlberechtigt sind und sich noch außerhalb des Reichsgebiets befinden.

§ 2.

Die örtlichen Soldatenräte werden ermächtigt, die Wahlen unter tunlichster Anlehnung an die für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung geltenden Vorschriften durchführen zu lassen.

§ 3.

Das Wahlergebnis ist unverzüglich dem Reichsamt des Innern unter Darlegung des Wahlverfahrens zu melden.

Berlin, den 21. Januar 1919.

Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann.

Der Staatssekretär des Innern.

Dr. Preuß.

Verordnung
über die
Berufung der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Vom 21. Januar 1919.

(Reichsgesetzblatt 1919 S. 93.)

Die am 19. Januar 1919 gewählte verfassunggebende deutsche Nationalversammlung wird berufen, am 6. Februar 1919 in Weimar zusammenzutreten. Der Staatssekretär des Innern wird mit den zu diesem Zwecke nötigen Vorbereitungen beauftragt.

Berlin, den 21. Januar 1919.

Die Reichsregierung.
Ebert. Scheidemann.

Der Staatssekretär des Innern.
Dr. Preuß.

Wahlordnung
für die
Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.
Vom 30. November 1918.
(Reichsgesetzblatt 1918 S. 1353.)

Auf Grund des § 22 der Verordnung über die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung (Reichswahlgesetz) vom 30. November 1918 (Reichs=Gesetzbl. S. 1345) wird folgende Wahlordnung erlassen:

§ 1.

Für jede Gemeinde (selbständigen Gutsbezirk und desgleichen) ist die Wählerliste nach dem in der Anlage A beigefügten Vordruck von dem Gemeindevorstand (Ortsvorstand, Inhaber eines selbständigen Gutsbezirkes, Magistrat usw.) in zwei gleichlautenden Stücken aufzustellen.

Anlage A.

In Gemeinden, die in mehrere Stimmbezirke zerfallen, werden die Wählerlisten für die einzelnen Bezirke besonders aufgestellt.

§ 2.

In die Wählerliste sind alle Wahlberechtigten nach Zu= und Vornamen, Alter, Gewerbe und Wohnort in alphabetischer Ordnung einzutragen.

Es können nach Geschlechtern getrennte Wählerlisten angelegt werden.

In den Städten dürfen die Wählerlisten auch in der Art angelegt werden, daß die Straßen nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Namen, innerhalb der Straßen die Häuser nach ihrer Nummer und innerhalb jedes Hauses die Wahlberechtigten in alphabetischer Reihenfolge eingetragen werden.*)

---

*) Abgeändert durch Verordnung vom 19. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt S. 1442). Siehe Seite 70.

§ 3.

Der Tag, von dem ab die Wählerlisten auszulegen sind, wird vom Staatssekretär des Innern bestimmt.

Der Gemeindevorstand hat vor der Auslegung der Wählerlisten in ortsüblicher Weise bekanntzugeben, wo und wie lange die Wählerlisten zu jedermanns Einsicht ausgelegt werden, sowie in welcher Zeit und in welcher Weise Einsprüche gegen die Wählerlisten zu erheben sind.

§ 4.

Wer die Wählerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Gemeindeverwaltungsbehörde oder einem von ihr ernannten Kommissar schriftlich anzeigen oder zu Protokoll geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen.

Wenn der Einspruch nicht sofort für begründet erachtet wird, entscheidet über ihn die nach § 10 zuständige Behörde.

Die Entscheidung muß binnen vierzehn Tagen nach Ablauf der Auslegungsfrist erfolgt und den Beteiligten bekanntgegeben sein.

§ 5.

Im Falle einer Berichtigung der Wählerliste sind die Gründe der Streichungen und Nachträge am Rande der Liste unter Angabe des Datums kurz zu vermerken. Etwaige Belege sind dem Hauptstück der Wählerliste beizuheften.

§ 6.

Nach dem Ablauf der Auslegungsfrist können in die Wählerliste Wahlberechtigte nur in Erledigung rechtzeitig angebrachter Einsprüche aufgenommen werden.

Verlegt ein Wahlberechtigter nach diesem Zeitpunkt seinen Wohnsitz nach einem anderen Stimmbezirke, so ist er berechtigt, sich nach Löschung seines Namens in der Wählerliste seines bisherigen Stimmbezirkes auf Grund einer hierüber von der Gemeindebehörde auszustellenden Bescheinigung im Stimmbezirke seines neuen Wohnsitzes nachträglich in die Wählerliste aufnehmen zu lassen.

§ 7.

Die beiden gleichmäßig berichtigten Stücke der Wählerliste sind nach Ablauf der Frist des § 4 Abs. 3 vom Gemeindevorstand abzuschließen und zu unterschreiben.

Hierbei hat der Gemeindevorstand eine Bescheinigung darüber auszustellen, daß und wie lange die Wählerliste ausgelegen hat, sowie daß die Bekanntmachung hierüber und ebenso die im § 30 vorgeschriebenen ortsüblichen Bekanntmachungen erfolgt sind. Außerdem ist auf dem zweiten Stücke der Wählerliste amtlich zu bescheinigen, daß es mit dem Hauptstück völlig übereinstimmt.

§ 8.

Das Hauptstück der Wählerliste nebst den Belegen hat der Gemeindevorstand sorgfältig aufzubewahren, das zweite Stück dagegen dem Wahlvorsteher zur Benutzung bei der Wahl zu übersenden.

In Stimmbezirken, die aus mehr als einer Gemeinde bestehen, heften die Wahlvorsteher die ihnen aus den einzelnen Gemeinden zugehenden Wählerlisten zu einer Wählerliste zusammen.

§ 9.

Jeder Stimmbezirk soll durchschnittlich 2500, höchstens 3500 Einwohner nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 umfassen.

Die zuständigen Behörden haben dem Wahlkommissar über die Abgrenzung der Stimmbezirke unverzüglich Anzeige zu erstatten.

§ 10.

Aus der Anlage B ergeben sich die Behörden, die in den einzelnen Bundesstaaten für die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten, die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter und die Bestimmung des Wahlraums zuständig sind.

Anlage B.

Sind die dort genannten Behörden durch andere ersetzt worden, so treten diese an ihre Stelle.

§ 11.

Die Wahlkommissare sind unverzüglich nach dem Erlasse dieser Verordnung zu ernennen; die Ernennung ist öffentlich bekanntzumachen.

Den Wahlkommissar ernennt für die preußischen Wahlkreise, falls sie mehrere Regierungsbezirke umfassen, der Oberpräsident, sonst der Regierungspräsident. Gehören zu diesen Kreisen die Gebiete anderer Bundesstaaten, so sind zuvor die beteiligten Landesregierungen zu hören.

Den Wahlkommissar für den 32. Wahlkreis ernennt die Landesregierung von Württemberg, für den 35. Wahlkreis die Landesregierung von Mecklenburg-Schwerin, für den 36. Wahlkreis die Landesregierung von Sachsen-Weimar und für den 37. Wahlkreis die Landesregierung von Hamburg nach Anhörung der mitbeteiligten Landesregierungen.

Im übrigen ernennt die Landesregierung den Wahlkommissar.

§ 12.

Der Wahlkommissar hat spätestens vier Wochen vor dem Wahltag zur Einreichung von Wahlvorschlägen durch eine Bekanntmachung in den zu amtlichen Veröffentlichungen dienenden Blättern des Wahlkreises aufzufordern.*)

In der Bekanntmachung sind die Tage zu bezeichnen, an denen spätestens die Wahlvorschläge einzureichen und die Verbindungen von Wahlvorschlägen zu erklären sind.

Die Bekanntmachung soll die Vorschriften über Beschaffenheit und Inhalt der Wahlvorschläge wiedergeben.

Möglichst gleichzeitig, spätestens vor Ablauf der Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge sind die Namen der Beisitzer des Wahlausschusses (§ 22) öffentlich bekanntzugeben.

§ 13.

Wahlvorschläge können auch vor der öffentlichen Aufforderung eingereicht werden, sobald der Wahlkommissar ernannt ist.

§ 14.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Ruf- und Familiennamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihr

*) Durch Verordnung vom 19. Dezember 1918 (Reichsgesetzblatt 1918 S. 1441) ist bestimmt worden, daß die Wahlkommissare die Aufforderung zur Einreichung der Wahlvorschläge sofort zu erlassen haben. Durch Verordnung vom 9. Januar 1919 (Reichsgesetzblatt S. 19) ist bestimmt, daß im 8. Wahlkreis (Provinz Posen) die Wahlvorschläge spätestens am 10. Januar 1919 beim Wahlkommissar einzureichen sind.

Wohnort so deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht.

Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

§ 15.

Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angabe ihres Berufs oder Standes und ihrer Wohnung beifügen.

Gleichzeitig mit dem Wahlvorschlage sind außer den durch § 11 Abs. 3 des Reichswahlgesetzes vorgeschriebenen Zustimmungserklärungen der vorgeschlagenen Bewerber Bescheinigungen der Gemeindebehörden vorzulegen, daß die Unterzeichner in die Wählerliste aufgenommen worden sind. Die Gemeindebehörden haben solche Bescheinigungen auf Antrag unverzüglich gebührenfrei auszustellen.

§ 16.

In jedem Wahlvorschlage soll ein Vertrauensmann bezeichnet werden, der für die Verhandlungen mit dem Wahlkommissar und dem Wahlausschusse, zur Rücknahme des Wahlvorschlags sowie zur Abgabe und Rücknahme von Verbindungserklärungen bevollmächtigt ist. In derselben Weise kann ein Stellvertreter des Vertrauensmanns bezeichnet werden.

Fehlt die Bezeichnung des Vertrauensmanns, so gilt der erste Unterzeichner als solcher.

Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner eines Wahlvorschlags schriftlich, daß der Vertrauensmann oder sein Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmanns, sobald die Erklärung dem Wahlkommissar zugeht.

§ 17.

Der Wahlkommissar hat die Vertrauensmänner unverzüglich zur Beseitigung von Mängeln der eingereichten Wahlvorschläge aufzufordern.

Die Mängel der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen können nur bis zum 7. Tage vor dem Wahltag beseitigt werden. Innerhalb derselben Frist müssen Bewerber, die auf mehreren Wahlvorschlägen desselben Wahlkreises benannt sind, dem Wahlkommissar erklären, für welchen Wahlvorschlag sie sich entscheiden.

§ 18.

Bewerber, gegen deren Wählbarkeit der Wahlkommissar Bedenken erhebt, können innerhalb der Frist des § 17 Abs. 2 durch andere ersetzt werden, wenn mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschlags einen entsprechenden Antrag schriftlich stellt.

In gleicher Weise kann die Zahl der Bewerber bis zur gesetzlichen Höchstzahl (§ 11 des Reichswahlgesetzes) nachträglich ergänzt werden.

§ 19.

Der Wahlkommissar soll darauf hinwirken, daß nicht dieselben Unterschriften unter mehreren Wahlvorschlägen stehen.

§ 20.

Jeder Wahlvorschlag darf nur einer Gruppe von verbundenen Wahlvorschlägen angehören.

Sind Erklärungen abgegeben worden, nach denen ein Wahlvorschlag verschiedenen Gruppen angehören soll, so hat der Wahlkommissar durch eine Verhandlung mit den Vertrauensmännern auf eine vorschriftsmäßige Verbindung der Wahlvorschläge hinzuwirken.

§ 21.

Der Vertrauensmann kann gegen Verfügungen, die der Wahlkommissar auf Grund der §§ 17 bis 20 erläßt, die Entscheidung des Wahlausschusses anrufen.

§ 22.

Zwecks Bildung des Wahlausschusses beruft der Wahlkommissar vier Wahlberechtigte aus dem Wahlkreis und verpflichtet sie durch Handschlag an Eides Statt. Der Wahlkommissar soll zwei Wahlberechigte bestimmen, die bei Behinderung der Beisitzer für diese einzutreten haben.

Außerdem hat er einen Schriftführer hinzuzuziehen und in gleicher Weise zu verpflichten.

Die Beisitzer des Wahlausschusses erhalten keine Vergütung.

§ 23.

Der Wahlausschuß entscheidet unverzüglich nach dem Ablauf der Frist für die Beseitigung von Mängeln (§ 17 Abs. 2) in öffentlicher Sitzung über die Zulassung der Wahlvorschläge und ihrer Verbindungen.

§ 24.

In den Wahlvorschlägen werden die Namen der Bewerber gestrichen, deren Persönlichkeit nicht feststeht, deren Zustimmungserklärung fehlt, die nachgewiesenermaßen nicht wählbar sind oder die auf mehreren Wahlvorschlägen desselben Wahlkreises benannt sind.

Bewerber, die auf demselben Wahlvorschlage mehrmals benannt sind, gelten als nur einmal vorgeschlagen.

Bleiben danach auf einem Wahlvorschlage mehr Namen stehen, als nach § 11 des Reichswahlgesetzes zulässig sind, so werden die Namen gestrichen, die in der Reihenfolge der Benennungen der gesetzlich zugelassenen Zahl nachfolgen.

§ 25.

Nicht zuzulassen sind Wahlvorschläge oder Verbindungen von solchen, die verspätet eingereicht oder erklärt sind oder den gesetzlichen Erfordernissen nicht entsprechen.

Kommt bei der Verhandlung nach § 20 Abs. 2 eine Einigung nicht zustande, so sind die in Betracht kommenden Verbindungen nicht zuzulassen.

§ 26.

Werden Namen auf Wahlvorschlägen gestrichen oder Wahlvorschläge oder Verbindungen von solchen nicht zugelassen, so ist hiervon dem Vertrauensmann unter Beifügung von Gründen Mitteilung zu machen.

§ 27.

Der Name des Bewerbers, der in dem Wahlvorschlag an erster Stelle genannt ist, dient zur Bezeichnung des Wahlvorschlags.

§ 28.

Der Wahlausschuß hat gleichzeitig sämtliche zugelassenen Wahlvorschläge in der Form, in der sie zugelassen werden, aber unter Weglassung der Namen der Unterzeichner und Vertrauensmänner, spätestens am 5. Tage vor dem Wahltag durch die zu amtlichen Veröffentlichungen dienenden Blätter des Wahlkreises bekanntzumachen.

Hierbei ist zugleich anzugeben, welche Wahlvorschläge miteinander verbunden sind.

In der Bekanntmachung soll die rechtliche Bedeutung der Wahlvorschläge und ihrer Verbindung kurz erläutert werden.

§ 29.

Die nach § 10 zuständigen Behörden haben bei der Ernennung des Wahlvorstehers und seines Stellvertreters zugleich den Raum zu bestimmen, in dem die Wahl vorzunehmen ist.

*)

§ 30.

Die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Ernennung des Wahlvorstehers und seines Stellvertreters, die Bestimmung des Wahlraums sowie Tag und Stunde der Wahlen sind spätestens am 7. Tage vor dem Wahltag durch die zu amtlichen Veröffentlichungen dienenden Blätter zu veröffentlichen und außerdem von den Gemeindevorständen in ortsüblicher Weise bekanntzugeben.

§ 31.

Die Wahlhandlung beginnt um 9 Uhr vormittags.

§ 32.

Der Wahlvorsteher lädt die Mitglieder des Wahlvorstandes spätestens am 3. Tage vor dem Wahltag ein, bei Beginn der Wahlhandlung zur Bildung des Wahlvorstandes im Wahlraum zu erscheinen.

Die Mitglieder des Wahlvorstandes erhalten keine Vergütung.

§ 33.

Der Tisch, an dem der Wahlvorstand Platz nimmt, ist so aufzustellen, daß er von allen Seiten zugänglich ist.

An diesen Tisch wird ein verdecktes Gefäß (Wahlurne) zum Hineinlegen der Stimmzettel gestellt. Die Wahlurne muß viereckig sein. Im Innern gemessen muß ihre Höhe mindestens 90 Zentimeter und der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand mindestens 35 Zentimeter betragen. Im Deckel muß die Wahlurne einen Spalt haben, der nicht breiter als 2 Zentimeter sein darf und durch den die Umschläge mit den Stimmzetteln hineingesteckt werden müssen. Vor dem Beginne der Abstimmung hat sich der Wahlvorstand davon zu überzeugen, daß die Wahlurne leer ist. Von da ab bis zur Herausnahme der Umschläge mit den Stimmzetteln nach Schluß der Abstimmung darf die Wahlurne nicht wieder geöffnet werden.

Es ist entweder durch Bereitstellung eines oder mehrerer Nebenräume, die nur durch das Wahllokal betretbar und unmittelbar mit

*) Durch Verordnung vom 19. Dezember 1918 (RGBl. S. 1442) ist ein zweiter Absatz eingefügt siehe Seite 70.

ihm verbunden sind, oder durch Vorrichtungen an einem oder mehreren von dem Vorstandstische getrennten Nebentischen Vorsorge dafür zu treffen, daß der Wähler seinen Stimmzettel unbeobachtet in den Umschlag zu legen vermag.

Je ein Abdruck des Reichswahlgesetzes, dieser Wahlordnung und der nach § 28 für den Wahlkreis erlassenen Bekanntmachung ist im Wahlraum auszulegen.

§ 34.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier und dürfen mit keinem Kennzeichen versehen sein; sie sollen 9 : 12 Zentimeter groß und von mittelstarkem Schreibpapier sein und sind von dem Wähler in einem mit amtlichem Stempel versehenen Umschlag, der sonst kein Kennzeichen haben darf, abzugeben. Die Umschläge sollen 12 : 15 Zentimeter groß und aus undurchsichtigem Papier hergestellt sein; sie sind in der erforderlichen Zahl bereitzuhalten.

Im Wahlraum dürfen Stimmzettel weder aufgelegt noch verteilt werden.

§ 35.

Die Wahlhandlung wird damit eröffnet, daß der Wahlvorsteher den Schriftführer und die Beisitzer durch Handschlag an Eides Statt verpflichtet und so den Wahlvorstand bildet.

Zu keiner Zeit der Wahlhandlung dürfen weniger als drei Mitglieder des Wahlvorstandes gegenwärtig sein. Der Wahlvorsteher und der Schriftführer dürfen sich während der Wahlhandlung nicht gleichzeitig entfernen; verläßt einer von ihnen vorübergehend den Wahlraum, so ist mit seiner Vertretung ein anderes Mitglied des Wahlvorstandes zu beauftragen.

§ 36.

Zutritt zum Wahlraum hat jeder Wahlberechtigte (§ 2 des Reichswahlgesetzes). Ansprachen darf niemand darin halten. Nur der Wahlvorstand darf über das Wahlgeschäft beraten und beschließen.

Der Wahlvorstand kann jeden aus dem Wahlraum verweisen, der die Ruhe und Ordnung der Wahlhandlung stört; ein Wahlberechtigter des Stimmbezirkes, der hiervon betroffen wird, darf vorher seine Stimme abgeben.

§ 37.

Der Wahlvorsteher leitet die Wahl.

Der Wähler, der seine Stimme abgeben will, nimmt einen abgestempelten Umschlag aus der Hand einer Person, die der Wahlvorstand in der Nähe des Zuganges zu dem Nebenraum oder Nebentische (§ 33 Abs. 3) aufgestellt hat. Er begibt sich sodann in den Nebenraum oder an den Nebentisch, steckt dort seinen Stimmzettel in den Umschlag, tritt an den Vorstandstisch, nennt seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergibt, sobald der Schriftführer den Namen in der Wählerliste aufgefunden hat, den Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher oder dessen Stellvertreter, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legt.

Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihre Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und diese dem Wahlvorsteher zu übergeben, dürfen sich der Beihilfe einer Vertrauensperson bedienen.

Stimmzettel, die nicht in dem abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgegeben werden, hat der Wahlvorsteher zurückzuweisen, ebenso die Stimmzettel von Wählern, die sich nicht in den Nebenraum oder an den Nebentisch begeben haben.

Der Wahlvorsteher hat darauf zu halten, daß die Wähler in dem Nebenraum oder an dem Nebentische nur so lange verweilen, als unbedingt erforderlich ist, um den Stimmzettel in den Umschlag zu stecken.

§ 38.

Der Schriftführer vermerkt die Stimmabgabe jedes Wählers neben dessen Namen in der Wählerliste.

§ 39.

Um 8 Uhr nachmittags erklärt der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen. Hiernach dürfen keine Stimmzettel mehr angenommen werden.

Die Umschläge werden aus der Wahlurne genommen und uneröffnet gezählt. Zugleich wird die Zahl der Abstimmungsvermerke in der Wählerliste festgestellt § (38). Ergibt sich dabei auch nach wieder-

holter Zählung eine Verschiedenheit, so ist dies im Wahlprotokoll anzugeben und, soweit möglich, zu erläutern.

§ 40.

Kann die Prüfung der Umschläge und Stimmzettel am Wahltag nicht mehr vorgenommen werden, so hat der Wahlvorsteher für die Versiegelung und Aufbewahrung der uneröffneten Wahlvorschläge Sorge zu tragen.

§ 41.

Bei der Prüfung des Abstimmungsergebnisses, die spätestens am nächstfolgenden Tage erfolgen muß, öffnet ein Beisitzer die Umschläge, nimmt die Stimmzettel heraus und übergibt sie dem Wahlvorsteher, der sie laut vorliest und nebst den Umschlägen einem anderen Beisitzer zur Aufbewahrung bis zum Ende der Wahlhandlung übergibt.

§ 42.

Ungültig sind Stimmzettel,

1. die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag oder die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind;
2. die nicht von weißem Papier sind;
3. die mit einem Kennzeichen versehen sind;
4. die keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten;
5. aus denen nicht die Person mindestens eines Bewerbers unzweifelhaft zu erkennen ist;
6. die eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Gewählten enthalten;
7. die Namen aus verschiedenen Wahlvorschlägen enthalten;
8. die ausschließlich auf andere als die in den öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschlägen aufgeführten Personen lauten.

Mehrere in einem Umschlag enthaltene gleichlautende Stimmzettel gelten als eine Stimme; in einem Umschlag enthaltene, auf verschiedene Personen lautende Stimmzettel sind ungültig.

Die gültigen Stimmzettel sind ohne Rücksicht auf ihre Vollständigkeit und die Reihenfolge der Benennungen den einzelnen Wahlvorschlägen zuzurechnen.

§ 43.

Der Schriftführer vermerkt im Protokoll jede dem einzelnen Wahlvorschlage zugefallene Stimme und zählt die Stimmen laut.

In gleicher Weise führt einer der Beisitzer eine Gegenliste, die ebenso wie die Wählerliste beim Schlusse der Wahlhandlung vom Wahlvorstande zu unterschreiben und dem Protokoll beizufügen ist.

§ 44.

Die Stimmzettel, über deren Gültigkeit oder Ungültigkeit der Wahlvorstand Beschluß fassen muß, sind mit fortlaufenden Nummern zu versehen und dem Protokoll beizufügen. Im Protokoll sind die Gründe kurz anzugeben, aus denen die Stimmzettel für gültig oder ungültig erklärt worden sind.

Wenn ein Stimmzettel wegen der Beschaffenheit des Umschlags für ungültig erklärt worden ist, ist auch der Umschlag anzuschließen.

§ 45.

Alle Stimmzettel und Umschläge, die nicht nach § 44 dem Wahlprotokoll beizufügen sind, hat der Wahlvorsteher in Papier einzuschlagen, zu versiegeln und aufzubewahren, bis die Wahl für gültig erklärt worden ist.

§ 46.

[Anlage C.] Über die Wahlhandlung ist ein Protokoll nach dem in der Anlage C beigefügten Vordruck aufzunehmen.

§ 47.

Den Wahlvorständen und den Wahlausschüssen können für die Prüfung der Abstimmung und die Ermittlung des Wahlergebnisses Beamte als Hilfsarbeiter beigegeben werden.

Zuständig zur Bestellung der Hilfsarbeiter bei den Wahlvorständen sind die für die Ernennung der Wahlvorsteher zuständigen Behörden, für die Bestellung der Hilfsarbeiter bei den Wahlausschüssen die Wahlkommissare.

Die Hilfsarbeiter nehmen an der Beschlußfassung nicht teil.

§ 48.

Die Wahlprotokolle mit sämtlichen zugehörigen Schriftstücken sind von den Wahlvorstehern ungesäumt, jedenfalls aber so zeitig dem Wahlkommissar einzureichen, daß sie spätestens im Laufe des 3. Tages nach dem Wahltag in dessen Hände gelangen.

Die Wahlvorsteher sind für die pünktliche Ausführung dieser Vorschrift verantwortlich.

§ 49.

Zur Ermittlung des Wahlergebnisses beruft der Wahlkommissar den Wahlausschuß auf den 6. Tag nach dem Wahltag in einen von ihm zu bestimmenden Raum.

Es können andere Beisitzer als zur Prüfung der Wahlvorschläge zugezogen werden.

Ort und Zeit der Sitzung sind öffentlich bekanntzugeben. Jeder Wahlberechtigte (§ 2 des Reichswahlgesetzes) hat Zutritt.

§ 50.

In der itzung des Wahlausschusses werden die Protokolle über die Wahlen in den einzelnen Stimmbezirken durchgesehen und die Ergebnisse der Wahlen zusammengestellt.

Geben die Wahlen in den einzelnen Stimmbezirken zu Bedenken Anlaß, so kann der Wahlkommissar die von den Wahlvorstehern aufbewahrten Stimmzettel und Umschläge (§ 45) einfordern und einsehen.

§ 51.

Zwecks Verteilung der Abgeordnetensitze auf die Wahlvorschläge gemäß § 19 des Reichstagswahlgesetzes werden die auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenen Stimmenzahlen nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, bis von den sich hierbei ergebenden Teilzahlen so viele Höchstzahlen der Größe nach ausgesondert werden können, wie Abgeordnete zu wählen sind. Jeder Wahlvorschlag erhält so viele Abgeordnetensitze, wie auf ihn Höchstzahlen entfallen. Wenn die an letzter Stelle stehende Höchstzahl auf mehrere Wahlvorschläge zugleich entfällt, entscheidet das Los.

§ 52.

Sind verbundene Wahlvorschläge vorhanden, so wird bei Verteilung der Abgeordnetensitze auf die einzelnen Wahlvorschläge jede Gruppe verbundener Wahlvorschläge als ein Wahlvorschlag angesehen und ihr die ihrer Gesamtstimmenzahl entsprechende Zahl von Abgeordnetensitzen zugewiesen.

Ist so die Zahl der Abgeordnetensitze festgestellt, die auf jede Gruppe verbundener Wahlvorschläge zusammen entfallen, so werden nach den Grundsätzen des § 51 die Abgeordnetensitze auf die einzelnen miteinander verbundenen Wahlvorschläge unterverteilt.

§ 53.

Wenn ein Wahlvorschlag oder eine Gruppe verbundener Wahlvorschläge weniger Bewerber enthält, als auf sie Höchstzahlen entfallen, so gehen die überschüssigen Sitze auf die Höchstzahlen der anderen Wahlvorschläge über.

§ 54.

Das Ergebnis der Wahl wird von dem Wahlkommissar sofort nach seiner Feststellung unter Angabe der Zahlen der auf die einzelnen Wahlvorschläge und auf jede Gruppe verbundener Wahlvorschläge entfallenen gültigen Stimmen, sowie der Namen der Gewählten verkündet.

In gleicher Weise wird das Ergebnis der Wahl unverzüglich durch die zu amtlichen Veröffentlichungen dienenden Blätter des Wahlkreises bekanntgegeben.

§ 55.

Über die Verhandlung zur Ermittlung des Wahlergebnisses ist ein Protokoll nach dem als Anlage D beigefügten Vordruck aufzunehmen.

Anlage D.

§ 56.

Der Wahlkommissar hat die Gewählten von der auf sie gefallenen Wahl zu benachrichtigen und sie aufzufordern, sich binnen einer Woche nach Zustellung der Nachricht über die Annahme der Wahl zu erklären.

Schweigen oder Annahme unter Vorbehalt oder Verwahrung gilt als Ablehnung.

§ 57.

Sämtliche Verhandlungen über die Wahlen in den Stimmbezirken und über die Ermittlung des Wahlergebnisses werden von dem Wahlkommissar unverzüglich der vorgesetzten Landeszentralbehörde zur Mitteilung an die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung vorgelegt.

§ 58.

Wenn ein Abgeordneter die Wahl ablehnt oder nachträglich aus der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung ausscheidet, hat die zur Ernennung des Wahlkommissars zuständige Behörde (§ 11) unverzüglich die nach § 21 des Reichswahlgesetzes notwendigen Feststellungen herbeizuführen. Erforderlichenfalls ernennt sie einen neuen Wahlkommissar und macht dies öffentlich bekannt.

§ 59.

Der Wahlkommissar beruft unverzüglich den Wahlausschuß gemäß § 49.

Der Wahlausschuß stellt auf Grund des nach § 55 aufgenommenen Protokolls fest, wer nach § 21 des Reichswahlgesetzes als Ersatzmann in die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung eintritt. § 56 findet Anwendung.

§ 60.

Ist ein Bewerber nicht vorhanden, der an die Stelle des Ablehnenden oder Ausscheidenden zu treten hätte, so stellt der Wahlausschuß dies in einem mit Gründen versehenen Beschlusse fest.

§ 61.

Wird im Wahlprüfungsverfahren die ganze Wahl in einem Wahlkreis für ungültig erklärt, so hat die nach § 11 zuständige Behörde sofort eine Nachwahl für den Wahlkreis zu veranlassen. Erforderlichenfalls ernennt sie einen neuen Wahlkommissar und macht dies öffentlich bekannt.

§ 62.

Die Nachwahl findet nach denselben Vorschriften statt wie die erste.

Die Stimmbezirke, die Wahlräume, die Wahlvorsteher und ihre Stellvertreter bleiben unverändert, soweit nicht eine Änderung nach dem Ermessen der nach § 10 zuständigen Behörde geboten erscheint.

Solche Änderungen sind gemäß § 30 öffentlich bekanntzumachen. Die Bescheinigung hierüber ist nicht auf der Wählerliste zu erteilen, sondern von den Gemeindevorständen den Wahlvorstehern noch vor dem Wahltag besonders einzureichen.

§ 63.

Findet die Nachwahl binnen Jahresfrist nach dem Wahltag statt, so sind dieselben Wählerlisten anzuwenden wie bei der ersten Wahl. Sie sind zu diesem Zwecke von den Wahlakten zu trennen und den Wahlvorstehern zuzustellen. Eine wiederholte Auslegung und Berichtigung der Listen findet nicht statt.

§ 64.

Findet die Nachwahl später als ein Jahr nach dem Wahltag statt, so müssen die gesamten Wahlvorbereitungen, einschließlich der Aufstellung und Auslegung der Wählerlisten, erneuert werden. Der Tag, an dem die Auslegung der Wählerlisten beginnt, ist von der nach § 11 zuständigen Behörde festzusetzen.

§ 65.

Für jede Nachwahl sind neue Wahlvorschläge einzureichen.

Berlin, den 30. November 1918.

Der Staatssekretär des Innern.

Dr. Preuß.

Anlage A.

Wählerliste

der Stadt ....

(der Gemeinde) ....

(des Gutsbezirkes) ....

Stimmbezirk Nr.	der Stadt	des Kreises
	(der Gemeinde)	....
	(des Gutsbezirkes)	(des Amtes)

Lfde. Nr.	Zuname	Vorname	Alter, Jahre	Stand oder Gewerbe
der Wähler				
1	2	3	4	5
1	*Abel*	*Carl*	35	*Bauer*
2	*Alert*	*Friederike*	24	*Haustochter*
3	*Arnold*	*Heinrich*	37	*Schulze*
~~4~~	~~*Arnold*~~	~~*Ludwig*~~	~~29~~	~~*Pächter*~~
5	*Böhm*	*Ernst*	42	*Bäcker*
~~6~~	~~*Böhm*~~	~~*Peter*~~	~~70~~	~~*Kesselflicker*~~
7	*Brandt*	*Wilhelmine*	50	*Ehefrau*
8	*Braß*	*Michael*	30	*Brauer*
9	*Braun*	*Emilie*	22	*ohne Beruf*
~~10~~	~~*Cohn*~~	~~*Hirsch*~~	~~30~~	~~*Handelsmann*~~
11	*Cohn*	*Meyer*	48	*Schankwirt*
12	*Donner*	*Max*	28	*Müller*

usw.

N.,

Der Gemeindevorstand (Orts-

(Unter-

Wohnort	Vermerk der erfolgten Stimmabgabe		Bemerkungen
	Ordentliche Wahl	Nachwahl	
6	7	8	9
Clausdorf	†		
„			
„	†		
„			*Nr. 4 ist noch nicht 20 Jahre alt, daher gestrichen am .... ten ....* *(Unterschrift)*
„			
„			*Nr. 6 hält sich nur vorübergehend in Clausdorf auf, gestrichen auf Entscheidung des Landrats (Amtmanns, Oberbeamten, Magistrats usw.) vom ... ten ...* *(Unterschrift)*
„			
„			
„	†		
„			*Nr. 10 ist entmündigt, daher gestrichen am ... ten ...* *(Unterschrift)*
„	†		
Buschmühle	†		

den ....

vorstand, Magistrat usw.).

schrift.)

Nach

Lfde. Nr.	Zuname	Vorname	Alter, Jahre	Stand oder Gewerbe
		der Wähler		
1	2	3	4	5
215	*Friedrich*	*Paula*	*26*	*Ärztin*
216	*Kaul*	*Ernst*	[illegible]	*Barbier*

usw.

Abgeschlossen*) N. ,

Der Gemeindevorstand (Orts

(Unter

Daß die vorstehende Wählerliste nach vorgängiger ortsüblicher zum 19 zu jedermanns Ein der Name des Wahlvorstehers und seines Stellvertreters, Ort, Tag Weise bekanntgemacht worden sind, wird hierdurch bescheinigt.

N. ,

Der Gemeindevorstand (Orts

(Siegel)

*) Auf dem Exemplar, welches der Wahlvorsteher erhält, ist hinzuzufügen: [illegible] von der amtlichen Beglaubigung, daß das gegenwärtige Exemplar mit und in der Bescheinigung über die Auslegung statt der Worte „die vorstehende Wählerliste" zu schreiben „das Hauptexemplar der vor-

trag.

Wohnort	Vermerk der erfolgten Stimmabgabe		Bemerkungen
	Ordentliche Wahl	Nachwahl	
6	7	8	9
Clausdorf			*Nr. 215 hat erst nach Aufstellung der Wählerliste hier ihren Wohnsitz aufgeschlagen, nachgetragen am ten 19* *(Unterschrift)*
..			*Nr. 216 aus Versehen übergangen, nachgetragen wie vor.* *(Unterschrift)*

den 19 .

vorstand, Magistrat usw.).

schrift.)

Bekanntmachung vom 19 bis
sicht ausgelegen hat, sowie daß die Abgrenzung des Stimmbezirkes
und Stunde der Wahl acht Tage vor dem Wahltag in ortsüblicher

den 19 .

vorstand, Magistrat usw.).

(Unterschrift.)

dem Hauptexemplar der Wählerliste völlig übereinstimmt

stehenden Wählerliste .

Anlage B.

Verzeichnis

der Behörden, die in den einzelnen Bundesstaaten für die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten, die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter und die Bestimmung des Wahlraums zuständig sind.

I. Preußen.

1. In den Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Posen, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinprovinz:

auf dem Lande:

der Landrat,

in den Städten:

der Magistrat und, wo kein kollegialischer Gemeindevorstand vorhanden ist, der Bürgermeister;

2. in der Provinz Hannover:

auf dem Lande und in den Städten, auf die die Hannoversche revidierte Städteordnung vom 24. Juni 1858 (Hannoversche Gesetzsamml. S. 141) nicht Anwendung findet:

der Landrat,

in den übrigen Städten:

der Magistrat;

3. in Berlin:

der Magistrat;

4. in den Hohenzollernschen Landen:

der Oberamtmann.

II. Bayern.

In den einer Kreisregierung unmittelbar untergeordneten Städten:

die Magistrate,

in den übrigen Distriktsverwaltungsbezirken:

die Bezirksämter.

III. Sachsen.

Die Gemeindeobrigkeiten, zugleich für die in ihrem Bezirke gelegenen eremten Grundstücke.

IV. Württemberg.

Für die Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten:

der Gemeinderat,

im übrigen:

der Oberamtmann, im Stadtbezirke Stuttgart: der Stadtdirektor.

V. Baden.

Die Bezirksräte:

in dringenden Fällen für die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter und die Bestimmung des Wahlraums:

die Bezirksämter.

VI. Hessen.

Für die Entscheidung über die Einsprüche gegen die Wählerlisten:

der Kreisausschuß,

im übrigen:

die Kreisämter.

VII. Mecklenburg-Schwerin.

Die Ortsobrigkeiten.

VIII. Sachsen-Weimar.

Die Gemeindevorstände.

IX. Mecklenburg-Strelitz.

Für die Abgrenzung der Stimmbezirke und für die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter:

die Landesregierung in Neustrelitz

im übrigen:

die Ortsobrigkeiten.

X. Oldenburg.

Für die Abgrenzung der Stimmbezirke:

das Staatsministerium;

für die Entscheidung über Einsprüche gegen die Wählerlisten:
die den Wahlvorstehern zunächst vorgesetzten Behörden;

für die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter:
das Staatsministerium, Departement des Innern;

für die Bestimmung des Wahlraums:
die Wahlvorsteher.

XI. Braunschweig.

Für die Entscheidung über die Einsprüche gegen die Wählerlisten:

in den Städten:

der Stadtmagistrat,

auf dem Lande:

die Kreisdirektion.

im übrigen:

der Gemeindevorstand beziehungsweise der Wahlvorsteher.

XII. Sachsen-Meiningen.

Für die Bestimmung des Wahlraums:

der Gemeindevorstand

im übrigen:

in den Städten:

der Magistrat beziehungsweise das Bürgermeisteramt.

auf dem Lande:

der Landrat.

XIII. Sachsen-Altenburg.

Für die Entscheidung über die Einsprüche gegen die Wählerlisten:
in den Städten:
die Stadträte;
auf dem Lande:
die Landratsämter;
für die Bestimmung des Wahllokals:
die Wahlvorsteher;
im übrigen:
das Ministerium, Abteilung des Innern.

XIV. Sachsen-Coburg und Gotha.

Für die Entscheidung über die Einsprüche gegen die Wählerlisten und für die Bestimmung des Wahlraums:
die Wahlkommissarien,
im übrigen:
das Staatsministerium.

XV. Anhalt.

Die Kreisdirektionen.

XVI. Schwarzburg-Rudolstadt.

Für die Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter und für die Bestimmung des Wahlraums:
der Gemeindevorstand,
im übrigen:
das Landratsamt.

XVII. Schwarzburg-Sondershausen.

Für die Abgrenzung der Stimmbezirke:
das Ministerium.
im übrigen:
die Landräte.

XVIII. Waldeck.

Der Kreisamtmann.

XIX. Reuß ä. L.

Für die Abgrenzung der Stimmbezirke:
die Landesregierung,

im übrigen:
das Landratsamt.

XX. Reuß j. L.

Für die Abgrenzung der Stimmbezirke:
das Ministerium;

für die Entscheidung über die Einsprüche gegen die Wählerlisten:
der Gemeindevorstand.

im übrigen:
das Landratsamt.

XXI. Schaumburg-Lippe.

Das Ministerium.

XXII. Lippe.

Die Regierung.

XXIII. Lübeck.

Für die Abgrenzung der Stimmbezirke:
der Senat,

im übrigen:
der Bürgerausschuß.

XXIV. Bremen.

Die Wahldeputation.

XXV. Hamburg.

Die Zentral-Wahlkommission

Anlage C.*)

Verhandelt , den 19 .

Zu der auf heute anberaumten Wahl eines Abgeordneten zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung für den ten Wahlkreis

war

(Wird in städtischen Stimmbezirken durchstrichen)
in dem aus der Ortschaft
und
bestehenden Stimmbezirke Nr.
des Kreises
(des Amtes)

(Wird in ländlichen Stimmbezirken durchstrichen.)
in dem Stimmbezirke Nr.
der Stadt
(des Fleckens)
(der Gemeinde)

der unterzeichnete
zum Wahlvorsteher ernannt.

Er hatte aus der Zahl der Wähler zum Schriftführer den

und zu Beisitzern

1.
2.
3.
4.
5.
6.

---

*) Abgeändert durch Verordnung vom 10. Dezember 1918 (Reichsgesetzbl. S. 1442) siehe Seite 71.

ernannt und rechtzeitig eingeladen, beim Beginne der Wahlhandlung zur Bildung des Wahlvorstandes zu erscheinen. Diese hatten sich eingefunden. Der Wahlvorsteher eröffnete die Wahlhandlung um 9 Uhr vormittags damit, daß er sie durch Handschlag an Eides Statt verpflichtete.

An den Tisch, an dem der Wahlvorstand Platz nahm, wurde ein viereckiges Gefäß mit Deckel zum Hineinlegen der Stimmzettel (Wahlurne) gestellt. Der Wahlvorstand stellte fest, daß die Höhe der Wahlurne im Innern gemessen Zentimeter, der Abstand jeder Wand von der gegenüberliegenden Wand Zentimeter und die Breite des Spaltes im Deckel der Urne Zentimeter betrug, und schloß die Wahlurne durch Auflegen des Deckels, nachdem er sich überzeugt hatte, daß sie leer war. Die Wahlurne wurde bis zum Schlusse der Abstimmung nicht wieder geöffnet.

Damit der Wähler unbeobachtet seinen Stimmzettel in den Umschlag zu stecken vermochte, war (Beschreibung der Absonderungsvorrichtung)

Durch den Wahlvorstand war in der Nähe des Zuganges zu de Nebenraum — Nebentisch — —*) für die Bereithaltung der abgestempelten Umschläge aufgestellt worden

Von den erschienenen Wählern begab sich jeder einzeln, nachdem er einen Umschlag ausgehändigt erhalten hatte — in den Nebenraum — an den Nebentisch*). Dort steckte er seinen Stimmzettel unbeobachtet in den Umschlag. Er trat sodann an den Vorstandstisch heran, nannte seinen Namen und auf Erfordern seine Wohnung und übergab den Umschlag mit dem Stimmzettel, sobald der Schriftführer den Namen in der Wählerliste aufgefunden hatte, dem Wahlvorsteher, der ihn sofort uneröffnet in die Wahlurne legte.

*) Das Unzutreffende ist zu durchstreichen.

Hierbei mußten von dem Wahlvorsteher zurückgewiesen werden:

Wird durchstrichen, soweit die bezeichneten Fälle nicht vorgekommen sind.

1. weil der Wähler den Stimmzettel nicht in einem amtlich gestempelten Umschlag abgeben wollte, . Stimmzettel,

2. weil der Wähler den Stimmzettel in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag abgeben wollte, Stimmzettel.

Auch mußten Wähler von der Stimmgebung zurückgewiesen werden, weil sie sich trotz erhaltener Aufforderung weigerten — in den Nebenraum — an den Nebentisch —*) zu treten, um den Stimmzettel in den Umschlag zu stecken.

Der Schriftführer vermerkte die Stimmabgabe jedes Wählers, indem er neben dessen Namen in der dazu bestimmten Spalte der Wählerliste ein Kreuz machte.

Um 8 Uhr nachmittags erklärte der Wahlvorsteher die Abstimmung für geschlossen.

Die Umschläge wurden aus der Wahlurne genommen und uneröffnet gezählt.

Die Anzahl der Umschläge betrug

Wird durchstrichen, wenn die Zahlen nicht übereinstimmen.

Sie stimmte mit der Zahl der Wähler, neben deren Namen in der Wählerliste der Abstimmungsvermerk gemacht war, überein.

Wird durchstrichen wenn die Zahlen übereinstimmen.

Sie war um .... größer / kleiner als die Zahl der Wähler, neben deren Namen in der Wählerliste der Abstimmungsvermerk gemacht war. Zur Aufklärung dieser Verschiedenheit, welche sich auch bei wiederholter Zählung herausstellte, dient folgendes:

---

*) Das Unzutreffende ist zu durchstreichen

(Wird nicht zutreffenden Falls gestrichen)

Hierauf wurden die uneröffneten Umschläge von dem Wahlvorsteher in Papier eingeschlagen, das Paket versiegelt und in Verwahrung genommen. Der Wahlvorsteher verkündete sodann die Vertagung der Verhandlung auf den folgenden Tag, vormittags . Uhr.

In öffentlicher Sitzung fortgesetzt am 19 , vormittags .. Uhr, in Gegenwart der oben aufgeführten Personen.

Zur Prüfung der Abstimmung wurde als Hilfsarbeiter zugezogen:

Das die Umschläge enthaltende Paket wurde geöffnet, nachdem die Siegel vom Wahlvorstand unverletzt befunden worden waren.

Hierauf erfolgte die Eröffnung der Umschläge, indem ein Beisitzer die Umschläge einzeln öffnete, die Stimmzettel herausnahm und sie dem Wahlvorsteher übergab, der sie laut vorlas und nebst den Umschlägen einem anderen Beisitzer weiterreichte, der die Stimmzettel nebst Umschlägen, nach Wahlvorschlägen gesondert, bis zum Ende der Wahlhandlung aufbewahrte.

Nach dem Vorlesen wurde hinsichtlich jedes gültigen Stimmzettels festgestellt, für welchen Wahlvorschlag er abgegeben worden war. Jeder derartige Stimmzettel wurde dem Wahlvorschlage zugezählt, von dem er mindestens einen Namen enthielt. Der Schriftführer machte hierüber im Protokoll bei dem betreffenden Wahlvorschlag einen Vermerk und zählte die Stimmen laut.

In gleicher Weise führte der Beisitzer eine Gegenliste, die ebenso wie die Wählerliste beim Schlusse der Verhandlung von dem Wahlvorstand unterschrieben und dem Protokoll beigefügt wurde.

Durch Beschluß des Wahlvorstandes wurden für ungültig erklärt:

1. weil die Stimmzettel nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag übergeben worden waren,

   die Stimmzettel Nr. .

2. weil die Stimmzettel in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden waren,

   die Stimmzettel Nr. .

3. weil die Stimmzettel nicht von weißem Papier waren,
die Stimmzettel Nr.

4. weil die Stimmzettel mit einem Kennzeichen versehen waren,
die Stimmzettel Nr.

5. weil die Stimmzettel keinen oder keinen lesbaren Namen enthielten,
die Stimmzettel Nr.

6. weil aus den Stimmzetteln nicht die Person mindestens eines Gewählten unzweifelhaft zu erkennen war,
die Stimmzettel Nr.

7. weil die Stimmzettel eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber allen Gewählten enthielten,
die Stimmzettel Nr.

8. weil die Namen auf den Stimmzetteln verschiedenen Wahlvorschlägen entnommen waren
die Stimmzettel Nr.

9. weil keiner der Namen auf den Stimmzetteln einem der öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschläge entnommen war,
die Stimmzettel Nr.

Außer Berücksichtigung mußten Umschläge gelassen werden, in denen mehrere auf verschiedene Personen lautende Stimmzettel enthalten waren, nämlich die Umschläge Nr. *)

Mehrere gleichlautende Stimmzettel fanden sich in den Umschlägen Nr. und wurden je als ein Stimmzettel gezählt*).

Keine Stimmzettel fanden sich in den Umschlägen Nr. *).

Dagegen wurden die nachbezeichneten Stimmzettel, hinsichtlich deren sich die nachstehenden Bedenken ergeben hatten, aus folgenden Gründen durch Beschluß des Wahlvorstandes für gültig erklärt:

1. Stimmzettel Nr.

2. Stimmzettel Nr.

*) Das Unzutreffende ist zu durchstreichen

Die sämtlichen vorbezeichneten Stimmzettel und Umschläge, hinsichtlich deren es einer Beschlußfassung des Wahlvorstandes bedurft hatte, wurden mit fortlaufenden, den vorstehend angegebenen entsprechenden Nummern versehen und dem Protokoll beigefügt.

Die Zahl der Stimmzettel betrug

Ungültige Stimmzettel sowie außer Berücksichtigung gelassene Umschläge waren vorhanden ______________

Die Zahl der gültigen Stimmzettel betrug

Es haben erhalten:

Beispielsweise Angabe, die zu durchstreichen ist. (Wahlvorschlag 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, zusammen 31 Stimmen).

1. Wahlvorschlag

zusammen Stimmen

2. Wahlvorschlag

zusammen Stimmen

3. Wahlvorschlag

zusammen Stimmen

4. Wahlvorschlag

zusammen Stimmen

5. Wahlvorschlag

zusammen Stimmen

6. Wahlvorschlag

zusammen Stimmen

Im ganzen wie oben Stimmen

Nachdem der Wahlvorsteher dieses Ergebnis verkündet hatte, versiegelte er alle Stimmzettel und Umschläge, die nicht dem Protokoll beigefügt sind, und nahm sie in Verwahrung.

Die nicht zur Verwendung gelangten Umschläge (Stück) und wieder angeschlossen.

Zu keiner Zeit der Wahlhandlung waren weniger als drei Mitglieder des Wahlvorstandes gegenwärtig oder der Wahlvorsteher und der Protokollführer gleichzeitig abwesend.

Gegenwärtige Verhandlung wurde vorgelesen, von dem Wahlvorsteher, den Beisitzern und dem Schriftführer genehmigt und wie folgt vollzogen.

Der Wahlvorsteher. Die Beisitzer.

Der Schriftführer.

Anlage D.

Verhandelt ...., den .... 19 .

I.

Zur Ermittlung des Wahlergebnisses in dem ten Wahlkreis hat der Wahlkommissar auf den 19 folgende Wähler:

aus dem Wahlkreis zum Wahlausschusse zusammenberufen.

Tag, Stunde und Ort der Verhandlung waren öffentlich bekanntgemacht worden.

Es waren

als Schriftführer ....

als Hilfsarbeiter ....

zugezogen.

Die Beisitzer und der Schriftführer wurden durch Handschlag an Eides Statt von dem Wahlkommissar verpflichtet.

II.

Es wurden die Protokolle für die Wahlen in den einzelnen Stimmbezirken durchgesehen. Für jeden einzelnen Stimmbezirk wurde die Zahl der Wähler, der ungültigen und gültigen Stimmen sowie der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenen gültigen Stimmen in den dem Protokoll beigefügten Zählbogen eingetragen und zusammengerechnet. Der Zählbogen wurde vom Wahlkommissar, den Beisitzern und dem Schriftführer unterschrieben.

Die Feststellungen der Wahlvorstände haben zu keinen / folgenden *) Bedenken Anlaß gegeben:

Nach den Zusammenrechnungen auf dem Zählbogen sind abgegeben worden:

für Wahlvorschlag								
Stimmen								

III. Verteilung der Abgeordnetensitze auf die Wahlvorschläge.

Nach den öffentlich bekanntgemachten Wahlvorschlägen sind

die Wahlvorschläge

die Wahlvorschläge

die Wahlvorschläge

miteinander zu einer Gruppe verbunden, so daß sie den anderen Wahlvorschlägen gegenüber für diese Verteilung als ein Wahlvorschlag gelten.

Es wurden die Gesamtstimmenzahlen der verbundenen und der nichtverbundenen Wahlvorschläge nacheinander durch 1, 2, 3, 4 usw. geteilt, bis von den sich hierbei ergebenden Teilzahlen so viele Höchst-

*) Das Unzutreffende ist zu durchstreichen.

zahlen der Größe nach ausgesondert werden konnten, wie Abgeordnete zu wählen sind. Hiernach ergab sich folgende Verteilung:

Geteilt durch	Wahlvorschlag	Wahlvorschlag	Wahlvorschlag	Wahlvorschlag	Die verbundenen Wahlvorschläge	Die verbundenen Wahlvorschläge	Die verbundenen Wahlvorschläge
1							
2							
3							
4 usw.							

Entsprechend den sich ergebenden Höchstzahlen, die durch Unterstreichen kenntlich gemacht sind, entfielen auf

Wahlvorschlag Sitz

Wahlvorschlag Sitz

Wahlvorschlag Sitz

Wahlvorschlag Sitz

auf die verbundenen Wahlvorschläge:

Sitz

Sitz

Sitz

IV. Unterverteilung auf die verbundenen Wahlvorschläge.

Bei der weiteren Verteilung innerhalb der auf die verbundenen Wahlvorschläge entfallenen Sitze wurde in der gleichen Weise folgende Verteilungsrechnung vorgenommen:

Geteilt durch	Wahlvorschlag	Wahlvorschlag	Wahlvorschlag	Wahlvorschlag ....
1				
2				
3				
4 usw.				

Entsprechend den sich ergebenden Höchstzahlen, die durch Unterstreichen kenntlich gemacht sind, entfielen auf

Wahlvorschlag .... Sitz ....
Wahlvorschlag .... Sitz ....
Wahlvorschlag .... Sitz ....
Wahlvorschlag .... Sitz ....

V. Feststellung der Gewählten.

Nach der Reihenfolge der Benennungen auf den Wahlvorschlägen sind hiernach gewählt:

Vom Wahlvorschlag . . 1.
2.
3.
4.

Vom Wahlvorschlag . . 1.
2.
3.
4.

Vom Wahlvorschlag . . 1.
2.
3.
4.

usw.

VI. Verkündung des Wahlergebnisses.

Der Wahlkommissar verkündete:

1. die Zahlen der auf die einzelnen Wahlvorschläge entfallenen gültigen Stimmen,
2. die Namen der Gewählten.

Während der ganzen Verhandlung stand der Raum, in dem die Versammlung stattfand, dem Zutritt der Wahlberechtigten offen.

Gegenwärtige Verhandlung wurde vorgelesen, von dem Wahlkommissar, den Beisitzern, und dem Schriftführer genehmigt und wie folgt vollzogen.

Der Wahlkommissar. Die Beisitzer.

Der Schriftführer.

Zählbogen.

Zähl

Stimmbezirk	Zahl der Wähler	Zahl der ungültigen Stimmzettel	Zahl der gültigen Stimmzettel		
1					
2					
3					
4					
5					
6					
7					
8					
9					
10					
11					
12					
13					
14					
15					
16					
17 usw.					
	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe

Der Wahlkommissar.

bogen.

Zahl der für den Wahlvorschlag					
....	....	....	....	....	....
abgegebenen gültigen Stimmzettel					
Summe	Summe	Summe	Summe	Summe	Summe ......

Die Beisitzer. Der Schriftführer.

Verordnung

zur

Abänderung der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918.

Vom 19. Dezember 1918.

(Reichsgesetzblatt 1918 S. 1442.)

Die Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1353) wird auf Grund des § 22 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 (Reichs-Gesetzbl. S. 1345) wie folgt geändert:

1. § 2 Abs. 3 erhält folgende Fassung:

   Die Wählerlisten dürfen auch in der Art angelegt werden, daß die Straßen nach der alphabetischen Reihenfolge ihrer Namen, innerhalb der Straßen die Häuser nach ihrer Nummer und innerhalb jedes Hauses die Wahlberechtigten eingetragen werden.

2. Im § 29 wird folgender Abs. 2 angefügt:

   In großen Stimmbezirken ist es zulässig, daß die Wahlen gleichzeitig in zwei verschiedenen Räumen desselben Gebäudes vorgenommen werden, sofern die Wählerlisten nach Geschlechtern getrennt angelegt sind oder sonst geteilt werden können. Voraussetzung hierfür ist, daß beide Wahlräume alle vorgeschriebenen Einrichtungen enthalten, in dem zweiten Wahlraum der Stellvertreter des Wahlvorstehers die Wahl leitet und für den zweiten Wahlraum ein besonderer Schriftführer bestellt wird.

3. Die Anlage C der Wahlordnung wird wie folgt geändert:

a) Auf Seite 1373 des Reichs-Gesetzblatts Zeile 2 von oben treten an die Stelle der Worte „eines Abgeordneten“ die Worte „von .... Abgeordneten“;

b) auf Seite 1376 des Reichs-Gesetzblatts Zeile 3 und 4 von unten werden die Worte „sowie außer Berücksichtigung gelassene Umschläge“ gestrichen.

Berlin, den 19. Dezember 1918.

Der Staatssekretär des Innern.

Dr. Preuß.

Geschäftsordnung.

Erklärung des Alterspräsidenten Pfannkuch über Annahme der nachstehenden Geschäftsordnung als provisorische Geschäftsordnung der Nationalversammlung in der 1. Sitzung der Nationalversammlung vom 6. Februar 1919:

Meine Damen und Herren! Ich schlage Ihnen vor, die Geschäftsordnung des Reichstags einschließlich der in der Verfassung enthaltenen Bestimmungen der Geschäftsordnung als provisorische Geschäftsordnung anzunehmen unter Fortfall der Bestimmungen über die Abteilungen. — Ein Widerspruch erfolgt nicht, mein Vorschlag ist angenommen.

Geschäftsordnung für den Reichstag.

Vom 31. Dezember 1918.

Übersicht des Inhalts:

I. Zusammentritt des Reichstags und Prüfung der Wahlen.

Zusammentritt des Reichstags.

§ 1.

Beim Eintritt in eine neue Legislaturperiode treten nach Eröffnung des Reichstags die Mitglieder desselben unter dem Vorsitze ihres ältesten Mitgliedes zusammen. Das Amt des Alterspräsidenten kann von dem dazu Berufenen auf das im Lebensalter ihm am nächsten stehende Mitglied übertragen werden.

Für jede fernere Session derselben Legislaturperiode setzen die Präsidenten der vorangegangenen Session ihre Funktionen bis zur vollendeten Wahl des Präsidenten fort (§ 9).

Der Vorsitzende ernennt provisorisch, für die Frist bis zur Konstituierung des Vorstandes (§ 10), vier Mitglieder zu Schriftführern.

Bildung der Abteilungen.

§ 2.

Der Reichstag wird durch das Los in sieben Abteilungen von möglichst gleicher Mitgliederzahl geteilt.

Jede Abteilung wählt mit absoluter Stimmenmehrheit einen Vorsitzenden und einen Schriftführer, sowie Stellvertreter für beide.

Die Abteilungen bestehen fort, bis der Reichstag auf einen durch 50 Unterschriften unterstützten Antrag ihre Erneuerung beschließt. Dieselben sind ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Mitglieder beschlußfähig (§ 30).

Prüfung der Wahlen.

§ 3.

Behufs Prüfung der Wahlen wird jeder Abteilung eine möglichst gleiche Anzahl der einzelnen Wahlverhandlungen durch das Los zugeteilt.

§ 4.

Wahlanfechtungen und von seiten eines Reichstagsmitgliedes erhobene Einsprachen, welche später als zehn Tage nach Eröffnung des Reichstags und bei Nachwahlen, die während einer Session stattfinden, später als zehn Tage nach Feststellung des Wahlergebnisses erfolgen, bleiben unberücksichtigt.

§ 5.

Von der Abteilung sind die Wahlverhandlungen, wenn

1. eine rechtzeitig (§ 4) erfolgte Wahlanfechtung oder Einsprache vorliegt, oder
2. von der Abteilung die Gültigkeit der Wahl durch Mehrheitsbeschluß für zweifelhaft erklärt wird, oder
3. zehn anwesende Mitglieder der Abteilung einen aus dem Inhalte der Wahlverhandlungen abgeleiteten, speziell zu bezeichnenden Zweifel gegen die Gültigkeit der Wahl erheben,

an eine besondere Wahlprüfungs-Kommission abzugeben.

Diese Kommission wird in jeder Session für die Dauer derselben gewählt. Für die Kommission sind die §§ 26, 27, 29 bis 31 der Geschäftsordnung maßgebend.

§ 6.

Findet die Abteilung sonstige erhebliche Ausstellungen, ohne daß die Voraussetzungen für Abgabe an die Wahlprüfungs-Kommission (§ 5) vorliegen, so ist von der Abteilung an den Reichstag Bericht zu erstatten.

§ 7.

Wahlen, bei denen keiner der in den §§ 5 und 6 bezeichneten Fälle vorliegt, werden vom Präsidenten nachrichtlich zur Kenntnis des Reichstags gebracht und wenn bis dahin der zehnte Tag (§ 4) noch nicht verflossen, einstweilen als gültig betrachtet, nach Ablauf der zehntägigen Frist sind sie definitiv gültig.

§ 8.

Bis zur Ungültigkeitserklärung einer Wahl hat der Gewählte Sitz und Stimme im Reichstage.

Mitglieder, deren Wahl beanstandet wird, dürfen in Beziehung auf ihre Wahl alle ihnen nötig scheinenden Aufklärungen geben, nicht aber an der Abstimmung teilnehmen.

II. Vorstand des Reichstags.

Wahl der Präsidenten.

§ 9.

Sobald die Anwesenheit einer beschlußfähigen Anzahl von Mitgliedern des Reichstags durch Namensaufruf festgestellt ist, vollzieht der Reichstag die Wahlen der Präsidenten und der Schriftführer.

Der Präsident, sodann jeder der drei Vizepräsidenten wird in besonderer Wahlhandlung durch Stimmzettel mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt.

Hat sich eine absolute Mehrheit nicht ergeben, so sind diejenigen fünf Kandidaten, welche die meisten Stimmen erhalten haben, auf eine engere Wahl zu bringen. Wird auch bei dieser Wahl keine absolute Mehrheit erreicht, so sind diejenigen beiden Kandidaten, welche die meisten Stimmen in der engeren Wahl erhalten haben, auf eine zweite engere Wahl zu bringen. Tritt in dieser letzten Wahl Stimmengleichheit ein, so entscheidet das Los, welches durch die Hand des

Präsidenten gezogen wird. Bei Ausmittelung derjenigen Kandidaten, welche nach den vorstehenden Vorschriften auf die engere Wahl zu bringen sind, entscheidet bei Stimmengleichheit ebenfalls das Los.

Wahl der Schriftführer.

§ 10.

In einer einzigen Wahlhandlung erfolgt demnächst nach relativer Stimmenmehrheit die Wahl von acht Schriftführern.

Bei Stimmengleichheit entscheidet das Los, welches durch die Hand des Präsidenten gezogen wird.

Dauer der Amtsführung.

§ 11.

Der Präsident und die Vizepräsidenten werden zu Anfang einer Legislaturperiode das erste Mal auf vier Wochen, dann aber für die übrige Dauer der Session gewählt. In den folgenden Sessionen einer Legislaturperiode erfolgt die Wahl sofort für die ganze Dauer der Session.

Die Wahl der Schriftführer geschieht für die Dauer jeder Session, jedoch kann der Gewählte nach Ablauf von vier Wochen zurücktreten.

Konstituierung des Reichstags.

§ 12.

Die Konstituierung des Reichstags und das Ergebnis der Wahlen wird durch den Präsidenten dem Kaiser angezeigt.

Der Präsident.

§ 13.

Dem Präsidenten liegt die Leitung der Verhandlungen, die Handhabung der Ordnung und die Vertretung des Reichstags nach außen ob. Er hat das Recht, den Sitzungen der Abteilungen und Kommissionen mit beratender Stimme beizuwohnen.

Der Präsident bestimmt im Einvernehmen mit den Vizepräsidenten die Reihenfolge der Vertretung im Falle seiner Verhinderung und ordnet den Wechsel im Vorsitz.

§ 14.

Der Präsident beschließt über die Annahme und Entlassung des für den Reichstag erforderlichen Verwaltungs- und Dienstpersonals, sowie über die Ausgaben zur Deckung der Bedürfnisse des Reichstags innerhalb des gesetzlich festzustellenden Voranschlages.

Die Schriftführer.

§ 15.

Die Schriftführer haben für die Aufnahme des Protokolles und den Druck der Verhandlungen zu sorgen, daher auch die Revision der stenographischen Berichte zu überwachen. Sie lesen die Schriftstücke vor, halten den Namensaufruf, vermerken die Stimmen und haben den Präsidenten in der Besorgung der äußeren Angelegenheiten des Reichstags zu unterstützen.

Die Quästoren.

§ 16.

Der Präsident ernennt für die Dauer seiner Amtsführung aus der Versammlung zwei Quästoren für das Kassen- und Rechnungswesen.

III. Behandlung der Vorlagen, Anträge und Petitionen.

§ 17.

Die Vorlagen des Bundesrats, sowie alle förmlich (§ 22) eingebrachten Anträge von Mitgliedern des Reichstags werden durch den Präsidenten zum Druck und zur Verteilung an die Mitglieder befördert. Hiernächst tritt der in den §§ 18—51 vorgeschriebene Geschäftsgang ein.

a) im Plenum des Reichstags.

§ 18.

Die **erste** Beratung über Gesetzentwürfe erfolgt frühestens am dritten Tage, nachdem der Gesetzentwurf gedruckt und in die Hände der Mitglieder gekommen ist, und ist auf eine allgemeine Diskussion über die Grundsätze des Entwurfs zu beschränken.

Vor Schluß der ersten Beratung auf die Vorlage selbst bezügliche Abänderungsvorschläge einzubringen, ist nicht gestattet.

Nach dem Schlusse der ersten Beratung beschließt der Reichstag, ob eine Kommission mit der Vorberatung des Entwurfs zu betrauen ist.

Die allgemeine Diskussion kann auch auf einzelne Abteilungen des Entwurfs gerichtet und abteilungsweise zu Ende geführt werden.

§ 19.

Die **zweite** Beratung erfolgt frühestens am zweiten Tage nach dem Abschlusse der ersten Beratung und, wenn eine Kommission eingesetzt ist, frühestens am zweiten Tage, nachdem die Kommissionsanträge gedruckt in die Hände der Mitglieder gekommen sind.

Über jeden einzelnen Artikel wird der Reihenfolge nach die Diskussion eröffnet und geschlossen und die Abstimmung herbeigeführt. Auf Beschluß des Reichstags kann die Reihenfolge verlassen, in gleicher Weise die Diskussion über mehrere Artikel verbunden oder über verschiedene zu demselben Artikel gestellte Abänderungsvorschläge getrennt werden.

Abänderungsvorschläge zu einzelnen Artikeln können in der Zwischenzeit und im Laufe der Verhandlung eingebracht werden. Sie bedürfen keiner Unterstützung.

Nach dem Schlusse der zweiten Beratung stellt der Präsident mit Zuziehung der Schriftführer die gefaßten Beschlüsse zusammen, falls durch dieselben Abänderungen der Vorlage stattgefunden haben.

Diese Zusammenstellung bildet die Grundlage der dritten Beratung. Wenn keine Abänderungen in zweiter Beratung beschlossen worden, dient die unveränderte Vorlage als Grundlage der dritten Beratung.

Wird der Entwurf in allen seinen Teilen abgelehnt, so findet eine weitere Beratung nicht statt.

§ 20.

Die **dritte** Beratung erfolgt frühestens am zweiten Tage nach dem Abschlusse der zweiten Beratung, beziehungsweise nach der Verteilung der Zusammenstellung (§ 19).

Abänderungsvorschläge zu einzelnen Artikeln können in der Zwischenzeit und im Laufe der Verhandlung eingebracht werden. Sie bedürfen der Unterstützung von 30 Mitgliedern.

Die Diskussion erfolgt zunächst über die Grundsätze des Entwurfs nach Maßgabe des § 18, und hieran schließt sich unmittelbar die Diskussion über die einzelnen Artikel nach Maßgabe des § 19.

Am Schlusse der Beratung wird über die Annahme oder Ablehnung des Gesetzentwurfs abgestimmt. Sind Verbesserungsanträge angenommen worden, so wird die Schlußabstimmung ausgesetzt, bis das Bureau die Beschlüsse zusammengestellt hat.

§ 21.

Eine Abkürzung der im § 19 bestimmten Frist, insbesondere auch die Vornahme der ersten und zweiten Beratung in derselben Sitzung, kann bei Feststellung der Tagesordnung (§ 35) oder überhaupt an einem früheren Tage, als an dem der Beratung, mit Stimmenmehrheit, eine Abkürzung der übrigen Fristen (§§ 18 und 20) nur dann beschlossen werden, wenn ihr nicht 15 anwesende Mitglieder widersprechen.

Der Reichstag kann wie am Schlusse der ersten (§ 18) so in jedem Stadium einer folgenden Beratung bis zum Beginn der Fragestellung den Gesetzentwurf oder einen Teil desselben zur Berichterstattung an eine Kommission verweisen, welche sich nur mit dem ihr überwiesenen Gegenstande zu beschäftigen hat.

§ 22.

Alle von Mitgliedern des Reichstags ausgehenden Anträge müssen von mindestens 15 Mitgliedern unterzeichnet und mit der Eingangsformel

„Der Reichstag wolle beschließen"

versehen sein.

In einer folgenden Sitzung, jedoch frühestens am dritten Tage, nachdem der Antrag gedruckt und in die Hände der Mitglieder gekommen ist, erhält der Antragsteller das Wort zur Begründung. Hieran schließt sich, wenn der Antrag einen Gesetzentwurf umfaßt, sofort die erste Beratung.

Eine Abkürzung der Frist ist mit Zustimmung des Antragstellers unter den im § 21 vorgeschriebenen Bedingungen zulässig.

§ 23.

Anträge, welche keine Gesetzentwürfe enthalten, bedürfen nur einer einmaligen Beratung und Abstimmung. Abänderungsvorschläge hierbei bedürfen der Unterstützung von 30 Mitgliedern. Übrigens finden alle Bestimmungen über die Behandlung von Gesetzentwürfen auf sie Anwendung.

Die Beratung und Abstimmung über einen derartigen Antrag kann, und zwar auch ohne daß er gedruckt vorliegt, in derselben Sitzung, in welcher er eingebracht ist, unter Zustimmung des Antragstellers stattfinden, wenn kein Mitglied widerspricht.

§ 24.

Jeder Antrag kann zurückgezogen, jedoch von jedem anderen Mitgliede wieder aufgenommen werden. Er bedarf alsdann keiner weiteren Unterstützung.

§ 25.

Anträge des Bundesrats sind, auch wenn sie Gesetzentwürfe nicht enthalten, nach den Vorschriften der §§ 18 bis 21 zu behandeln, wenn nicht mit Zustimmung des Bundesrats das im § 23 bestimmte abgekürzte Verfahren beschlossen wird.

b) in den Kommissionen.

§ 26.

Für die Bearbeitung derjenigen Geschäfte, welche

1. die Geschäftsordnung,
2. die eingehenden Petitionen,
3. den Handel und die Gewerbe,
4. die Finanzen und Zölle,
5. das Justizwesen,
6. den Reichshaushaltsetat

betreffen, können besondere Kommissionen nach Maßgabe des sich herausstellenden Bedürfnisses gewählt werden.

Außerdem kann der Reichstag für einzelne Angelegenheiten die Bildung besonderer Kommissionen beschließen.

Alle Abteilungen wählen die gleiche Zahl von Kommissionsmitgliedern durch Stimmzettel nach absoluter Mehrheit ihrer an-

wesenden Mitglieder. Die Wahl kann sich auf sämtliche Mitglieder des Reichstags erstrecken. Trifft die Wahl mehrerer Abteilungen denselben Abgeordneten, so hat diejenige Abteilung den Vorzug, welcher der Gewählte angehört. Sonst hat die Wahl der ihrer Nummer nach voranstehenden Abteilung den Vorzug. Die Abteilung, deren Wahl in dieser Weise ungültig wird, hat sobald als tunlich eine Ersatzwahl vorzunehmen.

§ 27.

Die Kommissionen konstituieren sich unter einem aus ihrer Mitte zu wählenden Vorsitzenden und Schriftführer und sind beschlußfähig, sobald mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend ist.

Nach geschlossener Beratung wählt die Kommission aus ihrer Mitte einen Berichterstatter, der die Ansichten und Anträge der Kommission in einem Bericht zusammenstellt. Dieser Bericht wird gedruckt und mindestens zwei Tage vor der Beratung im Hause an sämtliche Abgeordnete verteilt, auch dem Bundesrate in einer angemessenen Anzahl von Exemplaren übersandt (§ 19).

Die Kommissionen sind auch befugt, durch den gewählten Berichterstatter ohne schriftlichen Bericht im Reichstage mündlichen Bericht erstatten zu lassen. Der Reichstag kann aber in jedem Falle schriftlichen Bericht verlangen und zu diesem Behufe die Sache an die Kommission zurückverweisen.

Wird einer Kommission die Vorberatung eines von Mitgliedern des Reichstags gestellten Antrages überwiesen, so nimmt der Antragsteller und, falls der Antrag von mehreren Mitgliedern ausgegangen ist, das zuerst unterzeichnete Mitglied, auch wenn es nicht Mitglied der Kommission ist, an den Beratungen derselben mit beratender Stimme teil.

Eine Ausschließung der Öffentlichkeit der Konmisionsverhandlungen für die Nichtmitglieder der Kommissionen kann nur der Reichstag beschliessen.

§ 28.

Petitionen, welche mit einem Gegenstande in Verbindung stehen, welcher bereits einer Kommission überwiesen ist, können letzterer durch Verfügung des Präsidenten überwiesen werden, jedoch, wenn die Petition bereits an die Petitions-Kommission abgegeben ist, nur auf Antrag derselben.

Jedes Mitglied der Petitions-Kommission kann nach achtwöchentlicher Amtsführung seinen Ersatz durch Neuwahl in Anspruch nehmen.

Der Inhalt der eingehenden Petitionen ist von der Kommission allwöchentlich durch eine in tabellarischer Form zu fertigende Zusammenstellung zur Kenntnis der einzelnen Mitglieder des Reichstags zu bringen. Zur weiteren Erörterung im Reichstage gelangen diejenigen Petitionen, bei welchen auf solche Erörterungen entweder von der Kommission oder von 15 Mitgliedern des Reichstags angetragen wird.

Geht der Antrag von der Kommission aus, so hat sie über die von ihr zur Diskussion verwiesene Petition einen Bericht zu erstatten; geht der Antrag von Mitgliedern des Reichstags aus, so tritt das Verfahren des § 23 ein.

In gleicher Art werden von den Fach-Kommissionen oder den für besondere Vorlagen gewählten Kommissionen die ihnen zugewiesenen Petitionen behandelt.

Ein Bescheid des Reichstags muß jedenfalls erfolgen.

§ 29.

Die Mitglieder des Bundesrats und die Kommissarien desselben können den Abteilungen und Kommissionen mit beratender Stimme beiwohnen. Von dem Zusammentritt der Kommissionen, wie von dem Gegenstande der Verhandlungen muß dem Reichskanzler Kenntnis gegeben werden.

§ 30.

Die Kommissionen und Abteilungen regeln ihre Tagesordnung selbst; außerdem ist der Präsident befugt, für die Abteilungen Sitzungen anzuberaumen.

§ 31.

Sind die Gegenstände der Verhandlungen durch die Kommissionen vorbereitet, so wird solches dem Präsidenten mitgeteilt, welcher die Einbringung derselben auf die Tagesordnung verfügt und den Tag der Verhandlungen feststellt (§ 35).

IV. Anfragen. Interpellationen. Bundesratsentschließungen.

Anfragen.

§ 31a.

Die Mitglieder des Reichstags können Anfragen an den Reichskanzler stellen.

Die Anfragen sind schriftlich einzureichen; sie müssen sich auf die Bezeichnung der Tatsachen, über welche Auskunft gewünscht wird, beschränken.

Die Anfragen werden in der Reihenfolge ihres Eingangs unter fortlaufenden Nummern in ein Verzeichnis eingetragen und den Mitgliedern des Reichstags alsbald mitgeteilt.

Der Präsident teilt die Anfragen unverzüglich dem Reichskanzler mit und bringt sie auf die Tagesordnung der nächsten für Anfragen bestimmten Sitzung.*)

§ 31b.

In den Sitzungen am Dienstag und Freitag jeder Woche darf je die erste Stunde auf die Anfragen verwendet werden.

Die Fragesteller werden in der Reihenfolge des Verzeichnisses (§ 31a Abs. 3) aufgerufen und verlesen die Anfrage. Der Aufruf

---

*) Auszug aus dem stenographischen Bericht vom Freitag, den 20. Juli 1917 (117. Sitzung, S. 3610D):

Präsident Dr. Kämpf: Meine Herren, ich möchte folgendes bemerken. Die Anfragen gehen jetzt in ungeahnter Menge ein.
(Hört! hört!)
Bei der Notwendigkeit, über den Inhalt der Anfragen hier und dort Rückfragen und Besprechungen mit den Herren Abgeordneten zu halten, und bei der Beschäftigung der Ämter ist es unmöglich, vom Mittwoch Abend bis zum Freitag Mittag die Anfragen rechtzeitig zu erledigen. Ich glaube daher im Sinne des Reichstags zu handeln, wenn ich festsetze, daß die Anfragen bis zum **Dienstag beziehungsweise Freitag 12 Uhr mittags** eingereicht sein müssen, wenn sie an dem darauffolgenden Anfragentage zur Beantwortung kommen sollen.

unterbleibt, wenn die Anfrage einem Gegenstand der Tagesordnung der Sitzung vorgreift.

Eine Besprechung der Antwort des Reichskanzlers und Anträge zur Sache sind unzulässig. Zur Ergänzung oder Berichtigung der Anfrage kann der Fragesteller, und falls mehrere Mitglieder gemeinsam eine Anfrage gestellt haben, ihr Wortführer das Wort verlangen.

Anfragen, die an dem für sie bestimmten Tag nicht erledigt werden, scheiden aus, falls nicht der Fragesteller vor Schluß der Sitzung schriftlich ihre Erledigung in der nächsten für Anfragen vorgesehenen Sitzung verlangt.

§ 31c.

Der Fragesteller kann jederzeit erklären, daß er sich mit einer schriftlichen Antwort begnüge.

Die schriftlichen Antworten, die der Reichskanzler erteilt, werden in das Verzeichnis (§ 31a Abs. 3) eingetragen und den Mitgliedern des Reichstags alsbald mitgeteilt.

Interpellationen.

§ 32.

Interpellationen müssen an den Reichskanzler gerichtet, bestimmt gefaßt und von mindestens 30 Mitgliedern unterzeichnet sein. Der Interpellation können kurze Erwägungsgründe beigefügt werden.

Der Präsident teilt die Interpellation sofort in Abschrift dem Reichskanzler mit, bringt sie auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Reichstags und fordert in dieser den Reichskanzler zur Erklärung darüber auf, ob und wann er die Interpellation beantworten werde.

Erklärt sich der Reichskanzler zur Beantwortung bereit, so wird an dem von ihm bestimmten Tage dem Wortführer der Interpellanten zur Begründung der Interpellation das Wort erteilt.

§ 33.

An die Beantwortung der Interpellation oder die Ablehnung ihrer Beantwortung schließt sich die sofortige Besprechung an, falls mindestens 50 anwesende Mitglieder dies verlangen. Der Ablehnung der Beantwortung der Interpellation steht es gleich, wenn der Reichs-

kanzler eine bestimmte Erklärung, ob er die Interpellation beantworten wolle, nicht abgibt. Falls keiner der Interpellanten widerspricht, darf die Besprechung auch in einer späteren Sitzung erfolgen. Schließt sich die Besprechung an die Ablehnung an, so erhält zunächst der Wortführer der Interpellanten das Wort.

Durch Beschluß des Reichstags kann die sofortige Besprechung auch dann zugelassen werden, wenn der Reichskanzler eine bestimmte Erklärung, wann er die Interpellation beantworten wolle, nicht abgibt oder die Frist zur Beantwortung auf mehr als zwei Wochen vom Tage ihrer Einbringung an bemißt. Der Beschluß muß spätestens in der drittnächsten Sitzung gefaßt werden.

§ 33a.

Bei der Besprechung einer Interpellation können Anträge gestellt werden, welche die Feststellung verlangen, daß die Behandlung der den Gegenstand der Interpellation bildenden Angelegenheit durch den Reichskanzler der Anschauung des Reichstags entspricht oder daß sie ihr nicht entspricht. Diese Anträge müssen von mindestens 30 anwesenden Mitgliedern unterstützt werden.

Die Abstimmung muß vertagt werden, wenn dies von mindestens 30 anwesenden Mitgliedern verlangt wird; sie erfolgt alsdann am nächsten Sitzungstage.

Andere Anträge zur Sache sind nicht zulässig.

§ 33b.

Werden Interpellationen in so großer Zahl eingereicht, daß die ordnungsmäßige Erledigung der Geschäfte des Reichstags verhindert wird, so kann der Reichstag bis zur Beseitigung dieses Hindernisses die Verhandlungen über Interpellationen auf einen bestimmten wöchentlichen Sitzungstag beschränken.

Auch in diesem Falle kann der Reichstag die Verhandlung über einzelne Interpellationen durch Beschluß an einem anderen Sitzungstag zulassen.

Entschließungen des Bundesrats.

§ 34.

Die Übersicht der vom Bundesrat auf die Beschlüsse des Reichstags gefaßten Entschließungen wird zum Druck und zur Verteilung befördert.

Binnen 14 Tagen nach erfolgter Verteilung ist jedes Reichstagsmitglied berechtigt, das Verzeichnis zum Gegenstande von Bemerkungen zu machen, welche sich jedoch zu beschränken haben

a) auf den Mangel der Erledigung bestimmt anzuführender Punkte,

b) auf die Unvollständigkeit der gegebenen Auskunft.

Diese Bemerkungen sind dem Präsidenten schriftlich einzureichen.

Diejenigen Beschlüsse des Reichstags, welche durch Zustimmung oder Ablehnung des Bundesrats ihre Erledigung gefunden haben, dürfen nicht zum Gegenstande der Bemerkungen gemacht werden.

Sind innerhalb der 14tägigen Frist Bemerkungen eingegangen, so werden diese dem Reichskanzler mitgeteilt und sodann auf die Tagesordnung gesetzt.

Die Stellung eines Antrages ist bei der Verhandlung im Plenum unzulässig, es bleibt aber jedem Mitgliede des Reichstags überlassen, den Gegenstand in den regelmäßigen Formen der Geschäftsordnung weiter zu verfolgen.

V. Geschäftsvorschriften für die Plenarsitzungen.

a) Tagesordnung.

§ 35.

Die Tagesordnung für das Plenum wird durch den Präsidenten vor dem Schlusse jeder Sitzung für die nächste Sitzung verkündigt. Wenn sich dagegen ein Widerspruch erhebt, so entscheidet der Reichstag durch einen Beschluß darüber, ob der Widerspruch begründet ist. Die Tagesordnung wird sodann den Mitgliedern des Reichstags und des Bundesrats durch den Druck mitgeteilt.

In der Regel findet in jeder Woche an einem bestimmten Tage eine Sitzung statt, in welcher an erster Stelle die von Mitgliedern des Reichstags gestellten Anträge und die zur Erörterung im Plenum gelangenden Petitionen erledigt werden.

Die von Mitgliedern des Reichstags gestellten Anträge kommen in der Reihenfolge zur Verhandlung, in welcher sie eingegangen sind. Alle Anträge, welche innerhalb der ersten zehn Tage einer Session eingegangen sind, gelten als gleichzeitig eingebracht. Über die Reihenfolge der Beratung gleichzeitig eingebrachter Anträge hat der Präsident

sich mit dem Hause zu verständigen. Erfolgt eine Verständigung nicht, so entscheidet das durch den Präsidenten zu ziehende Los. Gesetzentwürfe behalten ihre Priorität bis zu ihrer Schlußberatung; die zweite und dritte Beratung hat mithin, soweit sie zur Verhandlung im Plenum vorbereitet ist, vor denjenigen Anträgen stattzufinden, welche in der Reihenfolge der ersten Beratung diesen Gesetzentwürfen nachgestanden haben. Die Petitionen gelangen in derjenigen Reihenfolge zur Beratung, in welcher sie zur Verhandlung im Plenum vorbereitet sind. Eine Entfernung von der Stelle der Tagesordnung, welche den von Mitgliedern des Reichstags gestellten Anträgen und den Petitionen nach der Priorität gebührt, kann nur beschlossen werden, wenn nicht bei Anträgen von dem Antragsteller und bei Petitionen von 30 Mitgliedern widersprochen wird.

b) Die Sitzungen des Reichstags.

§ 36.

Die Sitzungen des Reichstags sind öffentlich. Der Reichstag tritt auf den Antrag seines Präsidenten, oder von zehn Mitgliedern zu einer geheimen Sitzung zusammen, in welcher dann zunächst über den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit zu beschließen ist.

§ 37.

Der Präsident eröffnet und schließt die Sitzung; er verkündet Tag und Stunde der nächsten Sitzung.

c) Sitzungsprotokolle.

§ 38.

Das Protokoll jeder Sitzung liegt während der nächsten Sitzung zur Einsicht aus und wird, wenn dagegen bis zum Schluß der Sitzung kein Einspruch erhoben ist, als genehmigt erachtet.

§ 39.

Das Protokoll muß enthalten:

1. die gefaßten Beschlüsse in wörtlicher Anführung;
2. die Interpellationen in wörtlicher Fassung, nebst der Bemerkung, ob sie beantwortet sind;
3. die amtlichen Anzeigen des Präsidenten.

§ 40.

Wird gegen die Fassung des Protokolls Einspruch erhoben, welcher sich durch die Erklärung der darüber zu hörenden Schriftführer nicht heben läßt, so befragt der Präsident die Versammlung; im Fall der Einspruch für begründet erachtet wird, muß noch während der Sitzung eine neue Fassung der betreffenden Stelle vorgelegt werden.

§ 41.

Das Protokoll wird von dem Präsidenten und zwei Schriftführern vollzogen.

d) Redeordnung.

§ 42.

Kein Mitglied darf sprechen, ohne vorher das Wort verlangt und von dem Präsidenten erhalten zu haben. Will der Präsident sich an der Debatte beteiligen, so muß er den Vorsitz abtreten.

§ 43.

Die Mitglieder des Bundesrats und die zu ihrer Vertretung abgeordneten Kommissarien müssen auf ihr Verlangen zu jeder Zeit gehört werden. Auch den Assistenten muß auf Verlangen der Mitglieder des Bundesrats oder ihrer Vertreter das Wort erteilt werden.

§ 44.

Das Wort zur Geschäftsordnung wird nur nach freiem Ermessen des Präsidenten erteilt. Eine von demselben zugelassene Bemerkung zur Geschäftsordnung darf die Dauer von fünf Minuten nicht übersteigen. Persönliche Bemerkungen sind erst nach dem Schlusse der Debatte oder im Falle der Vertagung derselben am Schlusse der Sitzung gestattet. Faktische Bemerkungen sind unzulässig.

§ 45.

Die Redner sprechen von der Rednerbühne oder vom Platze.

Den Mitgliedern des Reichstags ist das Vorlesen schriftlich abgefaßter Reden nur dann gestattet, wenn sie der deutschen Sprache nicht mächtig sind.

§ 46.

Der Präsident ist berechtigt, die Redner auf den Gegenstand der Verhandlung zurückzuweisen und zur Ordnung zu rufen (§ 60). Ist das eine oder das andere in der nämlichen Rede zweimal ohne Erfolg geschehen und fährt der Redner fort, sich vom Gegenstande oder von der Ordnung zu entfernen, so kann die Versammlung auf die Anfrage des Präsidenten ohne Debatte beschließen, daß ihm das Wort über den vorliegenden Gegenstand genommen werden solle, wenn er zuvor auf diese Folge vom Präsidenten aufmerksam gemacht ist.

§ 47.

Bei allen Diskussionen erteilt der Präsident demjenigen Mitgliede das Wort, welches nach Eröffnung der Diskussion oder nach Beendigung der vorhergehenden Rede zuerst darum nachsucht.

§ 48.

Nimmt ein Vertreter des Bundesrats nach dem Schlusse der Diskussion das Wort, so gilt diese aufs neue für eröffnet.

Antragsteller und Berichterstatter erhalten, wenn sie es verlangen, das Wort sowohl am Beginn wie nach dem Schlusse der Diskussion.

e) Abänderungsvorschläge und Anträge auf motivierte Tagesordnung.

§ 49.

Abänderungsvorschläge (Amendements) oder Anträge auf motivierte Tagesordnung können zu jeder Zeit vor dem Schlusse der Verhandlungen gestellt werden. Dieselben müssen mit der Hauptfrage in wesentlicher Verbindung stehen und werden dem Präsidenten schriftlich übergeben.

§ 50.

Über Amendements und Anträge auf motivierte Tagesordnung, welche dem Reichstage nicht gedruckt vorgelegen haben, muß, sofern sie angenommen werden, in der nächsten Sitzung nach deren erfolgtem Drucke und Verteilung nochmals ohne Diskussion abgestimmt werden. Dies findet auch dann Anwendung, wenn solche Amendements oder Anträge bereits in dem Kommissionsbericht als Minoritätsanträge

erwähnt sind. Bilden die angenommenen Amendements einen Teil der dem Reichstage vorzulegenden gedruckten Zusammenstellungen (§§ 19 und 20), so bedarf es eines besonderen Abdruckes derselben nicht. In diesem Falle muß der Abstimmung über das Ganze eine nochmalige Abstimmung über diejenigen angenommenen Anträge vorhergehen, welche dem Reichstage noch nicht gedruckt vorgelegen haben. Bei Amendements zu Petitionsberichten ist eine wiederholte Abstimmung jedoch nur dann erforderlich, wenn ein besonderer Antrag hierauf gestellt und von wenigstens 50 Mitgliedern unterstützt wird. Neue Amendements sind dann nicht mehr zulässig.

f) Schluß der Debatte.

§ 51.

Der Präsident stellt die Fragen; über die Stellung derselben kann das Wort begehrt werden. Der Reichstag beschließt darüber. Sind mehrere Fragen vorhanden, so hat der Präsident solche sämtlich der Reihenfolge nach vorzulegen. Die Fragen sind so zu stellen, daß sie einfach durch Ja oder Nein beantwortet werden können. Bei Stimmengleichheit wird die Frage als verneint angesehen.

§ 52.

Die Teilung der Frage kann jeder Einzelne verlangen. Wenn über deren Zulässigkeit Zweifel entstehen, so entscheidet bei Anträgen der Antragsteller, in allen anderen Fällen der Reichstag.

§ 53.

Der Antrag auf die Vertagung oder auf den Schluß der Debatte bedarf der Unterstützung von 30 Mitgliedern. Wenn solche erfolgt, so wird demnächst ohne weitere Motivierung des Antrages und ohne Diskussion über denselben abgestimmt.

Der Antrag auf einfache Tagesordnung kann zu jeder Zeit gestellt werden und bedarf keiner Unterstützung. Nachdem ein Redner für und ein Redner gegen denselben gehört worden, erfolgt darüber der Beschluß der Versammlung. Im Laufe derselben Diskussion darf der einmal verworfene Antrag auf Tagesordnung nicht wiederholt werden.

Die Anträge auf motivierte Tagesordnung (§ 49) sind vor den übrigen Amendements zur Abstimmung zu bringen.

Über Anträge des Bundesrats kann nicht zur Tagesordnung übergegangen werden.

g) Abstimmung.

§ 54.

Unmittelbar vor der Abstimmung ist die Frage zu verlesen.

Ist vor einer Abstimmung infolge einer darüber gemachten Bemerkung der Präsident oder einer der fungierenden Schriftführer zweifelhaft, ob eine beschlußfähige Anzahl von Mitgliedern anwesend sei, so erfolgt der Namensaufruf.

Erklärt dagegen auf die erhobene Bemerkung oder den von einem Mitgliede gestellten Antrag auf Auszählung des Hauses der Präsident, daß kein Mitglied des Bureaus über die Anwesenheit der beschlußfähigen Anzahl zweifelhaft sei, so sind damit Bemerkung und Antrag erledigt.

§ 55.

Die Abstimmung geschieht nach absoluter Mehrheit durch Aufstehen oder Sitzenbleiben.

Ist das Ergebnis nach der Ansicht des Präsidenten oder eines der fungierenden Schriftführer zweifelhaft, so wird die Gegenprobe gemacht. Liefert auch diese noch kein sicheres Ergebnis, so erfolgt die Zählung des Hauses.

§ 56.

Die Zählung geschieht in der nachstehend angegebenen Weise:

Der Präsident fordert die Mitglieder auf, den Saal zu verlassen. Sobald dies geschehen, sind die Türen zu schließen mit Ausnahme einer Tür an der Nord- und einer an der Südseite. An jeder dieser beiden Türen stellen sich je zwei Schriftführer auf.

Auf ein vom Präsidenten mit der Glocke gegebenes Zeichen treten diejenigen Mitglieder, welche mit „Ja" stimmen wollen, durch die Tür an der Nordseite, rechts vom Bureau, diejenigen, welche mit „Nein" stimmen wollen, durch die Tür an der Südseite links vom Bureau, in den Saal ein.

Die an jeder der beiden Türen stehenden zwei Schriftführer zählen laut die eintretenden Mitglieder.

Demnächst gibt der Präsident ein Zeichen mit der Glocke, schließt das Skrutinium und läßt die Türen des Saales öffnen. Jede nachträgliche Stimmabgabe ist ausgeschlossen; nur der Präsident und die diensttuenden Schriftführer geben ihre Stimmen nachträglich öffentlich ab.

Der Präsident verkündet das Resultat der Zählung.

§ 57.

Auf namentliche Abstimmung kann beim Schluß der Beratung vor der Aufforderung zur Abstimmung angetragen werden; der Antrag muß von wenigstens 50 Mitgliedern unterstützt werden. Bei solchen Anträgen auf die Vertagung oder den Schluß der Debatte darf die Unterstützung nur durch Aufstehen geschehen.

§ 58.

Die namentliche Abstimmung erfolgt in folgender Weise:

Der Präsident fordert die Mitglieder auf, ihre Plätze einzunehmen. Die Schriftführer haben alsdann von den einzelnen Mitgliedern die Abstimmungskarten entgegenzunehmen und in Urnen zu sammeln. Die Abstimmungskarten tragen den Namen des Abstimmenden und die Bezeichnung Ja, Nein oder Enthalte mich. Nach Beendigung der Sammlung erklärt der Präsident die Abstimmung für geschlossen. Die Zählung der Stimmen geschieht durch die Schriftführer.

Die Namen der Abstimmenden und ihre Abstimmung werden in den stenographischen Bericht der Sitzung aufgenommen.

§ 59.

Bei allen nicht namentlichen Abstimmungen hat jedes Mitglied des Reichstags das Recht, seine von dem Beschlusse der Mehrheit abweichende Abstimmung kurz motiviert schriftlich dem Bureau zu übergeben und deren Aufnahme in die stenographischen Berichte, ohne vorgängige Verlesung in dem Reichstage, zu verlangen.

VI. Ordnungsbestimmungen.

§ 60.

Die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Sitzungen liegt dem Präsidenten ob. *)

Wenn ein Mitglied die Ordnung verletzt, so wird es vom Präsidenten mit Nennung des Namens darauf zurückgewiesen.

Im Falle gröblicher Verletzung der Ordnung kann das Mitglied durch den Präsidenten von der Sitzung ausgeschlossen werden. Leistet dasselbe der Aufforderung des Präsidenten zum Verlassen des Saales keine Folge, so hat der Präsident in Gemäßheit des § 61 dieser Geschäftsordnung zu verfahren. Wenn während der Dauer der Ausschließung in anderen als Geschäftsordnungsfragen eine Abstimmung erfolgt ist, bei welcher die Stimme des ausgeschlossenen Mitgliedes den Ausschlag hätte geben können, so muß die Abstimmung in der nächsten Sitzung wiederholt werden.

Das zur Ordnung gerufene oder ausgeschlossene Mitglied ist berechtigt, spätestens am folgenden Tage schriftlich Einspruch zu

---

*) Erklärung des Präsidenten Grafen von Ballestrem in der 226. Plenarsitzung am 29. November 1902:

Der § 60 unserer Geschäftsordnung bestimmt folgendes:

„Die Aufrechterhaltung der Ordnung in den Sitzungen liegt dem Präsidenten ob."

Infolge dieser mir durch die Geschäftsordnung übertragenen Obliegenheit, bestimme ich folgendes:

„Der Raum zwischen den Sitzen der Abgeordneten und dem Tische des Hauses respektive den Plätzen der Stenographen, ferner die zum Podium führenden Treppenstufen dürfen von den Abgeordneten nicht eingenommen werden und müssen frei bleiben; auf den Referentenplätzen zu beiden Seiten der Rednertribüne dürfen nur die offiziellen Referenten sich aufhalten."

Diese Anordnungen, welche übrigens keine Neuerung enthalten, habe ich getroffen respektive erneut auf dieselben hingewiesen im Interesse der Würde des Hauses und der Redefreiheit seiner Mitglieder.

erheben, auf welchen der Reichstag, jedoch nicht vor dem darauffolgenden Tage, ohne Diskussion darüber entscheidet, ob der Ordnungsruf oder die Ausweisung gerechtfertigt war.

§ 61.

Wenn in der Versammlung störende Unruhe entsteht, so kann der Präsident die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen oder ganz aufheben. Kann sich der Präsident kein Gehör verschaffen, so bedeckt er sein Haupt, und ist hierdurch die Sitzung auf eine Stunde unterbrochen.

Ordnung in den Zuhörerräumen.

§ 62.

Dem Präsidenten des Reichstags steht die Handhabung der Polizei im Sitzungsgebäude und in den Zuhörerräumen zu.

§ 63.

Wer von der Tribüne Zeichen des Beifalls oder Mißfallens gibt, oder sonst die Ordnung oder den Anstand verletzt, wird auf der Stelle entfernt.

§ 64.

Entsteht eine störende Unruhe auf der Tribüne, so kann der Präsident anordnen, daß alle, die sich zur Zeit darauf befinden, die Tribüne räumen.

VII. Urlaub, Ausscheiden und Neuwahl der Mitglieder.

Urlaubsgesuche.

§ 65.

Für die Abwesenheit eines Mitgliedes bis zur Dauer von acht Tagen ist der Präsident Urlaub zu erteilen berechtigt; für eine längere Zeit darf nur der Reichstag denselben bewilligen. Urlaubsgesuche auf unbestimmte Zeit sind unstatthaft.

Über die Urlaubsgesuche und Abwesenheitsfälle wird ein Register geführt.

Ausscheiden und Neuwahl.

§ 66.

Wenn aus irgendeiner Ursache die Stelle eines Reichstagsmitglieds erledigt wird, so macht der Präsident dem Reichskanzler davon Anzeige, damit dieser in der kürzesten Frist die Neuwahl veranlasse.

VIII. Adressen und Deputationen.

Adressen.

§ 67.

Wird beantragt, eine Adresse an den Kaiser zu richten, und haben der oder die Antragsteller dem Reichstage einen formulierten Entwurf zu der Adresse überreicht, so findet die weitere Behandlung in derselben Art, wie bei allen anderen Anträgen, statt.

Beschließt der Reichstag, die Vorberatung des Entwurfs einer Kommission zu übertragen, so wird diese aus dem Präsidenten — bei dessen Behinderung dem Vizepräsidenten — des Reichstags als Vorsitzenden und 21 von den Abteilungen zu wählenden Mitgliedern gebildet.

Liegt ein Entwurf zu einer Adresse nicht vor, so ist dieser von einer in gleicher Weise zusammenzusetzenden Kommission zu fertigen und ohne weiteren Bericht dem Reichstage zu überreichen.

Deputationen.

§ 68.

Soll die Adresse durch eine Deputation überreicht werden, so bestimmt der Reichstag auf den Vorschlag des Präsidenten die Zahl der Mitglieder; das Los bezeichnet sie. Der Präsident ist jedesmal Mitglied der Deputation und führt allein das Wort.

IX. Allgemeine Bestimmungen.

§ 69.

Gesetzesvorlagen werden nach erfolgter Beschlußnahme dem Reichskanzler übersandt.

§ 70.

Gesetzesvorlagen, Anträge und Petitionen sind mit dem Ablaufe der Sitzungsperiode, in welcher sie eingebracht und noch nicht zur Beschlußnahme gediehen sind, für erledigt zu erachten.

X.

Beschluß des Reichstags

vom 12. Dezember 1891, betreffend die

Etatsresolutionen.

Die bei der Beratung des Reichshaushalts-Etats in der zweiten Lesung beantragten Resolutionen bedürfen der Unterstützung von 15 Mitgliedern. Die Abstimmung über diese Resolutionen erfolgt frühestens am dritten Tage, nachdem sie gedruckt und in die Hände der Mitglieder gekommen sind. Die Abstimmung ist bis nach endgültiger Festsetzung der Etatsposition auszusetzen, sofern der enge Zusammenhang mit der Etatsposition es angezeigt erscheinen läßt oder ein von 30 Mitgliedern unterstützter Antrag es verlangt.

Register.

Vorstand
der
verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Präsident:

Herr Fehrenbach.

Vizepräsidenten:

Herr Schulz (Ostpreußen).
" Haußmann.
Herr Dietrich (Potsdam).

Schriftführer:

Frau Agnes.
Herr Bolz.
" Fischer (Berlin).
" Kempkes.
Herr Malkewitz.
" Dr. Neumann-Hofer.
" Dr. Pfeiffer.
" Stücklen.

Verzeichnis

der

Mitglieder der verfassunggebenden National-versammlung

nach den einzelnen Parteien.

Sozialdemokraten.

165 Mitglieder.

Auer.
Bader.
Baudert.
Bauer.
Becker (Oppeln).
Beims.
Bender (Magdeburg).
Bias.
Binder (Pfalz).
Frau Blos.
Dr. Boerschmann.
Frau Bollmann.
Braun (Düsseldorf).
Dr. Braun (Franken).
Brey.
Brühne.
Buck.
Budde.
Burgau.
Dr. David.
Davidsohn.
Deichmann.
Dietrich (Liegnitz).
Dröner.
Ebert.
Frau Eichler.
Endres.
Ernst.
Feldmann.
Fischer (Berlin).
Fischer (Hannover).
Frohme.
Geck.
Gehl.
Giebel.
Girbig.
Gölzer.
Dr. Gradnauer.
Gruber.
Haack.
Hansmann.
Hasenzahl.
Frau Hauke.
Heimann.
Heine (Dessau).
Hellmann.
Hense.
Hierl (Franken).
Hildenbrand.
Hoch.
Frau Höfs.
Hörsing.
Hoffmann (Pfalz).
Hofmann (Schwarzburg).
Holl.
Hue.
Hug.
Jäcker.
Janschek.
Jantzen.
Dr. Jasper.
Frau Juchacz.
Junghnickel.
Frau Kähler.
Käppler.

Kahmann.
Katzenstein.
Keil.
Kenngott.
König.
Körsten.
Kotzur.
Krätzig.
Kronen.
Krüger (Mecklenburg).
Krüger (Potsdam).
Kürbis.
Kuntze.
Landsberg.
Legien.
Lesche.
Liebig.
Frau Lodahl.
Löbe.
Löffler.
Lübbring.
Frau Lührs.
Lüttich.
Frau Lutze.
Mauerer.
Meerfeld.
Meier (Sachsen).
Michelsen.
Molkenbuhr.
Müller (Breslau).
Müller (Potsdam).
Noske (Sachsen).
Obermeyer.
Osterroth.
Panzer.
Pfannkuch.
Frau Pfülf.
Pinkau.
Pokorny.
Dr. Quarck.
Dr. Quessel.
Rauch.
Reek.
Reißhaus.
Frau Reitze.
Riedmiller.
Rodemann.
Frau Röhl (Cöln).
Röhle (Sachsen).
Rückert.
Frau Ryneck.
Sachse.
Salm.
Schaefer.
Schädlich.
Scheidemann.
Frau Schilling.
Schlicke.
Schlüter.
Schmidt (Berlin).
Schmidt (Frankfurt).
Schmidt (Sachsen).
Schöpflin.
Schreck.
Frau Schroeder.
Frau Schuch.
Schulz (Westpreußen)
Schulz (Ostpreußen).
Schulz (Posen).
Schumann.
Severing.
Sidow.
Silberschmidt.
Simon (Schwaben).
Frau Simon (Westpreußen).
Dr. Sinzheimer.
Sollmann.
Stahl.
Starosson.
Steinkopf.
Steinmayer.
Stelling.
Stock.
Stolten.
Stücklen.
Taubadel.
Frau Tesch (Hessen-Nassau).
Thabor.
Thiele.
Thöne.
Trinks.
Ulrich.
Vesper.
Vogel.
Voigt (Breslau).
Wels.
Winkelmann.
Winnig.
Wissell.
Wolff.

Zentrum

(einschließlich bayerische Volkspartei).

89 Mitglieder und 1 Hospitant.

Allekotte.
Andre.
Astor.
Becker (Arnsberg).
Becker (Nassau).
Dr. Bell.
Bergmann.
Dr. Beyerle.
Bitta.
Blank.
Blum.
Bolz.
Dr. Brauns (Cöln).
v. Brentano di Tremezzo.
Burlage.
Diez.
Frau Dransfeld.
Ehrhardt.
Ersing.
Erzberger.
Farwick.
Fehrenbach.
Dr. Fleischer.
Frerker.
Gerstenberger.
Giesberts.
Gilsing.
Gröber.
Grunau.
Hagemann.
Hebel.
Dr. Heim.
Herold.
Dr. Herschel.
Dr. Hitze.
Hofmann (Ludwigshafen).
Imbusch.
Irl (Oberbayern).
Jaud.
Joos.
Dr. Kaas (Trier).
Koch (Münster).
Koßmann.
Kreutz.
Kubetzko.
Legendre.
Leicht.
Lensing.
Marx.
D. Mausbach.
Dr. Maxen.
Dr. Mayer (Schwaben).
Müller (Fulda).
Nacken.
Frau Neuhaus.
Neyses.
Ollmert.
D. Otte.
Dr. Pfeiffer.
Puschmann.
Rheinländer.
Richter (Pfalz).
Sagawe.
Schefbeck.
Schiffer (Münster).
Schirmer.
Schlack.
Dr. Schmitt (Hessen).
Frau Schmitz.
Schneider (Franken).
Schümmer.
Schwarz (Hessen-Nassau).
Schwarzer (Oberbayern).
Dr. Spahn.
Stapfer.
Stegerwald.
Strzoda.
Szczeponik.
Dr. Taucher.
Frau Teusch (Cöln).
Tremmel.
Trimborn.
Ulitzka.
Frau Weber.
Wieber.
Dr. Wirth.
Zawadzki.
Dr. Zehnter.
Frau Zettler.

Hospitant:

Colshorn.

Deutsche Demokratische Partei.

74 Mitglieder und 1 Hospitant.

Dr. Ablaß.
Baerwald.
Frau Dr. Bäumer.
Bahr.
Bartschat.
Frau Dr. Baum.
Dr. Blunck.
Dr. Böhme (Magdeburg).
Dr. Böhmert (Bremen).
Brodauf.
Frau Brönner.
Bruckhoff.
Delius.
Dr. Dernburg.
Dietrich (Baden).
Frau Ekke.
Engelhard.
Erkelenz.
Falk.
Fischbeck.
Franke.
Gleichauf.
Gothein.
Grünewald.
Günther.
Dr. Haas (Baden).
Hartmann (Berlin).
Haußmann.
Heile.
Henrich.
Hermann (Württemberg).
Dr. Herrmann (Posen).
Hesse.
Kerschbaum.
Frau Kloss.
Koch (Cassel).
Koch (Hamburg).
Koch (Merseburg).
Dr. Ritter v. Langheinrich.
Lippmann.
Lockenvitz.
Dr. Ludewig.
Dr. Luppe.
D. Naumann.
Dr. Neumann-Hofer.
Nitzschke.
Nuschke.
Dr. Pachnicke.
v. Payer.
Dr. Petersen.
Pick.
Pohlmann.
Dr. Quidde.
Dr. Raschig.
Remmers.
Freiherr v. Richthofen.
Schiffer (Magdeburg).
Schmidthals.
Schneider (Sachsen).
Dr. Schücking.
Dr. Seyfert.
Siehr.
Sivkovich.
Steinsdorff.
Tantzen.
Dr. Vershofen.
Wachhorst de Wente.
Waldstein.
Weinhausen.
Weiß.
Dr. Wendorff.
Dr.-Ing. Wieland.
Ziegler.
Dr. Zöphel.

Hospitant:

Thomsen.

Deutschnationale Volkspartei.

41 Mitglieder und 1 Hospitant.

Arnstadt.
Baerecke.
Frau Behm.
Behrens.
Biener.
Bruhn.
Deglerk.
Dr. v. Delbrück.
Dietrich (Potsdam).

Dr. Düringer.
Frau v. Gierke.
v. Graefe.
Dr. Hartmann (Oppeln).
Dr. Hugenberg.
Jandrey.
Knollmann.
Koch (Düsseldorf).
Dr. Költzsch.
Kraut.
Kreft.
Laverrenz.
Malkewitz.
D. Mumm.
Noske (Frankfurt).
Dr. Oberfohren.
Ohler.
Dr. Philipp.
Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner.
Richter (Ostpreußen).
Dr. Roesicke.
Schiele.
Frau Dr. Schirmacher.
Schultz (Bromberg).
Dr. Semmler.
D. Traub.
Veidt.
Vogt (Württemberg).
Wallbaum.
Warmuth.
Weilnböck.
Wetzlich.

Hospitant:

Hampe.

Deutsche Volkspartei.

22 Mitglieder.

Aßmann.
Dr. Becker (Hessen).
Beuermann.
Dr. Graf zu Dohna.
Dusche.
Dr. Heinze.
Dr. Hugo.
D. Dr. Kahl.
Kempkes.
Maretzky.
Frau Mende.
Dr. Mittelmann.
Dr. Most.
Oertel.
Reineke.
Dr. Rießer.
Dr. Runkel.
Dr. Stresemann.
Vögler.
Dr. Weidtman.
Winnefeld.
Witthoefft.

Unabhängige Sozialdemokraten.

22 Mitglieder.

Frau Agnes.
Bock.
Brass.
Brühl.
Dr. Cohn.
Düwell.
Eichhorn.
Geyer (Leipzig).
Dr. Geyer (Sachsen).
Haase (Berlin).
Henke.
Frau Hübler.
Koenen.
Kunert.
Laukant.
Merges.
Raute.
Seger.
Simon (Franken).
Wurm.
Frau Zietz.
Zubeil.

Verschiedene Parteien.

7 Mitglieder.

Deutsch-Hannoversche Partei.

2 Mitglieder.

Alpers. | Langwost.

Bayerischer Bauernbund.

4 Mitglieder.

Dirr.
Eisenberger.
Gandorfer.
Männer.

Bei keiner Partei.

1 Mitglied.

Gebhart.

Zusammenstellung.

Sozialdemokraten	165	Mitglieder.
Zentrum, einschließlich bayerische Volkspartei	90	"
Deutsche Demokratische Partei	75	"
Deutschnationale Volkspartei	42	"
Deutsche Volkspartei	22	"
Unabhängige Sozialdemokratische Partei	22	"
Mitglieder verschiedener Parteien	7	"
	423	Mitglieder.

Die
Mitglieder der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

Biographische Notizen.

Ablaß, Bruno, Dr. jur.; Justizrat, Rechtsanwalt und Notar in Hirschberg i. Schl. Wahlkr. 11 (Reg.-Bez. Liegnitz). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 10. Mai 1860 zu Bunzlau; evangelisch. Besuchte das Johannesgymnasium in Breslau bis zum Abiturientenexamen im Jahre 1884 und studierte Rechtswissenschaft in Breslau auf der dortigen Universität, im Jahre 1888 Ablegung des Referendarexamens, im Jahre 1891 in Heidelberg zum Dr. jur. promoviert und bestand im Jahre 1892 das Assessorexamen. Seit 1893 Rechtsanwalt in Hirschberg i. Schl., seit 1903 Notar, seit 1903 Mitglied des Reichstags, seit 1896 Stadtverordneter, seit 1917 Stadtverordnetenvorsteher in Hirschberg, Vorsitzender des Aufsichtsrats des Spar- und Bauvereins E. G. m. b. H. in Hirschberg, Mitglied des Vorstandes der Anwaltskammer Breslau, Mitglied der Schuldeputation und des Kuratoriums des Lyzeums nebst Studienanstalt in Hirschberg, Vorsitzender des Wahlvereins der Deutschen demokratischen Partei in Hirschberg, Mitglied der Gemeindevertretung der Gnadenkirche und der Kreissynode in Hirschberg. Politischer und literarischer Mitarbeiter am „Boten aus dem Riesengebirge“ in Hirschberg und sonstiger Zeitungen.

(Bild Seite 337, Platz Nr. 125.)

Agnes, Lore; Hausfrau in Düsseldorf. Wahlkr. 22 (Reg.-Bez. Düsseldorf). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 4. Juni 1876 zu Bochum; Dissidentin. Besuchte die Volksschule.

(Bild Seite 360, Platz Nr. 282.)

Allekotte, Joseph; Oberpostsekretär in Mülheim-Ruhr. Wahlkreis 21 (Reg.-Bez. Coblenz und Trier). — Zentrum. —

Geboren am 17. Juni 1867 zu Saarn, Kreis Mülheim-Ruhr; katholisch. Besuchte die Volksschule, dann drei Jahre Privatunterricht bei einem seminaristisch und einem akademisch gebildeten Lehrer in allen Realfächern, in fremden Sprachen und in Musik; 1884 Postgehilfe, 1889 Postassistent, 1904 Postsekretär, 1910 Oberpostsekretär. Stadtverordneter seit 1906. Mitarbeiter politischer Tageszeitungen und Zeitschriften in Bevölkerungspolitik, Wohnungsfürsorge und in Beamtenfragen mit Forderung einer Personalreform und von Kinderzulagen.

(Bild Seite 322, Platz Nr. 172.)

Alpers, Ludwig; Lehrer in Hamburg Wahlkr. 37 (Hamburg, Bremen, Reg.-Bez. Stade). — Deutsch-Hannoversche Partei. —

Geboren am 15. Dezember 1866 zu Drochtersen, Kr. Kehdingen; evangelisch-lutherisch. Als Lehrer tätig seit 1887 in Geestemünde und Lehe. Geschichtliche und volkswirtschaftliche Studien in Hamburg seit 1892. Erster Vorsitzender der (großdeutsch-föderalistischen) Hamburger Rechtspartei, Erster Vorsitzender im Generalrat des Hannoverschen Arbeiter- und Handwerkerbundes. Mitglied des Reichstags seit 1912 für den Wahlkreis Harburg-Rotenburg. Mitarbeit an der Parteipresse.

(Bild Seite 364, Platz Nr. 400.)

Andre, Josef; Arbeitersekretär in Stuttgart. Wahlkr. 31/32 (Württemberg). — Zentrum. —

Geboren am 16. Februar 1879 zu Schramberg (Württemberg); katholisch. Besuchte die Volksschule in Schramberg, erlernte das Schreinerhandwerk und nahm an verschiedenen Ausbildungskursen fachgewerblicher und wirtschaftspolitischer Natur teil, war Mitbegründer des Christlichen Holzarbeiterverbandes, Sitz Köln, seit 1904 Arbeitersekretär auf dem katholischen Arbeitersekretariat und Volksbureau Stuttgart, seit 1906 Landtagsabgeordneter für den Oberamtsbezirk Oberndorf-Schramberg, Mitglied der württembergischen Landesversammlung. Verfasser verschiedener Broschüren parteipolitischen und sozialen Inhalts, Herausgeber der „Württembergischen Zentrumskorrespondenz".

(Bild Seite 322, Platz Nr. 173.)

Arnstadt, Albert; Landwirt in Großvargula. Wahlkr. 36 (Thüringen usw.). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 11. Mai 1862 zu Großvargula; evangelisch. Besuchte die Volksschule von 1868—1884, die Landwirtschaftliche Winterschule in Merseburg 1883—1884. Nach Verlassen der Volksschule Landwirt in der väterlichen Wirtschaft, Vorstandsmitglied landwirtschaftlicher Vereine und Genossenschaften, Mitglied der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen, sowie Mitglied verschiedener Ausschüsse derselben. Reichstagsabgeordneter 1907—1919. Mitarbeiter an verschiedenen landwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Zeitungen, Verfasser von landwirtschaftlichen Fachbüchern und Broschüren.

(Bild Seite 350. Platz Nr. 135.)

Aßmann, Julius; evangelischer Pfarrer in Bromberg. Wahlkr. 8 (Provinz Posen). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 5. Oktober 1868 zu Posen; evangelisch. Besuchte das Mariengymnasium in Posen, studierte von 1888—1891 in Königsberg, seit 1895 Provinzialvikar in Klein-Bartelsen, seit 1897 Pfarrer in Bromberg. Mitarbeiter verschiedener Zeitschriften.

(Bild Seite 367. Platz Nr. 278)

Astor, Jacob; Kaufmann in Berncastel-Cues a. d. Mosel. Wahlkreis 21 (Reg.-Bez. Coblenz, Trier und Oldenburg). — Zentrum. —

Geboren am 25. Dezember 1867 zu Berncastel; katholisch. Besuchte das Gymnasium zu Trier bis zur Obersekunda und widmete sich dann dem kaufmännischen Berufe, diente als Einjährig-Freiwilliger beim Königin-Augusta-Garde-Gren.-Reg. in Coblenz 1889—1890 und wurde 1891 zum Reserveoffizier des genannten Regiments befördert, nahm 1894 aus Gesundheitsrücksichten seinen Abschied. Im Kriege vom 8. August 1914 bis 1. Februar 1918 freiwillig im Dienste der Armee, zuerst als Adjutant bei der Bahnhofskommandantur Trier-West, seit 1916 als Oberleutnant bezw. Hauptmann im Kriegsministerium und Kriegsamt in Berlin. E. K. II. Stadtverordneter in Berncastel-Cues. Vorsitzender der Detailhandels-Berufsgenossenschaft Berlin, Vorsitzender des Reichsbundes Deutscher Textil-Detaillisten-Verbände e. V. in Berlin. Mitglied des Reichstags 1912—1918.

(Bild Seite 328. Platz Nr. 120.)

Auer, Erhard; Bayerischer Staatsminister des Innern in München. Wahlkr. 24 (Reg.-Bez. Oberbayern und Schwaben). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 22. Dezember 1874 zu Dommelstadl, Bezirksamt Passau; katholisch. Besuchte vom 1. Mai 1880 bis 12. Mai 1886 die Volksschule in Dommelstadl, wurde (da als Doppelwaise Gemeindearmer) durch Beschluß der Kgl. Distriktsschulbehörde Passau II vom weiteren Besuch der Werktagsschule dispensiert, von 1886—1894 als landwirtschaftlicher Arbeiter tätig, 1894—1896 Soldat beim Inf.-Leib-Reg., 1896—1900 in einem der größten Handelsgeschäfte Bayerns, zuerst als Ausgeher, dann nach Absolvierung einer Handelsschule im gleichen Geschäft als selbständiger Kaufmann tätig, ab Juli 1900 Offiziant der Ortskrankenkasse IX in München, im März 1908 vom Landesvorstand der sozialdemokratischen Partei Bayerns als Landessekretär angestellt, dessen Funktionen er bis dahin ehrenamtlich ausübte, ab August 1914 Kriegsteilnehmer. Seit 1907 Mitglied der Kammer der Abgeordneten und verschiedener Institutionen. Seit November 1918 Staatsminister des Innern in Bayern. Verfasser verschiedener sozialpolitischer und volkswirtschaftlicher Arbeiten, wegen politischer Vergehen des öfteren zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt.

(Bild Seite 295. Platz Nr. 8.)

Bader, Paul; Chefredakteur in Magdeburg. Wahlkr. 12 (Reg.-Bez. Magdeburg und Anhalt). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 15. Februar 1865 zu Altenkirchen, Insel Rügen; Dissident. Besuchte die Realgymnasien in Grabow in Mecklenburg und Greifswald, studierte 1883—1887 in Greifswald Mathematik, Volkswirtschaft, Geschichte, Literatur, um Journalist zu werden; war von 1887—1899 als Redakteur in Frankfurt a. M., Neustadt a. H. und Marburg a. L. tätig; seit 1899 Chefredakteur der sozialdemokratischen „Volksstimme" in Magdeburg. Verfasser der Tragödie „Das Gesetz", die unter dem Pseudonym Konrad Terbin im Verlag W. Pfannkuch & Co. in Magdeburg erschienen ist.

(Bild Seite 295. Platz Nr. 184.)

Baerecke, Max; Gutsbesitzer in Spittelhof bei Elbing. Wahlkr. 2 (Provinz Westpreußen). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 9. Mai 1873 zu Spittelhof; evangelisch. Gymnasium in Elbing absolviert, Landwirtschaft und Philosophie auf den Universitäten Halle und Leipzig studiert, Landwirtschaftliche Vorbereitung als Eleve, Volontär und Beamter in Westpreußen, Ostpreußen und Posen, seit 1899 Besitzer des väterlichen Gutes, Mitglied des Kreistages, des Kreisausschusses, der Landwirtschaftskammer, Kreisdeputierter, Amtsvorsteher, Rittmeister d. Ref. im Dragon.-Reg. König Albert von Sachsen, Mitglied des preußischen Landtages (konservative Fraktion), von Februar 1911 bis zur Revolution. Kriegsdienst vom 1. August 1914 bis Oktober 1918.

(Bild Seite 350, Platz Nr. 252.)

Baerwald, Moritz; Stadtrat, Rechtsanwalt und Notar in Bromberg. Wahlkr. 8 (Provinz Posen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 3. Dezember 1860 zu Thorn; Jude. Besuchte das Gymnasium in Thorn, die Universitäten Heidelberg, Leipzig, Berlin seit 1887 Rechtsanwalt, seit 1908 Notar in Bromberg. Mitglied des Hauses der Abgeordneten seit 1912, Stadtrat in Bromberg seit 1902 Mitglied des Vorstandes der Anwaltskammer in Posen seit 1902.

(Bild Seite 337, Platz Nr. 149.)

Bäumer, Gertrud, Dr. phil.; Leiterin des sozialpädagogischen Instituts Hamburg, Schriftleiterin bei der „Hilfe" (Herausgeber: Friedrich Naumann) und bei der „Frau" (Herausgeberin: Helene Lange) in Hamburg. Wahlkr. 36 (Thüringen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 12. September 1873 zu Hohenlimburg; evangelisch. Besuchte die höhere Mädchenschule in Halle a. S. und Magdeburg, Lehrerinnenseminar Magdeburg. War Lehrerin an Volksschulen in Camen (Westf.) und Magdeburg, an höherer Mädchenschule in Magdeburg, studierte von 1899—1904 in Berlin Germanistik, Staatswissenschaften und Philosophie, seitdem in der Redaktion der Zeitschrift „Die Frau" und der Zeitschrift „Die Hilfe". Dozentin an der sozialen Frauen-

schule, Berlin, und Humboldtakademie daselbst. Seit 1916 Leiterin des sozialpädagogischen Instituts in Hamburg. Seit 1910 Vorsitzende des Bundes deutscher Frauenvereine. Hauptsächliche Werke: „Handbuch der Frauenbewegung", 1901ff., „Die Frau und das geistige Leben", „Die soziale Idee in den Weltanschauungen des 19. Jahrhunderts", „Die Frau in Volkswirtschaft und Staatsleben der Gegenwart".

(Bild Seite 338, Platz Nr. 147.)

Bahr, Max; Fabrikbesitzer in Landsberg a. W. Wahlkr. 6 (Reg.-Bez. Frankfurt a. O.). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 25. Oktober 1848 zu Landsberg a. W.; evangelisch. Genügte der Militärpflicht 1869—1871 beim 10. Drag.-Reg., 1870/71 Unteroffizier, 1864—1879 Kaufmann, Konfektions- und Tuchhandel, 1872 sechs Monate in London, 1877—1903 Sack- und Plan-Fabrikation, 1904—1919 Jutespinnerei und Gerberei. Besuchte 1897 und 1902 die Vereinigten Staaten von Amerika, 1913/14 Vorderindien. Vorsitzender der Deutschen demokratischen Partei in Landsberg a. W. Seit 15 Jahren Stadtverordneter und Magistratsmitglied in Landsberg a. W. Wirtschafts-, Kanal-, Siedelungs- Soziale und Bevölkerungsfragen.

(Bild Seite 338, Platz Nr. 148.)

Bartschat, Franz; Klempnermeister in Königsberg i. Pr. Wahlkr. 1 (Provinz Ostpreußen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 18. April 1872 zu Königsberg i. Pr.; Baptist. Besuchte die Volks- und Bürgerschule. Erlernte das Klempnerhandwerk und bereiste als Geselle die Provinzen Hessen-Nassau, Westfalen und Rheinprovinz, seit 1908 selbständiger Klempnermeister in Königsberg. Seit 1904 Stadtverordneter, 1906 Vorsitzender des Innungsausschusses der vereinigten Innungen Königsbergs, 1912 Mitglied des Reichstags, 1912 Mitglied der Handwerkskammer zu Königsberg, 1916 Vorstandsmitglied der Handwerkskammer, 1918 stellvertretender Vorsitzender der Handwerkskammer, 1912 Vorsitzender des Wahlvereins der Fortschrittlichen Volkspartei, 1919 Vorsitzender der Ortsgruppe der Deutschen demokratischen Partei.

(Bild Seite 338, Platz Nr. 104.)

Baudert, F. August; Schriftsteller in Weimar. Wahlkr. 36 (Thüringen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 16. Juni 1860 zu Apolda; Dissident. Besuchte von 1866—1868 die Volksschule in Blankenhain, von 1868—1874 die Bürgerschule in Apolda. Lernte von 1874—1877 als Wirker in Apolda, arbeitete dann als Geselle in Berlin, Hamburg, Düsseldorf, Leobschütz, in Sachsen, Dänemark, der Schweiz usw. Im Jahre 1889 als Zwischenmeister selbständig; mußte 1893, arbeitslos gemacht, den Beruf aufgeben. Von 1891—1906 Gemeinderatsmitglied in Apolda, seit 1909 Gemeinderatsmitglied in Weimar. Seit 1894 Mitglied des Landtags im Großherzogtum Sachsen. Früher Redakteur an verschiedenen Blättern. Mitbegründer des Textilarbeiterverbandes. Mitglied des Reichstags von 1898—1906 und 1912—1918. Seit dem 11. November 1918 Staatskommissar zur Vertretung der inneren und äußeren Angelegenheiten der republikanischen provisorischen Regierung für Sachsen-Weimar-Eisenach.

(Bild Seite 295. Platz Nr. 6.)

Bauer, Gustav; zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Staatssekretär des Reichsarbeitsamts in Berlin-Neukölln. Wahlkr. 9 (Reg.-Bez. Breslau). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 6. Januar 1870 in Darkehmen, Ostpr.; Dissident. Besuchte die Volksschule zu Königsberg i. Pr. War von der Schulentlassung an in Rechtsanwaltsbureaus tätig, seit 1893 als Bureauvorsteher, von 1903—1908 Sekretär des Zentral-Arbeitersekretariats in Berlin, seit Oktober 1908 zweiter Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Seit den 5. 10. 1918 Staatssekretär des Reichsarbeitsamts. War Mitbegründer des Verbandes der Bureauangestellten und von 1895—1908 dessen ehrenamtlicher Vorsitzender, seit 1897 Mitglied des Vorstandes und seit 1903 Vorsitzender der Ortskrankenkasse der Bureauangestellten zu Berlin, seit 1904 Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses der Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen, seit Juli 1908 Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Von 1895—1901 Redakteur des Verbandsorgans „Der Bureauangestellte". Mitglied des Reichstags von 1912—1918.

(Bild Seite 295. Platz Nr. 48.)

Baum, Marie, Dr. phil.; Leiterin der Sozialen Frauenschule und des Sozialpädagogischen Instituts Hamburg in Hamburg. Wahlkreis 14 (Provinz Schleswig-Holstein und Lübeck). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 23. März 1874 zu Danzig; evangelisch. Erster Unterricht privat und in Realgymnasialkursen, Studium 1893—1897 in Zürich; 1897—1899: Assistentin am Eidgenössischen Polytechnikum, 1899—1902: Chemikerin bei der Aktiengesellschaft für Anilinfabrikation Berlin, 1902 bis 1907: Gewerbeinspektorin im Großherzogtum Baden, 1907—1916: Leiterin des Vereins für Säuglingsfürsorge und Wohlfahrtspflege für den Regierungsbezirk Düsseldorf in Düsseldorf; seit 1. Januar 1917 Leiterin der Sozialen Frauenschule und des Sozialen Pädagogischen Instituts Hamburg. Während der Düsseldorfer Zeit nebenamtlich auch bei der Kgl. Regierung, Abt. Wohnungsaufsicht, beschäftigt; 1914 bis 1916: Vorsitzende der Abteilung Familienfürsorge der Kriegshilfe Düsseldorf. Verfasserin von: „Drei Klassen von Lohnarbeiterinnen in Industrie und Handel der Stadt Karlsruhe" (Braun, Karlsruhe), „Grundriß der Säuglingskunde und Säuglingsfürsorge" von Professor Engel und Dr. Marie Baum (Bergmann, Wiesbaden), „Grundriß der Gesundheitsfürsorge" (in Vorbereitung; Bergmann, Wiesbaden), „Wohnweise kinderreicher Familien in Düsseldorf, Stadt und Land" (Heymann, Berlin), sowie zahlreiche Aufsätze sozialpolitischen und sozialhygienischen Inhalts.

(Bild Seite 338, Platz Nr. 146.)

Becker (Arnsberg), Johannes; Geschäftsführer des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen in Cöln a. Rh. Wahlkr. 18 (Reg.-Bez. Arnsberg). — Zentrum.

Geboren am 8. Februar 1875 zu Elspe, Kr. Olpe i. Westf.; katholisch. Besuchte von 1881—1889 die Volksschule zu Elspe, war von 1889—1902 Fabrikarbeiter in Lüdenscheid, von 1902—1905 Arbeitersekretär in Hagen i. Westf., von Januar 1906 bis Dezember 1907 Redakteur bei der „Westdeutschen Arbeiterzeitung" in M.-Gladbach, von 1908 bis Ende 1912 Schriftsteller in Berlin, seit 1913 Geschäftsführer des Gesamtverbandes deutscher Krankenkassen und Redakteur der Zeitschrift „Die Krankenversicherung". Gehörte seit 1907 dem

Deutschen Reichstage für den Wahlkreis Arnsberg-Olpe-Meschede als Mitglied an. Verfasser mehrerer Schriften über die soziale Versicherung, Arbeiterschutz, Vereinsgesetz.

(Bild Seite 323, Platz Nr. 15.)

Becker (Hessen), Johann, Dr. jur.; Finanzminister in Darmstadt. Wahlkreis 34 (Hessen). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 3. Februar 1869 zu Ludwigshöhe, Kreis Oppenheim; katholisch. Besuchte Volksschule zu Ludwigshöhe, Realschule zu Oppenheim, Gymnasium zu Mainz, Universitäten Gießen, Leipzig, München, Berlin. 1894 Gerichtsassessor, 1896 stellvertr. Amtsrichter, 1897 Hilfsarbeiter im Finanzministerium, 1900 Vortragender Rat, 1902 Ministerialrat und Vorsitzender der Abteilung für Steuerwesen im Finanzministerium, 1908 stellvertr. Bevollmächtigter zum Bundesrat, 1916 Finanzminister. Mitglied des Vorstands des hessischen Landesvereins vom Roten Kreuz, Vorsitzender des Hessischen Landesvereins für Kriegerheimstätten. Verschiedene Aufsätze über hessisches Gemeindesteuerwesen.

(Bild Seite 357, Platz Nr. 303.)

Becker (Nassau), Josef; Redakteur in Berlin. Wahlkr. 19 (Provinz Hessen-Nassau und Waldeck). — Zentrum. —

Geboren am 8. September 1875 zu Großenlüder, Kreis Fulda; katholisch. Besuchte die Volksschule zu Großenlüder, erlernte das Maurerhandwerk, arbeitete bis 1902 als Geselle vornehmlich in Rheinland und Westfalen. Von 1903—1907 Bezirksleiter des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands in Frankfurt a. M., seit 1907 Redakteur der „Baugewerkschaft" und seit 1914 des Jugendorgans „Der Führer". Mitglied des Haupttarifamts für das Baugewerbe, war Mitglied der Zentralstelle beim Kriegsamt, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Deutschen Volksversicherung, seit 1908 Vorsitzender des christlichen Gewerkschaftskartells für Groß-Berlin. Ist Mitarbeiter an einer Anzahl Zeitungen und Zeitschriften.

(Bild Seite 323, Platz Nr. 174.)

Becker (Oppeln), Roman; Maler in Gleiwitz, Oberschl. Wahlkr. 10 (Reg.-Bez. Oppeln). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 4. Februar 1879 zu Lodz, Russisch-Polen; evangelisch. Besuchte 1886—1892 Volksschule in Gleiwitz, erlernte 1892—1895 das Malerhandwerk, bereiste 1895—1901 als Handwerksbursche Deutschland, Österreich und Holland, gewerkschaftlich und politisch seit 1896 organisiert, von 1901—1910 partei- und gewerkschaftlich in Oberschlesien, besonders in Gleiwitz tätig gewesen, mehrere tausend Mark Geldstrafen wegen Übertretung in gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeit, hunderte von Prozessen nach dieser Richtung geführt, im Jahre 1908 wegen versuchter Nötigung beim Maurerstreik vier Wochen Gefängnis, 1910 selbständig geworden, vom 6. August 1914 bis 18. Januar 1918 im Felde und von da ab bis zum Ausbruch der Revolution in der Munitionsindustrie tätig gewesen, am 10. November 1918 als Alleinstehender die Geschicke von Gleiwitz, Stadt und Land, in die Hand genommen, zurzeit erster Vorsitzender des Arbeiterrates Gleiwitz. 1904—1908 erster Vorsitzender der Gleiwitzer Handwerker-Krankenkasse.

(Bild Seite 295, Platz Nr. 162.)

Behm, Margarete; Hauptvorsitzende des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands in Zehlendorf bei Berlin. Wahlkr. 7 (Provinz Pommern). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 3. Mai 1860 zu Lehndorf, Kreis Liebenwerda; evangelisch. Besuchte von 1867—1871 die Dorfschule zu Coßdorf, von 1871—1876 die Heinemannsche höhere Töchterschule zu Stolp in Pommern, von 1878—1879 das Prorsche Lehrerinnenseminar zu Berlin, war von 1879—1884 Lehrerin an der Prorschen höheren Töchterschule, von 1884—1885 an der 22., von 1885—1905 an der 143. Gemeindeschule zu Berlin, seit März 1899 um die Organisierung der Heimarbeiterinnen bemüht, von Oktober 1900 bis April 1905 Hauptkassenführerin, von da an Hauptvorsitzende des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen Deutschlands. Außerdem Mitglied des Vorstandes des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, sowie des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses, der Gesellschaft für Soziale Reform, des Deutsch-evangelischen Frauenbundes u. a. m. Schriftleiterin der „Heimarbeiterin".

(Bild Seite 350, Platz Nr. 87.)

Behrens, Franz: Vorsitzender des Zentralverbandes der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands in Bethel bei Bielefeld. Wahlkr. 1 (Provinz Ostpreußen). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 2. Februar 1872 zu Marienhof, Mecklenburg-Strelitz; evangelisch-lutherisch. Besuchte die Dorfschule zu Deritz, die Volksschule zu Stargard (Mecklenburg) und zwei Halbjahre die Gärtnerfachschule (Fortbildungsschule) zu Berlin, erlernte von 1886—1889 die Gärtnerei, war bis 1895 als Gehilfe tätig, von 1895—1902 Geschäftsführer des Allgemeinen deutschen Gewerkvereins, von 1903—1905 Arbeitersekretär der Sozialen Geschäftsstelle für das evangelische Deutschland, seit 1. Mai 1905 Generalsekretär und Zentralvorstandsmitglied des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands, 1901—1905 Vorsitzender des Ausschusses für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten in Berlin, seit 1903 Vorsitzender des deutschen Kongreßausschusses, seit 1906 stellvertretender Vorsitzender des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, Vorsitzender des Zentralverbandes der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands, Vorsitzender des Gesamtverbandes Deutscher Krankenkassen, Vorsitzender des Verbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegsteilnehmer, Mitglied des Ausschusses der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, diente 1892—1894 im Brand. Pionier-Bat. Nr. 3 zu Torgau, Mitglied des Reichstags von 1907—1918, stellvertretender Vorsitzender des Reichs-Bauern- und Landarbeiterverbandes. Mitarbeiter der „Deutschen Arbeit", der „Evangelisch-Sozialen Stimmen" und anderer Zeitschriften.

(Bild Seite 350, Platz Nr. 88.)

Brims, Hermann; Parteisekretär in Magdeburg. Wahlkr. 12 (Reg.-Bez. Magdeburg und Anhalt). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 26. April 1863 zu Haverlah, Kreis Goslar; Dissident. Besuchte die Volksschule in Haverlah von 1869—1877, erlernte das Tischlerhandwerk und war von 1893—1897 in Goslar (Harz) selbständig. Übernahm 1896 das Amt des Rendanten der Ortskrankenkasse für Handwerker in Goslar, 1897 als Hilfsarbeiter im Zentralbureau

des Holzarbeiterverbandes in Stuttgart angestellt, 1899—1902 Gastwirt in Osterode (Harz), von 1902—1906 Arbeitersekretär in Magdeburg, von 1906 bis jetzt Bezirksparteisekretär der Sozialdemokratischen Partei. Von 1899—1902 Gemeindeverordneter in Freiheit-Osterode (Harz), von 1905—1917 Stadtverordneter in Magdeburg, von da ab Stadtrat in Magdeburg. Mitarbeiter an der Partei- und Gewerkschaftspresse seit 1895. Schrieb: „Der Mittelstand im Wahlkampf", „Staatsangehörigkeitsrecht", „Vereinsrecht", „Die Gelben" u. a.

(Bild Seite 295, Platz Nr. 163.)

Bell, Johannes; Dr. jur.; Justizrat, Rechtsanwalt und Notar in Essen-Ruhr. Wahlkr. 23 (Reg.-Bez. 2 Düsseldorf). — Zentrum. —

Geboren am 23. September 1868 zu Essen; katholisch. Besuchte die Gymnasien Minden, Dortmund und Essen, dort Abiturientenexamen Ostern 1886, studierte Rechts- und Staatswissenschaft an den Universitäten Tübingen, Leipzig und Bonn von Ostern 1886 bis Ostern 1889, seit 1. Juni 1889 Referendar in Werden, Essen und Hamm, seit Juli 1889 Dr. jur. utr., November 1893 Gerichtsassessor, seit Januar 1894 Rechtsanwalt beim Landgericht Essen, seit 1900 Notar in Essen. Seit 1900 Stadtverordneter in Essen, Mitglied des Vorstandes und des Kuratoriums zahlreicher Vereine und Verbände, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses seit 1908, des Reichstags seit 1912, zuletzt Vorstandsmitglied der Reichstagsfraktion des Zentrums, außerdem Vorstandsmitglied der rheinischen Zentrumspartei. Vielfach journalistisch tätig, ferner Verfasser zahlreicher juristischer, politischer und volkswirtschaftlicher Abhandlungen.

(Bild Seite 323, Platz Nr. 60.)

Bender (Magdeburg), Ferdinand; Gewerkschaftsangestellter in Elberfeld-Hahneberg. Wahlkr. 12 (Reg.-Bez. Magdeburg und Anhalt). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 24. Oktober 1870 zu Halver i. W.; konfessionslos. Besuchte die Volksschule in Halver, erlernte von 1884—1888 die Schlosserei, war bis zum Jahre 1901 in verschiedenen Städten Deutschlands und der Schweiz als Schlosser tätig, wurde 1901 zum Gauleiter des Deutschen Transportarbeiterverbandes in Magde-

burg gewählt und bekleidet dieselbe Stellung seit 1907 in Elberfeld. Von 1905—1907 Mitglied des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt der Provinz Sachsen, seit 1916 Mitglied der Lebensmittelkommission der Stadt Elberfeld, vom 9. November 1918 ab Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats der Stadt und des Kreises Bernburg. Mitglied des Reichstags von 1912—1918.

(Bild Seite 296. Platz Nr. 70.)

Bergmann, Theodor; Fabrikant in Cleve. Wahlkr. 23 (Reg.-Bez. Düsseldorf 2). — Zentrum. —

Geboren zu Kevelaer am 29. Dezember 1868; katholisch. Besuchte Volksschule in Kevelaer und Rektoratschule in Berken, übernahm im 17. Lebensjahre das Geschäft des mittlerweile verstorbenen Vaters (Schuhfabrik), war zwölf Jahre Gemeinderatsmitglied in Kevelaer und Vorstandsmitglied verschiedener anderer Körperschaften, jahrelang Vorsitzender und heute Ehrenvorsitzender des Vereins der Schuhfabrikanten am Niederrhein, seit 1903 Geschäftsführer des Volksvereins für das katholische Deutschland im Kreise Geldern, seit Jahren politisch und sozialpolitisch am Niederrhein tätig.

(Bild Seite 324. Platz Nr. 175.)

Beuermann, August; Schulrat, Kreisschulinspektor in Fraustadt. Wahlkr. 8 (Provinz Posen). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 14. Dezember 1867 zu Elvershausen (Westharz); evangelisch. Besuchte das Lehrerseminar in Alfeld a. d. Leine, dann Kurse an den Universitäten Jena und Nancy und war Hospitant an der Universität Berlin. Von 1888—1890 war er Lehrer in Sarstedt b. Hannover, von 1890—1892 Präparandenlehrer in Alfeld a. d. Leine, von 1893—1907 Seminarlehrer in Wunstorf b. Hannover, von 1907—1919 Kreisschulinspektor in Adelnau und Fraustadt, von Ostern 1919 ab Kreisschulinspektor in Hameln a. Weser. Stadtverordneter in Fraustadt und Leiter des Kreiswohlfahrtsamtes. Herausgeber und Mitverfasser des Sammelwerks „Landeskunde Preußens“ und kleinerer Fachschriften.

(Bild Seite 357. Platz Nr. 277.)

Beyerle, Konrad Anton, Dr. jur.; ordentlicher Professor für bürgerliches Recht, deutsches Recht und Handelsrecht an der Universität München. Wahlkreis 26 (Reg.=Bez. Ober=, Mittel= und Unter=franken). — Zentrum. —

Geboren am 14. September 1872 in Waldshut, Großherzogtum Baden; katholisch. Besuchte von 1882—1891 das Gymnasium in Kon=stanz, 1891—1895 die Universitäten München und Heidelberg. Erste juristische Prüfung 1895. Promotion zum Dr. juris Heidelberg 1895. Zweite juristische (Staats=)Prüfung 1898. 1899 Privatdozent in Freiburg, 1902 außerordentlicher Professor ebenda. Seit 1. Oktober 1902 außerordentlicher Professor, seit 8. April 1903 ordentlicher Pro=fessor in Breslau. April 1906 in die juristische Fakultät der Universität Göttingen versetzt. Während des Krieges Mitglied der politischen Abteilung beim Generalgouverneur in Belgien und Referent beim Verwaltungschef für Flandern. November 1917 in die juristische Fakultät der Universität Bonn versetzt, Februar 1918 an die Universität München berufen und zum Geheimen Hofrat ernannt. Schriften: „Die Konstanzer Ratslisten des Mittelalters" 1898; „Konstanz im 30jährigen Krieg" 1900; „Grundeigentumsverhält=nisse und Bürgerrecht im mittelalterlichen Konstanz", Bd. 1: Das Salmannenrecht 1900, Bd. 2: Die Konstanzer Grundeigentums=urkunden bis 1371 1902; „Die Pfarrkirche St. Peter und Paul in Reichenau=Niederzell und ihre neuentdeckten Wandgemälde" (mit Prof. Künstle) 1901; „Ergebnisse einer alemannischen Urbarforschung" 1905; „Konstanzer Häuserbuch (Festschrift zur Jahrhundertfeier der Vereinigung der Stadt Konstanz mit dem Hause Baden)" 1908; „Die Urkundenfälschungen des Kölner Burggrafen Heinrich III. von Arberg" 1913; „Die Pfleghaften" 1914; „Flanderns Wehklage! Und wir? (Ein flämischer Weckruf und ein deutsches Echo)" 1916; „Katholische Verteidigungsschrift des Flämischen Aktivismus" (be=rechtigte Übersetzung) 1918. — Herausgeber der Deutschrechtlichen Beiträge (Heidelberg, Karl Winters Universitäts=Buchhandlung) seit 1908. Vorsitzender der Sektion für Rechts= und Sozialwissenschaft in der Görresgesellschaft zur Pflege der Wissenschaft im katholischen Deutschland.

(Bild Seite 323, Platz Nr. 194.)

Bias, Anton; Parteisekretär in Beuthen-Roßberg. Wahlkr. 10 (Reg.-Bez. Oppeln). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 23. September 1876 zu Groß Schimnitz, Bezirk Oppeln; katholisch. Besuchte acht Jahre die Volksschule in Groß-Schimnitz und Dombrowka a. d. Oder, erlernte 1890—1893 das Maurerhandwerk, 1893—1896 in Norddeutschland und Westfalen beschäftigt, 1896—1898 in Wesel aktiv gedient, 1899—1900 auf der Insel Borkum beschäftigt gewesen, seit 1900—1914 im oberschlesischen Industriegebiet als Maurer und Isolierer tätig, seit 15. Januar 1914 als Parteisekretär bei der sozialdemokratischen Partei für den Reg.-Bez. Oppeln angestellt.

(Bild Seite 296. Platz Nr. 164.)

Biener, Franz Hermann; Bäckerobermeister in Chemnitz. Wahlkr. 30 (Sachsen 3). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 4. März 1866 zu Schandau a. d. Elbe; evangelisch-lutherisch. Besuchte die Bürgerschule zu Schandau 1872—1880, von 1880—1883 Bäckerhandwerk in Schandau gelernt, dann in Dresden und verschiedenen preußischen Städten, zuletzt in Chemnitz gearbeitet, 1891 selbständig geworden, seit 1898 Innungsobermeister in Chemnitz, Mitbegründer der Genossenschaft der Innung 1904 und der Gewerbebank in Chemnitz 1911. Vorsitzender des Aufsichtsrates beider Genossenschaften, Vorsitzender der Schutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe (2000 Mitglieder), deren Gründer 1906. Vorsitzender der Meisterprüfungskommission. Mitglied der Zweiten sächs. Ständekammer für den 1. Wahlkreis der Stadt Chemnitz von 1909 bis 1919, Stadtverordneter von Chemnitz seit 1897, jetzt neugewählt. Mitglied der Gewerbekammer Chemnitz seit 1911. Literarisch gelegentlich in Fachzeitschriften oder Tageszeitungen tätig.

(Bild Seite 350. Platz Nr. 112.)

Binder (Pfalz), Jakob; Privatmann und Adjunkt in Ludwigshafen a. Rh. Wahlkr. 27 (Reg.-Bez. Pfalz). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 19. November 1866 in Isny im württembergischen Algäu; protestantisch. Besuchte die Volksschule, erlernte vom Jahre 1879—1881 die Bäckerei und arbeitete darauf in verschiedenen Städten Deutschlands, gründete im Jahre 1890 ein eigenes Geschäft in Ludwigs-

hafen a. Rh. und verpachtete dies im Jahre 1905. Wurde im Jahre 1900 in den Stadtrat, von diesem bald darauf in den Distriktsrat gewählt und im Jahre 1905 zum städtischen Adjunkten durch Wahl ernannt. Bei der Infanterie gedient. Mitglied des Reichstags 1908 bis 1918.

(Bild Seite 296, Platz Nr. 65.)

Bitta, Joseph; Geheimer Justizrat in Breslau und kommissarischer Regierungspräsident von Oppeln. Wahlkr. 10 (Reg.-Bez. Oppeln). — Zentrum. —

Geboren am 12. März 1856 zu Langendorf, jetzt Hultschin; katholisch. Besuchte von 1867—1875 das Gymnasium zu Leobschütz, 1875—1876 die Universität Leipzig, 1876—1878 die Universität Breslau, von 1878—1883 Referendar in Breslau, vom 15. Juli 1883 bis Ende 1883 Hilfsarbeiter bei der Staatsanwaltschaft in Glogau, vom 1. Januar 1884 bis Mai 1910 Rechtsanwalt beim Amtsgericht Tarnowitz, vom Mai 1910 bis Mai 1918 beim Oberlandesgericht Breslau. Von April 1884 bis März 1910 Mitglied des Kreisausschusses Tarnowitz, von Oktober 1885 bis 1910 Vorstandsmitglied, seit 1898 Vorsitzender der Schlesischen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft, seit 1890 Ausschußmitglied und seit 1910 stellvertretender Vorsitzender der Landesversicherungsanstalt Schlesien, von 1896—1910 Vorstandsmitglied der Handelskammer Oppeln, seit 1910 Mitglied des Abgeordnetenhauses. Juristische und sonstige Aufsätze in folgenden Zeitschriften: „Pr. Verw.-Bl.“, „Deutsche Jur. Zeitung“, „Stahl und Eisen“, „Brassers Zeitschrift f. Bergrecht“, „Zeitschrift des Oberschles. Berg- und Hüttenmännischen Vereins“, „Kompaß“, „Jur. Wochenschrift“, „Reformblatt für Arbeiterversicherung, Berufsgenossenschaft“ „Kommentar zum Preuß. Wassergesetz Bitta — von Kries“.

(Bild Seite 324, Platz Nr. 195.)

Blank, Lorenz; Arbeitersekretär in Hildesheim. Wahlkr. 16 (Reg.-Bez. Hannover, Hildesheim, Lüneburg und Braunschweig). — Zentrum. —

Geboren am 2. Mai 1862 zu Bernterode, Kreis Heiligenstadt; katholisch. Schulausbildung in der Volksschule zu Pfaffschwende, nach Schulentlassung Arbeiter in Bergwerken und Fabriken, im 27. Jahre das Bauhandwerk erlernt, war bis zum 42. Lebensjahre Maurer-

geselle. In dieser Eigenschaft leitete er bis zur Auflösung und Umwandlung in die Allgemeine Ortskrankenkasse die Ortskrankenkasse für das Baugewerbe zu Hildesheim 15 Jahre lang, seit 1. Oktober 1905 Arbeitersekretär. Mitglied einer Anzahl städtischer Kommissionen, besondere Mitarbeit in der Kriegswohlfahrtspflege, wofür das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verliehen. Seit dem 33. Lebensjahre organisatorisch für die christlich-nationale Arbeiterbewegung und katholische Arbeitervereine tätig.

(Bild Seite 324, Platz Nr. 196.)

Blos, geb. Tomasczewska, Anna; Gattin des württembergischen Ministerpräsidenten, Schriftstellerin in Stuttgart. Wahlkr. 31/32 (Württemberg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 4. August 1866 zu Liegnitz, Schlesien; evangelisch. Besuchte die Viktoria-Pension und Prinzeß-Wilhelm-Stift in Karlsruhe i. B., Universität Berlin, Lehrerin und Oberlehrerin, Mitglied des Ortsschulrats Stuttgart, Kriegsfürsorge, Kriegerheimstätten, Schwäbisches Bürgerheim, Vorsitzende des Verbandes der Stuttgarter Hausfrauen, Mitglied des Ernährungsbeirats usw. Politische und literarische Artikel, Broschüren: „Krieg und Schule", „Kriegsarbeit der Frau in der Gemeinde", „Die Lage der Volksschullehrerinnen" usw. Mitglied des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei.

(Bild Seite 296, Platz Nr. 143.)

Blum, Johannes; Landwirt in Crefeld, Rheinprovinz. Wahlkr. 20 (Reg.-Bez. Cöln und Aachen). — Zentrum. —

Geboren am 23. November 1857 zu Crefeld; römisch-katholisch. Besuchte Volksschule und Gymnasium zu Crefeld, widmete sich dann der Landwirtschaft. War Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis Kempen-Geldern, ist Mitglied der rheinischen Landwirtschaftskammer und Stadtverordneter in Crefeld.

(Bild Seite 324, Platz Nr. 197.)

Blunck, Andreas, Dr. jur.; Rechtsanwalt in Hamburg. Wahlkreis 14. — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 20. Dezember 1871 zu Krempe i. Holstein; evangelisch-lutherisch. Seit 1904 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, seit 1912 Mitglied des Reichstags.

(Bild Seite 338, Platz Nr. 56.)

Bock, Wilhelm; Redakteur in Gotha. Wahlkr. 36 (Thüringen). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 28. April 1846 in Großbreitenbach; Dissident. Besuchte die Volksschule und den Arbeiterbildungsverein in Hamburg. Erlernte das Schuhmacherhandwerk, bereiste als Geselle Norddeutschland und ließ sich 1869 in Gotha nieder, wurde im Jahre 1873 Präsident der deutschen Schuhmachergewerkschaft und Redakteur des Verbandsorgans. Seit 1893 Mitglied des Landtags für das Herzogtum Coburg-Gotha, in einer Periode Vizepräsident desselben und als solcher Mitglied des Verwaltungsgerichtshofs, Mitglied des Reichstags 1884—1887, 1890—1906 und 1912—18. Zum Vorsitzenden der Volksbeauftragten für den Staat Gotha gewählt. Mandat jetzt freiwillig niedergelegt.

(Bild Seite 360, Platz Nr. 180.)

Böhme (Magdeburg), Karl, Dr. phil.; Geschäftsführer des Deutschen Bauernbundes in Berlin-Lichterfelde. Wahlkr. 12 (Reg.-Bez. Magdeburg und Anhalt). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 17. Juli 1877 zu Jura, Kreis Ragnit; evangelisch. Studium von Geschichte und Volkswirtschaft in Straßburg, Leipzig und Berlin, Promotion 1901 in Berlin, dann praktische Tätigkeit in sozialen und Berufsorganisationen, seit 1909 geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Bauernbundes. Mitglied des Reichstags von 1907—1911 und von 1915—1919. Literarische Tätigkeit über Handels- und Agrarpolitik.

(Bild Seite 338, Platz Nr. 78.)

Böhmert (Bremen), Wilhelm, Dr. phil.; Direktor des Statistischen Amts in Bremen. Wahlkr. 37 (Hamburg, Bremen und Reg.-Bez. Stade). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 23. August 1866 zu Bremen; evangelisch-lutherisch. Besuchte Volksschule in Zürich, Gymnasium in Dresden, studierte Jurisprudenz und Nationalökonomie in Tübingen, Leipzig, technische Hochschule in Dresden, Berlin; 1891 Dr. phil. in Berlin, Referendar und Gerichtsassessor in der Provinz Hannover 1891—1900, seit 1909 Direktor des Bremischen Statistischen Amts. Mitglied der Bremischen Bürgerschaft seit 1909. Herausgeber des „Jahrbuchs für Bremische

Statistik", Mitarbeiter volkswirtschaftlicher und sozialpolitischer Zeitschriften (Schmollers Jahrbuch, Arbeiterfreund, Schriften des Vereins für Sozialpolitik), Mitglied des internationalen Statistischen Instituts.

(Bild Seite 330, Platz Nr. 168.)

Borrschmann, Friedrich, Dr. med.; Kreisarzt in Bartenstein i. Ostpr. Wahlkr. 1 (Provinz Ostpreußen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 9. Juni 1870 zu Prökuls, Kreis Memel; evangelisch. Besuchte das Gymnasium zu Memel, die Universitäten zu Königsberg und Tübingen. 1896 Distriktsarzt in Wiesensteig (Württ.), 1898 aktiver Assistenzarzt Mannheim, 1900 Schiffsarzt, 1901—1907 praktischer Arzt in Marggrabowa, 1907 Kreisassistenzarzt in Danzig, 1908 Kreisarzt in Bartenstein. Oberarzt a. D. Rote-Kreuz-Medaille 3. Klasse, 17 Jahre lange Tätigkeit im Roten Kreuz als Vorsitzender von Sanitätskolonnen, Kreisinspekteur, Vorsitzender des Mobilmachungsausschusses. Seit November 1918 Vorsitzender des A.-R. in Bartenstein. Veröffentlichte: „Reform der inneren Verwaltung und die Medizinalbeamten" 1910, „Bekämpfung der Stechmücken" 1911. „Einrichtung und Betrieb von Fürsorgestellen für Lungenkranke" 1912; „Lungen- und Säuglingsfürsorgestellen" 1912, „Auf- und Abstieg der Rasse (Versuch einer graphischen Darstellung)" 1913, „Über Formendifferenzierung" 1913 und andere Schriften mehr.

(Bild Seite 296, Platz Nr. 208.)

Bollmann, geb. Zacharias, Minna; Ehefrau in Halberstadt am Harz. Wahlkr. 12 (Reg.-Bez. Magdeburg und Anhalt). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 31. Januar 1876 zu Halberstadt; freireligiös. Besuchte die Volksschule in Halberstadt, arbeitete fünf Jahre als Schneiderin. Von 1907 ab für die Partei agitatorisch tätig.

(Bild Seite 296, Platz Nr. 161.)

Bolz, Eugen; Amtsrichter in Rottenburg am Neckar. Wahlkr. 31/32 (Württemberg). — Zentrum. —

Geboren am 15. Dezember 1881 zu Rottenburg am Neckar; katholisch. Besuchte die Universitäten Tübingen, Bonn und Berlin. Mitglied des Reichstags seit 1912, Mitglied des württembergischen Landtags seit 1913.

(Bild Seite 324, Platz Nr. 61.)

Brass, Otto; Verleger und Geschäftsführer in Remscheid. Wahlkr. 22 (Reg.-Bez. Düsseldorf). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 21. Dezember 1875 zu Wermelskirchen; Dissident. Besuchte von 1881—1889 die Volksschule in Wermelskirchen, lernte als Feilenhauer, wurde 1897 selbstständig, trat als Kassenbeamter 1903 bei der Ortskrankenkasse Remscheid ein, woselbst er bis Ende 1915 verblieb, übernahm dann als Verleger die Geschäftsführung der „Remscheider Arbeiterzeitung" (jetzige „Bergische Volksstimme"), wo er bis heute tätig ist. Als Agitator der Sozialdemokratischen Partei und von 1897 ab gewerkschaftlich als Vorsitzender des Feilenhauer-Vereins, ab 1900 in der Sozialpolitik, speziell im Krankenkassenwesen tätig. Von 1905 bis heute Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse Remscheid, Beiratsmitglied des Hauptverbandes Deutscher Ortskrankenkassen. Literarisch tätig über Arzt und Apothekerfragen in „Ortskrankenkasse", Dresden. Zeitweise Redakteur der „Volksstimme".

(Bild Seite 361, Platz Nr. 158.)

Braun (Düsseldorf), Otto; Preuß. Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten in Berlin-Friedenau. Wahlkr. 23 (Reg.-Bez. Düsseldorf). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 28. Januar 1872 zu Königsberg i. Pr.; Dissident. Besuchte die Volksschule in Königsberg i. Pr. Steindrucker, Buchdrucker, Redakteur, Kassenführer, Mitglied des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Landwirtschaftsminister. Zehn Jahre Stadtverordneter in Königsberg, seit 1913 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. Auf agrarpolitischem Gebiete schriftstellerisch tätig.

(Bild Seite 297, Platz Nr. 22.)

Braun (Franken), Adolf, Dr. phil.; Chefredakteur der „Fränkischen Tagespost“ in Nürnberg. Wahlkr. 26 (Reg.-Bez. Ober-, Mittel- und Unterfranken). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 20. März 1862 zu Laag in Steiermark. Besuchte Gymnasium Wien, Universitäten Freiburg i. Br., Basel, studierte Nationalökonomie, Statistik, Geschichte, Philosophie, Dr. phil. Freiburg i. Br. Redigierte „Gleichheit“ in Wien, „Münchener Post“, „Sächsische Arbeiterzeitung“ in Dresden, „Vorwärts“ in Berlin, „Sozialpolitisches Zentralblatt“ in Berlin, „Fränkische Tagespost“ in Nürnberg, „Arbeiter-Zeitung“ in Wien. Nach der Ausweisung aus Preußen (Dezember 1898) zeitweise Arbeitersekretär in Nürnberg. Zahlreiche Veröffentlichungen über Statistik, insbesondere Sozialstatistik, Sozialpolitik, insbesondere Arbeiterschutz, über Gewerkschaften und Presse.

(Bild Seite 297, Platz Nr. 165.)

Brauns (Cöln), Heinrich; Doktor der Staatswissenschaften, Direktor an der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in M.-Gladbach. Wahlkr. 20 (Reg.-Bez. Cöln und Aachen). — Zentrum. —

Geboren am 3. Januar 1868 zu Cöln; römisch-katholisch. Besuchte das Apostelgymnasium zu Cöln, studierte Theologie in Bonn und Cöln, später Nationalökonomie und Staatsrecht in Bonn und Freiburg i. Br., promovierte in Freiburg 1905. Von 1890—1895 Kaplan in Crefeld; von 1895—1900 Vikar in Borbeck b. Essen a. d. Ruhr, von 1900 ab Direktor an der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland in M.-Gladbach, Leiter der dortigen Organisationsabteilung und der Volkswirtschaftlichen Kurse des Volksvereins. Schriften: „Der Übergang von der Handweberei zum Fabrikbetrieb in der niederrheinischen Samt- und Seidenindustrie“, erschienen in den Staats- und Sozialwissenschaftlichen Forschungen von Schmoller und Sering 1905. Mehrere Schriften zur deutschen Gewerkschaftsbewegung, darunter eine grundlegende Schrift „Die christlichen Gewerkschaften“ im Verlage der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ in M.-Gladbach 1908. Gutachten über „Die Achtstundenschicht im Bergbau“ für den Internationalen Arbeiterschutzkongreß zu Lugano, Ab-

handlungen über „Lohntarife im deutschen Bergbau“ in der „Sozialen Praxis“. „Der gerechte Krieg“ bei Koesel, Kempten 1915 u. a.

(Bild Seite 324, Platz Nr. 198.)

von Brentano di Tremezzo, Otto; hessischer Minister der Justiz, Geheimer Justizrat in Offenbach a. M. und Darmstadt. Wahlkr. 34 (Hessen). — Zentrum.

Geboren am 9. Dezember 1855 zu Darmstadt; katholisch. Besuchte die Gymnasien zu Büdingen und Gießen sowie die Universitäten zu München und Gießen. Referendar 1878, Assessorprüfung 1881, Assessor in Mainz, 1882 Rechtsanwalt in Friedberg; seit 1891 Rechtsanwalt in Offenbach a. M. 1900 Notar, 1902 Justizrat, 1913 Geheimer Justizrat. November 1918 Ressortminister für das Justizministerium und Ministerialdirektor. Seit 1897 Vertreter des hessischen Wahlkreises Bingen-Land im hessischen Landtag. Seit 1912 Vorsitzender der hessischen Zentrumspartei; seit 1898 Vorsitzender des Gesetzgebungsausschusses in der hessischen II. Kammer. Früher Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Offenbach a. M. Veröffentlichte Skizzen über Italien.

(Bild Seite 324, Platz Nr. 218.)

Brey, August; Verbandsbeamter (Vorsitzender des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands in Hannover. Wahlkr. 16 (Reg.-Bez. Hannover, Hildesheim). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 1. August 1864 zu Gelnhausen; evangelisch. Besuchte Volksschule, erlernte Schuhmacherhandwerk, das er bis zum Jahre 1894, teils als Geselle, teils selbständig ausübte. Seit 1885 in der Gewerkschaftsbewegung und der Sozialdemokratischen Partei tätig. Seit 1890 Vorsitzender des Verbandes der Fabrikarbeiter, an dessen Gründung beteiligt. Bis 1906 Redakteur des Verbandsorgans „Der Proletarier“. Von 1906 Mitglied des Reichstags.

(Bild Seite 297, Platz Nr. 68.)

Brodauf, Franz Alfred; Richter in Chemnitz. Wahlkr. 30 (Sachsen 3). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 15. Januar 1871 zu Großhartmannsdorf b. Freiberg i. Sachs.; evangelisch-lutherisch. Besuchte Bürgerschule und Gymna-

zum Freiberg, Universität Leipzig. 1895 Gerichtsreferendar in Freiberg, später Leipzig, 1900 Gerichtsassessor in Chemnitz, 1903 Richter am Landgericht Chemnitz. 1909—1918 Mitglied des sächsischen Landtags (Fortschrittliche Volkspartei), 1906—1918 Mitglied des Landesvereinsvorstandes der Fortschrittlichen Volkspartei in Sachsen. Politische Aufsätze in Tageszeitungen.

(Bild Seite 339, Platz Nr. 169.)

Brönner, geb. Hoepfner, Elisabeth; Schriftleiterin und Schriftstellerin in Königsberg i. Pr. Wahlkr. 1 (Provinz Ostpreußen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 19. Februar 1880 zu Schuppinnen, Ostpreußen, Kreis Ragnit; evangelisch. Besuchte bis 1893 die Volksschule in Schmalleningken, Kreis Ragnit, bis 1896 die höhere Mädchenschule in Tilsit, bis 1899 Lehrerinnenseminar. Lehrerin in Wilhelmshaven, Schulitz, Obornik, Groß-Berlin, Hospitantin an der Universität Berlin. Seit 1904 verheiratet mit dem Hauptmann a. D. Schriftleiter Dr. Wilhelm Brönner. 1904—1906 Schriftleiterin der Berliner Hausfrauenzeitung „Frauenreich". Herausgeberin der Korrespondenz „Frauenrundschau". Seit 1915 Schriftleiterin der „Hartungschen Zeitung". Geschäftsführerin des Königsberger Goethebundes. Mitarbeit in der Frauenbewegung und in der Fortschrittlichen Volkspartei. Verfasserin ostpreußischer Skizzen, Erzählungen, Romane („Die Sendung der Rohrmosers").

(Bild Seite 339, Platz Nr. 170.)

Bruckhoff, Hermann; Lehrer in Guben. Wahlkr. 6 (Reg.-Bez. Frankfurt a. O.). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 23. September 1874 zu Neuenhagen, Neumark (Brandenburg); evangelisch. Besuchte 1881—1889 die Volksschule in Neuenhagen, Neumark, 1889—1892 die Präparandenanstalt und 1892—1895 das Seminar in Drossen, ferner 1898 die Lehrerbildungsanstalt für Knabenhandfertigkeit in Leipzig, Universitätskurse in Berlin, 1895 erste Lehrerprüfung, 1897 zweite Lehrerprüfung, war Lehrer in Zechin, Oderbruch; Grunow, Kreis Crossen; Nordhausen a. H.; Klein-Neuendorf, Oderbruch; Deutsch Nettkow, Kr. Crossen. Seit 1. April 1904 in Guben, zehnwöchige Dienstzeit

beim Gren.-Reg. Nr. 12 in Frankfurt a. O., während des Krieges, August 1914 bis 31. Dezember 1918, als oberer Militärbeamter in der Heimat und im Felde tätig. Seit 1909 erster Vorsitzender der Fortschrittlichen Volkspartei in Guben, seit Gründung der Deutschen demokratischen Partei geschäftsführender Vorsitzender der Ortsgruppe Guben. Mitglied des Reichstags, Fraktion der Fortschrittlichen Volkspartei, seit 1912.

(Bild Seite 339, Platz Nr. 126.)

Brühl, Paul; Parteisekretär in Berlin-Lichtenberg. Wahlkr. 3 (Reg.-Bez. Potsdam). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 7. Februar 1876 zu Hirschberg i. Schl.; konfessionslos. Besuchte die Volksschule in Friedeberg a. Qu., Schlesien. Lernte von 1890—1894 in der Eisenbahnwerkstatt Berlin I als Maschinenschlosser. Ging dann auf Wanderschaft und fuhr u. a. von Hamburg aus ein Jahr zur See. Arbeitete als Schlosser in verschiedenen Städten Nord- und Süddeutschlands. Seit 1906 Kassenangestellter und seit 1912 Parteisekretär, 1912 und 1913 Beisitzer im sozialdemokratischen Parteivorstand, Vorsitzender des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend U. S. P. D., zehn Jahre Stadtverordneter in Berlin-Lichtenberg.

(Bild Seite 361, Platz Nr. 255.)

Brühne, Friedrich; Schuhmachermeister in Frankfurt a. M. Wahlkr. 19 (Provinz Hessen-Nassau usw.). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 20. August 1855 zu Bringhausen, Waldeck; evangelisch. Besuchte die Volksschule, dann Schuhmachermeister. Mitglied der Sozialdemokratischen Partei seit 1876, Mitglied der Kontrollkommission der Sozialdemokratischen Partei seit 1898, Stadtverordneter in Frankfurt a. M. seit 1899, Mitglied des Reichstags: 1893—1898 und 1907—1919.

(Bild Seite 297, Platz Nr. 44.)

Bruhn, Wilhelm; Verleger in Berlin. Wahlkr. 6 (Reg.-Bez. Frankfurt a. O.). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 18. Januar 1869 zu Saal in Pommern; evangelisch. Besuchte das Lehrerseminar in Franzburg von 1886—1889; diente

1889 beim 42. Inf.-Reg. in Stralsund, 1889—1894 Lehrer. Beschäftigte sich neben seiner Lehrertätigkeit im Zeitungs- und Buchdruckereibetrieb, seit 1894 Verleger. Mitglied des Reichstags seit 1903. Vom Oktober 1914 bis November 1918 Oberer Militärbeamter. E.K. 2. Kl. u. F.L.V.K. 2. Kl.

(Bild Seite 350. Platz Nr. 62.)

Buck, Johann Wilhelm; Stadtrat, Arbeitersekretär in Dresden. Wahlkr. 28 (Sachsen 1). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 12. November 1869 zu Bautzen; Dissident. Besuchte 1876—1884 die Volksschule, 1884—1886 die Fortbildungsschule, 1884—1887 praktische Ausbildung im Stuckateurberuf und übte diesen bis 1903 in verschiedenen Gegenden Deutschlands aus, 1903 Gewerkschafts-, 1907 Arbeitersekretär. 1908 Stadtverordneter, 1918 Stadtrat in Dresden, 1913 (Nachwahl) Reichstagsabgeordneter für 4. sächsischen Wahlkreis (Dresden rechts der Elbe). Seit 15. November 1918 Volksbeauftragter im sächsischen Ministerium für Kultus und Unterricht.

(Bild Seite 297. Platz Nr. 67.)

Budde, Ewald; Geschäftsführer in Lüdenscheid. Wahlkr. 18 (Reg.-Bez. Arnsberg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 18. April 1873 zu Lüdenscheid; Dissident. Besuchte von 1879—1887 die evangelische Volksschule zu Lüdenscheid, erlernte dann das Schlosserhandwerk (Werkzeugschlosser), seit 1910 Gewerkschaftssekretär im Deutschen Metallarbeiterverband und ab 1. Februar 1919 technischer Leiter (Geschäftsführer) der Konsum- und Produktivgenossenschaft „Einigkeit" zu Lüdenscheid. Seit 1911 Stadtverordneter in Lüdenscheid.

(Bild Seite 297. Platz Nr. 166.)

Burgau, Michael; Arbeitersekretär in Regensburg. Wahlkr. 25 (Reg.-Bez. Niederbayern und Oberpfalz). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 25. März 1878 zu Regensburg. Besuchte von 1884 bis 1891 die Volksschule, erlernte das Schneiderhandwerk, trat 1894 dem Schneiderverbande bei, seit 1899 öffentlich in Gewerkschaft und

Partei tätig, 1906 Kartellvorsitzender, 1912 Angestellter der Transportarbeiter, 1914 Arbeitersekretär. Seit 1914 Mitglied des Gemeindekollegiums und Armenrats.

(Bild Seite 298, Platz Nr. 188.)

Burlage, Eduard; Reichsgerichtsrat in Leipzig. Wahlkr. 15 (Reg.-Bez. Aurich, Osnabrück, Oldenburg). — Zentrum. —

Geboren am 25. November 1857 zu Huckelrieden b. Lönningen (Oldenburg); katholisch. Besuchte Volksschule, Bürgerschule, dann das Gymnasium zu Vechta, die Universitäten Tübingen, Leipzig und Göttingen. 1884 Auditor, 1887—1898 Amtsrichter in Friesoythe, Oberstein (Birkenfeld) und Jever, 1898—1903 Landgerichtsrat, 1903 bis 1907 Oberlandesgerichtsrat in Oldenburg, seit 1907 Reichsgerichtsrat. Oberleutnant d. Landw.-Inf. a. D. Verfasser von juristischen Schriften. Mitglied des oldenburgischen Landtags 1896—1907, des Reichstags 1903—1907.

(Bild Seite 325, Platz Nr. 219.)

Cohn, Oskar, Dr. jur.; Rechtsanwalt in Berlin. Wahlkr. 36 (Thüringen). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 15. Oktober 1869 zu Guttentag, Kreis Lublinitz; jüdisch. Besuchte die Bürgerschule in Brieg 1875—78, Gymnasium in Brieg 1878—1887, Universitäten Berlin, Greifswald, München 1887 bis 1890. Referendar im Kammergerichtsbezirk 1891—1897, seitdem Rechtsanwalt in Berlin. Stadtverordneter in Berlin seit 1909, Mitglied des Reichstags seit 1912. Verfasser juristischer und politischer Artikel in Tageszeitungen. Genügte der militärischen Dienstpflicht 1892 bis 1895 beim Kaiser Franz-Garde-Grenadier Regiment Nr. 2, war im Kriege wieder Soldat vom April 1915 bis Juni 1917 (Gefangenenlager Guben, Litauen, Kurland, Elsaß).

(Bild Seite 361, Platz Nr. 157.)

Colshorn, Hermann; Rittergutsbesitzer auf Rittergut Wiedenhausen. Wahlkr. 16 (Reg.-Bez. Hannover, Hildesheim und Lüneburg sowie Braunschweig). — (Deutsch-Hannoversche Partei) Hospitant des Zentrums. —

Geboren am 16. September 1853 in Kallenthurm; lutherisch. Besuchte Privatschulen, war lange Jahre als Kaufmann im Auslande: England, Rußland. Mitglied des Reichstags von 1903—1906 und 1912—1918.

(Bild Seite 364, Platz Nr. 420.)

David, Eduard, Dr. phil.; Schriftsteller, Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt in Berlin. Wahlkr. 34 (Hessen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 11. Juni 1863 zu Ediger a. d. Mosel; evangelisch. Besuchte die Volksschule in Krofdorf, Kreis Wetzlar, die Gymnasien in Gießen und Bielefeld und die Universität Gießen; studierte Germanistik, Geschichte und Philosophie. 1881—1884 in kaufmännischer Tätigkeit in Berlin. 1891—1894 Lehrer am Gymnasium in Gießen. Gründete 1893 die „Mitteldeutsche Sonntagszeitung", redigierte 1896—1897 die „Mainzer Volkszeitung". Verfaßte „Sozialismus und Landwirtschaft" Berlin 1903, „Referentenführer" 1907, „Die Sozialdemokratie im Weltkrieg" 1915. 1896—1908 Mitglied der Zweiten hessischen Ständekammer. Mitglied des Reichstags 1903 bis 1918.

(Bild Seite 298, Platz Nr. 7.)

Davidsohn, Georg; Schriftsteller in Berlin. Wahlkr. 11 (Reg.-Bez. Liegnitz). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 20. August 1872 zu Gnesen, Provinz Posen; Jude. Jüdische Gemeindeknabenschule, Gymnasium, Universität Berlin. Als Student Privatlehrer und Mitarbeiter (Übersetzer) an verschiedenen Zeitschriften, Schachredakteur usw. Seit 1903 Schriftleiter des Blattes „Der abstinente Arbeiter" nebst Kinderbeilage „Der klare Quell", 1905—1910 Redakteur am „Vorwärts", 1911 Korrespondent des Brüsseler „Peuple" usw. Schuf im Kriege zusammen mit den Leitungen der betreffenden Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände das „Syndikat der Verbände deutscher Lederhandschuhfabrikanten und Lederarbeiter". Diente 1897—1898 bei den 2. Grenadieren (Stettin), wurde am 30. November 1914 eingezogen, war von Mai 1915 bis August 1916 im Felde, zweimal verwundet. Reichstagsabgeordneter 1912

bis 1918, Vorstandsmitglied im Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, desgleichen im Deutschen Arbeiterabstinentenbund. „Fritz Friedmann", „Alkoholismus und soziale Frage" (aus dem Französischen des Vandervelde), „Das Braukapital und seine Knappen", „Deutsch-Französisch" (Sprachbüchlein für Feldsoldaten), „Die Geschäftsordnung der Nationalversammlung."

(Bild Seite 298, Platz Nr. 49.)

Deglerk, Curt; Eisenbahn-Rechnungsrevisor in Breslau. Wahlkreis 9 (Reg.-Bez. Breslau). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 18. August 1879 zu Dittersbach, Kreis Waldenburg i. Schl.; evangelisch. Besuchte Volksschule zu Dittersbach von 1885 bis 1887, städtische Mittelschule zu Hirschberg i. Schl. von 1887 bis 1889, Kgl. Gymnasium zu Hirschberg von 1889—1897, vom 1. Mai bis 31. Oktober 1897 Volontär beim Landrat in Hirschberg, seit 1. November 1897 im Staatseisenbahndienst als Zivilsupernumerar, Praktikant, Gütervorsteher, Obersekretär, zuletzt Rechnungsrevisor; diente vom 1. Oktober 1899 bis 30. September 1900 beim Telegraphen-Bataillon Nr. 2 in Frankfurt a. O. Zweiter Vorsitzender des Eisenbahnpraktikantenvereins in Breslau, Erster Vorsitzender des Bezirks Breslau des Bundes der Beamten der preußisch-hessischen Staats- und der Reichseisenbahnen, Erster Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Breslauer Beamten und Lehrer, Vorstandsmitglied des dritten Breslauer Turnvereins. Mitarbeiter der Zeitschrift des Verbandes der Eisenbahnpraktikanten, Verdienstkreuz für Kriegshilfe.

(Bild Seite 351, Platz Nr. 333.)

Deichmann, Karl; Gewerkschaftsangestellter in Bremen. Wahlkreis 37 (Hamburg, Bremen usw.). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 5. Oktober 1863 zu Uslar; evangelisch. Besuchte die Volksschule, erlernte von 1878—1880 die Zigarrenmacherei, wurde im Jahre 1900 zum Vorsitzenden des „Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes" gewählt und übernahm diese Stellung am 1. Oktober 1900. Genügte seiner Militärpflicht von 1885—1887 beim 75. Regiment in Bremen und Stade. Mitglied des Reichstags 1912—1918.

(Bild Seite 298, Platz Nr. 43.)

von Delbrück, Clemens; inaktiver Staatsminister in Jena. Wahlkr. 36 (Thüringen). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 19. Januar 1856 zu Halle a. S.; evangelisch. Besuchte das Stadtgymnasium zu Halle von 1864—1873, studierte die Rechte auf den Universitäten Heidelberg, Greifswald, Berlin und Halle. Genügte seiner militärischen Dienstpflicht beim Jäger-Bat. Nr. 2 in Greifswald. Jetziges Militärverhältnis: Major d. L.-Jäger a. D. 1877 Gerichtsreferendar, 1879 Regierungsreferendar, 1882 Regierungsassessor, 1882—1885 Mitglied der Regierung in Marienwerder, 1885—1891 Landrat des Kreises Tuchel, 1891—1896 Regierungsrat beim Oberpräsidium zu Danzig, 1896—1902 Oberbürgermeister der Stadt Danzig, 1902—1905 Oberpräsident der Provinz Westpreußen, 1905—1909 Minister für Handel und Gewerbe, 1909—1916 Staatssekretär des Innern und Stellvertreter des Reichskanzlers. Seit 1914 auch Vizepräsident des preußischen Staatsministeriums, 1916 wegen Krankheit in den Ruhestand getreten. Seit 1918 Vorsitzender des Wissenschaftlichen Ausschusses für die Darstellung der deutschen Kriegswirtschaft. Oktober und November 1918: Chef des Geheimen Zivilkabinetts. Mitglied des Preußischen Herrenhauses von 1896—1902, neue Fraktion.

(Bild Seite 351. Platz Nr. 16.)

Delius, Carl; Postsekretär in Halle a. S. Wahlkr. 13 (Reg.-bezirk Merseburg). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 5. Januar 1874 zu Ermsleben; evangelisch. Besuchte die Volksschule, Privatschule. 1890 Postlaufbahn. 1894 Postassistent, 1903 Ober-Postassistent, 1916 Postsekretär. Von 1909—1918 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. Mitglied des Hauptvorstandes der deutschen demokratischen Partei, Vorsitzender der Partei für den Reg.-Bez. Merseburg. Vorsitzender des Halleschen Beamtenausschusses. Mitarbeiter großer Tageszeitungen und Beamtenfachzeitungen über soziale Fragen, Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfragen.

(Bild Seite 339 Platz Nr. 171.)

Dernburg, Bernhard, Dr. jur. und Dr. der Staatswissenschaften h. c.; Staatssekretär des Reichskolonialamts a. D. in Berlin-Grune-

wald. Wahlkr. 5 (Reg.=Bez. Potsdam). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 17. Juli 1865 zu Darmstadt; lutherisch. Besuchte das Gymnasium bis einschl. Obersekunda, Hörer juristischer Kollegs 1887—1888. Vizefeldwebel d. Landwehr 2. Garde=Feldart.=Reg., kaufmännische Lehre in Berlin und New York 1889—1901 Direktor der Deutschen Treuhand=Ges., Berlin, 1901—1906 Direktor der Bank für Handel und Industrie, 1907 Direktor der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts, 1907—1910 Staatssekretär des Reichskolonialamts. Siebenmaliger längerer Aufenthalt in den Vereinigten Staaten zuletzt 1914 im Interesse der deutschen Sache, zwei größere Kolonialreisen 1910 China und Japan. 1906—1910 preußischer Bevollmächtigter beim Bundesrat, seit 1913 Mitglied des preußischen Herrenhauses, Vorstand und Verwaltungsrat des Groß=Berliner Vereins für Kleinwohnungswesen, des Deutschen Wirtschaftsverbandes für Süd= und Mittelamerika.

(Bild Seite 339, Platz Nr. 30.)

Dietrich (Baden), Hermann Robert; Oberbürgermeister in Konstanz. Wahlkr. 33 (Baden). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 14. Dezember 1879 zu Oberprechtel, Kreis Freiburg; evangelisch. Besuchte das Gymnasium in Lörrach 1888—1897, die Universitäten Straßburg, Basel, Göttingen und Heidelberg 1897—1901. 1905—1908 Stadtrechtsrat Karlsruhe, 1908—1914 Bürgermeister in Kehl, seit 1914 Oberbürgermeister in Konstanz, Vorsitzender der Kreisversammlung ebenda. 1911—1919 Mitglied des badischen Landtags, 1919 Mitglied der badischen Nationalversammlung, November 1918 Mitglied der vorläufigen badischen Volksregierung.

(Bild Seite 340, Platz Nr. 190.)

Dietrich (Liegnitz), Carl; Tischler (Gewerkschaftsangestellter) in Breslau. Wahlkr. 11 (Reg.=Bez. Liegnitz). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 10. Dezember 1873 zu Schl. Haugsdorf, Kreis Lauban; freireligiös. Besuchte die Dorfschule in Martinwaldau, Kreibau, Alt=Wartha, Alt=Oels und Schosdorf i. Schl. Erlernte nach

der Schulentlassung das Tischlerhandwerk in Greiffenberg i. Schl., arbeitete sodann als Gehilfe. Seit 1903 in Breslau angestellter Gauvorsteher des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

(Bild Seite 298, Platz Nr. 187.)

Dietrich (Potsdam), Hermann Adolf Christian, Geh. Justizrat; in Prenzlau und Metzelthin bei Templin. Wahlkr. 4 (Reg.-Bez. Potsdam). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 11. Mai 1856 in Schmargendorf (Uckermark); evangelisch. Besuchte das Joachimsthalsche Gymnasium zu Berlin und die Universitäten Jena, Heidelberg und Berlin, seit 1882 Rechtsanwalt, 1890 Notar, Ehrenbürger der Uckermärkischen Hauptstadt Prenzlau, 1894—1916 Vorsteher der Stadtverordneten daselbst, selbstwirtschaftender Eigentümer des Ritterguts Metzelthin (seit 1890), Land- und Forstwirtschaft. Seit 1910 Vorsitzender des Generalverbandes der landwirtschaftlichen Genossenschaften Deutschlands. Mitglied des Hauses der Abgeordneten und des Reichstags 1898—1918. Vizepräsident der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

(Bild Seite 351, Platz Nr. 18.)

Diez, Carl; Landwirt und Spediteur in Radolfzell. Wahlkr. 33 (Baden). — Zentrum. —

Geboren am 8. Januar 1877 zu Oehningen, Baden; katholisch. Besuchte Volksschule, zwei Semester landwirtschaftliche Winterschule in Radolfzell. Tätigkeit als landwirtschaftlicher Beamter, seit 1904 selbständig als Kleinbauer und Spediteur. Trainsoldat 1898, Feldzug 1914—1918 an der Westfront und im besetzten Gebiet Rumäniens. Reichstagsabgeordneter seit 1912, Stadtverordneter in Radolfzell. Lokalhistorisches Werk: „Radolfzell in Vergangenheit und Gegenwart“.

(Bild Seite 325, Platz Nr. 130.)

Dirr, Theodor; Landwirt in Anhofen. Wahlkr. 24 (Reg.-Bez. Oberbayern und Schwaben). — Bayerischer Bauernbund. —

Geboren am 8. November 1857 zu Anhofen; katholisch. Besuchte die Volksschule 1863—1870, Fortbildungsschule 1870—1872, Landwirtschaftliche Winterschule Augsburg 1872—1873, Gewerbeschule Augsburg 1873—1874, Militärdienst 1877—1880, Übernahme des elterlichen Anwesens 1885. Bürgermeister seit 1892, Mitglied des

Distriktsratsausschusses Günzburg und des Schwäbischen Landrats, zweiter Vorstand des landwirtschaftlichen Bezirksvereins Günzburg und Mitglied des landwirtschaftlichen Kreisausschusses für Schwaben, Vorstandsmitglied und Vorsitzender verschiedener beruflicher Organisationen. Zweiter Vorsitzender des Bayerischen Bauernbundes. 1899 bis 1905 und 1911 Mitglied der Bayrischen Abgeordnetenkammer, wiedergewählt am 12. Januar 1919.

(Bild Seite 365, Platz Nr. 365.)

Dohna, Graf zu, Alexander, Dr. jur.; ordentlicher Professor der Rechte an der Universität in Königsberg i. Pr. Wahlkr. 1 (Provinz Ostpreußen). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 29. Juni 1876 zu Potsdam; evangelisch. Besuchte die Gymnasien in Coblenz, Aachen, Hannover, Brandenburg bis 1895; studierte in Lausanne, Freiburg i. Br., Berlin Rechtswissenschaft 1895—1898, 13. Mai 1902 Dr. jur, Herbst 1904 Privatdozent in Halle, Herbst 1906 außerordentlicher Professor in Königsberg, 10. Februar 1913 ordentlicher Professor daselbst. Rittmeister d. Res. des 1. Brandenb. Drag.-Reg. Nr. 2. Schriften: „Stellung der Buße" 1902, „Die Rechtswidrigkeit" 1904, „Elemente des Schuldbegriffes" 1905, „Aufbau der Strafgerichtsbarkeit" 1906, „Willensfreiheit und Verantwortlichkeit" 1907, „Die Privatgenugtuung" 1908, „Mangel und Tatbestand" 1910, „Zusammentreffen strafbarer Handlungen" 1910, „Legislative Behandlung von Notwehr und Notstand" 1911, „Das Strafverfahren" 1913, „Beteiligung der Volksvertretung am Friedensschluß" 1917.

(Bild Seite 357, Platz Nr. 302.)

Dransfeld, Hedwig: Schriftstellerin in Werl i. Westf. Wahlkr. 23 (Düsseldorf 2). — Zentrum. —

Geboren am 24. Februar 1871 zu Hacheney, Kr. Hörde; katholisch. Besuchte das Kgl. Lehrerinnenseminar zu Paderborn, war bis 1912 Lehrerin im Ursulinenkloster zu Werl, seit 1905 Schriftleiterin der Zeitschrift „Die Christliche Frau", seit 1912 Vorsitzende des Katholischen Frauenbundes Deutschlands (Zentrale: Köln, Roonstr. 36). Fachgebiete in literarischer Tätigkeit: Kunst, Literatur, Kritik, Pädagogik, soziale Frage, Frauenbewegung und Frauenfrage.

(Bild Seite 325, Platz Nr. 220.)

Dröner, Ernst; Bezirkssekretär der sozialdemokratischen Partei Niederrhein in Elberfeld. Wahlkr. 22 (Düsseldorf). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 9. Januar 1879 zu Elberfeld; konfessionslos. Besuchte von 1885—1893 Volksschule in Elberfeld, lernte als Handlungsgehilfe, seit 1903 Geschäftsführer, seit 1. Oktober 1913 Bezirkssekretär. Von 1901—1903 Soldat, vom 5. August 1914 bis 2. Juli 1917 wieder einberufen. Von 1897—1913 Vorsitzender des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen in Elberfeld-Barmen, seit 1911 Beisitzer am Kaufmannsgericht. War tätig im Vorstand und Aufsichtsrat der Konsumgenossenschaft. Schrif führer, Kassierer und Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins. Mitglied des Kartells.

(Bild Seite 298, Platz Nr. 186.)

Düringer, Adelbert, Dr. jur.; Justizminister a. D. in Karlsruhe i. B. Wahlkr. 33 (Baden). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 11. August 1855 zu Mannheim; evangelisch. Besuchte Volksschule und Gymnasium in München, die Universitäten Straßburg, Bonn, Heidelberg. 1884—1900 Richter in Baden (Amtsrichter, Landgerichtsrat, Ober-Landesgerichtsrat), 1900—1902 Ministerialrat, 1902 bis 1915 Reichsgerichtsrat, 1915—1917 Präsident des Oberlandesgerichts in Karlsruhe, 1917—1918 Badischer Minister des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Auswärtigen. 1915—1917 Mitglied der Ersten Kammer der badischen Landstände. Als badischer Minister stellvertretender Bundesratsbevollmächtigter. Erster Vorsitzender des Vereins „Recht und Wirtschaft". Schriften: Kommentar zum Handelsgesetzbuch, herausgegeben mit Rechtsanwalt Dr. Hachenburg u. anderen, 2. Aufl. seit 1908; „Nietzsches Philosophie vom Standpunkt des modernen Rechts" (2. Aufl. 1906); „Nietzsches Philosophie und das heutige Christentum" 1907; „Richter und Rechtsprechung" 1909.

(Bild Seite 351, Platz Nr. 38.)

Düwell, Bernhard; Redakteur in Zeitz, Provinz Sachsen. Wahlkr. 13 (Reg.-Bez. Merseburg). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 29. April 1891 zu Bochum in Westf.; konfessionslos. Besuchte Oberrealschule in Essen, Dortmund und Berlin, von 1907

bis 1909 kaufmännische Lehre, Handelshochschule Berlin in den Jahren 1911—1913. Freier Schriftsteller von 1910—1918, seit Oktober 1918 Redakteur des „Volksbote" in Zeitz, im Kriege (1915 bis 1918) Buchhalter bei der Reichshauptbank, Berlin.

(Bild Seite 361, Platz Nr. 206.)

Dusche, Wilhelm; Hofbesitzer in Isernhagen (Post und Eisenbahnstation Langenhagen). Wahlkr. 16 (Reg.-Bez. Hannover-Hildesheim-Lüneburg sowie Braunschweig). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 21. September 1863 zu Isernhagen, Kreis Burgdorf i. H., Reg.-Bez. Lüneburg; evangelisch-lutherisch. Besuchte von Ostern 1869 bis Ostern 1876 die Volksschule in Isernhagen, von Ostern 1876 bis Ostern 1878 eine Privatschule daselbst, von Ostern 1878 bis Ostern 1884 das Ratsgymnasium (früher Lyzeum I) zu Hannover und machte zu Ostern 1884 das Abiturientenexamen. Von 1884—1886 Vorlesungen verschiedenster Art an mehreren Universitäten gehört. Seit 1886 in der Landwirtschaft praktisch tätig und übernahm 1890 den väterlichen Hof (mittlerer Betrieb) in eigene Verwaltung. Seit 1902 Gemeindevorsteher der Heimatgemeinde, außerdem dort mehrere andere Ehrenämter seit langen Jahren. Verwaltet im Auftrage des Kreisausschusses die Kreisfettstelle im Heimatkreis Burgdorf i. H. seit ihrer Einrichtung (September 1916). Gehört dem geschäftsführenden Ausschusse des Deutschen Bauernbundes seit Gründung an.

(Bild Seite 357, Platz Nr. 249.)

Ebert, Friedrich; Sattler, Mitglied der Reichsregierung, in Berlin-Treptow. Wahlkr. 5 (Reg.-Bez. Potsdam). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 4. Februar 1871 zu Heidelberg. Besuchte die Volksschule in Heidelberg, erlernte dort das Sattlerhandwerk und bereiste als Handwerksbursche Süd- und Norddeutschland. Mitglied der sozialdemokratischen Partei 1889, Redakteur der „Bremer Bürgerzeitung" 1894, Arbeitersekretär in Bremen 1900, Sekretär des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1905 in Berlin. Mitglied der Bürgerschaft und des Bürgeramtes in Bremen 1900, Mitglied des Reichstags für Elberfeld-Barmen 1912, Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1913, der sozialdemokratischen Reichs-

tagsfraktion 1916, des Hauptausschusses des Reichstags 1918. Übernahm am 9. November 1918 das Amt des Reichskanzlers, Vorsitzender des am nächsten Tage gebildeten Rates der Volksbeauftragten.

Mandat am 13. Februar 1919 niedergelegt.

(Bild Seite 299.)

Ehrhardt, Franz; Gewerkschaftssekretär in Kattowitz, Oberschl. Wahlkr. 10 (Reg.-Bez. Oppeln). — Zentrum. —

Geboren am 15. Juli 1880 zu Fuhrbach, Kreis Duderstadt; katholisch. Besuchte die Volksschule zu Fuhrbach, erlernte von 1894 bis 1897 das Maurerhandwerk, militärische Dienstleistung vom 11. Oktober 1900 bis 22. September 1902 beim Inf.-Reg. Nr. 164 in Hameln; seit 1905 Gewerkschaftssekretär des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter. Vom 1. Januar 1907 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung Kattowitz; seit 1. Januar 1914 Vorsitzender des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse Kattowitz, vom 15. Februar 1918 bis 1. November 1918 Redner der Aufklärungsabteilung Preußen des Kriegsernährungsamts. Kriegsteilnehmer seit dem 3. August 1914 bis 20. Dezember 1917 im Osten und im Westen. Mitarbeiter verschiedener Gewerkschaftsblätter und der politischen Presse.

(Bild Seite 325, Platz Nr. 221.)

Eichhorn, Robert Emil; Schriftsteller in Berlin. Wahlkr. 3 (Berlin). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 9. Oktober 1863 zu Röhrsdorf, Bez. Chemnitz; evangelisch. Besuchte von 1870—1878 die Volksschule, 1878—1881 gewerbliche Fortbildungsschulen, später nach bestandener Lehrzeit einige Semester technische Privatlehranstalten, arbeitete in verschiedenen Städten Deutschlands und des Auslands als Mechaniker, Elektromonteur und in verwandten Fächern der Metallindustrie, seit Mitte der achtziger Jahre schon gelegentlich journalistisch tätig, trat er im Jahre 1893 als Redakteur in die Redaktion der „Sächsischen Arbeiterzeitung", Dresden, ein, später leitender Redakteur der „Mannheimer Volksstimme", sodann Leiter des sozialdemokratischen Pressebüros. Im Kriege Landwehrmann. Mitglied der Zweiten badischen Kammer seit 1901 und des Stadtverordnetenkollegiums zu Mannheim seit 1902, Mitglied des Reichstags 1903—1912. 1918 nach der Revolution Polizeipräsident von Berlin.

(Bild Seite 361, Platz Nr. 263.)

Eichler, Wilhelmine; Etuisarbeiterin in Eisenberg, S.-A. Wahlkr. 36 (Thüringen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 5. April 1872 zu Queinfeld S.-M.; evangelisch. Besuchte die Volksschule, war bis zu ihrer Verheiratung als Dienstmädchen tätig, erlernte als Frau die Etuisbranche; war Teilnehmerin eines Wanderkursus und besuchte 1913 die Gewerkschaftsschule zu Berlin, war mehrfach Delegierte von Landesversammlungen und Kongressen, so u. a. Delegierte des Parteitages 1911 zu Jena, des Heimarbeiterkongresses zu Berlin und der Reichsfrauenkonferenz zu Berlin 1917, während des Krieges Betätigung in der freiwilligen Kriegsfürsorge.

(Bild Seite 299, Platz Nr. 185.)

Eisenberger, Georg; Bauer und Bürgermeister in Ruhpolding. Wahlkr. 24 (Reg.-Bez. Oberbayern und Schwaben). — Bayerischer Bauernbund. —

Geboren am 28. März 1863 zu Ruhpolding; katholisch. Besuchte die Volksschule von 1869—1876, dann bis 1879 die Feiertagsschule in Ruhpolding, war dann Waldarbeiter im Staatsforste und in der landwirtschaftlichen Arbeit seines elterlichen Anwesens tätig, übernahm dasselbe im Jahre 1892, das er noch betreibt. Im Jahre 1893 in den Gemeindeausschuß gewählt, seit 1905 Bürgermeister in der Gemeinde Ruhpolding. Mitglied des Distriktsrates und des Distriktsratsausschusses in Traunstein seit 1899, ständiges Steuerausschußmitglied des Rentamtes Traunstein, Vorsitzender des Bayerischen Bauernbundes, Mitglied des bayerischen Landtags seit 1905, am 12. Januar wiedergewählt für die bayerische Nationalversammlung.

(Bild Seite 365, Platz Nr. 389.)

Ekke, Elise; Mittelschullehrerin in Posen. Wahlkr. 8 (Provinz Posen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 14. Oktober 1877 zu Krotoschin (Posen); evangelisch. Besuchte die Luisenschule und das Lehrerinnenseminar zu Posen bis 1896, war 1899 Gasthörerin der Universität Berlin und später Hörerin der Akademie zu Posen. Von 1900—1905 Lehrerin an einer Volksschule, von 1905 an einer städtischen Mittelschule in Posen, 1914 Studienreise nach England.

(Bild Seite 340, Platz Nr. 199.)

Endres, Fritz; Arbeitersekretär und Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes Würzburg in Würzburg. Wahlkr. 26 (Reg.-Bez. Ober-, Mittel- und Unterfranken). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 15. Oktober 1877 zu Ebenhausen, Unterfranken. Besuchte die Volksschule und Fortbildungsschule in Würzburg, erlernte das Kupferschmiedehandwerk und arbeitete u. a. als Kupferschmied zehn Jahre in der Eisenbahn-Betriebswerkstätte Würzburg. Im Februar 1911 wurde er vom Kartell der freien Gewerkschaften Würzburg zum Arbeitersekretär gewählt, welche Stelle er bis zum 1. Oktober 1918 innehatte. Von diesem Zeitpunkte ab übernahm er die Stelle eines Geschäftsführers der Verwaltungsstelle Würzburg des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Seit dem Jahre 1911 Mitglied des Gemeindekollegiums und des Armenrates der Stadt Würzburg. Seit 1912 bis zur Neuwahl 1919 bayerischer Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Würzburg I. Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins und des Gewerkschaftskartells Würzburg. Vorstandsmitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse Würzburg-Stadt und des Konsumvereins Würzburg. Seit 15. Dezember Vertreter der bayerischen provisorischen Volksregierung beim Generalkommando des II. Armeekorps Würzburg. Verschiedentliche Abhandlungen in der Presse und Tagungsprotokollen auf dem Gebiete der Sozialversicherung und des Arbeiterrechts, der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenenfürsorge.

(Bild Seite 299, Platz Nr. 209.)

Engelhard, Emil; Geheimer Kommerzienrat, früher Industrieller, Handelskammerpräsident in Mannheim. Wahlkr. 33 (Baden). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 24. Mai 1854 zu Mannheim; evangelisch. Besuchte das Gymnasium in Mannheim, Technische Hochschule in Karlsruhe, die Universität Heidelberg. Von 1874—1908 Tapetenindustrie. Seit 1911 Stadtrat in Mannheim, von 1909—1919 Mitglied der Ersten Kammer der badischen Landstände.

(Bild Seite 340, Platz Nr. 191.)

Erkelenz, Anton; Arbeitersekretär und Redakteur in Berlin-Baumschulenweg. Wahlkr. 22 (Reg.-Bez. Düsseldorf 1). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 10. Oktober 1878 in Neuß a. Rh. Besuchte die Volksschule in Neuß. Handwerkslehre als Schlosser und Dreher 1892 bis 1896. Militärdienstzeit 1898—1900, Inf.-Reg. 99, im Kriege Landwehr 52, Landsturm Inf.-Reg. 5, Inf.-Reg. 147, drei Jahre lang im Felde, verwundet, E. K. II. Seit 1902 Arbeitersekretär der deutschen Gewerkvereine in Düsseldorf, seit 1907 bei der Hauptleitung in Berlin, Reisen nach Holland, Österreich, England. Schriftstellerisch tätig u. a.: Arbeiterkatechismus, freiheitlich-nationale Arbeiterbewegung, Liberale Arbeiter- und Angestelltenbewegung, außerdem in der „Hilfe", „Frankfurter Zeitung", „Berliner Tageblatt" u. a. Ausschußmitglied des freiheitlich nationalen Arbeiterkongresses, Redakteur des „Regulator".

(Bild Seite 340, Platz Nr. 193.)

Ernst, Eugen; Minister und Polizeipräsident in Berlin. Wahlkr. 3 (Berlin). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 20. September 1864 zu Murovana-Goslin, Kreis Obornik; religionslos. Besuchte von 1870—1878 die Volksschule in Werder a. H., lernte von 1878—1882 Buchdrucker, von 1892 Geschäftsführer einer Druckerei, Firmenträger der Buchdruckerei „Vorwärts", 1889/90: Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins Berlin VI, Mitglied der Pressekommission, dann abwechselnd Vertrauensmann, Mitglied der Kontrollkommission usw., jetzt Mitglied des Parteivorstandes, Vorsitzender der preußischen Landesorganisation und der Parteiorganisation Groß-Berlins. Verfaßte „Polizeispitzeleien und Ausnahmegesetze 1878—1910".

(Bild Seite 299, Platz Nr. 46.)

Ersing, Joseph; Gewerkschaftssekretär in Karlsruhe i. B. Wahlkr. 33 (Baden). — Zentrum. —

Geboren am 4. Februar 1882 zu Ochsenhausen, Oberamt Biberach, Württemberg; katholisch. Besuchte die Volksschule zu Ochsenhausen, erlernte von 1896—1899 das Schreinerhandwerk, arbeitete von 1899—1906 als Schreiner, von 1906—1911 Bezirks-

leiter des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands in Frankfurt a. M., seit 1911 in Karlsruhe als Sekretär des Gesamtverbandes Christlicher Gewerkschaften Deutschlands für den Bezirk Südwestdeutschland, diente von 1902—1904 beim 8. bayer. Inf.-Reg. in Metz, stand von 1914—1917 beim Res.-Inf.-Reg. 109 als Unteroffizier im Felde, 28. September verwundet, Inhaber des Eisernen Kreuzes II. Klasse.

(Bild Seite 325, Platz Nr. 222.)

Erzberger, Matthias; Staatssekretär, Vorsitzender der Waffenstillstandskommission in Charlottenburg. Wahlkr. 31/32 (Württemberg). — Zentrum. —

Geboren am 20. September 1875 zu Buttenhausen, Württemberg; katholisch. 1903—1919 Mitglied des Reichstags, 1918 Staatssekretär.

(Bild Seite 325, Platz Nr. 57.)

Falk, Bernhard; Rechtsanwalt, Justizrat in Cöln. Wahlkr. 20 (Reg.-Bez. Cöln und Aachen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 26. März 1867 zu Bergheim (Erft); jüdisch. Besuchte Apostelgymnasium Cöln, Universitäten Bonn und München, Referendar 1888, Gerichtsassessor 1893, Mai 1893 Rechtsanwalt beim Landgericht Elberfeld, Mai 1898 Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht Cöln. 1885—1886 Einj.-Freiw. im bayer. Inf.-Leib-Reg., Hauptmann d. L. I, im Kriege vom dritten Mobilmachungstage bis 15. April 1917 teils im Truppendienst (Ers.-Bat.), teils als Adjutant eines Kreischefs in Belgien verwendet, seit 15. April 1917 aus dem aktiven Heeresdienst auf Antrag der Stadt Cöln entlassen. Mitbegründer der Vereine der nationalen Jugend, bis Gründung der Deutschen demokratischen Partei Mitglied des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei, stellvertretender Vorsitzender des Provinzialvorstandes für die Rheinprovinz und des nationalliberalen Vereins Cöln, seit 1908 Stadtverordneter in Cöln, seit 1915 Vorsitzender der liberalen Fraktion der Stadtverordnetenversammlung, Vorsitzender des 1918 gegründeten Rheinischen Vereins für liberale Gemeindepolitik.

(Bild Seite 340, Platz Nr. 214.)

Farwick, Wilhelm; Oberbürgermeister in Aachen. Wahlkr. 20 (Reg.-Bez. Cöln und Aachen). — Zentrum. —

Geboren am 24. April 1863 zu Lüdinghausen i. Westf.; katholisch.

(Bild Seite 326, Platz Nr. 223.)

Fehrenbach, Constantin; Rechtsanwalt und Stadtrat in Freiburg i. Br. Wahlkr. 33 (Baden). — Zentrum. —

Geboren am 11. Januar 1852 zu Wellendingen, Amt Bonndorf; katholisch. Besuchte Gymnasium und Universität Freiburg i. Br. Seit 1882 Rechtsanwalt in Freiburg i. Br. 1884—95 stellvertretender Obmann des Stadtverordnetenvorstandes, seit 1895 Stadtrat in Freiburg i. Br., Kreisabgeordneter, 1885—1887 und 1901—1913 Abgeordneter der Stadt Freiburg zur zweiten badischen Ständekammer, 1907—1909 deren Präsident, seit 1903 Mitglied des Reichstags, von August 1917 bis Juni 1918 Vorsitzender des Haushaltsausschusses, am 8. Juni 1918 zum Präsidenten gewählt, seit 1900 Präsident der katholischen Kirchensteuervertretung für Baden, Präsident des Freiburger Münsterbauvereins.

(Bild Seite 326, Platz Nr. 34.)

Feldmann, Theodor Friedrich Franz; Redakteur in Oberlangenbielau, Oberschl. Wahlkr. 9 (Reg.-Bez. Breslau). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 30. Januar 1868 zu Schwerin i. Mecklenb.; Dissident. Besuchte die Volksschule in Schwerin i. Mecklenb., später die dortige Gewerbeschule, erlernte in Schwerin das Buchbinderhandwerk, arbeitete als Gehilfe mehrere Jahre in Berlin, wurde im Jahre 1891 Redakteur des „Proletarier aus dem Eulengebirge", dessen Leiter er auch heute noch ist. Reichstagsabgeordneter für Striegau-Schweidnitz von 1912—1919. Seit 1906 Mitglied des Gemeinderats der Gemeinde Langenbielau, seit 1910 Mitglied des Amtsausschusses, seit 1906 Mitglied des Kuratoriums der höheren Gemeindeschule Langenbielau seit 1907 Mitglied der Gesundheitskommission, außerdem in vielen anderen Kommissionen der Gemeinde tätig, insbesondere während des Krieges, Mitglied des Vollzugsausschusses für den Kreis Reichenbach, sowie der Gemeinde Langenbielau, Mitglied des Demobilisierungsausschusses für den Kreis Reichenbach usw.

(Bild Seite 299, Platz Nr. 42.)

Fischbeck, Otto; Staatsminister und Minister für Handel und Gewerbe in Berlin. Wahlkr. 11 (Reg.-Bez. Liegnitz). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 28. August 1865 zu Güntershagen, Kreis Dramburg; evangelisch. Besuchte Gymnasium zu Stendal, studierte 1885—1890 an den Universitäten Berlin und Greifswald Staatswissenschaften, 1890—1895 Syndikus der Handelskammer zu Bielefeld, 1895—1901 Syndikus der Papierverarbeitungsberufsgenossenschaft zu Berlin, danach besoldeter Stadtrat in Berlin bis 1918. Vom 1. April 1918 bis zu seiner Ernennung zum Staatsminister Verbandsdirektor des Verbandes Groß-Berlin. 1893—1895 Stadtverordneter in Bielefeld, 1895—1903 Mitglied des Reichstags für Remscheid-Lennep-Mettmann, von 1907—1918 für Liegnitz-Goldberg-Haynau. Für letzteren Wahlkreis Landtagsabgeordneter von 1903—1913.

(Bild Seite 340. Platz Nr. 9.)

Fischer (Berlin), Richard; Geschäftsführer der Vorwärtsbuchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. in Berlin. Wahlkr. 3 (Berlin). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 3. April 1855 zu Kaufbeuren. Besuchte die Volks- und Lateinschule. Mitglied des Reichstags seit 1893, Schriftführer des Reichstags.

(Bild Seite 290. Platz Nr. 3.)

Fischer (Hannover), Gustav Adolf; Buchdrucker in Hannover. Wahlkr. 16 (Reg.-Bez. Hannover, Hildesheim, Lüneburg usw.). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 9. Dezember 1866 zu Chemnitz, Sachsen; Dissident. Buchdrucker, dann tätig als Korrektor und Metteur, Volksschulbildung, widmete sich frühzeitig der Parteibewegung. Mitglied des Reichstags seit 1912.

(Bild Seite 300. Platz Nr. 66.)

Fleischer, Paul; Dr. phil., Verbandssekretär in Berlin. Wahlkr. 1 (Provinz Ostpreußen). — Zentrum. —

Geboren am 6. Januar 1874 zu Leipzig; römisch-katholisch. Von 1880—1887 Volks- und Bürgerschule in Leipzig, Eisleben,

Löbtau b. Dresden; von 1887—1893 Lehrerseminar in Dresden-Friedrichstadt, von 1893—1895 Hilfslehrer an der Volksschule in Rechenberg; von 1895—1898 ständiger Lehrer an der Eisenbahnrealschule in Altenberg i. Erzgeb., von 1898—1901 Studium der Philosophie, Nationalökonomie, Naturwissenschaften und Pädagogik an der Universität Leipzig. Seit 1901 Verbandssekretär im Verbande der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin). Von 1907—1912 Mitglied des Deutschen Reichstags, Mitglied der vorläufigen ostpreußischen Provinzialversammlung. Verfasser von „Pantheistische Unterströmungen in Kants Philosophie", „Leitsätze zur Behandlung der Arbeiterfrage", „Freiwirtschaft, Staatssozialismus, organische Wirtschaftsordnung". Schriftleiter des „Arbeiterpräses".

(Bild Seite 326, Platz Nr. 131.)

Franke, Richard; Landwirt in Quaschwitz. Wahlkr. 36 (Thüringen usw.). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 15. Oktober 1860 zu Quaschwitz; evangelisch. Besuchte die Dorfschule seiner Heimat und war bis zu Beginn seiner militärischen Dienstpflicht Zimmermann. Hierauf bildete er sich auf dem 20 Hektar großen Bauerngut seines Vaters zum Landwirt aus. Seit 30 Jahren ist er Besitzer dieses Gutes und bewirtschaftet dasselbe selbständig. Im Jahre 1910 wurde er als Kandidat der Fortschrittlichen Volkspartei zum Abgeordneten in den weimarischen Landtag gewählt, und vertritt dort den Wahlkreis Neustadt a. O.

(Bild Seite 341, Platz Nr. 217.)

Frerker, Wilhelm; Rentner, früher Bäckermeister in Rheine i. Westf. Wahlkr. 17 (Reg.-Bez. Minden, Münster und Lippe). — Zentrum. —

Geboren am 9. Februar 1859 zu Ankum i. Hann.; katholisch. Reichstagsabgeordneter von 1912—1919. Mitglied des Stadtverordneten- und Beigeordnetenkollegiums der Stadt Rheine. Mitglied der Handwerkskammer Münster, Vorstandsmitglied des Westfälisch-Lippischen Handwerkerbundes. Vorsitzender der Parteiorganisation der Stadt Rheine. Diente bei der 1. Komp. 3. Garde-Grenad.-Reg. Königin Elisabeth.

(Bild Seite 326, Platz Nr. 110.)

Frohme, Karl Franz Egon; Schriftsteller in Hamburg. Wahlkr. 14 (Provinz Schleswig-Holstein usw.) — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 4. Februar 1850 zu Hannover; konfessionslos. Besuchte die Katholische St. Clemensschule zu Hannover. Wurde Maschinenbauer. Geschichts- und nationalökonomische Studien. Sozialdemokratischer Agitator und Schriftsteller. 1875—1878 Redakteur des „Volksfreund" in Frankfurt a. M. Seit 1890 Redakteur des „Hamburger Echo". Reichstagsabgeordneter seit 1881, bis 1884 für Hanau-Gelnhausen, von 1884—1919 für Altona-Stormarn. Zahlreiche politische Prozesse. Mehrfach zu Gefängnisstrafen verurteilt. Verfasser zahlreicher Propagandaschriften und einiger größerer Werke: „Entwicklung der Eigentumsverhältnisse", „Monarchie oder Republik" „Arbeit und Kultur", Gedichte.

(Bild Seite 300. Platz Nr. 20.)

Gandorfer, Carl; Bauer und Vorsitzender des bayerischen Bauernrats in Pfaffenberg (Niederbayern). Wahlkr. 25 (Reg.-Bez. Niederbayern und Oberpfalz). — Bayerischer Bauernbund. —

Geboren am 25. Februar 1875 zu Pfaffenberg; katholisch. Besuchte die Volksschule; seit 1911 Bürgermeister, seit 1913 Landtagsabgeordneter.

(Bild Seite 365. Platz Nr. 390.)

Gebhart, Karl; Ökonomierat, Landwirt in Lauterecken. Wahlkr. 27 (Reg.-Bez. Pfalz). — Bei keiner Fraktion. —

Geboren am 6. Januar 1859 in Lauterecken; protestantisch. Besuchte von 1865—1872 die Volksschule in Lauterecken, sodann die Kreisgewerbeschule in Kaiserslautern. Übernahm 1886 das elterliche Gut. Diente in den Jahren 1879—1881 im 2. bayerischen Jägerbataillon. Seit 1893 Mitglied des Stadtrats von Lauterecken sowie des landwirtschaftlichen Bezirksausschusses Kusel. Gründete 1895 einen Sterbekassenverein (1100 Mitglieder), seit 1900 dessen Vorstand, vom gleichen Jahre ab stellvertretender Vorsitzender des Vorschußvereins Lauterecken und Umgebung. Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer von 1905—1911, wurde 1911 zum Ökonomierat ernannt, Mitglied des Reichstags 1912—1918.

(Bild Seite 366. Platz Nr. 133.)

Geck, Oscar; Redakteur in Mannheim. Wahlkr. 35 (Baden). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 8. August 1867 zu Offenburg; altkatholisch. Besuchte zu Offenburg die Volks- und Bürgerschule, dann das Gymnasium 1880—1887, diente als Einjährig-Freiwilliger beim 5. Bad. Inf.-Reg. Nr. 113 zu Freiburg i. Br. 1887—1888, hörte dann an den Universitäten Freiburg i. Br., Zürich, Straßburg i. Els. und Heidelberg juristische, hauptsächlich aber volkswirtschaftliche und statistische Vorlesungen zur Vorbereitung auf den journalistischen Beruf. War darauf einige Jahre politischer Korrespondent und Mitarbeiter der größeren sozialistischen Tagespresse Deutschlands und einer Reihe wissenschaftlicher Zeitschriften, seit 1901 Schriftleiter der „Mannheimer Volksstimme". Als solcher verbüßte er 1907 und 1908 eine Reihe von Freiheitsstrafen aus politischen Prozessen, u. a. auch eine längere (natürlich vergebliche) Zeugniszwangshaft in einer Majestätsbeleidigungssache. Kandidierte wiederholt zum badischen Landtag, seit 1905 Mitglied des Mannheimer Stadtverordnetenkollegiums und wichtiger städtischer Kommissionen. In der Novemberrevolution von 1918 Mitglied des Vollzugsausschusses des Mannheimer Arbeiter- und Soldatenrats. November 1914—1919 Mitglied des Reichstags.

(Bild Seite 300, Platz Nr. 41.)

Gehl, Julius; Sekretär und Vorsitzender des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Westpreußen in Danzig. Wahlkr. 2 (Provinz Westpreußen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 4. Juli 1869 zu Bromberg; Dissident. Besuchte die Seminarschule zu Bromberg. Erlernte von 1884—1887 das Maurerhandwerk, war bis 1900 als Geselle tätig, von 1900—1912 Angestellter der Freien Vereinigung der Maurer Deutschlands bzw. des Maurerverbandes, seit 1912 Sekretär der westpreußischen Sozialdemokratie, redigierte nebenamtlich von 1917—1918 die Danziger „Volkswacht"; seit 1915 Mitglied der Preisprüfungsstelle in Danzig.

(Bild Seite 300, Platz Nr. 210.)

Gerstenberger, Liborius; Verlagsdirektor und Hauptschriftleiter in Würzburg, Echterhaus. Wahlkr. 26 (Reg.-Bez. Ober-, Mittel- und Unterfranken). — Zentrum. —

Geboren am 19. April 1864 zu Rödelsee bei Kitzingen, Bayern; katholisch. Besuchte die Lateinschule Kitzingen, das Gymnasium in Schweinfurt, die Universität Würzburg, Einjährig-Freiwilliger beim 9. Inf.-Reg. 1883—1884. 1887—1892 Kaplan in verschiedenen Orten des Spessart, 1892—1903 Pfarrer in Laufach, Spessart, Distrikts-Schulinspektor, 1903 Aufgeben der Pfarrei, Hauptschriftleiter des „Fränkischen Volksblatt" Würzburg, Geschäftsführer der Fränkischen Gesellschaftsdruckerei in Würzburg. Seit 1895—1919 Mitglied des bayerischen Landtags und Deutschen Reichstags für den Wahlkreis Aschaffenburg. 15 Jahre Schriftleiter des „Fränkischen Bauer" und Sekretär des Christlichen Bauernvereins für Unterfranken. Reiseschilderungen: „Vom Steinberg zum Felsengebirge", „Über Island nach Spitzbergen" u. a.

(Bild Seite 326. Platz Nr. 82.)

Geyer (Leipzig), Friedrich; Zigarrenfabrikant in Leipzig-Marienbrunn. Wahlkr. 29 (2 Sachsen). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 12. März 1858 zu Großenhain, Sachsen; Dissident. Besuchte die Bürger- und Volksschule in Großenhain, Berggießhübel und Pirna. Erst Zigarrenarbeiter, seit 1882 Zigarrenfabrikant. Von 1890—1895 Redakteur des „Wähler" und der „Leipziger Volkszeitung", von 1895—1918 Redakteur des „Tabak-Arbeiter", von November 1918 bis Januar 1919 Finanzminister Sachsens, 1886 bis 1918 Mitglied des Reichstags, seit 1890 Vertreter des 13. sächs. Wahlkreises (Leipzig-Land) im Reichstage, 1885—1897 Mitglied des sächs. Landtags (2. Kammer), seit 1871 Sozialdemokrat. Politisch, vorwiegend aber volkswirtschaftlich an verschiedenen Zeitungen tätig.

(Bild Seite 361. Platz Nr. 159.)

Geyer (Sachsen), Curt, Dr. phil.; Redakteur in Leipzig. Wahlkr. 29 (Sachsen 2). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 19. November 1891 zu Leipzig. Besuchte die Oberrealschule in Leipzig, studierte Geschichte und Nationalökonomie in Leipzig 1911—1914. Redakteur in Leipzig, Nürnberg; Chefredakteur des „Fränkischen Volksfreunds" in Würzburg, von 1915 bis 1917. Seit 1917 Redakteur an der „Leipziger Volkszeitung".

(Bild Seite 362. Platz Nr. 256.)

Giebel, Carl; Vorsitzender des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands in Berlin-Südende. Wahlkr. 6 (Reg.-Bez. Frankfurt a. O.) — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 26. Mai 1878 zu Burg b. Magdeb.; konfessionslos. Besuchte 1884—1888 die Bürgerschule in Burg b. Magdeb., 1888 bis 1892 die Volksschule in Magdeburg, 1892—1895 Lehrzeit als Bureaugehilfe, 1897—1898 Anwaltsbureauvorsteher, 1898—1904 Berufsgenossenschafts- und Krankenkassenangestellter, 1904—1905 Arbeitersekretär in Düsseldorf, seit 1906 Vorsitzender des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands. Mitglied des Reichstags 1912—1918, 1918—1919 Bevollmächtigter der Reichsregierung bei der Obersten Heeresleitung, alsdann beim Reichsmarineamt. Mitarbeiter an sozialpolitischen Zeitschriften, Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände.

(Bild Seite 300. Platz Nr. 69.)

von Gierke, Anna; in Charlottenburg. Wahlkr. 3 (Potsdam). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 14. März 1874 zu Breslau; evangelisch. Besuchte die höhere Töchterschule. Mitarbeit in verschiedenen Zweigen sozialer Fürsorge. Leiterin, später Vorsitzende und Leiterin des „Vereins Jugendheim-Charlottenburg E. V." Bereiste im Auftrage des Kultusministeriums fast sämtliche preußische Regierungsbezirke und berichtete über den Stand der Kinderfürsorge. Seit Begründung des Kriegsamts Vorsitzende der Kommission für Kinderfürsorge beim Kriegsamt. Zweite Vorsitzende des Verbandes deutscher Kinderhorte E. V. Vorsitzende des Charlottenburger Hausfrauenvereins E. V., Vorstandsmitglied des Verbandes deutscher Hausfrauenvereine, Hamburg, Vorsitzende verschiedener Groß-Berliner Kinderfürsorge-Einrichtungen. Verdienstkreuz für Kriegshilfe, Rote-Kreuz-Medaille.

(Bild Seite 351. Platz Nr. 280.)

Giesberts, Johann; Arbeitersekretär, Unterstaatssekretär im Reichsarbeitsamt in Berlin. Wahlkr. 22 (Reg.-Bez. Düsseldorf). — Zentrum. —

Geboren am 3. Februar 1865 zu Straelen, Kreis Geldern (Rheinland); katholisch. Besuchte die Volksschule, bis 1899 Lohnarbeiter, dann Redakteur der „Westdeutschen Arbeiterzeitung", 1905 zum

Reichstag gewählt, 1. Januar 1918 berufen zum sozialpolitischen Beirat ins Reichswirtschaftsamt, vom 1. November 1918 Unterstaatssekretär im Reichsarbeitsamt. 1892—1918 Stadtverordneter in M.-Gladbach, von 1905 ab Mitglied des Reichstags, von 1906 ab Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, außerdem Vorstandsmitglied der Landesversicherungsanstalt Rheinprovinz, der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, der Gesellschaft für soziale Reform, Delegierter der internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz, Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften und des Christlichen Metallarbeiterverbandes, Mitglied des Zentralkomitees der Deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Mitglied des Vorstandes der Zentrumsfraktion für den Deutschen Reichstag und das Abgeordnetenhaus sowie des Reichsausschusses der deutschen Zentrumspartei.

(Bild Seite 326. Platz Nr. 83.)

Gilsing, Anton; Arbeitersekretär und Geschäftsführer der Zentrumspartei in Bochum. Wahlkr. 18 (Reg.-Bez. Arnsberg). — Zentrum. —

Geboren am 1. Juni 1875 zu Ludwigslust i. Meckl.; katholisch. Besuchte die katholische Volksschule in Ludwigslust, erlernte von 1889 bis 1893 das Kupferschmiedehandwerk und war bis 1905 als Gehilfe in verschiedenen Städten Deutschlands tätig. Seit 1905 Sekretär im Verbande der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands und seit 1911 zugleich Geschäftsführer der Zentrumspartei im Wahlkreise Bochum, Vorstandsmitglied des Verbandes der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands und des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands, Stadtverordneter in Bochum seit 1907.

(Bild Seite 327. Platz Nr. 245.)

Girbig, Emil; Verbandsvorsitzender in Berlin. Wahlkr. 11 (Reg.-Bez. Liegnitz). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 11. Juni 1866 zu Elisabethhütte; Dissident. Besuchte vom Jahre 1872—1880 die Volksschule zu Cöpenick. Erlernte den Glasmacherberuf und arbeitete bis 1897 als Glasmacher, von 1897 ab Vorsitzender des Verbandes der Glasarbeiter, wurde 1907 internationaler Sekretär der Glasarbeiter.

(Bild Seite 300. Platz Nr. 211.)

Gleichauf, Wilhelm; Vorsitzender des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Duncker) in Berlin. Wahlkr. 2 (Provinz Westpreußen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 4. August 1855 zu Donaueschingen; katholisch. Besuchte in Donaueschingen die Volksschule, drei Jahre Gymnasium drei Jahre Gewerbeschule, lernte drei Jahre das Schlosserhandwerk, arbeitete später 30 Jahre als Geselle, Monteur und Meister, wurde 1900 in die Leitung des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Duncker) berufen. Vorstandsmitglied der Gesellschaft für Soziale Reform, Ortsgruppe Berlin, Vorstandsmitglied des Deutschen Wohnungsausschusses, Leiter der Demobilisierungsabteilung für den Maschinenbau, Vorsitzender des Zentralrats des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker). Leitete 13 Jahre lang das Organ des Gewerkvereins Deutscher Metallarbeiter (Hirsch-Duncker), den „Regulator", verfaßte das Buch: „Die Geschichte des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker)".

(Bild Seite 341. Platz Nr. 216.)

Göhre, Heinrich; Schreinermeister in Kempten, Allgäu. Wahlkr. 24 (Reg.-Bez. Oberbayern und Schwaben). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 3. Januar 1868 zu Kempten; protestantisch. Besuchte die Volks- und Fortbildungsschule in Kempten, erlernte das Schreinerhandwerk, bereiste Deutschland und besuchte die Gewerbeschule in Hamburg. Seit 1905 Mitglied des Gemeindekollegiums in Kempten, seit 1912 Mitglied des bayerischen Landtags, Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Kemptens, Gründungs- und Vorstandsmitglied der Ein- und Verkaufsgenossenschaft der Schreinermeister Kemptens E. m. b. H. Betreibt sein Geschäft seit 1893 unverändert weiter.

(Bild Seite 301. Platz Nr. 212.)

Gothein, Georg; Bergrat a. D. in Breslau. Wahlkr. 9 (Reg.-Bez. Breslau.) — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 15. August 1857 zu Neumarkt i. Schl.; evangelisch. Besuchte die Volksschule in Neumarkt i. Schl., das Realgymnasium in Breslau, die Universität Breslau und die Bergakademie Berlin.

1884 Bergassessor, 1885—1887 Generalsekretär des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmänn. Vereins, später Bergrevierbeamter in Waldenburg i. Schl. und Tarnowitz. Am 1. Oktober 1892 aus dem Staatsdienst ausgeschieden. Vom 1. Januar 1893 bis November 1901 Erster Syndikus der Handelskammer Breslau. 1889—1892 Stadtverordneter in Waldenburg i. Schl., 1894—1906 desgleichen in Breslau, 1904 bis 1910 Mitglied des Schlesischen Provinziallandtags, 1893—1903 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, seit Mai 1901 Mitglied des Reichstags, gewählt für Greifswald-Grimmen (erst Freisinnige Vereinigung, später Fortschrittliche Volkspartei). 1901 „Der deutsche Außenhandel" (Berlin, Siemenrot & Troschel), 1910—1911 „Agrarpolitisches Handbuch" (Berlin, Liebheit & Thiessen), 1918 „Reichskanzler Graf Caprivi" (München, Georg Müllers Verlag), 1917 „Reichsbergbaumonopol" in den „Finanzwirtschaftlichen Beiträgen" herausgegeben von Schanz u. Wolf, 1919 „Warum verloren wir den Krieg?" (Stuttgart, Deutsche Verlagsanstalt). Zahlreiche Aufsätze in der „Nation", der „Hilfe". Zahllose Artikel in der deutschen fortschrittlichen und demokratischen Presse, sowie in der „Wiener Neuen Freien Presse" und in vielen Fachzeitschriften.

(Bild Seite 341, Platz Nr. 11.)

Gradnauer, Georg, Dr. phil.; Sächsischer Minister des Innern und Äußern in Dresden. Wahlkr. 28 (Sachsen 1). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 16. November 1866 zu Magdeburg; konfessionslos. Besuchte das Gymnasium in Magdeburg, die Universitäten in Genf, Berlin, Marburg, Halle. Doktordissertation „Mirabeaus Gedanken über die Erneuerung des französischen Staatswesens". 1889—1890 militärische Dienstleistung als Einj.-Freiwill., 1891—1896 Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung" in Dresden, 1897—1905 Redakteur des „Vorwärts" in Berlin, 1906—1918 leitender Redakteur der „Dresdener Volkszeitung". 1898—1906 und 1912—1918 Mitglied des Reichstag. Verfasser von „Das Elend des Strafvollzugs" 1905, „Verfassungswesen und Verfassungskämpfe in Deutschland" 1909, „Wahlkampf, die Sozialdemokratie und ihre Gegner" 1911.

(Bild Seite 301, Platz Nr. 97.)

von Graefe, Albrecht; Gutsbesitzer, Major d. Res. a. D. in Goldebee. Wahlkr. 35 (Mecklenburg). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 1. Januar 1868 zu Berlin; evangelisch. Besuchte das Kgl. Joachimsthalsche Gymnasium zu Berlin (Abiturium 1887) und die Universität Berlin (zwei Semester Jura studiert nach dem Abschied aus dem aktiven Militärdienst). 1887 beim Husaren-Reg. Nr. 14 in Cassel eingetreten, daselbst Offizier bis 1892, wo à la suite gegangen und Reise um die Erde gemacht. 1893 zum Leib-Garde-Husaren-Reg. versetzt, 1894—1896 Reitschule Hannover, 1896—1897 zur Botschaft in Konstantinopel kommandiert, 1900 zur Reserve des Regiments übergetreten, 1912 mit Regimentsuniform aus dem Militärverhältnis verabschiedet. Seit 1899 Besitzer des ritterschaftlichen Gutes Goldebee in Mecklenburg. Bei Mobilmachung August 1914 mit Leib-Garde-Husaren-Reg. ausgerückt, weitere Feldzugsteilnahme als Kompagnie- bzw. Bataillonsführer beim Alexander-Garde-Gren.-Reg. und beim Jäger-Reg. Nr. 9 (1915 bei Tarnow-Gorlice verwundet). Major d. Res. a. D., Mitglied des Reichstages (für 6. Mecklenburgischen Wahlkreis Güstrow-Ribnitz) seit 1912, Mitglied des mecklenburgischen Landtags (auf Grund der Landstandschaft) von 1899—1918. Mitarbeiter der „Mecklenburger Warte“ (Wismar i. M.).

(Bild Seite 351, Platz Nr. 113.)

Gröber, Adolf; Staatssekretär a. D. in Heilbronn. Wahlkr. 31 32 (Württemberg). — Zentrum. —

Geboren am 11. Februar 1854 zu Riedlingen; katholisch. Besuchte Volksschule in Weingarten, Lyzeum in Ravensburg, Obergymnasium in Stuttgart, Universitäten Tübingen, Leipzig und Straßburg. Staatsanwaltliche und richterliche Tätigkeit bei den Amtsgerichten Neresheim und Saulgard, den Landgerichten Rottweil, Hall, Ravensburg und Heilbronn. 1887—1919 Mitglied des Reichstags, 1889—1919 Mitglied der Zweiten Kammer des württembergischen Landtags, 5. Oktober bis 9. November 1918 Staatssekretär im Kabinett des Reichskanzlers Prinz Max von Baden. Mitglied des Vorstandes des Volksvereins für das katholische Deutschland, Mitglied des Zentralkomitees der Generalversammlung der Katholiken Deutschlands.

(Bild Seite 327, Platz Nr. 13.)

Gruber, Martin: Redakteur in München. Wahlkr. 24 (Oberbayern und Schwaben). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 28. Mai 1866 zu Harthausen bei Bad-Aibling; katholisch. Besuchte die Volksschule in Aibling, die Lateinschule in Rosenheim, das humanistische Gymnasium in Burghausen a. S., hörte naturwissenschaftliche Fächer an der Technischen Hochschule in München und an der Universität in Gießen, diente 1889—1890 als Einjährig-Freiwilliger im 2. bayer. Inf.-Reg. und wandte sich dann dem journalistischen Berufe zu. Nach zehnjähriger Mitarbeiterschaft trat er 1900 in die Redaktion der „Münchener Post" ein, an der er heute noch tätig ist. Als deren verantwortlicher Redakteur hatte er mehrfach Aufsehen erregende Preßprozesse (Petersprozeß) durchzufechten. Seit 1911 Mitglied des Gemeindekollegiums der Stadt München. Verfasser verschiedener Agitationsschriften.

(Bild Seite 301. Platz Nr. 213.)

Grünewald, Wilhelm; Rechtsanwalt Justizrat in Gießen. Wahlkr. 34 (Hessen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 18. Juni 1859 zu Babenhausen, Hessen; evangelisch. Besuchte die Realschule zu Offenbach a. M., das Gymnasium zu Darmstadt und die Universitäten Gießen und Leipzig. Erhielt seine weitere berufliche Ausbildung bei dem Amtsgericht und Kreisamt Offenbach, Landgericht in Gießen und als mehrjähriger Hilfsarbeiter des Rechtsanwalts Dr. Gutfleisch daselbst. Seit 1887 Rechtsanwalt in Gießen, seit 1911 Mitglied des Vorstandes der Anwaltskammer, vorwiegend tätig in Verwaltung von Industriegesellschaften. Seit 1910 Mitglied der Zweiten Kammer der Landstände, seit 1892 mit einmaliger Unterbrechung Stadtverordneter der Stadt Gießen, 1912: Beigeordneter im Ehrenamt, Mitglied des Kreistages seit 1911 politisch tätig seit 1884 als Mitglied der Freisinnigen Partei. Preisgekrönte Arbeit: „Die Freizügigkeit der deutschen Rechtsanwälte".

(Bild Seite 341. Platz Nr. 215.)

Grunau, August; Gewerkschaftssekretär in Breslau. Wahlkr. 9 (Reg.-Bez. Breslau). — Zentrum. —

Geboren am 12. Juli 1881 zu Klingerswalde, Kreis Heilsburg (Ostpreußen); katholisch. Besuchte die Dorfschulen in Klingerswalde

und Ober-Kapheim (Ostpreußen) und war das Jahr nach der Schulentlassung bei einem Landwirt als jugendlicher Arbeiter in Stellung. Mit 15 Jahren ging er in die Fremde und hat in verschiedenen Fabriken in Westfalen und Hannover gearbeitet. Im Jahre 1906 wurde er Mitglied des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands und war von 1907—1913 ehrenamtlich Vorsitzender der Ortsgruppe Hannover dieses Verbandes, von welchem er 1913 als Agitationsbeamter angestellt wurde. Als solcher war er zuerst in Hannover und dann in Nürnberg tätig. Seit dem 1. August 1914 ist er Bezirksleiter des genannten Verbandes für die Provinzen Schlesien und Posen.

(Bild Seite 327. Platz Nr. 246.)

Günther, Oscar Heinrich; Kaufmann und Staatsminister a. D. in Plauen i. V. Wahlkr. 30 (Sachsen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 20. März 1861 zu Grimma; evangelisch-lutherisch. Schulbesuch in Grimma, kaufmännische Lehre 1875—1878 in Treuen i. V. Gedient 1881—1883 beim 2. Ulanen-Reg. Nr. 18 in Rochlitz. 1885: 42tägige Übung beim Train-Bat. Nr. 12 in Dresden. Zum Unteroffizier befördert. Seit 1. Januar 1886 als Kaufmann selbständig in Plauen, Mehlgroßhandel. Dieser Betrieb durch Bundesratsverordnung vom 25. Januar 1915 ohne Entschädigung stillgelegt. Reichstagsabgeordneter 1907—1911, sächsischer Landtagsabgeordneter seit 1903, Stadtverordneter 1896—1898 und ununterbrochen seit 1. Januar 1902. Vorsitzender des Landesverbandes der Deutschen demokratischen Partei im Bundesstaate Sachsen, vorher viele Jahre Vorsitzender des Landesverbandes der Fortschrittlichen Volkspartei und vordem des Landesvereins der Freisinnigen Volkspartei. Mitglied des Hauptvorstandes der Deutschen demokratischen Partei. Dem Mehrheitswillen der sächsischen Volksvertretung entsprechend, wurde er Ende Oktober 1918 vom damaligen König Friedrich August zum Staatsminister ernannt. Am 13. November 1918 Abschied genommen.

(Bild Seite 311. Platz Nr. 192.)

Haack, Magnus; Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes für Sachsen in Dresden. Wahlkr. 28 (Sachsen 1). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 20. Oktober 1869 zu Glauchau i. Sa.; Dissident. Besuchte die Volksschule zu Dresden, erlernte das Gelbgießerhandwerk, arbeitete später als Metalldreher, seit 1888 der gewerkschaftlichen Bewegung und Sozialdemokratischen Partei angehörend, in der gewerkschaftlichen Bewegung seit 1891 in führender Stellung tätig, seit 1. August 1903 als Bezirksleiter des Deutschen Metallarbeiterverbandes für Sachsen angestellt. Mitglied des Gewerkschaftsausschusses für Sachsen, Mitglied und Vizepräsident des Arbeiter- und Soldatenrats für Groß-Dresden, am 22. November 1918 als Volkskommissar in das sächsische Arbeits- und Wirtschaftsministerium zum Zwecke der Bearbeitung der wirtschaftlichen Demobilisation eingetreten.

(Bild Seite 301, Platz Nr. 240.)

Haas (Baden), Ludwig, Dr. jur.; Rechtsanwalt, Minister des Innern in Karlsruhe. Wahlkr. 33 (Baden). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 16. April 1875 zu Freiburg i. Br.; jüdisch. Besuchte die Volksschule in Freiburg und Landau (Pfalz), die Gymnasien in Landau und Bruchsal, studierte 1894—1898 Rechtswissenschaft in Heidelberg, Freiburg und München, 1898—1901 badischer Rechtspraktikant, seit 1901 Rechtsanwalt in Karlsruhe. Im Kriege von August 1914 bis September 1915 Zugführer und Kompagnieführer im Res. Inf.-Reg. Nr. 238, September 1915 bis November 1918 beim Verwaltungschef beim Generalgouvernement Warschau. Seit 1910 Stadtrat in Karlsruhe, 1912—1918 Mitglied des Reichstags, Mitglied der verfassunggebenden badischen Nationalversammlung, seit 10. November 1918 Minister des Innern in der badischen vorläufigen Volksregierung.

(Bild Seite 341, Platz Nr. 52.)

Haase (Berlin), Hugo; Rechtsanwalt in Berlin. Wahlkr. 3 (Berlin). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 29. September 1863 zu Allenstein; jüdisch. Besuchte das Gymnasium in Rastenburg (Ostpreußen) und Universität in Königsberg i. Pr., Rechtsanwalt seit 1890 in Königsberg, und von 1912 ab in Berlin. 15 Jahre Stadtverordneter in Königsberg i. Pr., Mitglied des Deutschen Reichstags 1897, 1898—1906 und von 1912—1918. Mitglied des Rats der Volksbeauftragten bis 28. Dezember 1918.

(Bild Seite 362, Platz Nr. 160.)

Hagemann, Josef; Arbeitersekretär in Osnabrück. Wahlkr. 15 (Reg.-Bez. Aurich, Osnabrück). — Zentrum. —

Geboren am 26. September 1875 zu Hörstel in Westfalen; katholisch. Besuchte die Volksschule in Hörstel, erlernte von 1889 bis 1892 das Schlosserhandwerk und bereiste mehrere deutsche Städte als Geselle, insbesondere Düsseldorf, Bonn, Köln, Boppard und Mainz, von 1900—1908 als Eisenbahnschlosser beschäftigt, diente von 1897—1899 beim Inf.-Reg. 160. Seit 1908 Arbeitersekretär in Osnabrück, nebenamtlich Parteisekretär. Seit 1910 Bürgervorsteher in Osnabrück.

(Bild Seite 327, Platz Nr. 247.)

Hampe, August; Oberlandesgerichtsrat in Braunschweig. Wahlkr. 16. (Reg.-Bez. Hannover, Hildesheim, Lüneburg, sowie Braunschweig) — Hospitant der deutschnationalen Volkspartei. —

Geboren am 20. April 1866 zu Holzminden; lutherisch. Besuchte die Gymnasien zu Holzminden und Sangerhausen, sowie die Universitäten Göttingen und Berlin, 1889 Referendar, 1893 Gerichtsassessor, 1898 Amtsrichter in Walkenried, 1901 Landrichter in Braunschweig, 1906 Oberlandesgerichtsrat, 1908 Mitglied der juristischen Prüfungskommission, Mitglied des Kompetenzgerichtshofs, 1917 stellvertretender Vorsitzender des braunschweigischen Verwaltungsgerichtshofs. Herausgeber der „Braunschw. Zeitschrift für Rechtspflege", Verfasser des „Braunschw. partikul. Privatrechts", 1. Aufl. 1896, 2. Aufl. 1901; ferner zahlreicher Aufsätze in der „Deutschen Juristenzeitung" und in anderen fachwissenschaftlichen Blättern.

(Bild Seite 352, Platz Nr. 226.)

Hansmann, Heinrich; Bergmann in Eichlinghofen. Wahlkr. 18 (Reg.-Bez. Arnsberg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 8. Februar 1861 zu Eichlinghofen; Dissident. Besuchte die Volksschule in Eichlinghofen. Von 1875—1905 als Bergmann tätig gewesen, von 1905 im Deutschen Bergarbeiterverband beschäftigt. Seit 1890 Gemeindevertreter in der Gemeinde Eichlinghofen, von 1912 Amtsvertreter im Amte Barop, führt jetzt als stellvertretender Gemeindevorsteher die Gemeindegeschäfte.

(Bild Seite 301, Platz Nr. 239.)

Hartmann (Berlin), Gustav; Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) in Berlin. Wahlkr. 5 (Berlin). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 24. Februar 1861 zu Görlitz; evangelisch. Von 1867—1875 Besuch der Knabenmittelschule in Görlitz, von 1875—1879 Lehrzeit als Schlosser im handwerksmäßigen Betrieb, 1882 zum Maschinenbaufach übergegangen, seit 1889 als Gewerkvereinsbeamter in Berlin angestellt, zurzeit Referent für Sozialpolitik im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Abt. III. Seit April 1918 Stadtverordneter in Berlin.

(Bild Seite 342, Platz Nr. 241.

Hartmann (Oppeln), Rudolf, Dr. med.; Arzt, Oberarzt der Oberschlesischen Knappschaft, Geheimer Sanitätsrat, leitender Arzt des Knappschaftslazaretts Königshütte in Neu Heiduk bei Königshütte. Wahlkr. 10 (Reg.-Bez. Oppeln). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 20. März 1856 zu Brüssow, Kreis Prenzlau; evangelisch. Besuchte Stadtschulen in Brüssow und Greifenhagen (Pommern), Gymnasium in Prenzlau und Stettin, studierte in Göttingen und Berlin zuerst Mathematik und Naturwissenschaften, dann Medizin. Approbiert 1883, Badearzt in Berg Dievenow, Assistenzarzt in Königshütte, Knappschaftsarzt in Malapane bei Oppeln, Lazarettchefarzt in Zabrze (Hindenburg), Oberschles., und seit 1900 in Königshütte Knappschaftsoberarzt. In Zabrze Mitglied des Kreisausschusses, der Synode, jetzt Mitglied des Kreistages Beuthen Land, Gemeindeschöffe, 1912 nationalliberaler Zählkandidat zum Reichstag für Beuthen-Tarnowitz-Königshütte, 1913 nationalliberaler Zählkandidat zum Landtage für Beuthen-Tarnewitz-Königshütte. Mitglied des Ärztekammervorstandes und des ärztlichen Ehrengerichtes für Schlesien.

(Bild Seite 352, Platz Nr. 156

Hasenzahl, Ludwig; Elfenbeinschnitzer in Erbach im Odenwald. Wahlkr. 34 (Hessen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 13. Juni 1876 in Erbach; evangelisch. Besuchte die Volksschule, erlernte die Elfenbeinschnitzerei von 1890—1893, besuchte die Fachschule in Erbach vier Semester, war einige Jahre in der

Fremde zur Weiterbildung. Diente von 1897—1899 beim Kaiser-Wilhelm-Reg. Nr. 116 in Gießen und von Januar 1915 bis Februar 1916 in verschiedenen Landsturmbataillonen. Seit 1908 Mitglied des Stadtrats in Erbach; Mitglied des Reichstags von 1912—1918.

(Bild Seite 301, Platz Nr. 98.)

Hauke, Frieda; Hausfrau in Kattowitz. Wahlkr. 10 (Reg.-Bez. Oppeln). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 6. April 1890 zu Breslau; evangelisch. Besuchte Volksschule in Breslau bis zum 8. Lebensjahre, vom 8. bis 14. Jahre die Volksschule in Kattowitz, berufliche Vorbildung als Kontoristin in Privathandelsschule, später als Kontoristin tätig, Verkäuferin bis 19. Lebensjahr, dann verheiratet. Tätig in der Fürsorge-Vermittlungsstelle bei der Stadt Kattowitz und beim Demobilmachungsausschuß bei der Stadt Kattowitz.

(Bild Seite 302, Platz Nr. 238.

Haußmann, Conrad; Rechtsanwalt, Staatssekretär a. D. in Stuttgart. Wahlkr. 31/32 (Württemberg). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 8. Februar 1857 in Stuttgart. Besuchte die Schulen und Hochschulen zu Stuttgart, Zürich, München, Berlin und Tübingen. Rechtsanwalt in Stuttgart seit 1883. Mitglied des württembergischen Landtags für Balingen seit 1889, Mitglied des Reichstags 1890—1918. Staatssekretär im Kriegsrat der Oktoberregierung 1918, seit 12. Januar 1919 Vorsitzender der württembergischen Fraktion der deutschen demokratischen Partei in der verfassunggebenden Landesversammlung. Vizepräsident der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung.

(Bild Seite 342, Platz Nr. 53.)

Hebel, Benedikt; Domkapitular in Augsburg. Wahlkr. 24 (Reg.-Bez. Oberbayern und Schwaben). — Zentrum. —

Geboren am 31. März 1863 zu Westerheim; katholisch. Besuchte die Volksschule zu Westerheim, das humanistische Gymnasium und Lyzeum in Dillingen a. D., die Universität München; war dann Kaplan in Pfronten und Mittelberg i. Allgäu, Benefiziat in Illertissen, Pfarrer in Dietershofen und Wiedergeltingen, seit November 1918 Domkapitular in Augsburg. War Mitglied der bayer. Abgeord-

netenkammer von 1899—1906, des deutschen Reichstags von 1903 bis 1918. Schriftführer des christlichen Bauernvereins für Schwaben und Neuburg seit dem Jahre 1898—1918.

(Bild Seite 327, Platz Nr. 109.)

Heile, Wilhelm; Schriftleiter der „Hilfe" in Zehlendorf bei Berlin. Wahlkr. 16 (Reg.-Bez. Hannover, Hildesheim und Lüneburg). — Deutsche demokratische Partei.

Geboren am 18. Dezember 1881 zu Diepholz, Hannover. Besuchte Realschule in Diepholz, Gymnasium in Bremen und Emden, praktische Arbeit auf Regierungswerft in Emden, 1900 Maturum als Extranaer. Studium an der Technischen Hochschule in Hannover, Führer der Studentenschaft im Kampfe um die akademische Freiheit 1904—1905, seitdem politischer Schriftsteller, 1906—1908 Herausgeber der Zeitschrift „Die deutsche Hochschule", seit dem Eingehen Mitarbeiter Naumanns, seit 1912 verantwortlicher Leiter der „Hilfe" und seit ihrer Begründung (1918) der „Staatsbürgerschule". Machte als Kriegsfreiwilliger seit dem ersten Mobilmachungstage den Krieg im Ref.-Inf.-Reg. Nr. 92 mit, befördert wegen Tapferkeit vor dem Feinde, wegen schwerer Verwundung aus dem Heeresdienste ausgeschieden, jetzt Leutnant d. Landw. a. D. Kandidierte wiederholt zum Reichstag, 1909—1912 Generalsekretär der Freisinnigen Vereinigung, später Fortschrittliche Volkspartei für Niedersachsen 1917—1918 Stadtverordneter in Berlin-Schöneberg.

(Bild Seite 342, Platz Nr. 212.)

Heim, Georg, Dr. oec. publ.; Reallehrer a. D. in Ansbach, Erster Direktor der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft in Regensburg. Geh. Landesökonomierat, Wahlkr. 25 (Reg.-Bez. Niederbayern und Oberpfalz). — Zentrum.

Geboren am 24. April 1865 zu Aschaffenburg; katholisch. Besuchte die hum. Gymnasien Würzburg und Aschaffenburg, die Universitäten Würzburg und München. Lehramtsassistent bis 1896, dann Reallehrer in Ansbach, promovierte bei der staatswirtschaftlichen Fakultät in München. Früher Mitglied des Reichstags (1897), des Bayerischen Landtags (1897). Leiter und Gründer der Fichtelgebirgs-Verkaufsgenossenschaft und der Landwirtschaftlichen Zentral Ge-

nossenschaft bayerischer Bauernvereine. Literar. Tätigkeit aus letzter Zeit: „Um der Gerechtigkeit willen", „Ein Hilferuf der deutschen Landwirtschaft", „Die Kämpfer ums tägliche Brot".

(Bild Seite 327, Platz Nr. 81.)

Heimann, Hugo; Rentier; Stadtverordnetenvorsteher-Stellvertreter in Berlin. Wahlkr. 3 (Berlin). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 15. April 1859 zu Konitz, Westpreußen; jüdisch. Besuchte das Gymnasium zum Grauen Kloster in Berlin. Früher Verlagsbuchhändler, Inhaber von J. Guttentag, Verlagsbuchhandlung in Berlin. 1908—1910 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, 1900 bis jetzt Stadtverordneter von Berlin, 1912 bis jetzt Mitglied des Verbandsausschusses Groß-Berlin, 1912 bis jetzt Mitglied der Verbandsversammlung Groß-Berlin. Seit der Revolution Volksbeauftragter für die Stadt Berlin.

(Bild Seite 302, Platz Nr. 50.)

Heine (Dessau), Wolfgang; Rechtsanwalt in Berlin. Wahlkr. 12 (Reg.-Bez. Magdeburg und Anhalt). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 3. Mai 1861 zu Posen; evangelisch. Besuchte Privatschulen in Weimar und Hirschberg in Schl., Gymnasium Magdalenäum Breslau, 1879 Universität Breslau, Tübingen, Berlin, studierte zunächst Naturwissenschaften, dann die Rechte, 1884 Referendar, 1889 Assessor, seitdem Rechtsanwalt in Berlin. Seit 1898 Mitglied des Deutschen Reichstags für Berlin III, seit 1912 für Anhalt I, seit 13. November 1918 Vorsitzender des Staatsrats für Anhalt, seit 27. November 1918 außerdem preußischer Justizminister. Teilnehmer der Studienkonferenz für einen Völkerbund in Bern, November 1917. Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte", des „Berliner Tageblatts" und andrer Tageszeitungen.

(Bild Seite 302, Platz Nr. 167.)

Heinze, Karl Rudolf, Dr. jur.; Sächsischer Staatsminister der Justiz a. D., Weißer Hirsch bei Dresden. Wahlkr. 28 (Sachsen 1). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 22. Juli 1865 zu Oldenburg i. Großherzogtum; evangelisch-lutherisch. 1883 Abiturientenexamen an der Nicolaischule zu **Leipzig**, 1883—1886 Studium der **Rechte** in Tübingen, Heidelberg, Jena, Leipzig, 1887—1888 Einjährig-Freiwilliger im 107. Inf.-Reg. in Leipzig, 1893 Assessor, 1896 Amtsrichter, 1901 Landrichter, 1906 Landgerichtsdirektor in Dresden, 1912 Hilfsarbeiter an der Reichsanwaltschaft, 1914 Reichsgerichtsrat, 1916 Unterstaatssekretär im Kaiserl. osmanischen Justizministerium in Konstantinopel, 1. Juli 1918 Kgl. sächsischer Justizminister, im November 1918 verabschiedet. Hauptmann d. L. a. D., 1899—1906 Stadtverordneter und Stadtrat in Dresden, 1907—1911 Mitglied des Reichstags (nationalliberal), 1915—1916 Mitglied des sächsischen Landtags.

(Bild Seite 357, Platz Nr. 176.)

Hellmann, C. August; Volksschullehrer in Hamburg. Wahlkr. 37 (Hamburg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 5. Juni 1870 zu Hamburg; evangelisch. Besuchte Kirchen- und Realschule, Lehrerseminar, akademisches Vorlesungswesen (speziell Seminar für neuere Geschichte) in Hamburg. Volksschuldienst in Hamburg seit 1. April 1891. Tätige Teilnahme am Lehrervereinswesen, im besonderen an der Propaganda für Einheitsschule und Schulreform überhaupt. 1896—1897 Herausgeber der „Jugendschriftenwarte". Mitarbeit an der Arbeiterpresse in Schul- und Jugendfragen. Organisations- und Lehrtätigkeit im Arbeiterbildungswesen und in der Arbeiterjugendbewegung.

(Bild Seite 302, Platz Nr. 237.)

Henke, Alfred; Redakteur in Bremen. Wahlkr. 37 (Hamburg, Bremen und Reg.-Bez. Stade). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 1. März 1868 zu Altona a. E.; konfessionslos. Besuchte Volksschule, selbst weiter gebildet, erst Zigarrenarbeiter, seit 1900 Redakteur. Seit 1906 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft, 1912—1918 Reichstagsabgeordneter.

(Bild Seite 362, Platz Nr. 203.)

Henrich, Konrad; Ministerialdirektor in Darmstadt. Wahlkr. 34 (Hessen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 19. Mai 1864 zu Lang-Gons, Kreis Gießen; evangelisch. Besuchte das Realgymnasium in Gießen, bestand 1884 die Staatsprüfung für das mittlere Justizfach, 1887 die Staatsprüfung für das mittlere Finanzfach, 1891 Anstellung als Kalkulator im hessischen Finanzministerium, später in der Staatsschuldenverwaltung (als Rechnungsrat), 1917 Austritt aus dem Staatsdienst wegen Berufung als besoldeter Beigeordneter der Stadt Darmstadt, 1918 Übernahme der Leitung des hessischen Finanzministeriums. Von 1908—1917 Stadtverordneter in Darmstadt, von 1911—1918 Mitglied der Zweiten Hessischen Kammer, 1917 Mitglied des Provinzialausschusses der Provinz Starkenburg, 1917 Beigeordneter der Stadt Darmstadt, 1918 Aufsichtsratsmitglied der Hessischen Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft. Im Buchhandel erschienene Schriften: „Die finanzielle Verwaltung der öffentlichen Vermögen", „Grundzug der Finanzpolitik".

(Bild Seite 342, Platz Nr. 243.)

Hense, Karl; Gewerkschaftssekretär in Hamburg. Wahlkr. 37 (Hamburg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 8. Januar 1871 zu Langenthal. Besuchte die Volksschule, später Fortbildungsschule in Hamburg, Beruf Maurer, seit 1905 Gewerkschaftssekretär in Hamburg. Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Hamburg, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, seit 1909 Vorsitzender des Gew.-Kartells von Hamburg-Altona und Umgegend.

(Bild Seite 302, Platz Nr. 236.)

Hermann (Württemberg), Karl; Syndikus der Handwerkskammer Reutlingen und Genossenschaftsanwalt in Reutlingen. Wahlkr. 31/32 (Hohenzollern und Württemberg). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 8. Oktober 1886 zu Ludwigsburg i. W.; Protestant. Besuchte Realanstalt Ludwigsburg. 1909 Württembergische Notariatsdienstprüfung (Notariatspraktikant) Befähigung zum Amt eines Notars, 1910 stellvertretender kgl. öffentlicher Notar, 1911 Wahl zum Syndikus der Handwerkskammer Reutlingen, Anwalt verschiedener Genossenschaften und Verbände von Genossenschaften. Vorsitzender des Mittelstandskartells in Reutlingen, Vorsitzender des Bezirksaus-

schusses für Kriegshilfe Reutlingen, Mitglied des Hauptausschusses der Deutschen demokratischen Partei Württembergs, 1912 Fortschrittlicher Landtagskandidat für Rottenburg a. N.

(Bild Seite 342, Platz Nr. 244.)

Herold, Carl; Landesökonomierat in Haus Loevelinkloe bei Münster i. W. Wahlkr. 17 (Reg.-Bez. Münster-Minden und Lippe). — Zentrum. —

Geboren am 20. Juli 1848 zu Haus Loevelinkloe bei Münster i. W.; katholisch. Besuchte das Gymnasium in Münster i. W. und die Universität in Halle a. d. S. Mitglied des westfälischen Provinziallandtags, des Kreistags und Kreisausschusses des Kreises Münster, der Amts- und Gemeindevertretung, Direktor des Meiereiverbandes für Westfalen, Lippe und Waldeck, des landwirtschaftlichen Hauptvereins für den Regierungsbezirk Münster, des landwirtschaftlichen Vereins für den Kreis Münster, Vorstandsmitglied der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen, des Deutschen Vereins für ländliche Wohlfahrts- und Heimatspflege, des Volksvereins für das katholische Deutschland, Vorsitzender der westfälischen Zentrumspartei. Mitglied der preußischen Landesversammlung, des Reichstags seit 1898, des preußischen Landtages seit 1889.

(Bild Seite 328, Platz Nr. 36.)

Herrmann (Posen), Alfred, Dr. phil.; Akademieprofessor in Posen. Wahlkr. 8 (Provinz Posen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 26. Dezember 1879 zu Hohensalza; katholisch. Besuchte die Volksschule zu Breslau 1886—1890, das Mathiasgymnasium Breslau 1890—1899, die Universitäten Breslau, München, Bonn 1899—1903, studierte Geschichte, Germanistik, Philosophie und Volkswirtschaft, 1903 Dr. phil. in Breslau, 1903—1905 Privatsekretär in Bonn, 1906 Privatdozent der mittleren und neueren Geschichte in Bonn, 1913 Professor der Geschichte an der Akademie in Posen. Während des Krieges Leiter der Presseabteilung beim stellvertretenden Generalkommando V. A.-K. Posen. Seit Dezember 1918 erster Vorsitzender des deutschen Volksrats Posen. Verfasser u. a. von „Marengo“ 1903, „Aufstieg Napoleons“ 1912 und zahlreicher Aufsätze in Fachzeitschriften und Tageszeitungen.

(Bild Seite 342, Platz Nr. 267.)

Herschel, Hans, Dr. jur.; Rechtsanwalt am Oberlandesgericht in Breslau. Wahlkr. 10 (Reg.-Bez. Oppeln). — Zentrum. —

Geboren am 14. Mai 1875 zu Oppeln; katholisch. Besuchte das Gymnasium in Oppeln von 1885—1894, Universitäten Freiburg in Schweiz, Halle, Breslau von 1894—1897. Referendar in Oppeln und Breslau 1897—1902. Assessor in Hirschberg und Schweidnitz, seit 1903 Anwalt am Oberlandesgericht Breslau, wiederholter längerer Aufenthalt in Frankreich und England. Stadtverordneter in Breslau seit 1908, Stadtverordnetenvorsteher = Stellvertreter seit 1917, Provinziallandtagsabgeordneter seit 1918. Vorsitzender des kath. Volksausschusses von Breslau. Schrieb: „Rechtskraft der strafprozessualen Entscheidungen über Einziehung und Unbrauchbarmachung", 1897, „Sicherung der Bauforderungen", 1901, „Ehrenschutz ohne Duelle", 1906, „Geistige und soziale Strömungen im B.G.B.", 1907, Mitarbeiter an politischen Tageszeitungen.

(Bild Seite 328, Platz Nr. 248.)

Hesse, Fritz; Bürgermeister in Dessau. Wahlkr. 12 (Reg.-Bez. Magdeburg und Anhalt). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 13. Februar 1881 zu Dessau; evangelisch. Besuchte das Gymnasium in Dessau, studierte von 1899—1902 auf den Universitäten Jena, Berlin und Halle a. S. Rechtswissenschaft, 1902 Referendar, 1907 Rechtsanwalt in Dessau, wurde 1914 nach Ausbruch des Krieges für die Kriegszeit in Dessau zum Stadtrat gewählt, seit Februar 1918 Bürgermeister in Dessau. Von 1911 bis August 1914 Stadtverordneter in Dessau, seit März 1918 Mitglied des Kreistags und des Kreisausschusses des Kreises Dessau, seit November 1918 Mitglied des Staatsrats für Anhalt, seit Dezember 1918 Mitglied der konstituierenden Landesversammlung für Anhalt.

(Bild Seite 343, Platz Nr. 268.)

Hierl (Franken), Michael; Magistratsrat, Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Schwabach. Wahlkr. 26 (Reg.-Bez. Ober-, Mittel- und Unterfranken). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 25. September 1868 zu Oberschleißheim; freireligiös. Besuchte Volksschule von 1874—1881, erlernte 1882—1885 Feingoldschlägerei. 1889—1892 Inf.-Reg. Nr. 13. Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Dresden und Schwabach seit

1904. Reichstagsabgeordneter 1912—1918. Mitglied des bayerischen Landtags von 1908—1918. Magistratsrat (bürgerlich) der Stadt Schwabach.

(Bild Seite 302, Platz Nr. 99.)

Hildenbrand, Karl; Württembergischer Gesandter in Berlin. Wahlkr. 31/32 (Württemberg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 30. Januar 1864 zu Knittlingen, Oberamt Maulbronn; evangelisch. Lernte als Schriftsetzer, wurde 1892—1912 Redakteur, dann selbständig als Zigarrenhändler, 1913 in die Leitung der neugegründeten gemeinnützigen Volksversicherungsgesellschaft „Volksfürsorge" eingetreten, übernahm nach der Revolution die Vertretung der württembergischen Regierung in Berlin. Mitglied des württembergischen Landtags von 1900—1913, Mitglied des Reichstags für Stuttgart Stadt und Amt seit 1903.

(Bild Seite 303, Platz Nr. 100.)

Hitze, Franz, Dr. theol. phil. et jur. h. c.; o. ö. Universitätsprofessor, Apost. Protonotar a. i. p. in Münster i. Westf. Wahlkr. 23 (Reg.-Bez. Düsseldorf 2). — Zentrum. —

Geboren am 16. März 1851 zu Hanemicke, Kreis Olpe; katholisch. Besuchte die Volksschule in Rhode, die Rektoratsschule in Olpe, das Gymnasium in Paderborn von 1868—1872, die Universität in Würzburg von 1872—1877, war 1878—1880 Kaplan am deutschen Campo Santo in Rom, wurde 1880 Generalsekretär des Verbandes katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde „Arbeiterwohl" in M.-Gladbach, erhielt 1893 den Ruf als Professor für christliche Gesellschaftswissenschaft nach Münster. Von 1882—1912 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, seit 1884 Mitglied des Deutschen Reichstags. Verfaßte: „Die soziale Frage und die Bestrebungen zu ihrer Lösung" (Paderborn 1877, ins Spanische übersetzt); „Kapital und Arbeit und die Reorganisation der Gesellschaft" und „Quintessenz der sozialen Frage" (ebenda 1880, beide ins Französische übersetzt); „Schutz dem Arbeiter" Cöln 1891; „Arbeiterfrage" M.-Gladbach 1891/1904, 18.—20. Tausend, (ins Polnische und Böhmische übersetzt); „Was jeder von der Invaliditätsversicherung wissen muß" (Berlin 1891, 350. Tausend); „Zur Würdigung der deutschen Arbeitersozialpolitik" M.-Gladbach 1912; „Geburtenrückgang und Sozialreform" (ebenda 1917, 3.—4. Tausend).

(Bild Seite 328, Platz Nr. 37.)

Hoch, Gustav; Schriftsteller und Arbeitersekretär in Hanau a. M. Wahlkr. 19 (Provinz Hessen-Nassau und Waldeck). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 10. Januar 1862 zu Neubrück; freireligiös. Besuchte Realschule Danzig bis 1. Juli 1880; bis 1. Januar 1883 Lehrling in einem Warengroßgeschäft zu Danzig, dann Gymnasium in Stolp, wo am 18. September 1885 Zeugnis der Reife erlangte; bis Frühjahr 1890 in Berlin, Königsberg, Zürich studiert, bis 1894 Schriftleiter der „Volksstimme" in Frankfurt a. M. und von 1891—1916 Schriftleiter der „Deutschen Dachdecker-Zeitung". Reichstagsabgeordneter 1898—1903 und 1907—1918, Stadtverordneter seit 1902.

(Bild Seite 303, Platz Nr. 4.)

Höfs, Else, geb. Voigt; Stettin. Wahlkr. 7 (Provinz Pommern). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 2. September 1876 zu Berlin; freireligiös. Einzige Tochter des unter dem Sozialistengesetz 1887 aus Stettin ausgewiesenen Zigarrenhändlers (späteren Restaurateurs) Georg Voigt. Besuchte die Bürgerschule zu Stettin und während des Belagerungszustandes die Schule in Greifenhagen a. O. von 1887—1889. Seit 1894 in Stettin verheiratet mit dem Malermeister und späteren sozialdemokratischen Stadtverordneten Paul Höfs. Ist Vertrauensperson der sozialdemokratischen Frauen Stettins und seit 1912 Mitglied des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei für Pommern. Während des Krieges als Krankenpflegerin ausgebildet und als solche anderthalb Jahr im Lazarett tätig gewesen. Mitglied des Jugend- und Waisenamts sowie des Wohlfahrtsamts zu Stettin. Auch dem Nationalen Frauendienst zugehörig.

(Bild Seite 303, Platz Nr. 234.)

Hörsing, Friedrich Otto; Bezirks-Parteisekretär, Vorsitzender des Bezirksvorstandes für den Bezirk Oppeln in Beuthen O.-Schl. Wahlkr. 10 (Reg.-Bez. Oppeln). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 18. Juli 1874 zu Gr. Schilliningken, Kreis Niederung (Ostpreußen). Besuchte vom 6. bis 14. Lebensjahre die Volksschule des Geburtsortes, wurde dann Metallarbeiter und hat in vielen Großbetrieben, wie Vulkan-Stettin, Krupp-Essen, Borsig-Berlin

Germania- und Staatswerft-Kiel gearbeitet. Besuchte in Kiel anderthalb Jahr ein Privattechnikum. Von 1905 Angestellter des Deutschen Metallarbeiterverbandes für Oberschlesien. Von 1906 für die Sozialdemokratische Partei für den Bezirk Oberschlesien tätig. 1914 bis Kriegsende Kriegsteilnehmer. Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Kl. Jetzt Vorsitzender des Zentral-A.- u. S.-Rates für Oberschlesien, Sitz Kattowitz.

(Bild Seite 303, Platz Nr. 235.)

Hoffmann (Pfalz), Johannes; Staatsminister. Wahlkr. 27 (Reg.-Bez. Pfalz). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 3. Juli 1867 in Ilbesheim bei Landau (Pfalz); protestantisch. Besuchte die Volksschule, 1877—1882 das Gymnasium zu Landau, sodann die Präparandenschule zu Edenkoben und die Lehrerbildungsanstalt zu Kaiserslautern. War 1887—1908 als Schulverweser und Volksschullehrer im pfälzischen Schuldienst. Besuchte 1903—1904 die Handelshochschule zu Frankfurt a. M. zum Studium der Volkswirtschaft und der Sozial- und Handelswissenschaften und war dann bis 1908 als Lehrer an den Handelsklassen der Fortbildungsschule zu Kaiserslautern tätig. Gehört seit 1908 dem bayerischen Landtage und seit 1910 dem Stadtrat von Kaiserslautern an, Mitglied des Reichstags von 1912—1918.

(Bild Seite 303, Platz Nr. 96.)

Hofmann (Ludwigshafen), Hermann; Oberlehrer in Ludwigshafen a. Rh. Wahlkr. 27 (Reg.-Bez. Pfalz). — Zentrum. —

Geboren am 9. September 1880 zu Ommersheim (Pfalz); katholisch. Besuchte die Volksschule zu Ommersheim 1886—1893, die Präparandenschule zu Blieskastel 1893—1896; das Lehrerseminar Speyer 1896—1898. War als Schulverweser in Klingenmünster tätig 1898—1900, als Aushilfslehrer an der Lehrerbildungsanstalt Speyer 1898, als Schulverweser in Pirmasens 1900 und in Ludwigshafen a. Rh. von 1900—1904, sodann als Lehrer dortselbst; wurde 1913 zum Oberlehrer an der Rheinschule zu Ludwigshafen a. Rh. gewählt und ernannt. Seit 1911 Stadtrat in Ludwigshafen a. Rh. und Mitglied des Distriktsrates, Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei (Kreis Pfalz), Vorsitzender des Gemeindevertreter-

verbandes der Bayerischen Volkspartei (Pfalz), langjähriger Vorsitzender des Windthorstbundes Ludwigshafen a. Rh. Seit 2. Februar 1919 Mitglied des bayerischen Landtages (Wahlkreis Pfalz). Schrieb Abhandlungen über Schulfragen und Kommunalpolitik.

(Bild Seite 328, Platz Nr. 270.)

Hofmann (Schwarzburg), Arthur; Buchdruckereibesitzer in Saalfeld a. S. Wahlkr. 36 (Thüringen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 19. April 1863 zu Leipzig-Stötteritz; Dissident. Als Buchdrucker gelernt 1877—1881, 1881 und 1882 große Fußwanderungen durch Deutschland, Schweiz, Österreich-Ungarn, Italien. Seit 1889 selbständig, 1890 „Volksblatt" gegründet in Rudolstadt, seit Herbst gleichen Jahres nach Saalfeld übergesiedelt. 1892 Stadtverordneter, 1896 Kreistagsdelegierter, seit 1900 Landtagsabgeordneter, 1903 und 1912 als Reichstagsabgeordneter gewählt, seit 1918 als Staatsrats-Mitglied des sachs.-meining. Ministeriums. Politische Broschüren: „Sprengt die Fesseln", „Domänenfrage in Sachsen-Meiningen", „Thüringer Kleinstaatenjammer", Theaterliteratur.

(Bild Seite 303, Platz Nr. 95.)

Holl, Peter; Kaufmann in Passau. Wahlkr. 25 (Reg.-Bez. Oberpfalz und Niederbayern). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 18. September 1860 zu Augsburg; katholisch. Besuchte die Volksschule. Lernte 1873 Eisendreher, arbeitete in mehreren Fabriken, eröffnete 1888 in Passau ein kleines Schnittwarengeschäft, das er in vergrößerter Form noch führt. Soldat beim 3. Inf.-Reg. 1881—1883.

(Bild Seite 304, Platz Nr. 257.)

Hue, Otto; Gewerkschaftsbeamter in Essen a. d. R. Wahlkr. 18 (Reg.-Bez. Arnsberg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 2. November 1868 zu Hörde i. W.; evangelisch. Besuchte die Volksschule 7½ Jahre lang in Hörde. Lernte nach Beendigung des Schulbesuches drei Jahre das Schlosserhandwerk, arbeitete dann bis 1894 auf mehreren großen Bergwerks- und Hüttengesellschaften (Hörder Bergwerksverein, Krupp), übernahm 1894 die Redaktion der „Berg- und Hüttenarbeiterzeitung" (Bochum). War zuerst

Mitglied eines evangelischen Jünglingsvereins, dann des Metallarbeiterverbandes, trat von diesem zum Verband der Berg- und Hüttenarbeiter über, redigierte dessen Verbandsorgan, machte Studienreisen in Österreich-Ungarn, Belgien und Frankreich. Schrieb: „Mehr Bergarbeiterschutz", 2. Aufl., und „Neutrale oder parteiische Gewerkschaften". Erlitt eine Reihe Geldstrafen und zwei Monate Gefängnisstrafe wegen Preßvergehen.

(Bild Seite 304, Platz Nr. 94.)

Hübler, Anna; Ehefrau in Schkeuditz. Wahlkr. 13 (Reg.-Bez. Merseburg). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 23. Dezember 1876 zu Leipzig; evangelisch. Besuchte die Bürgerschule; bis zur Verheiratung Kontoristin.

(Bild Seite 362, Platz Nr. 205.)

Hug, Joh. Peter Paul; Buchdruckereibesitzer in Rüstringen i. Oldenburg. Wahlkr. 15 (Reg.-Bez. Osnabrück, Aurich und Oldenburg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 24. Juni 1857 zu Heilbronn a. N.; konfessionslos. Besuchte die Volksschule in Steinbach bei Schwäbisch Hall und in Markgröningen bei Ludwigsburg und die Lateinschule in letztgenannter Stadt, trat 1871 bei einem Schlossermeister in Heilbronn in die Lehre, ging 1876 auf die Wanderschaft und durchwanderte Bayern, Sachsen, Braunschweig und Hannover, kam 1880 auf die Kaiserliche Werft zu Wilhelmshaven, wurde von dieser im Jahre 1887 wegen der politischen Tätigkeit im Interesse der sozialdemokratischen Partei entlassen, darauf Gastwirt in Baat, der bei Wilhelmshaven gelegenen oldenburgischen Landgemeinde, gründete 1888 eine Buchdruckerei, in welcher die politischen Zeitungen „Nordwacht" und „Norddeutsches Volksblatt" herausgegeben wurden, das letztere noch unter dem Haupttitel „Republik"; jetzt ist die Druckerei offene Handelsgesellschaft Paul Hug & Co. Mitglied des Oldenburgischen Landtags und zurzeit auch des Direktoriums des Freistaates Oldenburg, ferner Mitglied des Magistrats der Stadt Rüstringen, Ratsherr. War lange Jahre als Redakteur an den sozialdemokratischen Blättern „Nordwacht" und „Norddeutsches Volksblatt" tätig.

(Bild Seite 301, Platz Nr. 258.)

Hugenberg, Alfred, Dr. rer. pol.; Geheimer Finanzrat in Rohbraken. Wahlkr. 8 (Provinz Posen). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 19. Juni 1865 zu Hannover; evangelisch. Besuchte nach anfänglichem Privatunterricht das Lyzeum — jetzt Ratsgymnasium — zu Hannover bis Ostern 1883, dann zwecks juristischen Studiums die Universitäten Göttingen, Heidelberg und Berlin. Referendarexamen Sommer 1886 Berlin, als Referendar im Oberlandesgerichtsbezirk Celle, Herbst 1886 bis Ostern 1888 beurlaubt zwecks volkswirtschaftlicher Studien in Straßburg (Professor Knapp), Sommer 1888 Dr. rer. polit. der Universität Straßburg (Buch über die Besiedlung der nordwestdeutschen Moore), 1. Oktober 1888—1889 Einjähriger beim Feldartillerie-Reg. von Scharnhorst, 1. Hann. Nr. 10. 1891 Übertritt zur Verwaltung, Regierungsbezirk Hildesheim Regierungsassessor-Examen 1893, dann zunächst Vertretung des Landrats in Wesel, vom Sommer 1894—1899 als Regierungsassessor bei der Ansiedlungskommission in Posen (Präsident von Wittenburg), von Juni 1899 bis Februar 1900 beim Oberpräsidium in Kassel (Staatsminister Oberpräsident Graf Zedlitz-Trütschler), dann Verbandsdirektor der Raiffeisen-Genossenschaft und Direktor der neu errichteten Posenschen Landesgenossenschaftsbank e. G. m. b. H. und des Deutschen Lagerhauses Posen G. m. b. H., Posen bis Herbst 1903, dann Hilfsarbeiter, später vortragender Rat im preußischen Finanzministerium (Freiherr von Rheinbaben), Ende 1907 Austritt aus dem Staatsdienste. Zunächst Direktor der Berg- und Metallbank in Frankfurt a. M., seit 1. Oktober 1909 Vorsitzender des Direktoriums der Fried. Krupp A.-G. Essen bis 31. Dezember 1918. Vorsitzender bzw. Mitglied verschiedener Körperschaften.

(Bild Seite 352, Platz Nr. 227.)

Hugo, Otto, Dr. phil.; Generalsekretär der Deutschen Volkspartei in Berlin-Schöneberg. Wahlkr. 17 (Reg.-Bez. Münster, Minden und Lippe). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 22. April 1878 zu Bad Essen, Reg.-Bez. Osnabrück; evangelisch. Besuchte bis 1898 das Realgymnasium in Quakenbrück, arbeitete als Bergbaubeflissener im Oberbergamtsbezirk Dortmund, diente beim Pionierbataillon Nr. 10 in Minden, studierte in Marburg und promovierte im Jahre 1905 zum Dr. phil. an der Universität

Münster i. W., trat unmittelbar in die Dienste der nationalliberalen Partei, war Parteisekretär in Hagen i. W. und Dortmund, Generalsekretär für die Provinz Hannover, von 1912—1916 Chefredakteur des „Hannoverschen Kuriers" und übernahm dann die Geschäftsleitung der Nationalliberalen Partei und seit ihrer Gründung der Deutschen Volkspartei für das Deutsche Reich. Verfasser verschiedener politischer Schriften und Handbücher.

(Bild Seite 358, Platz Nr. 332.)

Imbusch, Heinrich; Redakteur in Essen. Wahlkr. 18 (Reg.-Bez. Arnsberg). — Zentrum. —

Geboren am 1. September 1878 zu Oberhausen (Rheinl.); katholisch. Besuchte von 1885—1892 die Volksschule zu Frintrop, dann bis 1893 die Fortbildungsschule zu Borbeck. War von 1892—1905 als Bergarbeiter auf verschiedenen Gruben des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers tätig. Seitdem Redakteur an der Wochenschrift des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands „Der Bergknappe", machte im Jahre 1906 eine Studienreise durch England und Schottland, gehört seit 1913 dem Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands an, ist Mitarbeiter des „Zentralblatts" der christlichen Gewerkschaften und der „Deutschen Arbeit". Verfaßte u. a. folgende Schriften: „Ist eine Verschmelzung der Bergarbeiter-Organisationen möglich?" 1906, „Arbeitsverhältnis und Arbeiter-Organisationen im Deutschen Bergbau", 1908, „Das Deutsche Knappschaftswesen", 1910, „Zur Lage der Arbeiter im staatlichen Bergbau an der Saar", 1910, „Die grundsätzliche Stellung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands", 1911, „Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet", im Frühjahr 1912, „Die Saarbergarbeiterbewegung" 1912—1913, „Die Tätigkeit und Erfolge des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands", 1913, „Jugendliche Arbeiter im Bergbau", 1916, „Arbeiterinnen im Bergbau", 1917.

(Bild Seite 328, Platz Nr. 271.)

Irl (Oberbayern), Martin; Malermeister in Erding. Wahlkr. 24 (Reg.-Bez. Oberbayern und Schwaben). — Zentrum. —

Geboren am 8. November 1859 zu Altenerding; katholisch. Besuchte von 1865—1872 die Volksschule in Altenerding, von 1872—1875 die Fortbildungsschule in Erding, von 1878—1880 in den Wintersemestern die Kunstgewerbeschule in Rottenburg a. Neckar. Dreijährige Lehrzeit als Maler und Vergolder, seit 1885 in Erding als Meister selbständig. Von 1901—1907 Mitglied des bayerischen Landtags, von 1907—1918 Mitglied des Reichstags, seit 1902 Magistratsrat und Mitglied des Distriktsrats in Erding, seit 1900 Mitglied der Handwerkskammer für Oberbayern, seit 1904 Vorstandsmitglied der Bayerischen Landesgewerbebank, Vorsitzender des Bayerischen Malermeisterverbandes, Vorsitzender des Gewerbevereins Erding. Verfasser einer Broschüre: „Was hat der Handwerker von einer Genossenschaft?" 8. Auflage, „Führer durch die Reichsversicherungsordnung" 2. Aufl.

(Bild Seite 328, Platz Nr. 105.)

Jäcker, Heinrich; Stadtverordneter in Düsseldorf. Wahlkr. 23 (Reg.-Bez. 2. Düsseldorf). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 23. September 1869 zu Soest; Dissident. Besuchte 1875—1883 die Volksschule in Soest, lernte dort 1883—1886 als Klempner, arbeitete 1886—1896 in verschiedenen Orten Deutschlands als Klempner, 1891—1893 Militärdienstpflicht beim Inf.-Reg. Nr. 87, seit 1896 in Düsseldorf ansässig, seit 1898 erster Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Düsseldorf, seit 1904 als solcher angestellt. Seit 1907 zweiter Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Düsseldorf, seit 1918 Stadtverordneter.

(Bild Seite 304, Platz Nr. 259.)

Jandrey, Willy; Bauernhofbesitzer in Klein Raddow. Wahlkr. 7 (Pommern.) — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 5. März 1877 zu Klein Raddow; evangelisch. Besuchte die Dorfschule zu Klein Raddow, das Gymnasium zu Greifenberg in Pommern und die Landwirtschaftliche Schule zu Schivelbein. Erlernte die Landwirtschaft und war zur Ausbildung zwei Winterhalbjahre beim Magistrat in Regenwalde tätig. Übernahm 1905 nach dem Tode des Vaters den väterlichen Hof. War von 1905—1918 Gemeindevorsteher in Klein Raddow. Seit 1917 Kreisausschußmitglied und seit 1915 Kreistagsabgeordneter des Regenwalder Kreises. Seit Juli 1915

Kommissar der Neuen Pommerschen Landschaft für den Kleingrundbesitz. Seit November 1918 Vorsitzender des engeren Ausschusses der Bauernräte des Kreises Regenwalde. Trat am 1. Oktober 1897 als Einjährig-Freiwilliger bei dem 1. Pommerschen Feld-Art.-Reg. Nr. 2 ein und nahm an dem Feldzug vom 3. August 1914 bis November 1918 teil. Leutnant d. Res.

(Bild Seite 352, Platz Nr. 305.)

Janschek, Alfred; Arbeitersekretär in Essen. Wahlkr. 17 (Reg.-Bez. Münster, Minden und Lippe). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 15. Januar 1874 zu Hohenlohhütte, Kreis Kattowitz; Dissident. Besuchte die Volksschule 1880—1888, Bergmann bis 1904, die ersten drei Jahre in Russisch-Polen gearbeitet, dann im Ruhrrevier, seit 1. März 1904 Gewerkschaftsbeamter des Deutschen Bergarbeiterverbandes, dessen Mitglied seit 1897. Ein Jahr verantwortlicher Redakteur der „Bergarbeiter Zeitung", seit Oktober 1905 Arbeitersekretär. In Essen seit Oktober 1911. Mitglied der Sozialen Kommission der Stadt Essen.

(Bild Seite 304, Platz Nr. 260.)

Jantzen, Viktor; Gauleiter in Düsseldorf. Wahlkr. 22 (Reg.-Bez. 1 Düsseldorf). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 17. Oktober 1875 zu Hamburg; Dissident. Besuchte die Volksschule zu Hamburg, erlernte von 1891—1894 das Zimmerhandwerk, war seit Beendigung der Lehrzeit bis zum Jahre 1903 in den verschiedensten Großstädten Deutschlands wie des Auslandes als Zimmergeselle beschäftigt. Seit 1903 angestellt im Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands als Gauleiter für den Gaubezirk Rheinland, Westfalen und Lippe-Detmold. Mitglied der Landeskommission der freien Gewerkschaften für Rheinland-Westfalen, außerdem Vorsitzender der freien Gewerkschaften für Düsseldorf und Umgegend.

(Bild Seite 304, Platz Nr. 261.)

Jasper, Heinrich, Dr. jur.; Rechtsanwalt in Braunschweig. Wahlkr. 16 (Reg.-Bez. Hannover, Hildesheim, Lüneburg sowie Braunschweig). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 21. August 1875 zu Dingelbe, Kreis Marienburg; Dissident. Besuchte Vorschule und Gymnasium zu Hildesheim 1881 bis 1890, Gymnasium zu Braunschweig 1890—1894, Hochschulen zu München, Leipzig, Berlin 1894—1897, juristischer Vorbereitungsdienst in Braunschweig 1898—1901, seit 1901 Rechtsanwalt in Braunschweig. Seit 1903 Stadtverordneter in Braunschweig, 1918: Landtagsabgeordneter in Braunschweig.

(Bild Seite 305, Platz Nr. 253.)

Jand, Josef; Schmiedemeister in Holzkirchen, Oberbayern. Wahlkr. 24 (Reg.-Bez. Oberbayern und Schwaben). — Zentrum. —

Geboren am 19. August 1878 zu Dietramszell (Obb.); katholisch. Besuchte die Volksschule, erlernte das Schmiedehandwerk, diente im 1. bayr. Feld-Art.-Rgt. Nach der Militärzeit Schmiedemeister in Holzkirchen, dort Gemeindebevollmächtigter und Distriktsrat, Mitglied der Handwerkskammer von Oberbayern, Vorstandsmitglied des bayerischen Schmiedebundes, Gründer und Vorstand des Oberbayerischen Schmiedebundes, Gründer der Einkaufsgenossenschaft bayerischer Schmiedemeister, Vorsitzender des Aufsichtsrates des Darlehenskassenvereins und des Lieferungsverbandes der Schmiede von den Bezirken Miesbach und Tölz, Vorsitzender des Gewerbeausschusses. Von August 1914 bis 1918 im Kriegsdienst. Inh. E. K. II.

(Bild Seite 329, Platz Nr. 272.)

Joos, Josef; Schriftleiter in M.-Gladbach-Neuwerk. Wahlkr. 23 (Reg.-Bez. Düsseldorf 2). — Zentrum. —

Geboren am 13. November 1878 zu Winzenheim, Kreis Colmar i. Els.; katholisch. Besuchte die Volksschule in Mühlhausen i. Els., erlernte die Modelltischlerei, trat 1901 in die Redaktion der „Ober-Elsässischen Landeszeitung" ein, redigiert seit 1903 die „Westdeutsche Arbeiterzeitung" (Organ des Verbandes katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands). Mitarbeiter mehrerer politischer und sozialwissenschaftlicher Zeitschriften. Verfaßte: „Krisis in der Sozialdemokratie" 1912, „Die sozialdemokratische Frauenbewegung" 1912, „Die katholischen Arbeitervereine" 1913, „Die Gewerkschaften im Lichte der Volkswirtschaftslehre" 1913, „Industrie und Arbeiterseele" 1915,

„Nationale Entwicklung und soziale Bewegung" 1914, „Christlich-nationale Arbeiterbewegung und Lebensfragen von Volk und Reich" 1917, „Industrielle Arbeiterfrage und Bevölkerungsfrage" (Sonderdruck aus dem Sammelwerk „Des deutschen Volkes Wille zum Leben" von Prof. Martin Faßbender) 1917.

(Bild Seite 329. Platz Nr. 273.)

Juchacz, geb. Gohlke, Marie; Parteisekretärin in Berlin. Wahlkreis 4 (Reg.-Bez. 1. Potsdam). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 15. März 1879 zu Landsberg a. d. W.; evangelisch. Besuchte Volksschule acht Jahre zu Landsberg a. d. W., zwei Jahre Dienstmädchen, halbes Jahr Fabrikarbeiterin, 2½ Jahre Krankenwärterin, erlernte Schneiderei, arbeitete im erlernten Beruf 1900 bis 1913, 1. März 1913 bis 15. Mai 1917 Parteisekretärin in Cöln, dann bis heute Sekretärin im Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, 1907 Vorsitzende des Frauen- und Mädchenbildungsvereins zu Schöneberg, 1908 zum Vorstand des sozialdemokratischen Wahlvereins Neukölln, 1910 Zentralvorstand des sozialdemokratischen Vereins für den Wahlkreis Teltow-Beeskow, 1913 Vorstand der Bezirkskommission für die obere Rheinprovinz, 1917 Wahl in den sozialdemokratischen Parteivorstand, dadurch wieder Übersiedlung nach Berlin, während des Krieges bis zur Übersiedlung nach Berlin in der Stadt Cöln und für dieselbe in verschiedenen städtischen Körperschaften und privaten Wohlfahrtsorganisationen öffentlich-sozial tätig. Journalistisch betätigt an sozialdemokratischen Tageszeitungen, verantwortlich für die Schriftleitung der „Gleichheit".

(Bild Seite 305. Platz Nr. 3.)

Jungnickel, Max; Parteisekretär in Annaberg i. E. Wahlkr. 30 (Sachsen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 24. März 1868 zu Chemnitz; Dissident. Besuchte die Volksschule in Chemnitz, lernte als Schlosser, arbeitete als Schlosser und Monteur. Ab 1902 als Geschäftsführer im Deutschen Metallarbeiterverband in Chemnitz bis 1906, ab 1906 Parteisekretär in Annaberg i. E. Seit 1919 Stadtverordneter in Annaberg i. E.

(Bild Seite 305. Platz Nr. 262.)

Kaas (Trier), Ludwig, Dr. phil., theol., jur.; Professor in Trier. Wahlkr. 21 (Reg.-Bez. Coblenz-Trier und Birkenfeld). — Zentrum. —

Geboren am 23. Mai 1881 zu Trier; katholisch. Besuchte die Volksschule und das Gymnasium in Trier, die philosophisch-theologische Lehranstalt in Trier, die Universitäten Rom und Bonn. 1909 bis 1910 Tätigkeit in der Seelsorge, 1910—1918 auf dem Gebiet der Erziehung und im Schuldienst; Rektor des Waisenhauses Kemperhof in Coblenz, später Leiter des mit einer Realschule verbundenen dortigen Knabenpensionats. Seit 1918 Professor des Kirchenrechts in Trier. Verfasser von Werken kirchenrechtlichen und staatskirchenrechtlichen Inhalts. Mitarbeiter verschiedener Fachzeitschriften.

(Bild Seite 329, Platz Nr. 274.)

Kähler, Wilhelmine; freie Schriftstellerin in Berlin-Steglitz. Wahlkr. 1 (Provinz Ostpreußen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 3. April 1864 zu Kellinghusen (Holstein); religionslos. Besuchte die Volksschule zu Kellinghusen, war Schneiderin, dann Wirtschafterin, seit 1890 agitatorisch für die Arbeiterbewegung tätig, Begründerin und von 1891—1893 Zentralvorsitzende des Verbandes der Fabrik- und Handarbeiterinnen, von 1892—1898 Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Herausgeberin der Korrespondenz „Für unsere Frauen" und der „Sozialdemokratischen Artikel-Korrespondenz" (S. A. K.). Redakteurin des Zentralorgans des Verbandes der Hausangestellten.

(Bild Seite 305, Platz Nr. 284.)

Käppler, Hermann; 2. Vorsitzender des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter Deutschlands in Cöpenick-Uhlenhorst. Wahlkr. 36 (Thüringen usw.). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 26. Oktober 1863 zu Großenhain i. S.; konfessionslos. Besuchte die erste Bürgerschule in Großenhain. Lernte 1879—1882 das Müllerhandwerk. 1890: Redakteur der „Mühlenarbeiterzeitung". 1894: Vorsitzender des Verbandes der Mühlenarbeiter Deutschlands. 1910: 2. Vorsitzender des Verbandes der Brauerei- und Mühlenarbeiter Deutschlands. Von 1895—1910 Sachsen-Altenburgischer Landtagsabgeordneter, von 1912—1919 Mitglied des Reichstags, ab 1919 Stadtverordneter in Cöpenick. Verfasser dreier Broschüren über die Arbeitsverhältnisse der Mühlenarbeiter Deutschlands.

(Bild Seite 305, Platz Nr. 90.)

Kahl, Wilhelm, Dr. theol., jur. et med.; Professor der Rechte a. d. Universität Berlin in Berlin-Wilmersdorf. Wahlkr. 3 (Berlin). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 17. Juni 1849 zu Kleinheubach, Bayern; evangelisch. 1876 Privatdozent in München, 1879 Professor in Rostock, 1883 nach Erlangen berufen, 1888 nach Bonn, seit 1895 in Berlin. Mitglied des General-Synodalvorstandes der evangelischen Landeskirche Preußens. Kirchenrechtliche, staatsrechtliche und strafrechtliche Werke und Schriften. Mitherausgeber der Deutschen Juristen- und der Deutschen Strafrechtszeitung.

(Bild Seite 358, Platz Nr. 199.)

Kahmann, Gottfried Hermann; Parteisekretär in Potschappel. Wahlkr. 28 (Sachsen 1). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 29. November 1881 zu Schlanstedt, Kreis Oschersleben; freireligiös. Besuchte die Volksschule in Schlanstedt 1888—1896, lernte von 1896—1900 Mechaniker in Welbsleben bei Aschersleben und in Berlin, besuchte in Berlin freiwillig Fortbildungsschule und nahm Abendstunden in Volkswirtschaft und französischer Sprache; trat 1900 dem Arbeiter-Bildungsverein in Leipzig bei, reiste dann zum Zwecke der Weiterbildung in Deutschland, Österreich, Schweiz und Italien. Seit Beendigung der Lehrzeit Mitglied des Deutschen Metallarbeiterverbandes und Vertrauensmann, 1905 vom Deutschen Metallarbeiterverband als Agitationsbeamter und seit 1907 als Parteisekretär für den sozialdemokratischen Verein des 6. sächsischen Reichstagswahlkreises angestellt. 1912—1917 Gemeinderatsmitglied in Potschappel; seit 1917 Gemeindeältester in Potschappel, Vorstandsmitglied des Vereins „Heimatdank" Amtsh. Dresden-A.; im Kriege Mitglied einer großen Anzahl Ausschüsse zur Erledigung wirtschaftlicher Maßnahmen, Vorstandsmitglied der Baugenossenschaft Groß-Dresden, Mitglied des Vollzugsausschusses des Arbeiter- und Soldatenrats in Dresden, Delegierter des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands, Mitglied des Zentralrats der sozialdemokratischen Republik Deutschlands. War schriftstellerisch tätig für politische Tageszeitungen und Zeitschriften; behandelte politische Tagesfragen, Arbeiter- und Beamtenfragen, Kommunalpolitik und Unterhaltung.

(Bild Seite 305, Platz Nr. 263.)

Katzenstein, Simon; Schriftsteller (volkswirtschaftlicher Mitarbeiter der Zentral-Einkaufsgesellschaft) in Charlottenburg. Wahlkr. 7 (Provinz Pommern). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 1. Januar 1868 in Gießen; Dissident. Besuchte das Gymnasium in Gießen. Studierte 1885—1890 in Gießen und Leipzig (später in Zürich) Geschichte und Philosophie, Rechts- und Staatswissenschaft. $2^1/_2$ Jahre Referendar in Hessen, aus politischen Gründen entlassen. Seitdem politischer und sozialpolitischer Schriftsteller, Redakteur in Leipzig, Mainz, Berlin („Genossenschafts-Pionier"), Arbeitersekretär in Mannheim. Seit 1917 bei der Z.E.G. 1894—1895 sozialdemokratische Agrarkommission. Seit 1915 Stadtverordneter in Charlottenburg. Bis 1913 Vorstandsmitglied des Arbeiter-Abstinentenbundes. Seit 1893 kleinere Schriften über Politik und Arbeiterbewegung, Genossenschaftswesen und Alkoholfrage. Korrespondenz „Arbeiterrecht" und Auslands-Korrespondenz. Lehrer an der Berliner Arbeiterbildungsschule, Parteischule, Gewerkschaftsschule. 1896 in Sachsen 8 Monate Gefängnis.

(Bild Seite 306, Platz Nr. 264.)

Keil, Wilhelm; Redakteur in Ludwigsburg. Wahlkr. 31/32 (Württemberg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 24. Juli 1870 zu Halsa, Kreis Cassel. Besuchte Volksschule, erlernte Drechslerhandwerk, bis 1893 als Drechslergehilfe tätig, 1893—1896: Bureaugehilfe, seit 1896 Redakteur. 1900—1918: Mitglied des württembergischen Landtags, 1910—1918: Mitglied des Reichstags, seit 12. Januar 1919 Mitglied der verfassunggebenden Landesversammlung Württembergs, seit 23. Januar deren Präsident.

(Bild Seite 306, Platz Nr. 93.)

Kempkes, Adolf; Rechtsanwalt in Essen. Wahlkr. 22 (Reg.-Bez. Düsseldorf-Ost). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 30. August 1871 zu Essen; katholisch. Besuchte die Volksschule und das Kgl. Gymnasium zu Essen, studierte in den Jahren 1891—1894 auf den Universitäten Marburg, Freiburg, Berlin Rechtswissenschaft. 1894: Referendar in Steele, Essen und Hamm, 1899 Gerichtsassessor und seit diesem Jahre Rechtsanwalt in Essen. Seit 1906 Stadtverordneter in Essen.

(Bild Seite 358, Platz Nr. 200.)

Henngott, Gottlieb; Arbeitersekretär in Eßlingen a. N. Wahlkreis 31/32 (Württemberg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 18. November 1862 zu Kirchheim a. Teck; evangelisch. Besuchte die Volksschule in Kirchheim a. T. in Württemberg, erlernte das Gerberhandwerk, arbeitete nach beendigter Lehre in verschiedenen Städten Süddeutschlands, dann in Sachsen und Schlesien, wurde 1883 zum Heere einberufen und diente beim Württ. Feld-Art.-Reg. Nr. 13 in Ulm a. D. Nach Entlassung vom Militär 1885 arbeitete er wieder im erlernten Berufe in verschiedenen Städten, wurde 1900 Magazinverwalter des Konsumvereins Eßlingen, 1908 Arbeitersekretär in Eßlingen. Am 1. Dezember 1907 zum Gemeinderat in Eßlingen gewählt. Gehörte vom 9. Mai 1908 bis zum Zusammentritt der Württembergischen Landesversammlung der Zweiten württembergischen Kammer an, ist auch Mitglied des Bezirksrats für den Oberamtsbezirk Eßlingen a. N. Als Verleger der „Volkszeitung" tätig als Berichterstatter über die Sitzungen der bürgerlichen Kollegien.

(Bild Seite 306, Platz Nr. 265.)

Kerschbaum, Andreas; Landwirt in Vorbach. Wahlkr. 26 (Reg.-Bez. Ober-, Mittel- und Unterfranken). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 5. März 1874; protestantisch. Besuchte Volksschule. 1894—1896 aktiv gedient, 21. August 1914 bis Weihnachten 1917 im Felde, Vizefeldwebel des Landsturms; Bayerisches Militärverdienstkreuz II. Klasse. Ortsvorstand, Mitglied der Gemeindeverwaltung und des landwirtschaftlichen Bezirksausschusses. Deutscher Bauernbund; 1912—1918 Nationalliberale Fraktion, jetzt Deutsche demokratische Fraktion.

(Bild Seite 343, Platz Nr. 127.)

Kloss, Katharina; Schulvorsteherin der Elisabethschule, Mittelschule für Mädchen (neunklassig) in Danzig. Wahlkr. 2 (Provinz Westpreußen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 21. November 1867 zu Danzig; reformiert. Auf dem Lehrerinnenseminar in Danzig Lehrerinexamen 1887 abgelegt und 1897 Schulvorsteherinexamen in Danzig. Übernahm 1898 die Leitung der Elisabethschule, einer neunklassigen vollausgestalteten

Mittelschule für Mädchen, an der vorher als Lehrerin zehn Jahre tätig. Gehört seit 25 Jahren dem Vorstande des Danziger Lehrerinnenvereins an und seit 1. Januar 1919 dem in Danzig gegründeten Deutschen Volksrat. Arbeitet seit November v. J. als Mitglied des Arbeitsausschusses im westpreußischen Heimatdienst (Zweck: Aufklärung über die Polengefahr).

(Bild Seite 313, Platz Nr. 269.)

Knollmann, Friedrich; Arbeitersekretär der evangelischen Arbeitervereine im Reg.-Bez. Posen. Wohnort: Posen. Wahlkr. 8 (Provinz Posen). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 15. März 1880 zu Alstaden, Kr. Mülheim (Ruhr); evangelisch. Besuchte die Volksschule in Alstaden 1886—1894, von 1896—1899 in der Buchbinderlehre in Herne i. Westf., von 1899—1907 Buchbindergehilfe, Wanderschaft in West- und Süddeutschland und Elsaß. Besuch der Kunstgewerbeschule in Elberfeld, Januar bis Dezember 1908 Besuch des Brüderseminars in Witten i. Westf. 1909—1910 Sekretär der evangelischen Arbeitervereine in Unna i. Westf., 1911 bis 1912 im Generalsekretariat der christlichen Gewerkschaften in Cöln. 1913—1915 Sekretär der freien kirchlich-sozialen Konferenz in Leipzig. Seit Juli 1915 Sekretär der evangelischen Arbeitervereine im Reg.-Bez. Posen.

(Bild Seite 352, Platz Nr. 378.)

Koch (Cassel), Erich; Oberbürgermeister in Cassel. Wahlkr. 19 (Provinz Hessen-Nassau und Waldeck). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 26. Februar 1875 zu Bremerhaven; evangelisch. Besuchte Gymnasium in Oldenburg, Universitäten in Lausanne. Bonn, München (Staatswissenschaftliches Seminar Brentano), Berlin. 1898—1901 Referendar in Oldenburg, 1901—1909 Bürgermeister in Delmenhorst, 1902 Gerichtsassessorexamen in Oldenburg, 1909 bis 1913 Stadtdirektor in Bremerhaven; seit 1913 Oberbürgermeister in Cassel. Von 1901—1909 Mitglied des oldenburgischen Landtags, von 1909—1913 Mitglied der bremischen Bürgerschaft, seit 1913 Mitglied des preußischen Herrenhauses, ferner u. a. Mitglied des hessischen Kommunallandtags und des hessisch-nassauischen Provinziallandtags, Vorsitzender der Kurhessischen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft,

Vorstandsmitglied des Deutschen und Preußischen Städtetags, Vorsitzender des Ausschusses für Kleinwohnungswesen beim Wohnungskommissar in Berlin. Verfasser von: „Städtische Ansiedlungs- und Bebauungsfragen" 1916, „Die Lebensmittelversorgung im Großen Kriege" 1915, „Die Umgestaltung der beiden Häuser des Landtags" 1918 u. a.

(Bild Seite 343, Platz Nr. 266.)

Koch (Düsseldorf), Wilhelm; Verbandsgeschäftsführer in Elberfeld. Wahlkr. 22 (Reg.-Bez. Düsseldorf 1). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 3. März 1877 zu Dönges bei Eisenach; evangelisch. Besuchte Volksschule im Geburtsort, sodann mehrere soziale und volkswirtschaftliche Kurse, erlernte Schreinerberuf, bereiste und arbeitete als solcher in den verschiedensten Städten Deutschlands, 1908—1913 evangelischer Arbeitersekretär in Hagen in Westfalen, seit 1913 Leiter des Zentralverbandes deutscher Militärhandwerker und Arbeiter, der seit 1. Dezember 1918 den Namen Reichsverband deutscher Staatsarbeiter führt; Mitglied des Ausschusses des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine Deutschlands und des Ausschusses des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. Schriftleiter der Zeitschrift „Der Staatsarbeiter" als Nachfolgerin der „Deutschen Militärarbeiterzeitung", Organ des obigen Verbandes.

(Bild Seite 352, Platz Nr. 306.)

Koch (Hamburg), Christian; Gerichtsvollzieher in Hamburg. Wahlkr. 37 (Hamburg, Bremen und Reg.-Bez. Stade). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 10. Mai 1878 zu Hamburg; evangelisch. Mitglied der hamburgischen Bürgerschaft seit 1908. Redakteur der Deutschen Gerichtsvollzieherzeitung.

(Bild Seite 343, Platz Nr. 292.)

Koch (Merseburg), William; Landwirt in Unterfarmstedt. Wahlkr. 13 (Reg.-Bez. Merseburg). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 7. November 1849 zu Unterfarmstedt; evangelisch. Reichstagsabgeordneter Wahlkreis Merseburg-Querfurt von 1912 bis 1918.

(Bild Seite 343, Platz Nr. 128.)

Koch (Münster), Johann; Oberpostschaffner in Essen. Wahlkr. 17 (Reg.-Bez. Münster, Minden und Lippe). — Zentrum. —

Geboren am 10. März 1873 zu Katernberg, Kreis Essen; katholisch. Besuchte die Volksschule. Ist Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten. Mitarbeiter an Beamtenfachzeitschriften.

(Bild Seite 329, Platz Nr. 275.)

Költzsch, Franz Heinrich, Dr. phil.; Oberpfarrer, Oberkonsistorialrat und Superintendent in Dresden-A. Wahlkr. 28 (Sachsen 1). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 13. September 1861 zu Plauen i. V.; evangelisch-lutherisch. Besuchte Bürgerschule Plauen i. V. 1867—1872, Gymnasium Plauen i. V. 1872—1881, Universität Leipzig 1881—1884 (Hauptfach Theologie, gehörte der studentischen Verbindung Sorabia an, promovierte als Doktor der Philosophie im Jahre 1889, 1884—1887: Oberlehrer am Staatsgymnasium Leipzig und am Gymnasium Zwickau, 1887—1891: Domdiakonus in Freiberg, 1891—1902: Diakonus an der Kreuzkirche zu Dresden, 1902—1910: Oberpfarrer an St. Jakobi in Chemnitz, 1910—1911: Pfarrer der Dreikönigskirche zu Dresden, 1911 bis jetzt: Oberpfarrer an der Kreuzkirche zu Dresden, Superintendent und Oberkonsistorialrat.

(Bild Seite 353, Platz Nr. 201.)

Koenen, Wilhelm; Redakteur in Halle a. d. Saale. Wahlkr. 13 (Reg.-Bez. Merseburg). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 7. April 1886 zu Hamburg; nicht getauft, ohne Konfession. Besuchte die Hamburger Volksschule bis zur Selekta, Fortbildungsschule, Arbeiterbildungsschule des Fortbildungsvereins Hamburg und sozialdemokratische Parteischule in Berlin, mit 14 Jahren in die kaufmännische Lehre, 1904 nach Kiel in die Volksbuchhandlung, 1907 im Februar Berichterstatter der dortigen „Volkszeitung", später in Königsberg, seit 1911 Redakteur am „Volksblatt" in Halle. Öffentliche Betätigung stets nur als Redner und Organisator der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften, jetzt Kommissar der Arbeiter- und Soldatenräte bei der Regierung des Bezirks Merseburg.

(Bild Seite 362, Platz Nr. 231.)

König, Max; Parteisekretär in Dortmund. Wahlkr. 18 (Reg.-Bez. Arnsberg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 3. Mai 1868 zu Halle a. d. S.; evangelisch. Besuchte Bürgerschule zu Leipzig, erlernte das Schmiede- und Feilenhauerhandwerk, bereiste Deutschland, wurde 1890 nach einem verlorengegangenen Streik in Remscheid von den Fabrikanten durch Beschluß, veröffentlicht in der „Remscheider Zeitung", von jeder weiteren Beschäftigung ausgeschlossen, betrieb von dieser Zeit ab in Witten a. d. R. ein offenes Geschäft. Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums in Dortmund von 1909—1918, seit 1918 Stadtrat in Dortmund, Mitglied des Reichstags von 1912—1918, Mitglied des Zentralrats der Deutschen Republik seit Dezember 1918, Mitbegründer des Deutschen Metallarbeiterverbandes im Jahre 1891, von 1898—1901 Geschäftsführer, später Redakteur am „Volksblatt" zu Bochum, gründete und leitete von 1901 ab das erste Arbeitersekretariat für Westfalen in Dortmund, seit 1906 Bezirksparteisekretär der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk westliches Westfalen. Verfasser mehrerer Broschüren kommunalpolitischen und sozialpolitischen Inhalts. Letzt erschienene Broschüren: „Die soziale Lage der Arbeiterschaft im rheinisch-westfälischen Industriebezirk" und ferner „Die Aufgaben von Reich, Staat und Gemeinde für Mutter und Kind". Wegen politischer, speziell Preßvergehen, mehrfach zu Geld- und Gefängnisstrafen verurteilt.

(Bild Seite 306, Platz Nr. 92.)

Körsten, Albin; Gewerksschaftssekretär in Berlin. Wahlkr. 7 (Provinz Pommern). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 29. September 1856 zu Söhesten, Kr. Merseburg; Dissident. Besuchte die Stadtschule in Weißenfels und die Volksschule in Berlin, erlernte die Kunstgießerei, in der er von 1890—1899 Werkmeister war, seit 1899 Sekretär und Vorsitzender der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend, seit 1893 Gewerbegerichtsbeisitzer. Mitglied des Reichstags von 1903—1906 und von 1912 bis 1918. Haupttätigkeit: Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellten in der Sozialpolitik, in vielen städtischen und staatlichen Körperschaften.

(Bild Seite 306, Platz Nr. 91.)

Koßmann, Bartholomäus; Vorsitzender der katholischen Bergarbeitergewerkschaft (Sitz Berlin) in Neunkirchen-Saar. Wahlkr. 21 (Reg.-Bez. Koblenz und Trier). — Zentrum. —

Geboren am 2. Oktober 1883 in Eppelborn, Reg.-Bez. Trier; katholisch. Besuchte die Volksschule in Eppelborn, 1905 und 1906 soziale Unterrichtskurse beim Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin). Bis zum 22. Lebensjahre Bergarbeiter beim Steinkohlenbergwerk Camphausen, vom 22. Lebensjahre ab Sekretär beim Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin), seit 1914 Vorsitzender der Bergarbeitergewerkschaft dieses Verbandes, seit 1917 Mitglied des Verbandsvorstandes. Mitglied des Reichstags von 1912—1918. Seit 26. Januar 1919 Mitglied der preußischen Landesversammlung für den Wahlkreis Koblenz-Trier-Sigmaringen.

(Bild Seite 329, Platz Nr. 107.)

Kotzur, Theodor; Verbandssekretär in Berlin-Karlshorst. Wahlkr. 1 (Provinz Ostpreußen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 20. Januar 1883 zu Cottbus. Von 1889—1897 Besuch der Volksschule. Erlernte von 1897—1900 die Weberei, von 1898—1900 Besuch des Werkmeisterkursus der preußischen höheren Fachschule für Textilindustrie in Cottbus, von 1900—1904 Wanderschaft und Tätigkeit in verschiedenen Industriegebieten Deutschlands. 1904—1917: Wohnsitz in Neumünster i. Holst., dort seit 1909 Gewerkschaftsangestellter, seit Juli 1917 Sekretär des Deutschen Eisenbahnerverbandes in Berlin, zuletzt Redakteur des „Deutschen Eisenbahner", bekleidete zahlreiche Ämter in der Arbeiterversicherung sowie im gewerkschaftlichen und politischen Leben.

(Bild Seite 306, Platz Nr. 285.)

Krätzig, Hermann; Redakteur in Berlin. Wahlkr. 28 (1. Sachsen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 3. April 1871 zu Schobergrund, Kreis Reichenbach i. Schl.; Dissident. Besuchte acht Jahre die Volksschule, erlernte dann die Handweberei und arbeitete bis 1897 in mechanischen Webereien, wurde in jenem Jahre wegen Leitung einer gewerkschaftlichen Organisation gemaßregelt und in den Zeitungsdienst gedrängt, wurde 1899 Arbeitersekretär und 1904 Gewerkschaftsbeamter in Mülhausen i. Els.

wurde 1906 in die Organisation der Textilarbeiter Deutschlands als Redakteur an den „Textilarbeiter" nach Berlin berufen, im Oktober 1918 in die Reichsstelle für Textilindustrie, zu deren stellvertretenden Vorsitzenden später ernannt. War Mitglied des Reichstags von 1912 bis 1918. Mitarbeiter an einer Reihe von Fachblättern der deutschen Textilindustrie.

(Bild Seite 307, Platz Nr. 2.)

Kraut, Heinrich; Rechtsanwalt in Stuttgart. Wahlkr. 31/32 (Württemberg). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 4. Juli 1857 zu Cannstatt; evangelisch. Besuchte 1865—1875 das Gymnasium Heilbronn, juristische Studien 1875 bis 1879 auf den Hochschulen Tübingen, Göttingen und Leipzig, Rechtsanwalt in Stuttgart seit 1883, 1880—1890 und 1894—1902 Mitglied des Bürgerausschusses von Stuttgart, 1898—1902 Obmann, 1901 bis 1918 Landtagsabgeordneter der zweiten württembergischen Kammer, 1912—1918 Präsident der Kammer.

(Bild Seite 353, Platz Nr. 85.)

Kreft, Karl; Landwirt in Lakomowo, Kr. Bromberg. Wahlkr. 8 (Provinz Posen). — Deutschnationale Volkspartei.

Geboren am 4. Februar 1879 zu Kirchlengern, Kr. Herford; evangelisch. Besuchte die Volksschule zu Kirchlengern und erwählte nach erfolgter Konfirmation den landwirtschaftlichen Beruf. Erwarb im Jahre 1910 von der Mittelstandskasse die bis jetzt bewirtschaftete Landwirtschaft von 250 Morgen Lakomowo, Kr. Bromberg, Provinz Posen. Nach der Revolution zum Vorsitzenden des Kreisbauernrates des Kreises Bromberg gewählt.

(Bild Seite 353, Platz Nr. 353.)

Kreutz, Franz; Eisenbahn-Wagenmeister in Essen. Wahlkr. 17 (Reg.-Bez. Münster und Minden). — Zentrum. —

Geboren am 5. März 1869 zu Altenessen, Kr. Essen; katholisch. Besuchte die Volksschule in Altenessen von 1875—1883, dann Fortbildungsschule, erlernte Schlosserhandwerk und Maschinenbau, hierauf als Gehilfe tätig. Ab 1890 im Eisenbahnbetriebe als Schlosser, ab 1892 als Hilfswagenmeister tätig. Von 1898 als Wagenmeister bei der preußisch-hessischen Staatseisenbahnverwaltung angestellt. Leitete seit 1900 den Verband Deutscher Eisenbahn-Wagenmeister, Redakteur

der „Fachzeitung für das technische Wagenaufsichtspersonal“. Schriftstellerisch tätig für das Reichskartell der Staatsangestellten, in diesem als Ausschußmitglied. Gab mehrere Broschüren und Bücher eisenbahnfachlichen Inhalts heraus.

(Bild Seite 329, Platz Nr. 296.)

Kronen, Peter, Feldeisenbahn-Unterassistent in Cöln (Rhein); gewählt von den im Osten stehenden Truppenverbänden. — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 2. Juli 1881 zu Bonn; katholisch. Besuchte die Elementarschule und ein kaufmännisches Bildungsinstitut, wurde dann Kaufmann, später Eisenbahner. Machte Bildungsreisen nach Afrika, Amerika, England, Schweden und Holland.

(Platz Nr. 404.)

Krüger (Mecklenburg), Hans; mecklenburgischer Staatsminister in Neustrelitz. Wahlkr. 35 (Mecklenburg und Lübeck). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 10. Dezember 1884 zu Hildesheim; evangelisch. Besuchte die Oberrealschule zu Hannover, lernte Schriftsetzer, war später als Zeitungsvertreter tätig; wurde Januar 1915 zum Heeresdienst eingezogen, war auf mehreren Kriegsschauplätzen und wurde im Februar 1918 schwer verwundet. Seit Ausbruch der Revolution Mitglied des Staatsministeriums Mecklenburg-Strelitz und seit 1. Januar 1919 dessen Vorsitzender, Mitglied der verfassunggebenden Versammlung für Mecklenburg-Strelitz, Leiter des Ansiedlungsamts.

(Bild Seite 307, Platz Nr. 137.)

Krüger (Potsdam), Franz; Gewerkschaftssekretär, zurzeit Sekretär des Volksbeauftragten Ebert, in Cöpenick-Uhlenhorst. Wahlkr. 5 (Potsdam 2). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 1. Januar 1887 zu Königsberg i. Pr.; Dissident. Besuchte 1893—1900 Volksschule Königsberg i. Pr., dann 2½ Jahre Gehilfe des blinden Schriftstellers Prof. R. Siegfried in Königsberg, weiter bis 1907 Bureauangestellter, 1907—1914 Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr., seit 1. Oktober 1914 Ortsbevollmächtigter des Verbandes der Bureauangestellten Deutschlands, Ortsgruppe Groß-Berlin (Ortsgruppe zurzeit 20 000 Mitglieder). Seit 1907 in Königsberg i. Pr. Mitglied des Ausschusses der Landesversicherungsanstalt

Ostpreußen, Beisitzer des Versicherungsamts Königsberg i. Pr., Vorstandsmitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse, von 1912 bis 1914 Stadtverordneter in Königsberg i. Pr. Gelegentlicher Mitarbeiter an sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften, Verfasser zahlreicher politischer und gewerkschaftlicher Agitationsschriften.

(Bild Seite 307, Platz Nr. 283.)

Kubetzko, Josef; Tischler in Gleiwitz. Wahlkr. 10 (Reg.-Bez. Oppeln). — Zentrum. —

Geboren am 19. November 1875 zu Eiglau; katholisch. Besuchte acht Jahre die Volksschule zu Eiglau, diente als Infanterist 1896—1898, trat 1899 als Tischler in die Staatseisenbahnwerkstatt ein, wo noch zurzeit tätig. Stadtverordneter seit 1908, Dezember 1918 zum Stadtrat gewählt, zweiter Vorsitzender des katholischen Arbeitervereins, erster Vorsitzender der Eisenbahner-Gruppe, Obmann des Arbeiterausschusses, Mitglied im Krankenkassenausschuß, der Betriebskrankenkasse, Mitglied mehrerer anderer Kommissionen.

(Bild Seite 330, Platz Nr. 297.)

Kürbis, Heinrich; Parteisekretär für den Bezirk Schleswig-Holstein der Sozialdemokratischen Partei in Altona a. E. Wahlkr. 14. (Provinz Schleswig-Holstein und Lübeck). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 9. Januar 1873 zu Mühlhausen i. Thür; konfessionslos. Besuchte die Volksschule in Mühlhausen i. Thür., lernte Eisendreher in Göttingen, 1910—1913 Bevollmächtigter des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Verwaltungsstelle Hamburg), vom 1. November 1913 Bezirksparteisekretär für Schleswig-Holstein. Seit 1909 Stadtverordneter in Altona.

(Bild Seite 307, Platz Nr. 286.)

Kunert, Fritz; Schriftsteller in Berlin-Lichterfelde. Wahlkr. 13 (Reg.-Bez. Merseburg). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 15. September 1850 zu Alt-Landsberg (Nieder-Barnim); religionslos. Von 1871—1886 Volksschullehrer in Berlin, Konstantinopel usw., seit 1887 Schriftsteller, 1889—1891 Schriftleiter der sozialdemokratischen „Schlesischen Nachrichten" und der sozialdemokratischen „Schlesischen Volkswacht", 1894—1917 verantwort-

licher Redakteur und Redaktionssekretär am „Vorwärts" zu Berlin. 1888—1889 Stadtverordneter in Berlin, 1889 und 1900 Deputierter zu den beiden internationalen sozialdemokratischen Kongressen in Paris, 1890 bis 1918 Reichstagsabgeordneter für Halle und den Saalkreis (4. Merseburger Reichstagswahlkreis). 1887—1919 Mitarbeiter einer großen Anzahl ausschließlich sozialdemokratischer Zeitungen auf politischem, sozialem, pädagogischem und hygienischem Gebiete.

(Bild Seite 362, Platz Nr. 207.)

Kuntze, Alexander; Lagerist in Stettin. Wahlkr. 7 (Provinz Pommern). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 3. Juli 1861 zu Falkenberg, Oberschl.; freireligiös. Besuchte vom sechsten bis vierzehnten Jahre die Volksschule in Falkenberg, erlernte ebenda von 1875—1878 das Schlosserhandwerk; arbeitete als Geselle in den Jahren 1878—1882 in Pernau, Reval und St. Petersburg, Weihnachten 1882 zurückgekehrt in die Heimat, bereiste er den größten Teil Deutschlands, war in Görlitz, Leipzig, Halle und zuletzt in Stettin bis zum Jahre 1898 in seinem Beruf tätig, trat 1898 als Lagerhalter in den Stettiner Konsumverein, wo noch heute als Lagerist und Vorsteher des Zentrallagers beschäftigt. War sechs Jahre Beisitzer am Gewerbegericht Stettin und als solcher Beisitzer des städtischen Arbeitsnachweises, von 1900—1916 Stadtverordneter in Stettin, wurde 1916 von der Stadtverordnetenversammlung zum unbesoldeten Stadtrat gewählt und eingeführt. Vom Juni 1910 bis zum Schluß der 12. Legislaturperiode Reichstagsabgeordneter für den Wahlkreis Uckermünde-Usedom-Wollin.

(Bild Seite 307, Platz Nr. 287.)

Landsberg, Otto; Rechtsanwalt in Magdeburg und Berlin. Wahlkr. 12 (Reg.-Bez. Magdeburg und Anhalt). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 4. Dezember 1869 zu Rybnik (Oberschl.); religionslos. Besuchte Gymnasium Ostrowo bis 1887, Universität Berlin 1887 bis 1890. Referendar in Gostyn, Ostrowo und Posen 1890—1895, seit 1895 Rechtsanwalt in Magdeburg. Stadtverordneter in Magdeburg 1903—1909, Reichstagsabgeordneter für Magdeburg seit 1912, seit November 1918 Volksbeauftragter, Mitglied der Reichsregierung.

(Bild Seite 307, Platz Nr. 47.)

Ritter von Langheinrich, Christian, Dr. jur.; bisher Rechtsanwalt, derzeit Privatmann in Bayreuth. Wahlkr. 26 (Reg.-Bez. Ober-, Mittel- und Unterfranken). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 16. November 1870 zu Bayreuth; protestantisch. Besuchte das Gymnasium Bayreuth, die Universitäten München und Berlin. 1894 Dr. jur. in Erlangen. Seit 1897 Rechtsanwalt in Bayreuth, seit Jahren Mitglied des Anwaltkammervorstandes Bamberg. Den Krieg als Major d. Res. und Bataillonskommandeur beim bayer. 7. Res.-Inf.-Reg. und 28. Inf.-Reg. mitgemacht. Besitzt E. K. 2. und 1. Kl., bayer. M. V. O. 4. Kl. mit Krone und Schwertern, wurde am 1. Juli 1916 zum Ritter des bayer. Militär-Max-Joseph-Ordens ernannt und als solcher am 4. August 1916 mit dem persönlichen Adel beliehen. Ist Ehrenbürger der Stadt Bayreuth.

(Bild Seite 344, Platz Nr. 293.)

Langwost, Heinrich; Schriftsteller und Redakteur in Hannover. Wahlkr. 16 (Reg.-Bez. Hannover). — Deutsch-Hannoversche Partei. —

Geboren am 15. April 1874 zu Pottensen Leine (Hannover); lutherisch. Erhielt bis zum 20. Jahre durch Privatlehrer seine Ausbildung, wurde Redakteur und Mitarbeiter zahlreicher Zeitungen. War von 1896 an gleichzeitig Beamter eines großen industriellen Werkes (Wollwäscherei und Kämmerei Döhren). Trat 1903 zum erstenmal politisch hervor. Wurde im Laufe der Jahre der Führer des demokratischen Flügels der deutsch-hannoverschen Partei. Kandidierte im Jahre 1912 im 8. hannoverschen Reichstagswahlkreis (Hannover Stadt) zum Reichstag. Unterlag der sozialdemokratischen Mehrheit. Politische Aufsätze, Erzählungen, Gedichte usw. Werke: „Heimat", „Unter gelbweißem Banner", Broschüren usw.

(Bild Seite 364, Platz Nr. 421.)

Laukant, Gustav; Metallarbeiter in Berlin. Wahlkr. 3 (Berlin). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 22. September 1869 zu Ragnit (Ostpr.); konfessionslos. Besuchte die Bürgerschule zu Ragnit, erlernte in Tilsit von 1884 bis 1887 das Tapeziererhandwerk, ging 1888 in die Fremde, besuchte Straßburg, Metz, Lüttich, Paris; machte sich nach seiner Rückkehr 1895 in Spandau selbständig, wurde 1895 infolge seiner politischen

Tätigkeit boykottiert, kam dann nach Berlin und arbeitete seitdem, da er keine Beschäftigung als Tapezierer fand, bis jetzt als Metallarbeiter. (Bild Seite 363, Platz Nr. 254.)

Laverrenz, Wilhelm; Regierungs- und Baurat, bis zum Kriege Leiter des Eisenbahnwesens im Schutzgebiet Togo, in Berlin-Halensee. Wahlkr. 3 (Berlin). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 24. März 1879 zu Berlin; evangelisch. Besuchte die Friedrichs-Werdersche Oberrealschule zu Berlin bis 1898, studierte dann das Maschinenbaufach an der Technischen Hochschule in Charlottenburg. 1904 Regierungsbauführer, 1909 Regierungsbaumeister. Arbeitete ein Jahr als Konstrukteur bei A. Borsig in Berlin-Tegel, trat 1910 in die Kolonialverwaltung über. Von 1910 bis Kriegsausbruch Leiter des Eisenbahnwesens beim Kais. Gouvernement von Togo. 1917 Regierungs- und Baurat, Hauptmann d. Ref. des Eisenbahn-Reg. Nr. 1, Teilnehmer des Feldzugs im Schutzgebiet Togo, von 1914—1917 in französischer Kriegsgefangenschaft, 1918 als Internierter in der Schweiz nach Deutschland ausgetauscht.

(Bild Seite 353, Platz Nr. 354.)

Legendre, Peter; Direktor des Trierischen Genossenschaftsverbandes in Trier. Wahlkr. 21 (Reg.-Bez. Coblenz und Trier). — Zentrum. —

Geboren am 17. Oktober 1866 zu Voelklingen; katholisch. Besuchte die Volksschule und Realschule, sodann Ausbildung in Bank- und Hypothekenwesen, Genossenschaftswesen und Volkswirtschaft, 1896 Rendant des Trierischen Genossenschaftsverbandes und Vorstandsmitglied, 1902 Direktor desselben Verbandes. Seit 1898 Vorstandsvorsitzender des Viehversicherungsverbandes Trier, 1899 Vorstandsvorsitzender des Trierischen Winzervereins, Vereinigung von Winzern und Winzergenossenschaften, 1900—1904 Vorsitzender des Bankbeamtenvereins und Vorstandsvorsitzender der Baugenossenschaft für Arbeiter und Handwerker. Aufsichtsratsvorsitzender der Konsum-Brauerei und Hefewerk Gaislautern, seit 1918 Aufsichtsratsmitglied des Centralverbandes der Bauern-Organisationen Deutschlands. Schrieb über Bank- und Hypothekenwesen und Genossenschaften 1901—1914. (Bild Seite 330, Platz Nr. 298.)

Legien, Carl; Vorsitzender der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in Berlin. Wahlkr. 14 (Provinz Schleswig-Holstein usw.). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 1. Dezember 1861 zu Marienburg in Westpreußen. Besuchte die Bürgerschule in Thorn, erlernte das Drechslerhandwerk in Thorn und bereiste als Drechslergeselle Deutschland, diente von 1881 bis 1884 bei dem 96. Inf.-Reg. in Altenburg, seit 1886 in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung tätig, war Vorsitzender der Vereinigung der Drechsler Deutschlands und der Zentralkrankenkasse der Drechsler, wurde bei Gründung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands im Jahre 1890 deren Vorsitzender, seit 1903 Vorsitzender der Internationalen Vereinigung der Gewerkschaften, Mitglied des Reichstags von 1893—1898 und seit 1903.

(Bild Seite 308, Platz Nr. 45.)

Leicht, Johann; Domkapitular in Bamberg. Wahlkr. 26 (Reg.-Bez. Ober-, Mittel- und Unterfranken). — Zentrum. —

Geboren am 19. Dezember 1868 zu Bischberg, B.-A. Bamberg II; katholisch. Besuchte Gymnasium und Hochschule in Bamberg, Priester seit 1893, Kaplan in Ebermannstadt und Erlangen, von 1899—1915 Domprediger in Bamberg, seit 1915 Domkapitular daselbst. Von 1913 (Nachwahl für Dr. Schädler) ab Mitglied des Reichstags. Herausgeber verschiedener Predigtzyklen und des Kriegsbuches „St. Michael".

(Bild Seite 330, Platz Nr. 108.)

Lensing, Felix; Landwirt, Gutsbesitzer, Ökonomierat in Hüthum. Wahlkr. 23 (Reg.-Bez. 2. Düsseldorf). — Zentrum. —

Geboren am 30. September 1859 zu Hüthum; katholisch. Besuchte Volksschule, Gymnasium bis Obersekunda, praktische Landwirtschaft. Mitglied des Vorstandes des Rheinischen Bauernvereins, des Landwirtschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, des Kreistags und Kreisausschusses.

(Bild Seite 330, Platz Nr. 299.)

Lesche, Friedrich; Direktor der Volksfürsorge, Gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft in Hamburg. Wahl-

kreis 16 (Reg.-Bez. Hannover, Hildesheim und Lüneburg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 30. Juni 1863 zu Göttingen. Besuchte von 1870 bis 1877 die Bürgerschule in Hannover, lernte dann bis 1880 als Tischler, arbeitete als solcher in verschiedenen Gegenden Deutschlands, von 1894—1900 angestellter Vorsitzender der Allgemeinen Krankenkasse in Altona, von 1900—1912 Arbeitersekretär in Hamburg, vom 1. Oktober 1912 ab geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Volksfürsorge. Von 1903 bis 13. Dezember 1906 Mitglied des Reichstags, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft seit 1910. Mitglied des Ausschusses des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, des Aufsichtsrats der „Produktion", der Hamburger Konsumentenkammer, des Hamburger Wirtschaftsrats, Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und des Tischler- bzw. des Holzarbeiterverbandes seit 1883.

(Bild Seite 308, Platz Nr. 139.)

Liebig, Hans; Redakteur in Haspe bei Hagen in Westfalen. Wahlkr. 18 (Reg.-Bez. Arnsberg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 27. Oktober 1878 zu Magdeburg; evangelisch. Besuchte die Seminarschule zu Erfurt, dann die Gewerbeschule in Leipzig, von 1894—1897 in der Lehre als Maschinenbauer, jahrelang als Schlosser, Monteur und in Elektrizitätszentralen tätig, 1907—1909 Lagerhalter, dann Expedient und seit 1911 Redakteur an der „Freien Presse" in Elberfeld. Stadtverordneter in Haspe seit 1916.

(Bild Seite 308, Platz Nr. 288.)

Lippmann, Julius; Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Stettin, Justizrat in Stettin. Wahlkr. 7 (Provinz Pommern). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 27. Dezember 1864 zu Danzig; evangelisch. Besuchte das städtische Gymnasium zu Danzig, studierte erst klassische Philologie, dann Jura. Referendar 1886, Assessor 1891, seit April 1892 Rechtsanwalt beim Oberlandesgericht Stettin. Stadtverordneter in Stettin seit 1900, seit Juni 1908 bis zu dessen Auflösung Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, gehörte dort zur Fraktion der fortschrittlichen

Volkspartei und war deren zweiter stellvertretender Vorsitzender. Stellvertretendes Mitglied des preußischen Gesamtwasserstraßenbeirats.

(Bild Seite 344, Platz Nr. 294.)

Lockenvitz, Paul; Berufsberater in Stettin. Wahlkr. 7 (Provinz Pommern). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 21. November 1876 in Altenkirchen auf Rügen. Besuchte Volksschule, Lehrerseminar. Volksschullehrer; seit 1. Januar 1917 aus dem Schuldienst ausgeschieden und als Gemeindebeamter, Leiter der städtischen Berufsberatung für die männliche Jugend, angestellt. Langjähriger Vorsitzender des Stettiner Lehrervereins, nunmehr Vorsitzender des allgemeinen Beamtenverbandes Stettin.

(Bild Seite 344, Platz Nr. 295.)

Lodahl, Gertrud. Wohnort: Cöpenick. Wahlkr. 8 (Provinz Posen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 28. Januar 1878 zu Berlin; Dissidentin. Besuchte die Volksschule in Berlin, erst Kindermädchen, später Hilfsarbeiterin im Buchdruckgewerbe; als solche Tätigkeit für Gewerkschaft, Vorsitzende der Berliner Ortsgruppe. Nach Verheiratung in Konsumgenossenschaft als Aufsichtsratsmitglied ehrenamtlich tätig. Mitarbeit in Kriegshilfe, Preisprüfungsstelle, Beirat des Kriegsernährungsamts. Rednerisch und organisatorisch tätig in Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, literarische Beiträge für die Zeitschriften dieser Organisationen sowie für Tageszeitungen.

(Bild Seite 308, Platz Nr. 409.)

Löbe, Paul, Redakteur in Breslau. Wahlkr. 9 (Reg.-Bez. Breslau). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 14. Dezember 1875 zu Liegnitz; freireligiös. 1882 bis 1890 Volksschule in Liegnitz, von 1890—1895 Lehrzeit als Schriftsetzer, als solcher bis Dezember 1898 tätig, zwischendurch Wanderschaft durch Süddeutschland, Österreich-Ungarn, Italien und Schweiz. Seit 1899 Redakteur der Breslauer „Volkswacht". Stadtverordneter in Breslau seit 1905, Provinziallandtagsabgeordneter für Schlesien seit 1915.

(Bild Seite 308, Platz Nr. 1.)

Löffler, Heinrich; Gewerkschaftsbeamter in Kattowitz. Wahlkr. 10 (Reg.-Bez. Oppeln). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 14. August 1879 zu Ilbershausen, Hessen; Dissident. Besuchte Volksschule in Ilbehausen, wanderte März 1895 nach Westfalen aus, war von da bis September 1897 in Gelsenkirchen Hilfsarbeiter, vom 15. September 1897 bis 28. Februar 1905 Bergmann in Gelsenkirchen, wurde am 1. März 1905 Beamter des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands für das Agitationsgebiet Gelsenkirchen Stadt und Land, 1910 in den Hauptvorstand des vorgenannten Verbandes nach Bochum berufen und 1913 nach Kattowitz, zur Leitung des Bergarbeiterverbandes in Oberschlesien, versetzt. Seit November 1918 unbesoldeter Stadtrat in Kattowitz. Verfasser vieler Agitationsschriften für die Bergarbeiterorganisation.

(Bild Seite 308, Platz Nr. 289.)

Ludewig, Friedrich Max;, Dr. jur.; Justizrat in Erfurt. Wahlkr. 36 (Thüringen usw.) — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 31. August 1852 zu Schneidemühl; evangelisch. Gymnasialbildung in Marienburg i. W. und Berlin, Jurisprudenz an den Universitäten Leipzig und Berlin, Kammergerichtsreferendar, erlangte 1880 die Befähigung zum Richteramt, Assessor im Kammergerichtsbezirk, später Syndikus und Rechtsanwalt in Aachen und Erfurt, Stadtverordneter in Erfurt, Mitglied des Landtags der Provinz Sachsen, preußischer Landtagsabgeordneter für den Wahlkreis Erfurt Stadt und Land von 1913—1918. Theoretisch und praktisch als Syndikus und Vorstandsmitglied im privaten Feuerversicherungswesen tätig gewesen, Mitglied des Versicherungsbeirats beim Aufsichtsamt für Privatversicherung seit dessen Begründung, Hauptmann d. L. a. D., Kriegsfreiwilliger von 1914—1917.

(Bild Seite 344, Platz Nr. 321.)

Lübbring, Josef; Bezirksleiter des deutschen Bauarbeiterverbandes in Königsberg i. Pr. Wahlkr. 1 (Provinz Ostpreußen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 26. Juli 1876 zu Ahaus i. Westfalen; Dissident. Besuchte die Volksschule in Münster i. W., die Volksschule in Essen-Ruhr

und 1910—1911 die Parteischule in Berlin, bereiste als Maurer Mittel- und Süddeutschland. Von 1903—1908 Geschäftsführer des Maurerverbandes in Essen-Ruhr, desgl. von 1908—1911 in Wiesbaden, und seit April 1911 Bezirksleiter beim Deutschen Bauarbeiterverband für die Provinz Ostpreußen. Mitglied der Sozialdemokratischen Partei seit 1896. Stadtverordneter in Königsberg i. Pr., Mitglied des Arbeiterrats, zweiter Vorsitzender des Provinzialrats für Ostpreußen, Delegierter zum Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands 16.—20. Dezember 1918 in Berlin. Als Leiter großer Lohnbewegungen im Baugewerbe in der Zeit von 1900—1903 mehrmals längere Gefängnisstrafe verbüßt.

(Bild Seite 3[illegible], Platz Nr. 2[illegible]0.)

Lührs, Frida: Fürsorgerin beim städtischen Arbeitsnachweis in Hannover. Wahlkr. 8 (Provinz Posen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 1. Juli 1869 zu Frankfurt a. M.; evangelisch. Hat zu Bockenheim bei Frankfurt a. M. eine Mittelschule besucht, war bis zu ihrer Verheiratung 1893 als Stütze im Haushalt beschäftigt, während der Ehe 16 Jahre Geschäftsführerin einer Handelsfirma, im letzten Kriegsjahre Fürsorgerin bei der Kriegsamtsnebenstelle, Frauenarbeitsmeldestelle, seit dem 1. Januar 1919 Fürsorge bei der weiblichen Erwerbslosenfürsorge.

(Bild Seite 3[illegible], Platz Nr 291.)

Lüttich, August; Arbeitersekretär in Leipzig. Wahlkr. 29 (Sachsen 2). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 21. Juli 1873 zu Halle a. S.; evangelisch. Besuchte die Volksschule in Halle a. S., lernte in Langenöls i. Schl. Holzbildhauer und arbeitete als solcher in verschiedenen Städten des In- und Auslandes, 1900—1903 Redakteur der „Leipziger Volkszeitung", seit 1903 Arbeitersekretär in Leipzig. Stadtverordneter in Leipzig seit 1903. Verfasser mehrerer gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Schriften, Mitarbeiter politischer, gewerkschaftlicher und kommunaler Zeitungen.

(Bild Seite [illegible], Platz Nr. [illegible])

Luppe, Hermann, Dr. jur.; Bürgermeister in Frankfurt a. M. Wahlkr. 19 (Bez. Hessen-Nassau usw.). — Deutsche demokratische Partei.

Geboren am 6. August 1874 zu Kiel; evangelisch. Besuchte das Gymnasium in Kiel 1880—1892, juristische Studien auf den Universitäten Genf, Leipzig, Berlin, Kiel 1892—1895, Referendar 1895—1899, promovierte in Kiel Dr. jur. 1896, zweite juristische Staatsprüfung 1900, informatorisch tätig beim Magistrat Kiel 1900, seit Juni 1900 in Frankfurt a. M. als Magistratsassessor, 1907: Magistratssyndikus, 1909 Stadtrat, 1913 Bürgermeister. Zweiter Vorsitzender des demokratischen Vereins Frankfurt a. M. Vorsitzender oder Vorstandsmitglied zahlreicher Wohlfahrts-, Fürsorge- und sozialpolitischer Vereine örtlicher, provinzieller und deutscher Art. Ausgiebige schriftstellerische Tätigkeit auf juristischem, sozialpolitischem, fürsorgerischem Gebiet.

(Bild Seite 344, Platz Nr. 320.)

Lutze, Ernestine; Blumenarbeiterin in Dresden-Neustadt. Wahlkreis 28 (1. Sachsen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 17. Juni 1873 zu Merzdorf b. Elsterwerda, evangelisch-lutherisch. Besuchte die Volksschule in Dresden und Großenhain, von Beruf Blumenarbeiterin, Mitbegründerin und langjähriges Vorstandsmitglid des Blumenarbeiterverbandes. Besuchte 1911 die Gewerkschaftsschule in Berlin, Mitglied des Ausschusses der Allgemeinen Ortskrankenkasse Dresden. Vom Stadtrat zu Dresden seit 1917 zum Mitglied des Wohnungsausschusses ernannt. Seit 10. November 1918 Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrats Dresden. Vorstandsmitglied des Vereins Heimatdank, Abt. Arbeitsvermittlung für Kriegerfrauen. Vorstandsmitglied der Gauleitung des Fabrikarbeiterverbandes Zahlstelle Dresden. Mitglied des Arbeitervertretervereins der Kreishauptmannschaft Dresden. Rednerin in politischen und gewerkschaftlichen Versammlungen.

(Bild Seite 309, Platz Nr. 310.)

Männer, Wilhelm Fried.; Kaufmann in Simbach Inn. Wahlkr. 25 (Reg.-Bez. Niederbayern und Oberpfalz). — Bayrischer Bauernbund. —

Geboren am 2. September 1870 zu Frontenhausen; katholisch. Besuchte die Volksschule Frontenhausen, hierauf die Fortbildungsschule Dingolfing. Kaufmännische Lehrzeit. Nach Beendigung der Lehrzeit Stellungen als Kommis in Frontenhausen, Eggenfelden dann Kontorist in der Maschinenfabrik Esterer in Altötting, hierauf Reisender der Firma Schneidt in Amberg und schließlich Vertreter der Porzellan- und Steingutfabrik Ernst Dorfner u. Co. in Hirschau Oberpfalz. Selbständig seit 1899 in Partenkirchen und dann seit 1901 in Simbach Inn. Schriftführer des Gemeindekollegiums Hirschau, Oberpfalz (1896—1899), Mitglied des Gemeindeausschusses Simbach Inn (1906—1912), Mitglied der provisorischen Regierung des Volksstaates Bayern, parlamentarischer Bauernrat seit November 1918.

Mandat am 8. Februar 1919 niedergelegt.

(Bild Seite 365.)

Malkewitz, Gustav; Zeitungsverleger in Stettin. Wahlkr. 7 (Provinz Pommern). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 15. Mai 1861 zu Wollin i. P.; evangelisch. Besuchte 1867—1875 Bürgerschule in Wollin und französische Knabenschule (jetzige Barnimschule) zu Stettin, erlernte von 1875—1879 Buchdruckerei und Verlagsgeschäft, 1879—1882 in verschiedenen Verlagsgeschäften tätig. Seit 1882 Redakteur, 1885—1911 Chefredakteur und Verleger der „Pommerschen Reichspost" und Buchdruckereibesitzer in Stettin. Seit 1911 Verleger des „Bund der Landwirte für Pommern". 1889 bis 1900 Stadtverordneter in Stettin. Seit 1903 Mitglied, seit 1915 stellvertretender Vorsitzender der Handwerkskammer Stettin, 1900—1918 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, 1903—1919 Mitglied des Reichstags. Seit 1908 außerordentliches Mitglied im Landesgewerbeamt, seit 1916 Mitglied der Reichskommission für Arbeiterstatistik, Ehrenbürger der Stadt Gartz a. O., Ehrenmeister der Handwerkskammer Stettin. Verfasser der „Geschichte der Stadt Wollin in Pommern" (1904).

(Bild Seite 353, Platz Nr. 30.)

Maretzky, Oskar, Dr. jur.; Stadtsyndikus in Berlin-Lichtenberg, im Oktober 1918 daselbst zum Bürgermeister gewählt, aber noch nicht eingeführt. Wohnort: Charlottenburg. Wahlkr. 4 (Reg.-Bez. Potsdam). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 2. Juni 1881 zu Breslau; evangelisch. Besuchte das Magdalenäum in Breslau, studierte in Breslau und Leipzig Rechte. 1904 Dr. jur., 1908 Gerichtsassessor, 1909 Magistratsassessor, 1911—1912 Beigeordneter und stellvertretender Bürgermeister von Berlin-Rummelsburg, 1912—1918 Stadtsyndikus in Berlin-Lichtenberg, Oktober 1918 zum Bürgermeister in Berlin-Lichtenberg gewählt. 1912 bis jetzt Verbandsabgeordneter des Zweckverbandes Groß-Berlin. Dezernent der Lebensmittelversorgung Lichtenbergs. Mehrere Schriften über die Organisation von Groß-Berlin und über sozialpolitische Fragen, Mitarbeiter an den „Deutschen Stimmen". Gründer der Einfamilienhaussiedlung „Waldsiedlung Berlin-Lichtenberg".

(Bild Seite 358, Platz Nr. 422.)

Marx, Wilhelm; Oberlandesgerichtsrat, Geheimer Justizrat in Düsseldorf. Wahlkr. 22 (Reg.-Bez. Düsseldorf). — Zentrum. —

Geboren am 15. Januar 1863 zu Köln; katholisch. Besuchte das Marzellengymnasium in Köln, von 1881—1884 die Universität Bonn, 1884 Referendar, 1888 Gerichtsassessor, 1889 in Simmern (Hunsrück) zur Anlegung des Grundbuches, 1894 Landrichter in Elberfeld, 1904 Landgerichtsrat in Köln, 1906 Oberlandesgerichtsrat in Köln, seit 1907 in Düsseldorf. Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses seit 1899—1918 als Vertreter des Wahlkreises Neuß-Grevenbroich-Krefeld (Land), von 1910—1918 Mitglied des Deutschen Reichstags für den Wahlkreis Mülheim a. Rhein, Wipperfürth, Gummersbach.

(Bild Seite 330, Platz Nr. 84.)

Maurer, Georg; Obersekretär in München. Wahlkr. 24 (Oberbayern und Schwaben). — Sozialdemokratische Partei —.

Geboren am 26. November 1868 zu München; konfessionslos. Besuchte die Münchener Volksschule und Fortbildungsschule 1874—1884, Sattlerhandwerk in München erlernt, 10 Jahre Deutschland, Österreich und Schweiz bereist. Mitbegründer des Deutschen Sattlerverbandes; dessen erster Vorsitzender gewesen. Gemeindebevollmächtigter 1908—1914, Magistratsrat seit 1914 in München. In Wort und Schrift sozialpolitisch gewirkt und die Volkskunst

ideell und praktisch gefördert. Begründer der Münchener Volksbühne. An Stelle des Abgeordneten Saenger, der sein Mandat niedergelegt hat, in die deutsche verfassunggebende Nationalversammlung eingetreten.

(Bild Seite 309, Platz Nr. 344.)

Mausbach, Joseph, Dr. theol.; Universitätsprofessor, Dompropst, Päpstlicher Hausprälat in Münster i. W. Wahlkr. 17 (Reg.-Bez. Münster-Minden-Lippe). — Zentrum. —

Geboren am 7. Februar 1861 zu Wipperfeld, Reg.-Bez. Cöln; katholisch. Besuchte das Progymnasium zu Wipperfürth und das Apostelgymnasium zu Cöln, studierte in Münster und Eichstätt, war von 1884—1889 Kaplan in Cöln, von 1889—1892 Religionslehrer am Gymnasium in M.-Gladbach. Promovierte zu Münster 1888, wurde 1892 als ord. Professor für Moral und Apologetik ebendorthin berufen, 1912 zum Päpstlichen Hausprälaten, 1917 zum Dompropst in Münster ernannt. Vorstandsmitglied der Görres-Gesellschaft, seit 1916 Vorsitzender des Arbeitsausschusses zur Verteidigung deutscher und katholischer Interessen im Weltkrieg. Schriften: „Christentum und Weltmoral" 1892, „Die katholische Moral und ihre Gegner" 1913, „Kernfragen christlicher Weltanschauung" 1908, „Weltgrund und Menschheitsziel" 1909, „Stellung der Frau im Menschheitsleben" 1906, „Die Ethik des heil. Augustinus", 2 Bde., 1909, „Der Eid wider den Modernismus" 1911, „Grundlage des Charakters nach Thomas v. A." 1911, „Religion, Christentum, Kirche" 3 Bde. (mit G. Esser zusammen, 1913,) „Lehrbücher für Moral und Apologetik" 1914, „Ehe und Kindersegen" (10. Tauf.) 1919, „Naturrecht und Völkerrecht" 1918, „Sozialismus und Christentum" 1919, „Das Wahlrecht der Frau", 1919.

(Bild Seite 330, Platz Nr. 300.)

Maxen, Wilhelm, Dr. phil. et theol.; Pastor in Hannover. Wahlkr. 16 (Reg.-Bez. Hannover, Hildesheim und Lüneburg.) — Zentrum. —

Geboren am 30. Juli 1867 in Hildesheim; katholisch. Besuchte die katholische Volksschule und das bischöfliche Gymnasium Josephinum seiner Vaterstadt, die Universitäten in Münster und Rom. Seit 1895 in Seelsorge, Schule, Vereinsleben, Caritas, Volksbildung in

Hannover-Linden tätig. 1906—1917 Pfarrer in St. Godehard-Linden und Kreisschulinspektor über die kath. Schulen in Linden und Hameln. Seit 16. März 1917 Pfarrer an St. Marien (Windthorstkirche) zu Hannover. Von 1898—1907 Redakteur der Hannov. Volkszeitung. Mitgründer der christlichen Gewerkschaften in Hannover-Linden.

(Bild Seite 331, Platz Nr. 347.)

Mayer (Schwaben), Wilhelm, Dr. rer. pol.; Rechtsanwalt in München. Wahlkr. 24 (Reg.-Bez. Oberbayern). — Zentrum. —

Geboren am 18. November 1874 zu Enkenbach (Pfalz); katholisch. Besuchte das humanistische Gymnasium in Kaiserslautern, die Universitäten Heidelberg, Würzburg, München. Promovierte 1898 in Würzburg auf Grund einer nationalökonomischen Arbeit zum Dr. rerum politicarum, bestand in München 1900 den juristischen Staatskonkurs, seit 1901 Rechtsanwalt in München. Mitglied des Reichstags seit 1907, Vorsitzender des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe seit 1914, Mitglied des bayerischen Landtags seit 1919.

(Bild Seite 331, Platz Nr. 14.)

Meerfeld, Johannes; Redakteur in Cöln-Klettenberg. Wahlkr. 20 (Reg.-Bez. Cöln und Aachen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 16. Oktober 1871 zu Euskirchen. Besuchte die Volksschule, dann Sattlerhandwerk erlernt, seit 19 Jahren Redakteur. Zur Zeit leitender Redakteur der „Rheinischen Zeitung" in Cöln. Reichstagsabgeordneter seit 5. Januar 1917. Verfasser mehrerer politischer Schriften, darunter einer Geschichte der Zentrumspartei. Ständiger Mitarbeiter der „Neuen Zeit" und der „Glocke".

(Bild Seite 309, Platz Nr. 89.)

Meier (Sachsen), Richard; Parteisekretär in Zwickau. Wahlkr. 30 (3 Sachsen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 23. November 1878 zu Arnsfeld (Erzgebirge); evangelisch-lutherisch. Besuchte die Volksschule in Arnsfeld, erlernte das Brauerhandwerk und arbeitete bis 1909 in verschiedenen Gegenden Deutschlands. 1910 als Parteisekretär für den Agitationsbezirk Zwickau (ehemalige Wahlkreise 18, 22 und 23 Sachsen) angestellt. Am 15. Mai 1918 in der Ersatzwahl im ehemaligen 18. sächsischen Reichstagswahlkreis gewählt.

(Bild Seite 310, Platz Nr. 115.)

Mende, Clara; Wohnort: Tempelhof. Wahlkr. 5 (Reg.-Bez. 2. Potsdam). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 12. April 1869 zu Erfurt; evangelisch. Besuchte höhere Mädchenschule, Lehrerinnenseminar, Universität. Schriftleitung „Die Frau in der Politik", Beilage zu den „Deutschen Stimmen".

(Bild Seite 358, Platz Nr. 204.)

Merges, August; Volksbeauftragter in Braunschweig. Wahlkr. 16 (Reg.-Bez. Hannover, Hildesheim, Lüneburg sowie Braunschweig). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 3. März 1870 zu Malstatt (Saarbrücken); Dissident. Besuchte die Volksschule in Idar a. Nelle. Erlernte in Barmen das Schneiderhandwerk, Redakteur und Expedient am „Volksfreund" in Braunschweig.

(Platz Nr. 229.)

Michelsen, Peter; Arbeitersekretär in Flensburg. Wahlkr. 14 (Provinz Schleswig-Holstein und Lübeck). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 12. Dezember 1866 zu Wester-Ackebye, Kreis Schleswig; Dissident. Besuchte die Volksschule der Heimatgemeinde, erlernte nach der Schulentlassung das Schuhmacherhandwerk, von 1894 ab in der Schäftemacherei als Stepper, von 1899 ab als Zuschneider beschäftigt, wurde im Jahre 1910 in Flensburg als Arbeitersekretär gewählt und war als solcher bis heute tätig. Kandidierte im Jahre 1906 bei der Nachwahl zum Reichstag im 1. schleswig-holsteinschen Wahlkreise, 1907 und 1912 im 2. schleswig-holsteinschen Wahlkreise Apenrade-Flensburg, seit 1912 Stadtverordneter in Flensburg, während des Krieges in der sozialen Fürsorge in Flensburg, als Berufsberater für Kriegsbeschädigte sowie in der Lebensmittelversorgung tätig, wurde im November 1918 von dem Vollzugsausschuß des Arbeiter- und Soldatenrats in Flensburg als Beigeordneter beim Landrat des Kreises Flensburg ernannt, seit 1890 Mitglied des Verbandes der Schuhmacher Deutschlands, seit 1893 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei.

(Bild Seite 310, Platz Nr. 281.)

Mittelmann, Fritz, Dr.; Schriftsteller in Stettin. Wahlkr. 7 (Provinz Pommern). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 30. Januar 1886 zu Berlin als Sohn des verstorbenen Bankiers Theodor Mittelmann; evangelisch. Besuchte Dorotheenstädtisches Realgymnasium zu Berlin, Universitäten Berlin, München, Marburg, studierte Nationalökonomie, Geschichte, Philosophie, Kunstgeschichte Deutsche und fremde Literatur, promovierte 1908. Nachher Fortsetzung des Studiums in Paris, sowie größere Auslandreisen. Herausgeber der „Rundschau", Zeitschrift für nationale und liberale Politik (zweimal wöchentlich, Nationalverlag zu Stettin), von „Ernst Bassermann, sein politisches Wirken" (Reden und Aufsätze). Schrieb weiter folgende Bücher: „Kreuz und quer durch Belgien" „Balkanwanderungen", „Albert Emil Brachvogel und seine Dramen", „Von der Revolution zur Nationalversammlung", sowie zahlreiche politische Broschüren und Aufsätze.

(Bild Seite 358, Platz Nr. 224.)

Molkenbuhr, Hermann; Parteisekretär in Berlin-Schöneberg. Wahlkr. 30 (Sachsen 3). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 11. September 1851 zu Wedel, Kreis Pinneberg. Besuchte von 1857—1862 die Volksschule in Wedel, dann die Abendschule für in Fabriken arbeitende Kinder, bis 1890 Zigarrenarbeiter dann Redakteur am „Hamburger Echo", seit 1904 Parteisekretär der Sozialdemokratischen Partei. Von 1890—1893 Mitglied des Reichstags für Schleswig-Holstein VI, von 1893—1898 für Hamburg I von 1898—1906 für Elberfeld-Barmen, seit 1907 für den 17. sächsischen Reichstagswahlkreis, von 1907—1915 Stadtverordneter und seit 1915 Stadtrat in Berlin-Schöneberg.

(Bild Seite 310, Platz Nr. 28.)

Most, Otto, Dr.phil.; Oberbürgermeister in Sterkrade. Wahlkr. 23 (Reg.-Bez. Düsseldorf). — Deutsche Volkspartei.

Geboren am 13. September 1881 zu Markranstädt; evangelisch. Besuchte lateinische Hauptschule der Frankeschen Stiftungen Halle a. S., Abiturientenexamen 1899, studierte Staatswissenschaften in Halle und Prag, promovierte 1903. Nach vorübergehender Tätigkeit an zwei

Handelskammern und in einer Redaktion sowie im Reichsstatistischen Amt 1905—1907 Direktor des Statistischen Amts der Stadt Posen, 1907—1911 gleiche Stellung in Düsseldorf, 1911—1915 besoldeter Beigeordneter der Stadt Düsseldorf, 1. Januar 1916 Bürgermeister, seit 1917 Oberbürgermeister der Stadt Sterkrade, im Nebenamt seit 1906 Dozent für Staats- und Kommunalwissenschaften, nacheinander an der Kgl. Akademie Posen, an der Universität Bonn, an der Hochschule für kommunale Verwaltung Düsseldorf. 1916—1917 Mitglied des Kreistags, auch Kreisausschußmitglied des Kreises Dinslaken 1917 zum Mitglied des Rheinischen Provinziallandtags als Vertreter des Stadtkreises Sterkrade gewählt, Presbyter. Mitarbeiter mehrerer Zeitungen und Zeitschriften. In Buchform herausgegeben u. a.: „Die Schuldenwirtschaft der deutschen Städte" (auch russisch und französisch erschienen) 1909, „Das Problem der Arbeitslosenversicherung in Deutschland" (englisch) 1910, „Die deutsche Stadt und ihre Verwaltung" 3 Bände, 1913, „Bevölkerungswissenschaft" 1913, mit Brix, Lindemann, Preuß und Südekum Herausgeber des Handwörterbuchs der Kommunalwissenschaften, 4 Bände (Band 1 abgeschlossen). Ausschußmitglied des Vereins für Sozialpolitik sowie des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik.

(Bild Seite 359, Platz Nr. 877.)

Müller (Breslau), Hermann; Mitglied des sozialdemokratischen Parteivorstandes. Wohnort: Berlin-Tempelhof. Wahlkr. 9 (Reg.-Bez. Breslau). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 18. Mai 1876 zu Mannheim; Dissident. Besuchte Volksschule und Gymnasium in Mannheim, Realgymnasium in Dresden-Neustadt. Kaufmännische Lehre in Frankfurt a. Main, Handlungsgehilfe in Frankfurt a. Main und Breslau. Seit 1899 Redakteur der „Görlitzer Volkszeitung" in Görlitz, seit 1906 Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Berlin. 1903—1906 Stadtverordneter in Görlitz, 1916—1918 Mitglied des Reichstags für Reichenbach-Neurode, November und Dezember 1918 Mitglied des Vollzugsrats, seit Ende Dezember 1918 des Zentralrats der Deutschen sozialistischen Republik.

(Bild Seite 310, Platz Nr. 27.)

Müller (Fulda), Richard; Rentner in Fulda. Wahlkr. 19 (Provinz Hessen-Nassau). — Zentrum. —

Geboren am 6. Oktober 1851 zu Fulda; katholisch. Besuchte Volksschule und Gymnasium in Fulda, technische Schule in Reutlingen, hatte kaufmännische Stellungen im In- und Auslande inne, 1874 bis 1898: Fabrikbesitzer. Reichstagsabgeordneter seit 1893, Kreisdeputierter seit 1910.

(Bild Seite 331, Platz Nr. 132.)

Müller (Potsdam), Hermann; Stadtrat, Arbeitersekretär in Berlin-Lichtenberg. Wahlkr. 4 (Reg.-Bez. 1. Potsdam). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 10. Februar 1868 zu Werdau i. S.; Dissident. Besuchte die Bürger-, dann die Realschule, wurde Lithograph, arbeitete als solcher in Hannover, Cassel, Halle a. d. S., Bochum, wurde 189- Redakteur des sozialdemokratischen „Volksblattes" für Bochum, 1900 Arbeitersekretär in Bremen, 1905 Sekretär des Zentral-Arbeitersekretariats in Berlin, ist seit 1907 zweiter (ehrenamtlicher) Vorsitzender des Verbandes der Lithographen und Steindrucker und erster Vorsitzender der Zentralkommission der Lithographen, bereiste 1909 im Auftrag des Verbandes der Lithographen Nordamerika, wurde 1917 Mitglied der Kontrollkommission und des Parteiausschusses der Sozialdemokratischen Partei. Ist seit 1917 Stadtrat in Berlin-Lichtenberg. Verfasser von „Die Rechtsprechung in Unfallrenten-Streitsachen" 1909, mit Wissell „Die Unfallversicherung in der RVO." 1912; „Die Organisationen der Lithographen, Steindrucker u. v. B.", Bd. 1, 1917; „Karl Marx und die Gewerkschaftsbewegung" 1918; „Die Geschichte der deutschen Gewerkschaften bis zum Jahre 1878" 1918, u. a.

(Bild Seite 310, Platz Nr. 311.)

Mumm, Reinhard, D. theol h. c.; Pastor, Generalsekretär des kirchlichsozialen Bundes in Charlottenburg. Wahlkr. 18 (Arnsberg). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 25. Juli 1873 zu Düsseldorf; evangelisch. Besuchte das Kgl. Gymnasium zu Düsseldorf, die Universitäten Bonn, Halle, Berlin und Utrecht. Seit 1900 in christlichsozialer Tätigkeit und Herausgeber der „kirchlichsozialen Blätter", 1917 Ehrendoktor der Berliner

Universität. Seit 1912 Mitglied des Reichstags, seit 1918 Mitglied des Zentralausschusses für Innere Mission und des Vertrauensrates des evangelischen Oberkirchenrates.

(Bild Seite 353, Platz Nr. 134.)

Nacken, Josef; Kaufmann, Erster beigeordneter Bürgermeister in Eschweiler, Kreis Aachen. Wahlkr. 20 (Reg.-Bez. Cöln und Aachen). — Zentrum. —

Geboren am 8. Oktober 1860 in Aachen; katholisch. Besuchte das Kaiser-Karl-Gymnasium zu Aachen, dann 1882—1885 die Universitäten Bonn, Innsbruck, München, war darauf als Gerichtsreferendar am Amtsgericht Eschweiler und Landgericht Aachen sowie am Amtsgerichte Aachen tätig. Familienverhältnisse halber Übertritt zur Kaufmannschaft 1889, übernahm mit seiner Mutter die Firma Joh. Ohligschlaeger Nachf. zu Eschweiler, jetzt J. Nacken Wwe. & Sohn, G. m. b. H., worin Geschäftsführer. Hauptmann d. L. a. D. der kgl. bayerischen Armee. Erster beigeordneter Bürgermeister der Stadt Eschweiler und Stadtverordneter, Mitglied des Kreistags und Kreisausschusses des Landkreises Aachen, Mitglied der Handelskammer für die Kreise Aachen-Land, Düren und Jülich zu Stolberg (Rheinl.), Branddirektor der Stadt Eschweiler und Vorsitzender des Kreis-Feuerwehrverbandes Aachen-Land, Mitglied des Vorstandes des Feuerwehrverbandes der Rheinprovinz. Mitglied des Reichstags seit 1903—1918.

(Bild Seite 331, Platz Nr. 58.)

Naumann, Friedrich, D.; Schriftsteller in Berlin. Wahlkr. 3 (Berlin). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 25. März 1860 zu Störmthal, Kreis Leipzig; evangelisch. Besuchte Fürstenschule in Meißen, studierte in Leipzig und Erlangen, war Oberhelfer im Rauhen Hause bei Hamburg, von 1886 bis 1890 Pfarrer in Langenberg, Bez. Glauchau, von 1890—1894 Vereinsgeistlicher für innere Mission in Frankfurt a. M., lebte von da an als freier Schriftsteller und Herausgeber der „Hilfe", seit 1897 in Berlin. Verfaßte „Demokratie und Kaisertum" (1900), „Gotteshilfe" (1903), „Neudeutsche Wirtschaftspolitik (1906), „Form und Farbe" (1909), „Ausstellungsbriefe" (1909), „Sommerfahrten" (1909), „Freiheits-

kämpfe" (1911), „Geist und Glaube" (1911), „Vaterland und Freiheit" (1913), „Mitteleuropa" (1915).

(Bild Seite 344, Platz Nr. 32.)

Neuhaus, Agnes; Amtsgerichtsratswitwe in Dortmund. Wahlkr. 18 (Reg.-Bez. Arnsberg). — Zentrum. —

Geboren am 24. März 1854 zu Dortmund; katholisch. Besuchte Volksschule, dann Töchterschule in Dortmund. 1866—1869 die Pension der Ursulinen in Haselünne, Prov. Hannover, 1869—1870 Pension in Carignan (Frankreich), Studium abgebrochen durch den Deutsch-französischen Krieg. 1877—1878, bis zur Verheiratung Kgl. Hochschule für Musik in Berlin. Seit 1899 tätig auf dem Gebiet der Jugendfürsorge und der Fürsorge für sittlich gefährdete und schon gescheiterte Mädchen und Frauen. Gründerin und Vorsitzende des „Katholischen Fürsorgevereins für Mädchen, Frauen und Kinder" mit etwa 150 Ortsgruppen. Vorstandsmitglied des „Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit", des „Archivs deutscher Berufsvormünder", des „Deutschen Verbandes für Einzelvormundschaft" und der Zentrale des Katholischen Frauenbundes Deutschlands, Mitglied der Rechtskommission des „Allgemeinen Fürsorge-Erziehungstages".

(Bild Seite 331, Platz Nr. 324.)

Neumann-Hofer, Adolf, Wirklicher Geheimer Rat, Doktor der Staatswissenschaften; Professor, Schriftsteller, Buchdruckerei- und Zeitungsbesitzer in Detmold. Wahlkr. 17 (Reg.-Bez. Münster, Minden und Lippe). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 18. Februar 1867 zu Lappienen, Kreis Niederung in Ostpreußen; evangelisch. Besuchte Realgymnasien zu Tilsit und Berlin, die Universitäten zu Berlin und Tübingen, 1886 Maturitätsprüfung in Tilsit, 1890 Promotion in Tübingen, lernte bei der Deutschen Bank, dann freier Schriftsteller in Berlin, 1898 Erwerbung der Meyerschen Hofbuchdruckerei und des Verlags der „Lippischen Landeszeitung" in Detmold. Hauptmann der Landwehr a. D. 1901 in den Lippischen Landtag gewählt, seit 1904 wiederum Mitglied des Lippischen Landtags, kandidierte 1903 bei der Reichstagswahl, Mitglied des Reichstags von 1907—1918. Mitglied der lippischen Nationalversammlung und des Landespräsidiums des Freistaats Lippe. Verfasser volkswirtschaftlicher Schriften.

(Bild Seite 345, Platz Nr. 55.)

Neyses, Matthias; Landwirt in Meckel. Wahlkr. 21 (Reg.-Bez. Coblenz und Trier). — Zentrum. —

Geboren am 9. Juli 1872 zu Meckel; katholisch. Besuchte die Volksschule zu Meckel von 1878—1886, von da ab stets in der Landwirtschaft praktisch tätig. Mitglied des Kreistages und Kreisausschusses zu Bitburg, Mitglied des ehemaligen Preußischen Abgeordnetenhauses, Vorsitzender des Verbandes des Rheinischen Glanviehzüchterverbandes. Aufsichtsratsmitglied des Genossenschaftsverbandes des Trierischen Bauernvereins. Mitglied des Ausschusses für Viehzucht und Molkereiwesen an der Rhein. Landwirtschaftskammer.

(Bild Seite 331. Platz Nr. 301.)

Nitzschke, Emil Robert Otto; Kaufmann, Staatsminister a. D. in Lentzsch bei Leipzig. Wahlkr. 28 (Sachsen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 31. Oktober 1870 zu Hadersleben; evangelisch. Nach beendetem Schulbesuch Kaufmannsberuf ergriffen, wissenschaftlich durch eigenes Studium weitergebildet. Seit 1909 Mitglied der Sächsischen zweiten Kammer, Vorsitzender der nationalliberalen Fraktion, 1918 vom König in die Regierung berufen. Ehrenamtlich: Erster Gemeindeältester in seinem Wohnort, Mitglied des Kreisausschusses Leipzig. Schriftstellerische Tätigkeit, namentlich in wirtschaftlichen Fragen.

(Bild Seite 345. Platz Nr. 319.)

Noske (Frankfurt), Ferdinand; Landwirt in Kutschlau. Wahlbez. 6 (Frankfurt a. O.). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 19. Oktober 1857 zu Oggerschütz, Kr. Züllichau-Schwiebus; evangelisch. Besuchte die Volksschule zu Kutschlau, seit der Schulentlassung tätig in der Landwirtschaft seines Vaters. Soldat von 1878—1881 im Grenadier-Reg. Nr. 12 und Inf.-Reg. Nr. 98. War von 1884—1892 Gemeindevertreter; von 1892—1904 Gemeindevorsteher in Kutschlau, Aufsichtsratsmitglied verschiedener landwirtschaftlicher Genossenschaften und Mitbegründer derselben zu Schwiebus.

(Bild Seite 354. Platz Nr. 155.)

Noske (Sachsen), Gustav; Mitglied der Reichsregierung, Staatssekretär, in Chemnitz und Berlin. Wahlkr. 30 (Sachsen, Bez. Chemnitz). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 9. Juli 1868 zu Brandenburg a. H.; Dissident. Besuchte Volksschule und Bürgerschule, Holzarbeiter, Redakteur in Brandenburg a. H., Königsberg i. P., Chefredakteur Chemnitz. November und Dezember 1918 Gouverneur von Kiel, seit 28. Dezember 1918 Mitglied der Reichsregierung. Stadtverordneter in Königsberg, später Chemnitz, Mitglied des Reichstages seit 1906. Verfasser des Buches „Kolonialpolitik und Sozialdemokratie". Verlag J. H. W. Dietz, Stuttgart 1914.

(Bild Seite 310, Platz Nr. 72.)

Nuschke, Otto; Hauptschriftleiter der „Berliner Volkszeitung" in Berlin-Steglitz. Wahlkr. 5 (Reg.-Bez. Potsdam). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 23. Februar 1883 zu Frohburg i. Sa.; evangelisch-lutherisch. Besuchte die Bürgerschule seines Heimatortes und genoß Privatunterricht, lernte technisch im väterlichen Betriebe und in fremden Betrieben (Buch- und Steindruckerei), besuchte die Akademie für graphische Kunst in Leipzig, Hörer an der Universität Marburg, 1902 Redakteur der „Hessischen Landeszeitung", 1903 Chefredakteur daselbst, 1906 Generalsekretär der Freisinnigen Vereinigung (später der Fortschrittlichen Volkspartei) in Cassel, 1910 Redakteur am „Berliner Tageblatt", seit 1916 Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung". Kandidierte 1908 bei der Reichstagsersatzwahl in Siegen, 1912 für die Fortschrittliche Volkspartei in Waldeck-Pyrmont, Mitglied des Verbandes für internationale Verständigung, des Bundes deutscher Bodenreformer und zahlreicher demokratischen Organisationen.

(Bild Seite 345, Platz Nr. 318.)

Oberfohren, Ernst, Doktor der Staatswissenschaften; Oberlehrer in Kiel. Wahlkr. 14 (Provinz Schleswig-Holstein). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 15. März 1881 zu Dümpten, Landkreis Mülheim (Ruhr); evangelisch. Besuchte das Gymnasium zu Mülheim (Ruhr)

von 1892—1900, sodann das Lehrerseminar in Mettmann bis 1901, Lehrer an der städtischen höheren Knabenschule in Mettmann 1901 bis 1905, studierte an den Universitäten Berlin und Bonn Theologie, Philosophie, Germanistik und Französisch, 1908 Oberlehrer in Kattowitz, seit 1909 in Kiel, widmete sich hier dem Studium der Nationalökonomie, 1914 Doktor der Staatswissenschaften, wissenschaftliches Mitglied des Instituts für Seeverkehr und Weltwirtschaft in Kiel. Verfaßte „Die Idee der Universalökonomie in der französischen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur", Jena 1915; „Französische Bestrebungen zur Verdrängung des deutschen Handels", Jena 1916; „Die Lebensmittelversorgung der Stadt Kiel in den drei ersten Kriegsjahren", Kiel 1918.

(Bild Seite 351, Platz Nr. 401.)

Obermeyer, Karl; Gewerkschaftsbeamter in Essen-Ruhr. Wahlkr. 22 (Reg.-Bez. Düsseldorf 1). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 16. März 1874 zu Braunschweig; Dissident. Besuchte vom 7. bis 14. Jahre untere Bürgerschule in Braunschweig, lernte dann drei Jahre Maurer, genügte der Militärpflicht bei der 2. Matrosendivision in Wilhelmshaven. Seit 1907 Geschäftsführer des Vereins des Bauarbeiterverbandes in Essen. Seit 1914 Stadtverordneter in Essen.

(Bild Seite 311, Platz Nr. 312.)

Oertel, Richard; Pfarrer in Neuerkirch. Wahlkr. 21 (Reg.-Bez. Coblenz und Trier). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 14. September 1860 zu Horn; evangelisch. Besuchte die Volksschule und höhere Bürgerschule in Simmern, das Gymnasium in Kreuznach, die Universitäten Tübingen, Leipzig, Bonn. 1893 erstes theologisches Examen, 1895 zweites theologisches Examen, 1893—1895 Vikar in Cappel, 1885—1886 Hauslehrer in Rom, seit 1886 Pfarrer in Neuerkirch. Vorsitzender des Hunsrücker Bauernvereins seit 1893. Aufsichtsratsmitglied der Landwirtschaftlichen Zentral-Darlehnskasse für Deutschland. 1912—1918 Landtagsabgeordneter. Herausgeber des „Hunsrücker Bauer".

(Bild Seite 359, Platz Nr. 352.)

Ohler, Wilhelm; Landwirt in Grabitz. Wahlkr. 8 (Provinz Posen). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 23. Juni 1870 zu Darmstadt; evangelisch. Besuchte die Volksschule seines Heimatsortes, erlernte die Landwirtschaft. Soldat beim 17. Inf.-Rgt., Unteroffizier, dann mehrere Jahre Farmer in Nordamerika. Jetzt Ansiedler in der Provinz Posen, nahm im Kriege beim Res.-Inf.-Rgt. Nr. 227 und 46 teil an den Kämpfen in Ostpreußen und Russisch-Polen; Eisernes Kreuz 2. Klasse, jetzt Grenzschutz Posen-West. Mitglied des Ausschusses des Bundes der Landwirte und verschiedener landwirtschaftlicher Vereine und Körperschaften.

(Bild Seite 334. Platz Nr. 334.)

Ollmert, Karl; Redakteur in Saarbrücken. Wahlkr. 21 (Reg.-Bez. Coblenz und Trier). — Zentrum. —

Geboren am 12. Februar 1874 zu Herten i. Westf.; katholisch. Besuchte 1880—1888 die Volksschule in Herten, 1888—1906 Bergarbeiter auf verschiedenen Gruben im Ruhrrevier, 1906—1909 in Hamborn Bezirksleiter des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands und von 1909—1912 solcher im Saarrevier. Ab 1912 Mitglied der Redaktion der „Saarpost" in Saarbrücken. Hauptarbeitsgebiet: Sozialpolitik und Gewerkschaftsfragen. 1917 zum Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses für den Wahlkreis Saarburg-Merzig-Saarlouis gewählt. Stadtverordneter von Saarbrücken seit 1918.

(Bild Seite 332. Platz Nr. 325.)

Osterroth, Nikolaus; Arbeitersekretär in Hamm, Westf. Wahlkreis 18 (Reg.-Bez. Arnsberg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 16. Februar 1875 zu Hettenleidelheim (Pfalz); konfessionslos. Besuchte siebenklassige Volksschule. Nach Schulentlassung bis 1902 im Tonbergbau beschäftigt. Seit 1897 gewerkschaftlich tätig. Elfmal wegen gewerkschaftlicher und politischer Tätigkeit gemaßregelt. 1902—1903 Lagerhalter, 1904 Parteisekretär im Saarrevier, 1905 bis 1907 Redakteur der sozialdemokratischen „Saarwacht". In dieser Eigenschaft 63 Anklagen. Von Ende 1907—1913 Arbeitersekretär in Waldenburg (Schles.). Weitere 14 Anklagen. Insgesamt 22 Monate Gefängnis im Dienste der Arbeiterbewegung. Von Ende 1913 bis

jetzt im Dienste des Bergarbeiterverbandes als Bezirksleiter und Rechtschutzbeamter. Zwei Jahre Kriegsdienst. Mehrere sozialpolitische und politische Broschüren. Im Druck: „Durch Gestrüpp. Aus der Jugendgeschichte eines Bergarbeiters".

(Bild Seite 311, Platz Nr. 313.)

Otte, Waldemar, Dr. theol.; Landessekretär des Volksvereins für das katholische Deutschland, Direktor der „Neisser Zeitung" in Breslau. Wahlkr. 11 (Reg.-Bez. Liegnitz). — Zentrum. —

Geboren am 29. März 1879; katholisch. Absolvierte Gymnasium Neustadt, Oberschl., studierte auf der Universität Breslau katholische Theologie, promovierte 1905 in Breslau zum Dr. theol., war von 1907—1917 Pfarrer in Greiffenberg i. Schl., seit 1910 Redakteur des „Greif" in Greiffenberg, seit 1. Februar 1919 Direktor der „Neisser Zeitung", seit 1. Oktober 1917 hauptamtlicher schlesischer Landesdirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland. 1905 Inaugural-Dissertation: „Der historische Wert der alten Biographien Clemens V."

(Bild Seite 332, Platz Nr. 326.)

Pachnicke, Hermann, Dr. phil.; Schriftsteller in Berlin und Immenstadt-Bühl (Bayern). Wahlkr. 4 (Reg.-Bez. Potsdam). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 14. April 1857 zu Spandau. Absolvierte das Gymnasium in Spandau, studierte in Berlin und München Philosophie und Staatswissenschaften, promovierte in Halle mit einer Dissertation über Epikur, dozierte an der Humboldt-Akademie in Berlin über Nationalökonomie und öffentliches Recht. Reichstagsabgeordneter seit 1890 ohne Unterbrechung für Parchim-Ludwigslust, Landtagsabgeordneter seit 1907 für Königsberg i. Pr. Schriften über „Liberalismus und Sozialpolitik", „Liberalismus als Kulturpolitik", „Mecklenburgische Verfassungsfrage", über internationales Recht und zahlreiche Aufsätze in Zeitungen und Zeitschriften.

(Bild Seite 315, Platz Nr. 31.)

Panzer, Johann; Redakteur in Bayreuth (Oberfranken). Wahlkr. 26 (Reg.-Bez. Ober-, Mittel- und Unterfranken). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 4. April 1875 zu Bayreuth; protestantisch. Besuchte sieben Klassen Volksschule in Bayreuth und erlernte dann das Schreinerhandwerk, bis September 1908 Schreinergehilfe, von September 1908 bis August 1918 Parteisekretär und Berichterstatter, darauf Redakteur. Seit Herbst 1908 Angehöriger des Gemeindekollegiums der Stadt Bayreuth und seit 1914 Mitglied des Stadtmagistrats dortselbst, außerdem seit 1903 Vorstandsmitglied der Landesversicherungsanstalt von Oberfranken (Vertreter der Arbeitnehmer) und seit 1913 Vorstandsmitglied der Ortskrankenkasse Bayreuth. Bei Ausbruch des Krieges im August 1914 als Landsturmmann nach Belgien ausgerückt, zwei Jahre Etappendienst.

(Bild Seite 311, Platz Nr. 314.)

von Payer, Friedrich; Wirklicher Geheimer Rat in Stuttgart. Wahlkr. 31/32 (Württemberg). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 12. Juni 1847 zu Tübingen; evangelisch. Besuchte das Gymnasium zu Tübingen, das evangelisch-theologische Seminar in Blaubeuren und die Universität Tübingen, von 1871 bis 1913 Rechtsanwalt in Stuttgart, November 1917—1918 Stellvertreter des Reichskanzlers. Von 1894—1912 Mitglied und von 1895—1912 Präsident der württembergischen Kammer der Abgeordneten, Mitglied des Reichstags 1877—1878, 1880—1887, 1890—1917.

(Bild Seite 345, Platz Nr. 10.)

Petersen, Carl, Dr. jur.; Senator in Hamburg. Wahlkr. 37 (Hamburg). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 31. Januar 1868 zu Hamburg; evangelisch. Besuchte das Gymnasium in Kiel, Universitäten Heidelberg und Leipzig. Hamburgischer Rechtsanwalt. September 1918 in den hamburgischen Senat gewählt. 1899 Eintritt in die Hamburger Bürgerschaft. Nach Annahme des Gesetzes über die Einführung von Klassenwahlen Mitbegründer der neuen Fraktion der Vereinigten Liberalen (Fortschrittliche Volkspartei); eine Reihe von Jahren deren Vorsitzender. September 1918 Wahl in den Senat. Verfasser gelegentlicher politischer Zeitungsaufsätze.

(Bild Seite 345, Platz Nr. 367.)

Pfannkuch, Parteisekretär in Berlin. Wahlkr. 3 (Berlin). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 28. November 1841 in Kassel; konfessionslos. Besuchte die Bürgerschule in Kassel. Erlernte das Tischlerhandwerk, das er 20 Jahre praktisch ausübte. Nicht Soldat gewesen. Später Redakteur verschiedener gewerkschaftlicher Blätter, zuletzt der Tischler- bzw. Holzarbeiter-Zeitung. Mitbegründer der ersten gewerkschaftlichen Organisationen in Deutschland auf dem Kongreß 1868 in Berlin, sowie der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands 1892 auf der Konferenz in Berlin. Seit dem Jahre 1894 Mitglied des Parteivorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vom 1. Januar 1900 an Mitglied des Berliner Stadtverordnetenkollegiums, sowie Mitglied des Zweckverbandes von Groß-Berlin. Mitglied des Reichstags von 1884—1887, von 1898—1907 und von 1912—1918.

(Bild Seite 311, Platz Nr. 23.)

Pfeiffer, Maximilian, Dr. phil.; Generalsekretär der Deutschen Zentrumspartei in Berlin. Wahlkr. 3 (Berlin). — Zentrum. —

Geboren am 21. Dezember 1875 zu Rheinzabern (Pfalz); katholisch. Besuchte das hum. Gymnasium Speyer von 1886—1894. Studierte dann in Berlin, Heidelberg und München klassische Philologie, vergleichende Sprachwissenschaft und Kunstgeschichte. Trat nach Ablegung der Lehramtsprüfung für philologisch-historische Fächer am 22. November 1899 bei der Kgl. Hof- und Staatsbibliothek in München als Volontär ein. Wurde dort Praktikant am 1. November 1900, Assistent am 1. September 1902, am 16. April 1903 Sekretär der Kgl. Bibliothek Bamberg, dortselbst am 1. Januar 1910 Kustos, am 1. Januar 1912 Bibliothekar an der Hof- und Staatsbibliothek in München. 1907—1918: Reichstagsabgeordneter für Oberfranken 4, Kronach-Lichtenfels. Seit 1898 literarisch tätig. Mitbegründer und von 1900 bis 1902 Mitherausgeber der „Literarischen Warte". Ständiger Mitarbeiter wissenschaftlicher Zeitschriften. Schrieb zahlreiche kulturhistorische und historische Zeitschriftenaufsätze, literarische und biographische Essays, politische Artikel sowie solche über soziale Themata, Kunst- und Kulturfragen. Gründete 1900 die „Deutsche Literaturgesellschaft" zur Pflege und Förderung katholischer Dichtung; deren Präsident von 1903—1905. Während des Krieges wiederholte Reisen

in alle besetzten Gebiete, besonders nach dem Balkan und in den Orient. Ausgedehnte literarische Tätigkeit im Sinne der interparlamentarischen Union; Mitglied der internationalen Kommission für Kriegsgefangenenfürsorge. Hauptschriften: „Amadisstudien" (1905), „Beiträge zur Geschichte der Säkularisation in Bamberg" (1907), „Theaterelend" (1909), „Einzelformschnitte des 15. Jahrhunderts in der Königlichen Bibliothek zu Bamberg", Bd. 1, 2 (1909, 1911), „Prinz Heinrich von Bayern" (1917), Herausgeber von „Welt und Heim", demokratische Wochenschrift auf christlicher Grundlage (1919), ferner der „Flugschriften der Deutschen Zentrumspartei" (1918/19). Vorstands- und Ausschußmitglied zahlreicher wissenschaftlicher und kultureller Gesellschaften und Verbände, Ehrenmitglied der Société d'archéologie de Bruxelles. Bayer. Verdienstorden vom hlg. Michael 4. Kl. m. d. Krone, Bayer. König-Ludwig-Kreuz, Preußisches Kriegsverdienstkreuz, Offiziersehrenkreuz des Fürstl. Lippischen Hausordens, Päpstliches Verdienstkreuz Pro ecclesia et pontifice, Stern und Großoffizierskreuz des Bulgarischen Zivilverdienstordens, Eiserner Halbmond.

(Bild Seite 332, Platz Nr. 35.)

Pfülf, Antonie; Lehrerin a. D. in München. Wahlkr. 24 (Reg.-Bez. Oberbayern und Schwaben). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 14. Dezember 1877 zu Metz; katholisch. Absolvierte 1894 die höhere Mädchenschule zu München, besuchte von 1900 bis 1902 die Lehrerinnenbildungsanstalt in München, dann 1902—1907 in Oberammergau und Lechhausen als Volksschullehrerin tätig, seit 1907 in gleicher Eigenschaft in München bis 1915, von da an im zeitlichen Ruhestand. Seit 1916 Armenpflegerin und Waisenrätin, Mitglied des Landesarbeiterrats von Bayern, Vorsitzende des Ortslehrerrats und des Bundes sozialistischer Frauen.

(Bild Seite 311, Platz Nr. 315.)

Philipp, Albrecht, Dr. phil.; Oberlehrer am staatlichen Realgymnasium zu Borna-Leipzig. Wahlkr. 29 (Sachsen 2). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 1. Februar 1883 zu Kleinwolmsdorf bei Radeberg i. Sachsen; evangelisch-lutherisch. Besuchte die Volksschule, später die Dreikönigschule (Realgymnasium) in Dresden, 1903—1907 die Universität Leipzig und studierte dort Geschichte, Erdkunde, Philosophie

und Volkswirtschaft, 1906 Dr. phil., 1907 Staatsprüfung für das höhere Lehramt, 1907/08: Hilfsarbeiter an den Staatsarchiven zu Weimar, 1908/09 Probelehrer am Realgymnasium mit höherer Landwirtschaftsschule zu Döbeln i. Sa., seit 1909 wissenschaftlicher Lehrer am staatlichen Realgymnasium zu Borna, 1914 Oberlehrer. 1914 Kriegsfreiwilliger, 1914—1916 mit sächsischer Heereskavallerie an der Ostfront, 1917 bei Infanterie an der Westfront, seit 1915 Leutnant d. Landwehrkav. I, nahm bei Ausbruch der Revolution seinen Abschied. 1916 bis zur Revolution Mitglied der Zweiten Kammer der sächsischen Ständeversammlung. Verfaßte 1907 „August der Starke und die pragmatische Sanktion". Herausgeber (mit G. Koch und P. Groele) von „Handbuch für den Geschichtsunterricht", 3 Bd., „Lehrbuch der Geschichte" (in verschiedenen Auflagen). „Bismarckkalender 1913/15 (mit Horst Kohl bearbeitet). Mitarbeiter der sächsischen Kommission für Geschichte. Kleinere Schriften geschichtlichen und politischen Inhalts.

(Bild Seite 354, Platz Nr. 423.)

Pick, Otto; Gewerkschaftssekretär in Fischbach bei Saarbrücken. Wahlkr. 21 (Reg.-Bez. Coblenz und Trier und Birkenfeld). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 15. April 1882 zu Birkenfeld (Fürstentum). Besuchte von 1888—1896 die dortige Volksschule, erlernte dann das Schmiedehandwerk und trat nach kurzer Gesellenzeit auf der staatlichen Kohlengrube Camphausen bei Saarbrücken in Dienst. Betätigte sich lebhaft in der politischen sowie der im Saarrevier sehr starken christlichen Gewerkschaftsbewegung. Wurde 1914 als Beamter der christlichen Gewerkschaften angestellt und steht jetzt im Dienste des Christlichen Metallarbeiterverbandes.

(Bild Seite 346, Platz Nr. 368.)

Pinkau, Johann Karl; Photograph in Leipzig. Wahlkr. 29 (Sachsen 2). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 1. Juni 1859 zu Leipzig; Deutsch-katholisch. Lithograph, seit 1893 Photograph. 1894—1896 Sächsischer Landtagsabgeordneter, 1894—1898 und 1902—1908 Stadtverordneter in Leipzig.

(Bild Seite 311, Platz Nr. 116.)

Pohlmann, Alexander; Oberbürgermeister (Erster Bürgermeister) in Kattowitz, Oberschl. Wahlkr. 10 (Reg.-Bez. Oppeln). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 10. September 1865 zu Graudenz, Westpreußen; evangelisch. Besuchte das Gymnasium, die Universitäten Freiburg i. Br., Leipzig, Berlin. Studium der Rechts- und Verwaltungswissenschaft, abgeschlossene juristische Vorbildung (Gerichtsassessor), juristischer Hilfsarbeiter bei den Magistraten zu Posen und Frankfurt a. O., Stadtrat in Posen, Erster Bürgermeister in Kattowitz seit 1903. Landtagsabgeordneter seit 1915 (Fortschrittliche Volkspartei), Provinziallandtagsabgeordneter der Provinz Schlesien seit 1904.

(Bild Seite 346, Platz Nr. 369.)

Pokorny, Franz; Angestellter des Bergarbeiterverbandes in Saarbrücken. Wahlkr. 21 (Reg.-Bez. Coblenz und Trier). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 21. März 1874 zu Schwelm. Besuchte die Volksschule und nahm 1890 Bergarbeit auf, die er bis 1897 in allen Fächern durchmachte. 1897—1911 abwechselnd Sekretär des Verbandes oder Redakteur des Verbandsorgans, dann bis 1916 Ressortredakteur in dem von der Leitung der sozialdemokratischen Gesamtpartei Deutschlands errichteten Pressebureau in Düsseldorf. Bei Verlegung dieses Bureaus nach Berlin wieder Rückkehr zum Bergarbeiterverband, hier noch heute tätig. Politisch und gewerkschaftlich organisiert seit 1890. Verfasser einer Anzahl Schriften. Die reich an Kämpfen durchsetzte Geschichte des Bergarbeiterverbandes brachte dem faßt stets in exponierter Stelle stehenden Führer eine ganze Menge von Geld- und Gefängnisstrafen ein.

(Bild Seite 312, Platz Nr. 316.)

Posadowsky-Wehner, Arthur, Dr. jur, Dr. theol. h. c., Dr. med. h. c.; Staatsminister, Staatssekretär a. D. in Naumburg a. S. Wahlkr. 13 (Reg.-Bez. Merseburg). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 3. Juni 1845 zu Glogau; evangelisch. Besuchte das Erste Gymnasium Glogau, 1864—1867 die Universitäten Berlin, Heidelberg, Breslau; 1867 Dr. jur. bei Universität Breslau, Auskultator und Referendar beim Stadtgericht Breslau, Verwaltungsdienst bei

Regierung Posen, Verwaltungsassessor-Examen; 1875 Landrat des Kreises Wongrowitz, Reg.-Bez. Bromberg; 1877 Landrat des Kreises Kroeben (Rawitsch), Reg.-Bez. Posen; 1885 Verwaltungsdirektor bzw. Landeshauptmann der Provinz Posen; 1893 Staatssekretär des Reichsschatzamts; 1897 Allgemeiner Stellvertreter des Reichskanzlers und Staatssekretär des Innern, Kurator der Reichsbank und preußischer Staatsminister, stellvertretender Vorsitzender des Bundesrats; 1907 aus dem Reichs- und Staatsdienst geschieden; 1882—1885 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses für Rawitsch-Kroeben (freikonservative Partei); seit 1901 Dechant des Domstifts Naumburg, seit 1907 Mitglied des Preußischen Herrenhauses für das Domkapitel Naumburg, seit 1912 Mitglied des Reichstags für Bielefeld-Wiedenbrueck.

(Bild Seite 354, Platz Nr. 17.)

Puschmann, Alois; Arbeitsnachweisleiter in Glatz. Wahlkr. 9 (Reg.-Bez. Breslau). — Zentrum. —

Geboren am 17. Mai 1882 zu Liebau, Kreis Landeshut; katholisch. Vom 6. bis 14. Jahre in Liebau Volksschule besucht, dann 13 Jahre als Arbeiter in Flachsgarnspinnerei tätig, 8 Jahre lang Arbeitersekretär, ein halbes Jahr Schriftleiter einer Tageszeitung und seit 1. August 1918 Leiter des öffentlichen Arbeitsnachweises in Glatz, Vorsitzender des Kriegsausschusses für Verbraucherinteressen, Mitglied einer Reihe von Kommissionen und Ausschüssen für Verwaltungs- und Wohlfahrtszwecke. Seit 1. Januar 1916 Stadtverordneter in Glatz.

(Bild Seite 332, Platz Nr. 327.)

Quarck, Max, Dr. jur.; Schriftsteller in Frankfurt a. M. Wahlkr. 19 (Provinz Hessen-Nassau). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 9. April 1860 zu Rudolstadt i. Thüringen; Dissident. Besuchte die Universität Leipzig. Juristischer Staatsdienst, dann Redakteur der „Deutschen Zeitung", Wien (1886—1887), der „Frankfurter Zeitung (1887—1891) und der Frankfurter „Volksstimme" (1895 bis 1917). Stadtverordneter in Frankfurt a. M. seit 1901, Reichstagsabgeordneter seit 1912, Beigeordneter im Reichsamt des Innern seit 1918. Verfasser sozialpolitischer, volkswirtschaftlicher und geschichtlicher Schriften; letzte Schrift: „Von der Friedensresolution zur Revolution". Frankfurt a. M. 1918.

(Bild Seite 312 Platz Nr. 73.)

Quessel, Ludwig, Doktor der Staatswissenschaften; Schriftsteller in Darmstadt. Wahlkr. 34 (Hessen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 1. Juli 1872 in Königsberg i. Pr. Besuchte die Volksschule in Königsberg, erlernte das Uhrmacherhandwerk, bereitete sich als Lehrling und Handwerksgeselle zumeist durch Selbstunterricht für das Hochschulstudium vor, legte 1897 die Zulassungsprüfung für die Universität im Kanton Zürich ab, widmete sich hierauf nationalökonomischen, rechts- und sozialwissenschaftlichen Studien promovierte als Doktor der Staatswissenschaften im Jahre 1905. Redakteur in Königsberg, Stettin und Danzig, Verfasser zahlreicher Aufsätze sozialwissenschaftlichen Inhalts in der „Neuen Zeit" und den „Sozialistischen Monatsheften". Mitglied des Reichstags 1912—1918.

(Bild Seite 312, Platz Nr. 71.)

Quidde, Ludwig, Dr. phil.; Historiker, Privatgelehrter in München. Wahlkr. 24 (Reg.-Bez. Oberbayern und Schwaben). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 23. März 1858 zu Bremen; konfessionslos. Besuchte bis 1876 das Gymnasium in Bremen, dann die Universitäten Straßburg und Göttingen, promovierte als Historiker 1881 und wurde Mitarbeiter bei den „Deutschen Reichstagsakten" (14.—15. Jahrh.), herausgegeben von der Historischen Kommission bei der Akademie der Wissenschaften zu München 1882—1886 in Frankfurt a. M.; 1886 bis 1889 in Königsberg i. Pr., seit 1890 in München, mit Unterbrechung von zwei Jahren (Herbst 1890—1892, als Sekretär des preußischen Historischen Instituts in Rom), 1888—1896 Herausgeber der von ihm gegründeten „Deutschen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft"; seit 1887 a. o. Mitglied, seit 1907 ordentliches Mitglied der Historischen Kommission; seit 1892 a. o. Mitglied der Historischen Klasse der Akademie; machte ausgedehnte Reisen zur Durchforschung von Archiven und Bibliotheken, besonders in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Italien. Seit 1893 im politischen Leben tätig in Organisationen der Deutschen Volkspartei, später der Fortschrittlichen Volkspartei, verbüßte 1896 drei Monate Gefängnis wegen „Majestäts-

beleidigung", Dezember 1902—1911 Gemeindebevollmächtigter; seit 1907 Mitglied der bayerischen Kammer der Abgeordneten, 1918 Zweiter Vizepräsident des provisorischen Nationalrats des Volksstaates Bayern. Seit 1892 in der Friedensbewegung tätig, gründete 1894 die Münchener Friedensgesellschaft, seit 1901 Mitglied des internationalen Friedensbureaus in Bern, 1907 Präsident des 16. Weltfriedenskongresses in München, seit 1914 1. Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft. Beteiligt an der Herausgabe der „Deutschen Reichstagsakten", Band 5, 6, 10—12. Verschiedene Schriften zur deutschen Geschichte (besonders Verfassungsgeschichte im späteren Mittelalter): „Der Schwäbisch-Rheinische Städtebund im Jahre 1384" 1884, „Entstehung des Kurfürstenkollegs" 1884, „Studien zur Geschichte des Rhein. Bundes von 1254" 1885. Politische Schriften: „Der Militarismus im Deutschen Reich" 1.—3. Auflage 1893, „Caligula, Eine Studie über römischen Cäsarenwahnsinn" (30 Auflagen) 1894, „Wetterleuchten der Reaktion" 1895, „Katalog der Bibliothek des demokratischen Vereins" 1899, „Bayerische Steuerreform" 1909, „Nationale Lebens- und Ehrenfragen" 1910, „Die Entwicklung der Rechtsidee in der Geschichte" 1911, „Schuldisziplin und Elternhaus" 1911, „Organisation der Interparl. Union" 1911 (auch französisch), Wie gebe ich meine Steuererklärung ab?" 1911. „Entwurf zu einem Vertrage über Rüstungsbeschränkung" 1913 (auch französisch und englisch). Während des Weltkriegs: „Sollen wir annektieren?" Denkschrift des Bundes „Neues Vaterland" 1915, „Reale Garantien für einen dauernden Frieden" 1915, Verfasser der Eingaben der pazifistischen Organisationen an den deutschen Reichstag: „Pazifismus und Belagerungszustand" 1917, „Die Friedensfrage nach der russischen Revolution" 1917, „Friede im Osten und Westen" 1918, Politische Aufsätze in der Tagespresse.

(Bild Seite 346, Platz Nr. 370.)

Raschig, Friedrich, Dr. phil., Dr. ing. (h. c.), Dr. phil. nat. (h. c.); Fabrikant, Inhaber einer chemischen Fabrik in Ludwigshafen a. Rh. Wahlkr. 27 (Reg.-Bez. Pfalz). — Deutsche demokratische Partei.

Geboren am 8. Juni 1863 zu Brandenburg a. H.; evangelisch. Besuchte das Realgymnasium in Brandenburg a. H., studierte Chemie 1881—1885 in Berlin und Heidelberg. 1885—1887 Assistent am 2. chemischen Universitätslaboratorium in Berlin. 1887—1891 Chemiker bei der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh. Seit 1891 Inhaber einer eigenen chemischen Fabrik. Seit 1900 Stadtrat in Ludwigshafen a. Rh.

(Bild Seite 346, Platz Nr. 391.)

Rauch, Friedrich; Schriftleiter in Linden-Limmer. Wahlkr. 16 (Reg.-Bez. Hannover, Hildesheim und Braunschweig). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 18. November 1859 zu Limmer; lutherisch. Besuchte die einklassige Volksschule in Limmer (über 200 Schüler), kam nach der Entlassung aus der Schule, April 1874, in die Fabrik, besuchte vom Jahre 1876 ab in seinen Mußestunden Unterrichtskurse im „Arbeiterverein Hannover" (französische Sprache, Stenographie usw.), betrieb in den Jahren 1882—1884 das Selbststudium der deutschen Sprache, verließ im Herbst 1890 die Fabrik und trat in die Redaktion des im Erscheinen begriffenen „Volkswille" ein. Zunächst als Lokal- und Provinzredakteur tätig, übernahm er am 1. Januar 1894 die Redaktion des politischen Teils, die ihm im Jahre 1895 eine längere Freiheitsstrafe (wegen Majestätsbeleidigung und Beleidigung des Berliner Ersten Staatsanwalts) eintrug, war mehrere Jahre Mitglied des Gemeindeausschusses und des Schulvorstandes seines Heimatsorts sowie des Schiedsgerichts für Unfallversicherungssachen für die Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie, Sektion III (Hamburg). Mitglied des Reichstags 1912—1918.

(Bild Seite 312, Platz Nr. 117.)

Raute, Gustav; Zigarrenfabrikant in Eilenburg. Wahlkr. 13 (Reg.-Bez. Merseburg). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 1. Dezember 1859 zu Eilenburg. Besuchte von 1866—1874 die Volksschule zu Eilenburg, erlernte die Zigarrenmacherei und bereiste von 1878—1882 den größten Teil Deutschlands, 1898 selbständig, betreibt eine kleine Zigarrenfabrik in Eilenburg.

Seit 1906 Stadtverordneter in Eilenburg, Mitglied des Kreistags des Kreises Delitzsch, Reichstagsabgeordneter seit 1912.

(Bild Seite 363, Platz Nr. 230.)

Reek, Walter Arthur; Gewerkschaftssekretär Zentralverband der Zimmerer in Danzig. Wahlkr. 2 (Provinz Westpreußen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 26. Januar 1878 zu Danzig; Dissident. Besuchte die St. Katharinen-Mittelschule in Danzig. Erlernte von 1892—1895 das Zimmererhandwerk, von 1895—1900 auf Wanderschaft, bereiste Deutschland, Schweiz und Österreich. Von 1900—1902 Soldat. Seit 1902 Vorsitzender und seit 1906 angestellter Sekretär der Zahlstelle Danzig des Zentralverbandes der Zimmerer, nahm 1908 an den Unterrichtskursen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands teil, gründete 1918 die „Freie Baugenossenschaft" zu Danzig, seit 1917 Vorsitzender der Pressekommission „Volkswacht" in Danzig, seit Mai 1918 nebenamtlich als Arbeitersekretär tätig. Seit Entlassung aus dem Heere 1916 in verschiedenen Kommissionen des Kriegsernährungsamts Danzig tätig, 1918 zum Stadtverordneten in Danzig gewählt.

(Bild Seite 312, Platz Nr. 317.)

Reincke, Heinrich; Landwirt in Schleben. Wahlkr. 8 (Provinz Posen). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 2. August 1868 zu Pivitsheide (Lippe-Detmold); evangelisch. Besuchte die Volksschule seines Heimatsortes. Diente im Jahre 1890—1891 beim 7. Trainbataillon in Münster in Westf., siedelte im Jahre 1899 nach Schleben-Posen-West als Ansiedler bei der Ansiedelungs-Kommission über. Leiter und Gründer der Schlebener Betriebsgenossenschaften, Brennerei und Kartoffeltrocknerei. Unterverbandsdirektor im Verband deutscher Genossenschaften der Provinz Posen, Mitbegründer des Deutschen Bauernbundes und Ausschußmitglied desselben, Mitglied der Provinzial-Kartoffelstelle Posen und während der Kriegszeit für die Presse-Abteilung beim V. Armeekorps im Aufklärungsdienst tätig. Beeidigter landwirtschaftlicher Sachverständiger für den Bezirk des Landgerichts Posen.

(Bild Seite 350, Platz Nr. 431.)

Reißhaus, Hermann Paul; Kaufmann in Erfurt. Wahlkr. 36 (Thüringen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 29. September 1855 zu Burg b. Magdeburg; Dissident. Besuchte die Volksschule von 1861—1869, erlernte das Schneiderhandwerk von 1869—1872, von 1878 ab selbständig als Schneidermeister, von 1892 ab Inhaber eines Damen- und Herrenmodeartikel-Geschäfts in Erfurt. Seit 1874 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, auf Grund des Sozialistengesetzes vom 28. Oktober 1878 im Jahre 1880 aus Berlin ausgewiesen, 1884 wurde ihm das Recht, Drucksachen gewerbsmäßig und nichtgewerbsmäßig zu verbreiten, auf Grund des Sozialistengesetzes entzogen, Mitbegründer des unter dem Ausnahmegesetz wieder neu gegründeten Deutschen Schneider- und Schneiderinnenverbandes, Vertrauensmann und Geschäftsführer des Verbandes von 1888—1892. Mitglied des Reichstags von 1893—1906, 1912—1919 Referent zum Zollabschnitt V Unterabschnitt D.

(Bild Seite 312, Platz Nr. 118.)

Reitze, Johanne, geb. Leopold; Ehefrau in Hamburg. Wahlkr. 37 (Hamburg, Bremen und Reg.-Bez. Stade). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 16. Januar 1878 zu Hamburg. Besuchte die Volksschule in Hamburg bis 1892, war dann zweieinhalb Jahre Dienstmädchen und bis zur Verheiratung 1900 als Arbeiterin in Buchdruckerei beschäftigt, besuchte 1904—1907 Fortbildungskurse in Hamburg und Berlin. Seit 1902 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und seit 1907 öffentlich für die Partei tätig. Während des Krieges Mitglied des Beirats des Hamburgischen Kriegsversorgungsamts, des Speisungsausschusses der Kriegsküchen. Pflegerin der Kriegshilfe und der Hinterbliebenfürsorge.

(Bild Seite 313, Platz Nr. 309.)

Remmers, Ernst; Generalsekretär des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten in Berlin-Niederschönhausen. Wahlkr. 4 (Reg.-Bez. Potsdam). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 9. Juli 1868 in Gehrden bei Hannover; evangelisch-lutherisch. Besuchte 1874—1876 die Volksschule des Heimatsortes, 1876—1882 die höhere Privatschule in Aerzen und Gehrden bei Hannover, 1882—1887 das Leibniz-Realgymnasium in Hannover und Kgl. Andreas-Realgymnasium in Hildesheim. Trat zuerst als Postbeamter (1887—1894) im Jahre 1890 in der Organisationsbewegung der mittleren Postbeamten hervor, 1895 Begründung der Zeitschrift „Deutscher Postbote" und Schriftleiter desselben bis 1900, 1900 Herausgeber der „Deutschen Post" und Mitbegründer des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten, 1909 Generalsekretär des Verbandes der unteren Post- und Telegraphenbeamten, 1909—1911 Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Bundes der Festbesoldeten, 1916 Mitbegründer und erster Vorsitzender der Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände, Begründer der Zeitschrift „Die Gemeinschaft", 1918 Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes, Vorstandsmitglied des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen, Schatzmeister des Volksbundes für Freiheit und Vaterland, Mitglied des Aufsichtsrats der Reichsstelle für Gemüse und Obst usw. 1911—1914 Gemeindeschöffe, Vorsitzender des Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei für Berlin-Niederschönhausen und Umgegend, Reichstagskandidat der Fortschrittlichen Volkspartei 1907 im Wahlkreise Geestemünde-Otterndorf, 1912 im Wahlkreise Brandenburg-Westhavelland. Mitarbeiter an Tages- und Fachzeitschriften.

(Bild Seite 316. Platz Nr. 392.)

Rheinländer, Anton; Rektor in Hagen i. Westf. Wahlkr. 18 (Reg.-Bez. Arnsberg). — Zentrum. —

Geboren am 26. August 1866 zu Geisleden, Kreis Heiligenstadt; katholisch. Besuchte die Lehrerbildungsanstalt in Heiligenstadt von 1881—1886, als Lehrer tätig in Torgau bis 1. Oktober 1886, darauf in Dittelstedt bei Erfurt bis 1893, vom 1. Oktober 1893 ab in Hagen. Schulleiter seit 1896, Mittelschullehrer- und Rektorprüfung in Münster 1895 bzw. 1896. Erster Vorsitzender des katholischen Lehrerverbandes Westfalen, Zweiter Vorsitzender im Geschäftsausschuß des katholischen Lehrerverbandes des Deutschen Reichs, Mitglied der städtischen Schul-

deputation und der städtischen Bibliothekkommission. Veröffentlichte: „Die soziale Stellung des Volksschullehrers in der Gegenwart" 1912; Mitarbeiter der „Päd. Woche".

(Bild Seite 332, Platz Nr. 328.)

Richter (Ostpreußen), Adolf; Landwirt in Ebersbach, Kr. Pr. Holland. Wahlkr. 1 (Provinz Ostpreußen). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 9. Januar 1881 zu Ebersbach, Kr. Pr. Holland; evangelisch. Nach Besuch der Volksschule in Ebersbach mehrjährige landwirtschaftliche Praxis, darauf Besuch der landwirtschaftlichen Winterschule Braunsberg, Ostpr., dann Übernahme der elterlichen Wirtschaft im Jahre 1905. Begründer und Vorsitzender des Landwirtschaftlichen Vereins Ebersbach seit 1911. Langjähriger Delegierter im Landwirtschaftlichen Zentralverein Königsberg und Delegierter in der Sektion für Pferdezucht, sowie in der Sektion für Ackerbau und Viehzucht.

(Bild Seite 354, Platz Nr. 402.)

Richter (Pfalz), Johann Sophian Christian; Steuerinspektor in Landau, Rheinpfalz. Wahlkr. 27 (Pfalz). — Zentrum. —

Geboren am 16. Januar 1875 zu Bayreuth; evangelisch-lutherisch. Besuchte die Volksschule und Kreisrealschule zu Bayreuth, die Industrieschule zu Nürnberg und die Technische Hochschule zu München, Allgemeine Abteilung. 8. April 1896—1898 Zollpraktikant zu Hof und Nürnberg, 1898—1906 Hauptzollamtsassistent zu Simbach und Nürnberg, seit 1. Februar 1906 Steueroberkontrolleur, seit 20. Juli 1918 Steuerinspektor in Landau, Pfalz. Mitglied des Reichstags 1912 bis 1918.

(Bild Seite 332, Platz Nr. 150.)

Freiherr von Richthofen, Hartmann Oswald Heinrich Ferdinand; Legationsrat, Legationssekretär a. D. Wendenhof bei Schwerin (Mecklenburg und Berlin). Wahlkr. 16 (Reg.-Bez. Hannover und Hildesheim). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 20. Juli 1878 zu Berlin; evangelisch. Besuchte die Gymnasien in Weimar und Zabern i. E., die Universitäten Freiburg

i. B., Leipzig und Straßburg (i. E.). 1900 Referendarexamen in Frankfurt a. M., 1902 Attaché im Auswärtigen Amt, 1903—1904 Geschäftsträger in Ägypten, Attaché bei der Preußischen Gesandtschaft beim Päpstlichen Stuhl 1905 Diplomatisches Examen, Ernennung zum Legationssekretär, Geschäftsträger in Kopenhagen, Legationssekretär bei der Botschaft in St. Petersburg, 1906—1907 Legationssekretär und Geschäftsträger in Teheran, 1908—1909 Legationssekretär bei der Botschaft in Washington, 1910—1911 Legationssekretär und Geschäftsträger in Mexiko, 1. Juli 1911 Ernennung zum Legationsrat, 1. Oktober 1911 ausgeschieden aus dem Reichsdienst. Mitglied des Reichstags 1912—1918, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses 1915—1918. 1919 gewählt in die verfassunggebende preußische Landesversammlung und den verfassunggebenden mecklenburgischen Landtag. Entfaltete politische und schriftstellerische Tätigkeit in politischen Tageszeitungen.

(Bild Seite 346, Platz Nr. 77.)

Riedmiller, Lorenz; Holzarbeiter in Emmendingen. Wahlkr. 35 (Baden). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 19. Oktober 1880 zu Egg a. G., Kreis Schwaben, Bayern; freireligiös. Besuchte die Volksschule, arbeitete als Säger und später als Holzbearbeitungsmaschinist in verschiedenen Orten und Städten Bayerns, Württembergs und Badens. In Baden ansässig seit 1905, diente im Kriege beim Ref.-Gren.-Reg. Nr. 109 und wurde später auf Grund beruflicher Kenntnisse zur Wirtschaftskompagnie Nr. 102 versetzt, welcher Formation er bis zum Waffenstillstand angehörte. Langjähriger Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins Freiburg und Kreisvorsitzender des 5. badischen Reichstagswahlkreises, Stadtverordneter in Freiburg i. Br. von 1911—1912, von 1912 an besoldeter Parteisekretär des 5. badischen Reichstagswahlkreises, Sitz in Emmendingen, letzte Tätigkeit März 1915, seitdem bis November 1918 im Felde gewesen.

(Bild Seite 313, Platz Nr. 308.)

Rießer, Jacob, Dr. jur.; Geheimer Justizrat und ordentlicher Honorarprofessor an der Universität Berlin. Wahlkr. 19 (Provinz Hessen-Nassau und Waldeck). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 17. November 1853 in Frankfurt a. M. (Sachsenhausen). 1872—1875 Besuch der Universitäten Heidelberg, Leipzig und Göttingen, 1875 Referendar, 1879 Gerichtsassessor, von 1880 ab Rechtsanwalt in Frankfurt a. M., 1888 Mitglied des Vorstandes der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) in Berlin, 1902 Geheimer Justizrat, 1906 nach Ausscheiden aus der Bank, ordentlicher Honorarprofessor an der Berliner Universität. Hauptschriften: „Zur Revision des Handelsgesetzbuchs" (2 Bände); „Grundgedanken in den kodifizierten Handelsrechten aller Länder"; „Die Neuerungen im deutschen Aktienrecht"; „Die handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte", Kommentar zum Bankdepotgesetz; verschiedene Abhandlungen über die Revision des Börsengesetzes, die Notwendigkeit eines Scheckgesetzes und die Aufsichtsratsfrage. Wirtschaftliche: „Die deutschen Großbanken" usw. (in zwei fremde Sprachen übersetzt, bisher 4. Aufl.); „Finanzielle Kriegsbereitschaft und Kriegsführung" (2. Aufl. 1913) und (gleichfalls vor dem Kriege) eine Reihe von Aufsätzen über die Notwendigkeit und das Programm eines wirtschaftlichen Generalstabes. Während des Krieges: „England und wir, finanzielle und wirtschaftliche Kriegswirkungen in England und Deutschland" (2. Aufl. 1915) und weitere Schriften über kriegsfinanzielle und kriegsorganisatorische Fragen, sowie über die finanziellen und wirtschaftlichen Fragen des Friedensvertrages und der Überführung der Kriegs- in die Friedenswirtschaft. War Mitglied zahlreicher Sachverständigenkommissionen (u. a. Entwurf des Bankdepotgesetzes und Handelsgesetzbuchs, Revision des Börsengesetzes, Bankenquete). War Ältester der Berliner Kaufmannschaft, dann Mitglied und Vizepräsident der Berliner Handelskammer, Vorsitzender des Ehrengerichts für die Berliner Börse und Mitglied des Ausschusses des deutschen Handelstags und Mitglied des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei (seit 1903), ist Mitglied des Direktoriums des Mitteleuropäischen Wirtschaftsvereins, Vizepräsident des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller, Mitglied und Vizepräsident der Berliner Juristischen Gesellschaft und Mitglied der Ständigen Deputation des Deutschen Juristentages. Begründete 1901 den Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, 1909 den Hansa-Bund, ist seitdem ehrenamtlicher Vorsitzender dieser zwei Organisationen, ferner ehrenamtlicher Vorsitzender des 1909 begründeten Beamtenversicherungsvereins des

deutschen Bank- und Bankiergewerbes und war Vorsitzender aller (vier) bisherigen Bankiertage. Ist Preuß. Hauptmann d. L. a. D. Mitglied des Reichstags 1916—1918.

(Bild Seite 359, Platz Nr. 178.)

Rodemann, Paul; Vorsitzender des Soldatenrats im Gouvernement Libau. Gewählt von den im Osten stehenden Truppenverbänden. — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 22. April 1887 zu Magdeburg; evangelisch. Lernte Böttcher, in Hamburg und Harburg (Elbe) tätig gewesen. Selbststudium: Kulturgeschichte, Sozialgesetzgebung. Am 10. November 1918 als Vorsitzender des Soldatenrats Gouvernement Libau gewählt. Organisator der Freiwilligen-Bataillone. 3½ Jahr Weltkrieg im Osten. 2 Jahre Schützengraben. Mitarbeiter, Redakteur der „Zeit" in Libau.

(Bild Seite 313, Platz Nr. 403.)

Röhl (Cöln), geborene Gohlke, Elisabeth; Hausfrau und Mutter in Cöln-Klettenberg. Wahlkr. 20 (Reg.-Bez. Cöln und Aachen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 22. August 1888 zu Landsberg a. W.; Dissidentin. Besuchte die sechsklassige Volksschule in Landsberg a. W., daselbst zwei Jahre als Hausangestellte in kleinem Lehrerhaushalt tätig. Mit 16½ Jahren Übersiedelung nach Berlin-Schöneberg, dortselbst in Nähbetrieben tätig. Mit 18 Jahren in Berufsorganisation (Schneiderverband) und politischer Organisation (erst Frauen- und Mädchenbildungsverein, seit 1908 sozialdemokratische Partei). Seit dieser Zeit als Rednerin und Schriftstellerin für die Partei tätig. Von 1908—1913 in Neukölln-Berlin gewohnt, im dortigen Parteivorstand Mitglied gewesen. Seit 1913 Wohnsitz in Cöln a. Rh. Hier seit 1918 Vorstandsmitglied der sozialdemokratischen Partei. Seit 1907 verheiratet und Mutter eines Sohnes. Während des Krieges in Heimarbeitsvermittlung und städtischen Kommissionen tätig gewesen.

(Bild Seite 313, Platz Nr. 388.)

Röhle (Sachsen), Paul; Arbeitersekretär in Plauen i. V. Wahlkr. 30 (5. Sachsen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 29. April 1885 zu Barmen; Dissident. Besuchte die Volksschule, lernte das Malerhandwerk. Seit 1. Januar 1912 als

Gewerkschaftsführer der Maler, ab 1. Januar 1916 als Arbeitersekretär in Plauen tätig. Mitglied des Landesarbeiterrats für Sachsen. Mitarbeiter der sozialdemokratischen Presse.

(Bild Seite 313, Platz Nr. 307.)

Roesicke, Gustav, Dr. jur.; Gerichtsassessor a. D., Vorsitzender des Bundes der Landwirte seit seiner Gründung 1893, Rittergutsbesitzer in Rittergut Görsdorf bei Dahme (Mark). Wahlkr. 2 (Provinz Westpreußen). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 15. Juli 1856 in Berlin; evangelisch. Besuchte die Grützmachersche Vorschule und das Französische Gymnasium in Berlin, Schulpforta und das Köllnische Gymnasium in Berlin, die Universitäten Berlin, Göttingen und Leipzig. Studierte zuerst Geschichte und Philosophie, sodann Jurisprudenz. 1881—1886 Referendar in Berlin, Halle, Naumburg a. S., 1886—1889 Gerichtsassessor in Halle a. S. Seit 1889 Landwirt, bewirtschaftet seitdem Rittergut Görsdorf bei Dahme (Mark). Oberleutnant der Landwehr-Kavallerie a. D., Mitglied der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg, des Börsenausschusses, des Bezirkseisenbahnrats Erfurt, Halle und stellvertretendes Mitglied des Bezirkseisenbahnrats Magdeburg, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses von 1913—1918, Mitglied des Reichstags von 1898—1903 und von 1907—1912, 1914—1918. Verfasser politischer, wirtschaftspolitischer und landwirtschaftlicher Aufsätze. Roter Adlerorden IV. Kl., Landwehrdienstauszeichnung I. Kl., E. K. 2. Kl., u. Verdienstkreuz für Kriegshilfe.

(Bild Seite 355, Platz Nr. 64.)

Rückert, Leopold Ferdinand Robert; Geschäftsführer, zurzeit badischer Verkehrsminister in Karlsruhe. Wahlkr. 33 (Baden). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 20. April 1881 zu Karlsruhe; freireligiös. Besuchte Volksschule 1887—1895, Schlosserlehrling 1895—1898, Schlosser 1898 bis 1905. 1905—1918 Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Bez. Karlsruhe; seit 10. November 1918 Verkehrsminister. Mitglied der badischen Nationalversammlung seit 5. Januar 1919, Stadtverordneter seit 1909 (Karlsruhe).

(Bild Seite 313, Platz Nr. 145.)

Runkel, Heinrich, Dr. phil.; Provinzialschulrat, Geh. Reg.-Rat in Schleswig. Wahlkr. 14 (Provinz Schleswig-Holstein und Lübeck). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 12. Juni 1862 zu Datzeroth im Rheinl.; evangelisch. Besuchte die Volksschule, Präparandenanstalt und Lehrerseminar in Neuwied, war Volksschullehrer auf dem Westerwald, besuchte die Prima des Gymnasiums in Essen a. R., studierte Theologie und Philologie in Halle, Bonn und Tübingen; Dr. phil. Tübingen; war Seminarlehrer in Rheydt, Kreisschulinspektor in Lennep-Remscheid, dann für den Stadtbezirk Stettin, Seminardirektor in Tondern und ist seit 1908 Provinzialschulrat in Schleswig. Schriftführer des Provinzialverbandes vaterländischer Frauenvereine in Schleswig-Holstein.

(Bild Seite 359, Platz Nr. 250.)

Rynnck, geb. Staegemann, Elfriede; ohne Beruf in Berlin-Treptow-Baumschulenweg. Wahlkr. 5 (Reg.-Bez. Potsdam 2). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 14. Dezember 1872 zu Berlin; konfessionslos. Besuchte Volksschule, Fortbildungsschule. Bis zur Verheiratung als Näherin beruflich tätig. Seit 1912 Vertreterin der sozialdemokratischen Frauen im Kreisvorstand Teltow-Beeskow des sozialdemokratischen Vereins, ehrenamtlich tätig in fast allen Zweigen der Armen- und Wohlfahrtspflege, Arbeitsnachweis usw. der Wohngemeinde. Delegiert auf den Tagungen der Partei in Jena und Würzburg sowie verschiedenen Frauentagungen.

(Bild Seite 341, Platz Nr. 337.)

Sachse, Hermann; Vorsitzender des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands in Bochum. Wahlkr. 9 (Breslau). — Sozialdemokratische Partei.

Geboren am 29. Januar 1862 zu Stein, Kreis Zwickau; Dissident. Besuchte acht Jahre die Volksschule, drei Jahre die Fortbildungsschule, erlernte die Stellmacherei, war dann elf Jahre im Bergbau und Hüttenindustrie tätig, 1892 als Vorsitzender des Verbandes sächsischer Berg- und Hüttenarbeiter gewählt, vom Jahre 1902 bis zurzeit Vorsitzender des Verbandes deutscher Bergarbeiter, Sitz Bochum. Von 1900—1902 Mitglied des Gemeinderats zu Niederplanitz bei

Zwickau. Mitglied des Reichstages von 1898 bis zur Revolution. Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands seit 1911.

(Bild Seite 311, Platz Nr. 75.)

Haenger, Alwin; Rechtsanwalt in München. Wahlkr. 21 (Reg.=Bez. Oberbayern u. Schwaben). — Sozialdemokratische Partei.

Geboren am 12. Juli 1881 zu Eutin (Oldenburg). Besuchte das humanistische Gymnasium zu München, Studium der Rechtswissenschaft aus Neigung, Universitäten zu München und Kiel, bayr. Staatskonkurs 1909, Rechtsanwalt in München seit 1910. Reisen nach Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Schweiz, Italien, Österreich, Mittelmeer. Im Weltkrieg freiwilliger Krankenträger (im Felde), später Artillerist, ab Herbst 1917 zur militärischen Abteilung des Auswärtigen Amts und Auslandsabteilung der Obersten Heeresleitung nach Berlin bis Kriegsende kommandiert. Literarisch tätig in der sozialdemokratischen Presse, regelmäßige Mitarbeiterschaft an der Wochenschrift „Die Glocke".

Mandat am 2. Februar 1919 niedergelegt.

(Bild Seite 311.)

Sagawe, Robert; Gewerkschaftssekretär in Lissa i. Pos. Wahlkr. [illegible] (Provinz Posen). — Zentrum. —

Geboren am 11. August 1876 zu Ndr.=Langseifersdorf, Kreis Reichenbach i. Schl.; katholisch. Besuchte die Volksschule in Ndr. Langseifersdorf. Nach der Schulentlassung zunächst im Bau= später im Bergfach tätig. 1897—1899 aktiv 2. Komp. 2. Garde=Reg. z. F. Berlin. In den Jahren 1900—1905 neben beruflicher Tätigkeit durch Teilnahme an sozialen Kursen und Selbststudium für die Arbeiterbewegung vorbereitet. Seit 1906 angestellt im Verband der katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin). Seit 1. Juli [illegible] Sekretär im Verbandsbezirk Posen, Leiter des Sekretariats (Rechtsauskunftsstelle, Arbeitsnachweis) in Lissa i. Pos. Seit 1915 Beisitzer beim Versicherungsamt, Vertrauensmann der Angestelltenversicherung. 1916 Mitarbeiter in der Versorgungsabteilung der stellvertretenden Intendantur V. A.=K. Posen.

(Bild Seite 333, Platz Nr. 320.)

Salm, Albert; Schlosser in Stuttgart-Wangen. Wahlkr. 31/32 (Württemberg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 8. Januar 1882 zu Stuttgart.

(Bild Seite 314. Platz Nr. 339.)

Schädlich, Ernst Arno; Arbeitersekretär in Celle. Wahlkr. 16 (Reg.-Bez. Hannover, Hildesheim, Lüneburg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 30. Juni 1884 zu Auerbach i. Voigtland; konfessionslos. Besuchte die Volksschulen in Auerbach, Mittweida und Hannover. Lernte Lithograph und war als solcher in Breslau, Dresden, Mannheim und Hannover tätig. Seit 1914 Arbeitersekretär in Celle, zugleich Mitarbeiter an der sozialdemokratischen Tagespresse. Mitglied des Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands (Dezember 1918).

(Bild Seite 314. Platz Nr. 340.)

Schäfer, Valentin; Angestellter des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Saarbrücken. Wahlkr. 21 (Reg.-Bez. Coblenz und Trier). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 28. Mai 1882 zu Dörnbach (Rheinpfalz). Besuchte die Volksschule von 1888—1895, lernte Maurer. Seit 1914 Angestellter des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Saarbrücken, Vorsitzender der sozialdemokratischen Partei für den Wahlkreis Saarbrücken seit Juni 1914, Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats Saarbrücken. Delegierter zum Rätekongreß.

(Bild Seite 314. Platz Nr. 341.)

Schefbeck, Josef; Bäckermeister in Straubing. Wahlkr. 25 (Reg.-Bez. Oberpfalz und Niederbayern). — Zentrum. —

Geboren am 21. Juli 1859 zu Straubing; katholisch. Absolvierte die Gewerbeschule zu Straubing 1874, von 1874—1876 als Lehrling im Elternhause tätig, von 1876—1878 zur weiteren Ausbildung in den Städten Augsburg, Nürnberg, Frankfurt, Stuttgart, Dresden. Leitete von 1878 ab das väterliche Geschäft, welches er im Jahre 1883

selbständig übernahm, gründete 1895 die Bäckerzwangsinnung, bekleidet seither die Stelle als Obermeister, Mitglied der Handwerkskammer von Niederbayern, seit 1903 Vorsitzender der Gewerbebank Straubing, Magistratsrat seit 1909. Mitglied der Kammer der Abgeordneten seit 1905, Mitglied des Reichstages von 1907—1912 für den 2. niederbayerischen Wahlkreis Straubing.

(Bild Seite 333, Platz Nr. 151.)

Scheidemann, Philipp; Schriftsteller in Berlin-Steglitz. Wahlkr. 19 (Provinz Hessen-Nassau). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 26. Juli 1865 zu Cassel. Besuchte erst die Bürgerschule, dann die höhere Bürger-(Real-)Schule und erlernte später die Buchdruckerei. Arbeitete bis 1895 als Setzer, Korrektor und Faktor und betätigte sich seit 1890 auch journalistisch, übernahm am 1. April 1895 die Redaktion der „Mitteldeutschen Sonntags-Zeitung" in Gießen, die er fünf Jahre lang führte, war von 1900 ab nacheinander leitender Redakteur der sozialdemokratischen Blätter in Nürnberg, Offenbach a. M. und Cassel, hier Stadtverordneter bis zur Mandatsniederlegung im Herbst 1911 infolge der Wahl in den sozialdemokratischen Parteivorstand, die die Übersiedelung nach Berlin notwendig machte. Mitglied des Reichstags für Solingen seit 1903, Stadtverordneter in Cassel 1907—1911; 1. Vizepräsident des Reichstags Februar 1912, dann wieder Herbst 1918; Oktober 1918 Staatssekretär ohne Portefeuille, 9. November 1918 Volksbeauftragter. — Für die Nationalversammlung doppelt gewählt, in Berlin und Cassel, nahm für Cassel an.

(Bild Seite 315, Platz Nr. 26.)

Schiele, Martin; Rittergutspächter und Fabrikant in Schollene. Wahlkr. 12 (Magdeburg-Anhalt). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 17. Januar 1870 zu Groß-Schwarzlosen, Kreis Stendal; evangelisch. Besuchte das Gymnasium zu Stendal bis 1889. Mitglied des Reichstags seit 1914. Kreistagsabgeordneter des Kreises Jerichow II seit 1897. Mitglied des Kreisausschusses, Kreisdeputierter desselben Kreises.

(Bild Seite 355, Platz Nr. 63.)

Schiffer (Magdeburg), Eugen: Staatssekretär des Reichsschatzamts in Berlin. Wahlkr. 12 (Reg.-Bez. Magdeburg und Anhalt). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 14. Februar 1860 zu Breslau; evangelisch. Gymnasium zu St. Elisabeth in Breslau, Universität in Breslau, Leipzig, Tübingen. Amtsrichter in Zabrze (Hindenburg) O.-S., Landrichter in Magdeburg, Kammergerichtsrat, Oberverwaltungsgerichtsrat, Unterstaatssekretär im Reichsschatzamt. Abgeordnetenhaus 1903—1917. Reichstag 1912—1917.

(Bild Seite 317 Platz Nr 29.)

Schiffer (Münster), Carl Mathias: Gewerkschaftsvorsitzender in Düsseldorf. Wahlkr. 17 (Reg.-Bez. Münster, Minden und Lippe). — Zentrum. —

Geboren am 2. Oktober 1869 zu Süchteln, Kreis Kempen; katholisch. Besuchte bis zum 14. Lebensjahre die Volksschule (1875 bis 1883), war 1883—1888 Samtweber in Crefeld, 1888—1894 Baumwollweber im Münsterland, 1894—1900 Webermeister in Bocholt i. W., seit 1900 christl. Gewerkschaftsbeamter, Vorsitzender des christl. Textilarbeiter-Verbandes, 1905—1915 auch Ausschußvorsitzender des Gesamtverbandes der christl. Gewerkschaften Deutschlands. 1903—1904 Stadtverordneter in Crefeld, 1907—1911 Stadtverordneter in Düsseldorf, 1907—1919 Mitglied des Reichstags, seit 1908 Hauptvorstandsmitglied des Volksvereins für das katholische Deutschland. Eine Reihe gewerkschaftlicher Broschüren verfaßt, ebenso volkswirtschaftliche Aufsätze, sieben Jahre Redakteur der „Textilarbeiterzeitung".

(Bild Seite 331 Platz Nr 172.)

Schilling, geb. Petermann, Minna Martha: Zigarrenarbeiterin in Döbeln i. S. Wahlkr. 30 (Sachsen 5). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 29. Mai 1877 zu Freiberg; evangelisch-lutherisch. Besuchte die Volksschule zu Döbeln. Seit Anfang des Krieges Mitglied des Kriegsunterstützungsausschusses. Auf allen Gebieten der Sozialarbeit tätig, Vertreterin der Auskunftei des Gewerkschaftskartells Döbeln, Mitglied des Arbeiterrats und Bezirksrats der Amtshauptmannschaft Döbeln. Agitatorisch und rednerisch tätig.

(Bild Seite [illegible] Platz Nr. [illegible].)

Schirmacher, Käthe, Dr. phil.; Schriftstellerin in Berlin. Wahlkr. 2 (Provinz Westpreußen). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 6. August 1865 zu Danzig; protestantisch. Besuchte 1871—1880 die höhere städt. Mädchenschule, 1882—1883 das städt. Lehrerinnenseminar in Danzig. Universität Paris 1885—1887, Staatsexamen, Universität Zürich 1893—1895, Dr. phil. (romanische Sprachen, deutsche Literatur, Philosophie). Frauenrechtlerin, Vertreterin Deutschlands auf den meisten nationalen und internationalen Tagungen von 1893—1910, Vortragsreisende, Rednerin (Vereinigte Staaten, fast ganz Europa). Hauptgebiete: Deutsche Literatur (eigene Schriften), französische Literaturgeschichte, hauptsächlich Voltaire, Volkswirtschaft, Ostmarkenpolitik, Frauenbewegung, Mitarbeiterin (bis etwa 1910) der meisten großen deutschen und österreichischen Tageszeitungen, ein Teil der Schriften ist französisch erschienen, ein Teil deutsch und französisch.

(Bild Seite 355, Platz Nr. 228.)

Schirmer, Karl; Schriftsteller und Arbeitersekretär in Pasing. Wahlkr. 25 (Reg.-Bez. Niederbayern und Oberpfalz). — Zentrum. —

Geboren am 10. Oktober 1864 zu Winterstetten; katholisch. Besuchte die Volksschule, Fortbildung auf den Gewerbeschulen zu Köln, Zürich und München. Ökonomische Politik 1898—1899 an der Universität München, nach beendeter Lehrzeit 1880 als Bau- und Maschinenschlosser in verschiedenen Städten Deutschlands und im Auslande tätig, von 1888 an in München als Kunstschlosser, 1890 bis 1897 Sekretär bei den katholischen Arbeitervereinen und Redakteur am Münchener „Arbeiter", Mitbegründer der Christlichen Gewerkschaften, 1900 des Bayerischen Postverbandes, schließlich sozialpolitischer Mitarbeiter am „Arbeiter" und Blättern der Christlichen Gewerkschaften, vorher Redakteur an der „Neuen Bayerischen Zeitung" und an der „Bayerischen Post", Herausgeber der „Sozialpolitischen Blätter", Verfasser der Schriften: „Wohnungselend der Minderbemittelten" 1899, „Verhältnisse des bayerischen Post- und Telegraphen-Personals" 1900, „Das bayerische Landtagswahlgesetz" 1907, „Das Reichsvereinsgesetz" 1908, „Die Hilfsdienstpflicht im Kriege" 1917. Mitglied des Bayerischen Landtags von 1899—1907. Mitglied des Reichstages von 1907—1919.

(Bild Seite 333, Platz Nr. 153.)

Schlack, Peter; Verbandsdirektor des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine in Cöln-Mülheim. Wahlkr. 22 (Reg.-Bez. Düsseldorf 1). — Zentrum. —

Geboren am 3. März 1875 zu Kreuzau, Kr. Düren, Rheinland; katholisch. Besuchte die Volksschule und erlernte das Schreinerhandwerk. Besuchte verschiedene volkswirtschaftliche und kaufmännische Kurse sowie Vorlesungen der Handelshochschule in Cöln. War von 1903—1906 Arbeitersekretär des Bezirksverbandes Cöln der katholischen Arbeitervereine. Von da an bis 1912 Geschäftsführer der Konsumgenossenschaft „Eintracht" Cöln-Mülheim. Gründete 1908 den Verband westdeutscher Konsumvereine, der seit 1912 den Titel „Reichsverband deutscher Konsumvereine e. V." führt. Schriftleiter der Zeitschriften „Konsumgenossenschaftliche Praxis" und „Der Konsumverein", sowie Herausgeber und Verfasser der Jahrbücher obigen Verbandes.

(Bild Seite 333. Platz Nr. 348.)

Schlicke, Alexander; württembergischer Arbeitsminister in Stuttgart. Wahlkr. 31/32 (Württemberg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 26. März 1863 zu Berlin; Dissident. Besuchte das Köllnische Gymnasium in Berlin bis zur Obersekundareife zwecks Ergreifung der Maschineningenieurlaufbahn bei der Reichsmarine. Letztere war wegen nicht genügender Körpermaße unmöglich. Berufliche Ausbildung: Feinmechaniker, dann Besuch der Tagesklasse der Handwerkerschule für Feinmechanik. Später praktische Arbeit in Berlin, Erlangen, Leipzig, Wetzlar, Frankfurt a. M. u. a. O. Seit 1891 Sekretär und seit 1895 Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes (Sitz Stuttgart). Vom 15. Januar 1919 Arbeitsminister in Württemberg.

(Bild Seite 315. Platz Nr. 342.)

Schlüter, Wilhelm; Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiterverbandes (Gau Westfalen, Rheinland und der beiden Lippe) in Herford, Westfalen. Wahlkr. 17 (Reg.-Bez. Minden, Münster und Lippe). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 28. August 1871 zu Rehme, Kreis Minden; evangelisch. Besuchte die dreiklassige Gemeindeschule in Rehme, vom

achten Jahre an in der Heimarbeit der Zigarrenherstellung beschäftigt, vom zwölften Jahre an auf der Zigarrenfabrik von W. Lücking in Bad Oeynhausen gearbeitet, mit sechzehn Jahren als Zigarrenarbeiter ausgelernt, vom siebzehnten bis neunzehnten Lebensjahr als Wanderbursche Deutschland bereist und an fast allen Hauptproduktionsorten der Tabakindustrie gearbeitet, von 1891—1893 Soldat, betätigte sich in der Arbeiterbewegung, sowohl der politischen wie gewerkschaftlichen von frühester Jugend an; im Jahre 1893, als Zweiundzwanzigjähriger, von den Tabakarbeitern seiner Heimat als Delegierter zum Tabakarbeiterkongreß nach Berlin gewählt. Eine Reihe Artikel, die er im „Tabakarbeiter" über das Elend der Tabakheimarbeiter des östlichen Westfalens veröffentlichte, haben die Öffentlichkeit auf die Zustände der Tabakheimarbeiter gelenkt. Im Jahre 1903 zum Gauleiter des Verbandes gewählt, seit 1916 Stadtverordneter in Herford. Als Gauleiter bis 1912 Sitz in Bielefeld, dann nach Herford übergesiedelt. Gehörte in Bielefeld der Bezirksleitung der Sozialdemokratischen Partei für das östliche Westfalen an. Nach Herford übergesiedelt Kassierer für den Sozialdemokratischen Verein Herford-Halle. Während der beiden letzten Kriegsjahre hat er auch dem Arbeitersekretariat in Herford vorgestanden.

(Bild Seite 313, Platz Nr. 336.)

Schmidt (Berlin), Robert; Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt in Berlin-Karlshorst. Wahlkr. 3 (Berlin). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 15. Mai 1864 zu Berlin; Dissident. Volksschule besucht, Beruf: Klaviermacher. Von 1893—1898 und von 1903—1918 Mitglied des Deutschen Reichstags, von 1893—1903 Redakteur des „Vorwärts". Seit 1903 Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften und Angestellter dieser Organisation. Zuerst mit der Leitung des Zentral-Arbeitersekretariats betraut, dann die sozialpolitische Abteilung übernommen. Oktober 1918 Unterstaatssekretär im Kriegsernährungsamt. Mitarbeiter der „Sozialistischen Monatshefte". Broschüre: „Arbeiterschutz in Deutschland".

(Bild Seite 313, Platz Nr. 71.)

Schmidt (Frankfurt), Richard; Parteisekretär in Berlin. Wahlkr. 6 (Reg.-Bez. Frankfurt a. O.). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 18. Oktober 1864 zu Stargardt, Kreis Guben. Gelernter Töpfer.

(Bild Seite 315, Platz Nr. 335.)

Schmidt (Sachsen), Richard; Redakteur in Meißen. Wahlkr. 28 (Sachsen 1). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 4. Mai 1871 zu Krögis. Besuchte die Volksschule zu Krögis und erlernte nachdem das Töpferhandwerk, arbeitete als Töpfer bis 1899, von da ab Buchhändler und später Arbeitersekretär, seit 1908 als Redakteur tätig, Stadtverordneter in Meißen seit 1907, Mitglied des Reichstags 1912—1918 für den Wahlkreis Meißen-Großenhain, mit Ausbruch der Revolution Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrates für Meißen Stadt und Land.

(Bild Seite 316, Platz Nr. 119.)

Schmidthals, Wilhelm; Landwirt in Riemberg. Wahlkr. 9 (Reg.-Bez. Breslau). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 24. Dezember 1873 zu Bütow in Pommern; evangelisch. Besuchte das Gymnasium in Schweidnitz. Ausbildung einige Jahre als Kaufmann, später als Landwirt, landwirtschaftlicher Beamter, seit 1902 selbständig als Rittergutspächter. 1911/12 nationalliberaler Kandidat im Wahlkreis Militsch-Trebnitz, seit 1913 Mitglied des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei.

(Bild Seite 347, Platz Nr. 393.)

Schmitt (Hessen), Adam Joseph, Dr. jur.; Geheimer Justizrat, Rechtsanwalt in Mainz. Wahlkr. 34 (Hessen). — Zentrum. —

Geboren am 27. Dezember 1855 zu Finthen b. Mainz; katholisch. Besuchte die St. Marienschule und das Gymnasium in Mainz, die Universitäten Straßburg, Leipzig, Tübingen, Gießen, promovierte zum Dr. jur. in Jena 1879, Rechtsanwalt in Mainz 1881. Seit 1889 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Mainz, seit 1893 Landtagsabgeordneter in Hessen, von 1895—1903 Reichstagsabgeordneter.

(Bild Seite [illegible], Platz Nr. 349.)

Schmitz, Maria; Oberlehrerin in Aachen. Wahlkr. 21 (Reg.-Bez. Koblenz-Trier). — Zentrum. —

Geboren am 5. Februar 1875 zu Aachen; katholisch. Vorbildung durch Privatunterricht, an der städtischen höheren Mädchenschule St. Leonhard zu Aachen und an der städtischen Lehrerinnenbildungsanstalt dortselbst. 1893—1900 Lehrerin an der höheren Mädchenschule von Frl. Auguste Caspari in Trier, bereitete sich in Münster i. Westf. auf die Oberlehrerinnenprüfung vor, war 1903—1910 an der städtischen Lehrerinnenbildungsanstalt zu Aachen und seither an der dortigen Studienanstalt der Ursulinen tätig. Erste Vorsitzende des Vereins katholischer deutscher Lehrerinnen (Sitz Boppard), dessen Geschäfte sie seit 1911 führt und Erste Vorsitzende des Hildegardisvereins, Vereins zur Unterstützung studierender katholischer Frauen (Sitz Aachen). Schriftleiterin der „Monatsschrift für katholische Lehrerinnen" (Verlag Schöningh, Paderborn).

(Bild Seite 334, Platz Nr. 350.)

Schneider (Franken), Alexander; Amtsgerichtssekretär (geprüfter Rechtspraktikant) in Nürnberg. Wahlkr. 26 (Reg.-Bez. Ober-, Mittel-, Unterfranken). — Zentrum —

Geboren am 11. August 1882 zu Berg, Bez.-Amt Starnberg; protestantisch. Besuchte 1888—1892 Volksschule, 1892—1901 Gymnasium, 1901—1905 Universität (Jurisprudenz) in München, 1905 bis 1908 Vorbereitungspraxis bei Gericht, Verwaltungsbehörden und Rechtsanwalt, 1908 Prüfung für den höheren Justiz- und Verwaltungsdienst in Bayern, 1909—1911 juristischer Hilfsarbeiter des Präsidenten des Landgerichts München II, 1911 Rechtsanwalt in Dachau, 1912 Amtsgerichtssekretär, 1913—1914 juristischer Hilfsarbeiter an der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte, 1914 bis 1918 Heeresdienst. Kleinere Fachbeiträge in juristischen Zeitschriften.

(Bild Seite 334, Platz Nr. 351.)

Schneider (Sachsen), Gustav; Privatangestellter, Verbandsdirektor im Verbande Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig in Leipzig. Wahlkreis 29 (2. Sachsen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 11. Juli 1877 zu Breslau; reformiert. Kaufmännische Lehre, 18 Jahre Leiter von Fabrikgeschäften. Vier Semester Volkswirtschaft an der Handelshochschule Königsberg. Seit 1912 Direktor im Verbande Deutscher Handlungsgehilfen. Leiter der Kaufmännischen Stellenvermittlung. Schriftleiter der Verbandsblätter. Schriften über kaufmännische Stellenvermittlung (Nr. 31 u. 37 Buchverlag D. D. H. Leipzig), Aufsätze in der „Sozialen Praxis“, „Der Arbeitsmarkt“, „Der Arbeitsnachweis in Deutschland“, „Welt des Kaufmanns“, usw.

(Bild Seite 347, Platz Nr. 394.)

Schöpflin, Georg Johann; Redakteur in Berlin und Zwickau. Wahlkr. 30 (Sachsen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 5. April 1869 zu Tittisee (Schwarzwald); katholisch. Besuch der Volksschule, Bürstenmacherhandwerk erlernt, Wanderschaft im Auslande, 1895 Redakteur Frankfurt a. O., dann Burgstädt i. Sa., Chemnitz, Leipzig, seit 1914 Redakteur der Sozialdemokratischen Partei-Korrespondenz in Berlin und seit November 1918 Chefredakteur des „Sächsisches Volksblatt“ in Zwickau (Sachsen). 1903—1906 Mitglied des Reichstags für den 14. sächsischen Reichstagswahlkreis (Borna-Rochlitz), von 1909—1919 für den 19. sächsischen Reichstagswahlkreis (Stollberg-Schneeberg) Seit 10. November 1918 Beigeordneter im Oberkommando in den Marken.

(Bild Seite 316, Platz Nr. 120.)

Schreck, Carl; Bezirksparteisekretär in Bielefeld. Wahlkr. 17 (Reg.-Bez. Münster, Minden und Lippe). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 6. September 1875 zu Bielefeld; katholisch. Besuchte 1879—1887 die katholische Volksschule in Bielefeld, erlernte das Tischlerhandwerk, reiste im In- und Auslande. Seit 1911 Bezirksparteisekretär für das östliche Westfalen und die beiden Lippe. Seit 1890 in der sozialistischen Arbeiterbewegung tätig. Als Redner seit 1891 in fast allen Gegenden Deutschlands aufgetreten, auf sozialem Gebiete ehrenamtlich in den verschiedensten Kommissionen gewirkt. Verfasser gewerkschaftlicher und sozialistischer Flugschriften sowie kleiner Novellen.

(Bild Seite 316, Platz Nr. 355.)

Schroeder, Louise; Sekretärin in Altona. Wahlkr. 14 (Provinz Schleswig-Holstein und Lübeck). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 2. April 1887 zu Altona; evangelisch-lutherisch. Besuchte vom 6. bis 14. Jahre die Mittelschule in Altona, sodann während anderthalb Jahre die Gewerbeschule für Mädchen in Hamburg, kaufmännische Abteilung. War 16 Jahre lang als Privatsekretärin angestellt in einem Versicherungsbureau, seit zweieinhalb Jahren Vorstandsmitglied des sozialdemokratischen Vereins Altona-Ottensen. Betätigte sich in kommunaler Tätigkeit als Armenpflegerin sowie in verschiedenen Kommissionen der Stadt Altona. Schriftstellerische Betätigung für die sozialdemokratische Parteipresse.

(Bild Seite 316, Platz Nr. 356.)

Schuch, Clara; Schriftstellerin in Berlin-Britz. Wahlkreis 18 (Reg.-Bez. Arnsberg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 5. Dezember 1879 zu Stechow (Westhavelland); Dissidentin. Besuchte von 1886—1894 Dorfschule, 1897 Handelsschule zu Berlin, bis 1905 kaufmännische Korrespondentin, seit 1906 verheiratet mit dem Kaufmann Willy Schuch. Ehrenamtlich in Gemeindefürsorge und Kinderschutz, seit 1902 literarisch tätig.

(Bild Seite 316, Platz Nr. 357.)

Schücking, Walther, Dr. jur.; Professor der Rechte in Marburg, Bez. Cassel. Wahlkr. 19 (Provinz Hessen-Nassau). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 6. Januar 1875 zu Münster i. W.; evangelisch. Besuchte Volksschule und Gymnasium zu Münster i. W., Universitäten München, Bonn, Berlin, Göttingen. Referendar und Dr. jur. Göttingen 1897. Nach zweijährigem Vorbereitungsdienst der juristischen Praxis habilitiert als Privatdozent der Rechte in Göttingen 1899. Zum a. o. Professor in Breslau ernannt 1900; 1902 nach Marburg berufen und dort seit 1903 ordentlicher öffentlicher Professor der Rechte. Zurzeit Vorsitzender der Kommission zur Prüfung der völkerrechtlichen Beschwerden über die Behandlung der ausländischen Kriegsgefangenen in Deutschland mit dem Sitz in Berlin. Verfasser zahlreicher Schriften zur deutschen Rechtsgeschichte, Staatsrecht, Völkerrecht und Politik, Associer des Instituts für internationales

Recht, korrespondierendes Mitglied des amerikanischen Instituts für Völkerrecht, Vorsitzender des Deutschen Verbandes für internationale Verständigung, Mitglied des internationalen Vollzugsrats der Zentral-organisation für einen dauernden Frieden.

(Bild Seite 347, Platz Nr. 416.)

Schümmer, Wilhelm; Arbeitersekretär in Danzig. Wahlkr. 2 (Provinz Westpreußen). — Zentrum. —

Geboren am 26. November 1882 zu Wurselen, Kreis Aachen; katholisch. Besuchte die Volksschule des Heimatdorfes, erlernte das Eisendreherhandwerk, von 1906—1911 Beamter des christlichen Metallarbeiterverbandes, seit 1911 Sekretär des Verbandes katholischer Arbeitervereine der Diözese Kulm.

(Bild Seite 334, Platz Nr. 371.)

Schultz (Bromberg), Georg; Geheimer Justizrat, Landgerichtsrat in Bromberg. Wahlkr. 8 (Provinz Posen). — Deutschnationale Volks-partei. —

Geboren am 23. Mai 1860 zu Karolewo, Kreis Bromberg; evangelisch. Besuchte das Gymnasium, studierte auf den Universitäten Tübingen und Berlin Rechtswissenschaft. Landgerichtsrat am Land-gericht in Bromberg, Mitglied des Reichstags seit 25. Januar 1907, Vorsitzender der Kommission für Reichsversicherungsordnung und Angestelltenversicherung, zweiter Vizepräsident von 1910—1912.

(Bild Seite 355, Platz Nr. 40.)

Schulz (Ostpreußen), Heinrich; Schriftsteller in Berlin-Steglitz. Wahlkr. 1 (Provinz Ostpreußen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 12. September 1872 zu Bremen. Besuchte Real-schule, Volksschullehrerseminar, Universität. Anfangs Elementar-lehrer in Bremen, legte Lehrerberuf nieder, um sich der Sozialdemo-kratie zu widmen. Von 1894 als Schriftsteller, Lehrer und Redakteur (Erfurt 1897—1901, Magdeburg 1901—1902, Bremen 1902—1906) tätig. Seit 1906 Leiter des sozialdemokratischen Bildungswesens (Zen-tralbildungsausschuß und Parteischule). Außerdem seit 1917 Redakteur der „Gleichheit". Reichstagsabgeordneter seit 1912. Literarische Haupt-gebiete: Schule, Kulturpolitik, Volksbildung, Jugendbewegung.

Schriften: „Schule und Sozialdemokratie, „Die Mutter als Erzieherin", „Gehörst du zu uns?", „Die Schulreform der Sozialdemokratie", „Aus meinen vier Pfählen", „Arbeitskultur und Krieg".

(Bild Seite 317, Platz Nr. 51.)

Schulz (Posen), Wilhelm; Gewerkschaftssekretär in Bromberg. Wahlkr. 8 (Provinz Posen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 27. August 1870 zu Potsdam; Dissident. Besuchte die Volksschule zu Potsdam, erlernte das Maurerhandwerk in den Jahren 1885—1888 in Berlin. Vom Jahre 1901 ab Angestellter des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands für Berlin, von 1903 bis 1913 in Posen, von 1913 Bezirksleiter des Deutschen Bauarbeiterverbandes für den Bezirk Posen und Westpreußen mit dem Sitz in Bromberg, von 1905 ab Mitglied des Bezirksvorstandes der Sozialdemokratischen Partei für die Provinz Posen.

(Bild Seite 317, Platz Nr. 382.)

Schulz (Westpreußen), Hermann; Gewerkschaftsbeamter in Elbing. Wahlkr. 2 (Provinz Westpreußen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 24. August 1872 zu Elbing. Besuchte die Volksschule vom 8. bis 14. Lebensjahre, Fortbildungsschule vom 15. bis 17. Lebensjahre, lernte Metalldreher vom 14. bis 18. Lebensjahre, im Beruf tätig gewesen bis 1911. Von 1900—1911 in Berlin, von 1911 Angestellter im Deutschen Metallarbeiterverband in Elbing, zum Heere eingezogen vom 2. August 1914 bis 2. Dezember 1918. Stadtverordneter 1914 in Elbing. Artikel für gewerkschaftliche und politische Zeitungen.

(Bild Seite 316, Platz Nr. 358.)

Schumann, Oswald; Gewerkschaftsangestellter in Mahlsdorf bei Berlin. Wahlkr. 6 (Reg.-Bez. Frankfurt a. O.). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 11. Dezember 1865 zu Borzenzine bei Trachenberg i. Schles.; Dissident. Besuchte die Volksschule seines Heimatsortes, war nach der Schulentlassung drei Jahre an der Eisenbahn in Beuthen in Oberschl. beschäftigt, arbeitete hierauf in Breslau und Berlin als Handels- und Transportarbeiter, am 1. Januar 1897 übernahm er

den Posten des Vorsitzenden des Deutschen Transportarbeiterverbandes, welchen Posten er zurzeit noch inne hat, gehört außerdem seit 1903 der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als Mitglied an. Mitglied des Reichstags seit 1912.

(Bild Seite 317, Platz Nr. 121.)

Schwarz (Hessen-Nassau), Jean Albert; Mittelschullehrer in Frankfurt a. M. Wahlkr. 19 (Provinz Hessen-Nassau und Waldeck). — Zentrum. —

Geboren am 12. November 1873 zu Frankfurt a. M.; katholisch. Besuchte Volksschule und Realschule in Frankfurt a. M., das Lehrerseminar zu Montabaur, seit 1894 Lehrer, 1898 Anstellung in Frankfurt a. M., 1908 Mittelschullehrer.

(Bild Seite 334, Platz Nr. 372.)

Schwarzer (Oberbayern) Rudolf; Verbandssekretär des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine in München. Wahlkr. 24 (Reg.-Bez. Oberbayern-Schwaben). — Zentrum. —

Geboren am 3. März 1879 zu Koritschau (Österreich); katholisch. Besuchte 1885—1893 Volksschule, erlernte 1893—1896 das Schreinerhandwerk, darnach als Schreinergehilfe gearbeitet. Auf der Wanderschaft alle große Städte in Deutschland besucht. 1899—1901 beim Inf.-Reg. Nr. 23 gedient. 1903—1914 Bezirksleiter des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands. Von Beginn des Krieges bis Ende Mai 1918 im Felde bei der bayer. San.-Komp. Nr. 15 und 29, über zwei Jahre als Krankenträger, darnach Unteroffizier. Auszeichnungen: P. E. K. II. Kl., B. M. Kr. m. Kr. u. Schw. III. Kl., M. V. K. II. Kl. 1918—1919 Mitglied des prov. Nationalrats in Bayern.

(Bild Seite 334, Platz Nr. 373.)

Seger, Friedrich; Redakteur in Leipzig. Wahlkr. 29 (Sachsen 2). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 23. Februar 1867 zu Wollbach, Baden; religionslos. Besuchte Volksschule, nach der Entlassung aus der Schule das Schneiderhandwerk erlernt, wandte sich in jungen Jahren der Politik und dem

Journalistenberuf zu. In der sozialdemokratischen und der gewerkschaftlichen Bewegung tätig; seit 1901 Redakteur der „Leipziger Volkszeitung". Von 1911—1918 Stadtverordneter in Leipzig, von 1915—1918 Landtagsabgeordneter im sächsischen Landtag für den Leipziger Stadtbezirk.

(Bild Seite 363, Platz Nr. 201.)

Semmler, Friedrich Wilhelm, Dr. phil.; Oberleutnant d. L. a. D., ordentlicher Professor an der Technischen Hochschule zu Breslau, zurzeit Rektor, Geheimer Regierungsrat, Rittergutsbesitzer auf Ramin (Kreis Randow in Pommern), in Breslau Wahlkr. 9 (Reg.-Bez. Breslau). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 11. Mai 1860 zu Hochzeit, Kreis Arnswalde; evangelisch. Abiturium am Gymnasium Landsberg a. W. 1880, Universitätsstudium Straßburg und Breslau, Dr. phil. 1887 Breslau, Habilitation 1890 in Greifswald, Titel „Professor" erhalten 1. Juli 1896 in Greifswald, 1901 außerordentlicher Professor in Greifswald, Titel „ordentlicher Honorarprofessor" 30. September 1904 in Greifswald, 1907—1909 in Berlin, von 1909 an ordentlicher Professor an der Technischen Hochschule Breslau, 13. August 1915 zum Geheimen Regierungsrat ernannt. 1916—1919 im Kriegsausschuß für Ersatzfutter in Berlin und Breslau tätig. Schrieb 1906 vierbändiges Werk „Die ätherischen Öle", zahlreiche chemische Abhandlungen und Veröffentlichungen in den „Berichten", der deutschen Chemischen Gesellschaft 1916: „Verwendung der Kartoffelernte 1916", 1917 „Die deutsche Landwirtschaft während des Krieges und ihre zukünftigen Arbeitsziele nach dem Friedensschluß". Gemeinsam mit Geheimen Oberregierungsrat Mueller: „Ersatzfuttermittel", im Sammelwerk „Arbeitsziele der deutschen Landwirtschaft nach dem Kriege", herausgegeben vom Kriegsernährungsamt, Berlin 1918. Mehrere Referate in verschiedenen landwirtschaftlichen Zeitungen.

(Bild Seite 355, Platz Nr. 202.)

Severing, Carl; Redakteur in Bielefeld. Wahlkr. 17 (Reg.-Bez. Münster-Minden). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 1. Juni 1875 zu Herford i. W.; reformiert. Besuchte Volksschule in Herford und erlernte dann das Schlosserhandwerk.

Arbeitete in Fabriken in Bielefeld, Barmen, Zürich, wurde 1901 Geschäftsführer der Verwaltungsstelle Bielefeld des Deutschen Metallarbeiterverbandes, übernahm 1912 die Redaktion der Bielefelder „Volkswacht". 1897—1898 Mitglied des Zentralvorstandes des Schweizerischen Metallarbeiterverbandes, 1899 Präsident des Züricher Schlosser-Fachvereins. Seit 1905 Stadtverordneter in Bielefeld, Mitglied des Reichstags von 1907—1912.

(Bild Seite 317, Platz Nr. 25.)

Seyfert, Richard, Dr. phil.; Seminardirektor, Schulrat in Zschopau (Sachsen). Wahlkr. 30 (Sachsen 3). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 20. April 1862 zu Dresden; evangelisch. Besuchte Volksschule, Realgymnasium, Lehrerseminar, Universität Leipzig. 1881 Hilfslehrer, 1884 erster Knabenlehrer in Penig, 1888 Schuldirektor in Zwickau, 1898 desgleichen in Ölsnitz i. V., 1903 Seminaroberlehrer in Annaberg, 1908 Seminardirektor in Zschopau. Landtagsabgeordneter. Mitglied der Erziehungswissenschaftlichen Hauptstelle des deutschen Lehrervereins, Mitglied des Deutschen Ausschusses für Erziehung und Unterricht. Erziehungswissenschaftlich und politisch schriftstellerisch tätig: „Volkserziehung", „Erziehung der Jünglinge", „Vom deutschen Wesen", „Was uns allen die Volksschule sein soll", Flugschriften aus der Deutschen demokratischen Partei, Gesammelte Aufsätze, Arbeitskunde.

(Bild Seite 347, Platz Nr. 415.)

Sidow, Otto; Zeitungsverleger in Brandenburg, Havel. Wahlkr. 4 (Reg.-Bez. Potsdam). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 1. Mai 1857 zu Friesack (Mark); Dissident. Besuchte die Volksschule in Friesack und Brandenburg, lernte als Tabakarbeiter, seit 1891 Angestellter und seit 1897 Geschäftsführer und Verleger der „Brandenburger Zeitung". Stadtverordneter in Brandenburg seit 1898, Mitglied des Zentralrats der Deutschen sozialistischen Republik, Vorsitzender des Aufsichtsrats der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

(Bild Seite 317, Platz Nr. 359.)

Siehr, Ernst; Justizrat, Rechtsanwalt und Notar in Insterburg. Wahlkr. 1 (Ostpreußen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 5. Oktober 1869 zu Heinrichswalde, Kreis Niederung; evangelisch. Besuchte von 1875—1879 die Bürgerschule in Angerburg, von 1879—1886 das Gymnasium in Insterburg, von 1886—1889 die Universitäten Königsberg, München, Berlin, seit Januar 1895 Rechtsanwalt in Insterburg, von 1895—1911 Syndikus der Handelskammer Insterburg. Mitglied des Reichstags seit 1912. Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher in Insterburg. Kriegsteilnehmer seit August 1914 im Felde, Leutnant d. L. II. geworden, E. K. 2. Klasse.

(Bild Seite 347, Platz Nr. 80.)

Silberschmidt, Ernst Hermann; Sekretär und Mitglied des Vorstandes des Deutschen Bauarbeiterverbandes in Cöpenick-Uhlenhorst. Wahlkr. 12 (Reg.-Bez. Magdeburg und Anhalt). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 9. Oktober 1866 zu Mühlbock Kreis Züllichau-Schwiebus; Dissident. Besuchte von 1872—1881 die Dorfschule zu Mühlbock, erlernte 1881—1883 in Schwiebus das Maurerhandwerk und arbeitete von 1883 als Maurer in Berlin, seit 1883 in der gewerkschaftlichen und seit 1887 in der Parteibewegung tätig, Mitbegründer des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands und langjähriges Ausschußmitglied, seit 1893 Leiter der Maurerorganisation in der Provinz Brandenburg und seit 1898 Angestellter des Verbandes, Gauvorsitzender des Deutschen Bauarbeiterverbandes und seit 1912 Mitglied des Vorstandes des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Mitglied der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands. Mitglied des Reichstags seit 1912 für Wanzleben. Abgeordneter der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919. Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Cöpenick seit 1914.

(Bild Seite 317, Platz Nr. 122.)

Simon (Franken), Joseph; Verbandsvorsitzender in Nürnberg. Wahlkr. 26 (Reg.-Bez. Ober-, Mittel-, Unterfranken). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 23. Mai 1863 zu Schneppenbach, Unterfranken; freireligiös. Besuchte die Dorfschule, erlernte sodann das Schuh-

macherhandwerk, arbeitete später mehrere Jahre in Schuhfabriken, wurde Meister und später Geschäftsführer einer größeren Schuhfabrik. Der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung schloß er sich im Jahre 1885 in Offenbach an. Im Jahre 1888 wegen Verbreitung verbotener Druckschriften in Untersuchungshaft genommen, aber freigesprochen, wurde er auf Grund des Sozialistengesetzes aus dem Frankfurter Belagerungszustandgebiet ausgewiesen. Er nahm als Delegierter an den internationalen Sozialistenkongressen in Amsterdam, Stuttgart und Basel teil, unternahm Reise nach Amerika zum Zwecke des Studiums der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Schuhindustrie. Seit dem Jahre 1900 erster Vorsitzender des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands, Mitglied der bayer. Abgeordnetenkammer vom Jahre 1907 und des Reichstags vom Jahre 1912 bis zum Ausbruch der Revolution.

(Bild Seite 363, Platz Nr. 179.)

Simon (Schwaben), Georg; Redakteur und Magistratsrat in Augsburg. Wahlkr. 24 (Reg.-Bez. Oberbayern-Schwaben). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 25. Januar 1872 zu Augsburg; protestantisch. Besuchte in Augsburg die Volks- und Fortbildungsschule, erlernte das Tischlerhandwerk, bereiste Deutschland, Österreich und die Schweiz. Seit 1910 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei in Augsburg, 1906 Eintritt in die Redaktion der „Schwäbischen Volkszeitung" in Augsburg, Organ der Sozialdemokratie für Augsburg und Schwaben, 1908—1912 Gemeindebevollmächtigter der Stadt Augsburg, seit 1912 Magistratsrat.

(Bild Seite 318, Platz Nr. 387.)

Simon (Westpreußen), Anna; Sekretärin in Brandenburg a. d. H. Wahlkr. 2 (Westpreußen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 6. Januar 1862 zu Berlin; Dissidentin. Besuchte die Hedwigschule in Berlin. War von der Schulentlassung bis zum 46. Jahre Kurbelstepperin. Mitgründerin des Verbandes aller in der Kurbelstepperei beschäftigten Personen. Von 1900—1904 zweite Vorsitzende desselben. Vom 1. Januar 1908 Vorstandsmitglied der Filiale Berlin des Textilarbeiterverbandes. Seit 1. November 1908

Angestellte des Textilarbeiterverbandes. Bis 1. April 1911 in Forst und von da ab in Brandenburg. Vom 1. Januar 1912 ab Kartellkassiererin von Brandenburg. Vom 1. März 1916 bis zum 1. Januar 1919 Rechnungsführerin der Volksfürsorge in Brandenburg. Vom August 1911 ab Kreisvorstandsmitglied des sozialdemokratischen Wahlkreises Westhavelland (Brandenburg).

(Bild Seite 318, Platz Nr. 363.)

Sinzheimer, Hugo, Dr. jur.; Rechtsanwalt in Frankfurt a. M. Wahlkr. 19 (Reg.-Bez. Hessen-Nassau und Waldeck). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 12. April 1875 zu Worms am Rhein; israelitisch. Besuchte das Gymnasium in Worms, Abiturientenexamen 1894, nachdem ein Jahr lang im kaufmännischen Beruf tätig gewesen, studierte an den Universitäten München, Berlin, Freiburg i. Breisgau, Marburg und Halle a. S. Rechtswissenschaft und Nationalökonomie. Nach bestandenem Referendar- und Assessorexamen im Jahre 1903 Rechtsanwalt in Frankfurt a. M. Seit etwa 20 Jahren in erster Linie in der Volksbildungsbewegung betätigt und insbesondere an den Arbeiten und der Verwaltung des Frankfurter Ausschusses für Volksvorlesungen beteiligt. Politisch hat er sich zuerst der nationalsozialen Bewegung unter Führung Naumanns und dann der demokratischen Vereinigung angeschlossen. Als nach dem Tode Theodor Barths die demokratische Bewegung aussichtslos wurde, zog er sich vom politischen Leben zurück und widmete sich neben seiner beruflichen und der oben erwähnten Volksbildungstätigkeit ausschließlich wissenschaftlichen Arbeiten. Im Kriege beschäftigte er sich wieder politisch in der „Sozialdemokratie" und der „Zentrale für Völkerrecht", deren Mitbegründer er wurde. Seit 1917 Stadtverordneter in Frankfurt a. M. Er hat sich hauptsächlich mit den Problemen des Arbeiterrechts beschäftigt. Schriften: „Lohn und Aufrechnung" 1902, „Der korporative Arbeitsnormenvertrag" (zwei Bände 1907, 1908), „Über den Grundgedanken und die Möglichkeit eines einheitlichen Arbeitsrechts für Deutschland" 1913, „Brauchen wir ein Arbeitstarifgesetz?" (Schriften der Gesellschaft für soziale Reform) 1913, „Ein Arbeitstarifgesetz. Die Idee der sozialen Selbstbestimmung im Recht" 1916. Andere Schriften: „Völkerrechtsgeist" 1917, „Die Aufgabe der Volks-

bildung nach dem Kriege" 1917, „Der Sozialpolitiker Karl Flesch und seine literarisch-wissenschaftliche Tätigkeit" 1916, „Die soziologische Methode in der Privatrechtswissenschaft" 1909.

(Bild Seite 318, Platz Nr. 144.)

Sivkovich, Hans; Staatsminister, stellvertretender Vorsitzender des Mecklenburg-Schwerinschen Staatsministeriums; Vorstand des Mecklenburg-Schwerinschen Ministeriums, Abt. für geistliche, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten sowie für Kunst, in Schwerin Mecklenburg. Wahlkr. 35 (Mecklenburg und Lübeck). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 17. Juni 1881 zu Wismar in Mecklenburg-Schwerin; evangelisch-lutherisch. 1899 Reifeprüfung am Gymnasium der Großen Stadtschule zu Wismar, 1899—1902 Studium der Theologie und Geschichte an den Universitäten Rostock, Erlangen, Berlin, 1902 bis 1918 im Lehramte tätig, 1902—1903 Alumnatsleiter in Güstrow, 1903—1905 wissenschaftlicher Hilfslehrer am Realgymnasium Bützow, 1905—1906 Rektor der Stadtschule Lübz, 1906—1918 Oberlehrer am Lehrerseminar zu Lübtheen. Als solcher auf Betreiben des damaligen mecklenburgischen Landtags in den Ruhestand versetzt. 9. November 1918 zum Staatsminister von Mecklenburg-Schwerin berufen. Juni 1912 im Wahlkreise Mecklenburg-Schwerin I (Hagenow-Grevesmühlen) zum Reichstagsabgeordneten gewählt, Mitglied der Fortschrittlichen Volkspartei. 26. Januar 1919 in den verfassunggebenden Landtag Mecklenburg Schwerins gewählt. Mitarbeiter zahlreicher politischer Zeitungen und Zeitschriften.

(Bild Seite 348, Platz Nr. 101.)

Sollmann, Wilhelm; Redakteur in Köln. Wahlkr. 20 (Reg.-Bez. Köln und Aachen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 1. April 1881 zu Oberlind, Sachs.-Meiningen; Dissident. Volksschule, dann Gymnasium zu Koburg, von 1897 bis 1911 Handlungsgehilfe in Köln, dann Redakteur in Würzburg und Köln, rednerisch, schriftstellerisch und organisatorisch tätig für die Abstinenzbewegung, die Angestelltenbewegung und die Sozialdemokratische Partei. Sondergebiet sozialistische Jugenderziehung, Vor-

sitzender des sozialdemokratischen Vereins in Köln. Stadtverordneter in Köln seit dem Jahre 1918. Broschüren: „Der Kölner Polizeiprozeß" 1914, „Die Revolution in Köln" 1918.

(Bild Seite 318, Platz Nr. 362.)

Spahn, Peter, Dr. jur.; inaktiver Staatsminister, Weimar. Wahlkr. 20 (Reg.-Bez. Aachen und Cöln). — Zentrum. —

Geboren am 22. Mai 1846 zu Winkel, Rheingau; katholisch. Mitglied des Reichstags von 1884—1917, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses 1882—1898, des Herrenhauses von 1918 ab, von 1917—1918 preußischer Justizminister.

(Bild Seite 334, Platz Nr. 33.)

Stahl, Emil; Gewerkschaftsbeamter in Spandau. Wahlkr. 4 (Reg.-Bez. 1 Potsdam). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 17. November 1879 zu Michelstadt i. O.; freireligiös. Besuchte die Volksschule zu Frankfurt a. M., war dann als Handelshilfsarbeiter in Frankfurt a. M. tätig, seit dem Jahre 1907 als Angestellter im Hauptbureau des Transportarbeiterverbandes als Sekretär beschäftigt. 1915—1916 im Felde. Lokalberichterstatter des Vorwärts. Kreisvorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins Potsdam-Osthavelland. Seit 9. November 1918 Vorsitzender des Arbeiter- und Soldatenrats in Spandau. Seit 1918 Stadtverordneter in Spandau, in der Nachwahl am 14. März 1917 als Mitglied des Reichstags für den Wahlkreis Osthavelland gewählt.

(Bild Seite 318, Platz Nr. 123.)

Stapfer, Michael; Bauer in Schlupfing. Wahlkr. 25 (Reg.-Bez. Niederbayern und Oberpfalz). — Zentrum. —

Geboren am 18. Oktober 1871 zu Kirchham; katholisch. Besuchte die Volksschule in Kirchham und Pocking, dann in der Landwirtschaft tätig. Aktive Dienstzeit 1893—1894. Kriegsdienst 1914—1916, Verdienstkreuz 3. Klasse mit Schwertern. Vorstand der Zuchtstiergenossenschaft Pocking, Vorstand des Ackerbauvereins Indling, Mitglied der Gemeindeverwaltung Indling.

(Bild Seite 335, Platz Nr. 374.)

Starosson, Franz; Redakteur der „Mecklenburgischen Volkszeitung" seit 1. April 1898 in Rostock. Wahlkr. 35 (Mecklenburg-Lübeck). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 3. Mai 1874 zu Berlin; konfessionslos. Seit 15 Jahren Mitglied der Bürgervertretung in Rostock. Seit der Revolution Staatsminister in Mecklenburg-Schwerin.

(Bild Seite 318, Platz Nr. 361.)

Stegerwald, Adam; Generalsekretär der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Cöln. Wahlkr. 20 (Reg.-Bez. Cöln und Aachen). — Zentrum. —

Geboren am 14. Dezember 1874 zu Greußenheim b. Würzburg; katholisch. Besuchte die Volksschule in Greußenheim, erlernte das Schreinerhandwerk, besuchte als Handwerksgeselle gewerbliche Fortbildungsschulen in Stuttgart und München. Von 1900—1902 als Privathörer zwei Semester über allgemeine Volkswirtschaftslehre und spezielle Nationalökonomie an der Universität in München, von 1903 bis 1905 Vorlesungen an der Cölner Handelsschule über verschiedene staatswissenschaftliche Fragen. Gründete 1899 den Zentralverband christlicher Holzarbeiter. War von 1917 bis zu dessen Beseitigung Mitglied des Preußischen Herrenhauses. Bereiste als internationaler Sekretär der christlichen Arbeiterorganisationen England, Holland, Belgien, Frankreich, Portugal, Italien, die Schweiz, Österreich usw.

(Bild Seite 355, Platz Nr. 375.)

Steinkopf, Willy; Postsekretär in Königsberg i. Pr. Wahlkr. 1 (Provinz Ostpreußen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 3. März 1885 zu Löwenhagen Kreis Königsberg i. Pr.; evangelisch. Besuchte Realschule in Gumbinnen und Löbnichtsche Oberrealschule in Königsberg i. Pr. 1901 in den Dienst der Reichspost- und Telegraphenverwaltung eingetreten. 1911 in Gerdauen als Postassistent angestellt, 1916 Postsekretär in Königsberg i. Pr. 1912—1915 Mitglied der ostpreußischen Provinzialversammlung. Mitbegründer und zweiter Vorsitzender der Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft in Gerdauen. Tätigkeit in Beamten-Fachorganisationen. Journalistische Tätigkeit.

(Bild Seite 319, Platz Nr. 360.)

Steinmayer, Otto; Gewerkschaftsangestellter in Stuttgart. Wahlkr. 31/32 (Württemberg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 1. August 1876 zu Göppingen; evangelisch. Besuchte bis 1890 die Volksschule in Göppingen, lernte als Flaschner, von 1900—1904 als Krankenkassenangestellter tätig, von 1904—1906 im Hauptbureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes, von 1906 bis 1909 als Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Pforzheim, seit 1910 im Sekretariat des Internationalen Metallarbeiterverbandes, von 1894 ab parteipolitisch tätig.

(Bild Seite 319, Platz Nr. 386.)

Steinsdorff, Wilhelm; Chefredakteur und Buchdruckereibesitzer in Zittau. Wahlkr. 28 (1. Sachsen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 2. November 1864 zu Berlin; evangelisch-lutherisch. Besuchte die Thrandorffsche höhere Knabenschule in Berlin, machte dort in einem großen Betriebe vierjährige Lehrzeit als Schriftsetzer durch, nach kurzer praktischer Gehilfentätigkeit wurde er in zweijähriger Arbeit als Angestellter mit dem Verlagsbuchhandel vertraut und redigierte während dieser Zeit auch verschiedene Zeitschriften, wandte sich dann ganz dem Journalismus zu, zunächst als freier Tagesschriftsteller, dann als Redakteur. 1896 trat er in die Redaktion der „Zittauer Morgen-Zeitung" ein, wurde 1904 deren Chefredakteur, seit 1908 Besitzer des Verlags und der Druckerei dieser Zeitung.

(Bild Seite 348, Platz Nr. 414.)

Stelling, Johannes; Redakteur in Lübeck. Wahlkr. 35 (Mecklenburg und Lübeck). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 12. Mai 1877 zu Hamburg; konfessionslos. Besuchte die Volksschule in Hamburg, erlernte das Handelsgewerbe, betätigte sich in jungen Jahren politisch und gewerkschaftlich, seit 1. Mai 1901 Redakteur des „Lübecker Volksbote" in Lübeck. Seit 1907 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft.

(Bild Seite 319, Platz Nr. 385.)

Stock, Christian; Arbeitersekretär in Heidelberg. Wahlkr. 37 (Baden). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 28. August 1884 zu Darmstadt. Besuchte die Volksschule von 1890—1898 in Darmstadt, Hanau, Lorsch und Pfung-

stadt, lernte als Zigarrenarbeiter und war als solcher bis 1910 tätig, wurde am 1. Oktober 1910 Gauleiter des Tabakarbeiterverbandes in Heidelberg, seit 1. Januar 1914 Arbeitersekretär des Gewerkschaftskartells Heidelberg, während des Krieges beim Landw.-Inf.-Reg. Nr. 40 im Felde. Ist Mitglied verschiedener kommunaler Institutionen, ferner Mitglied des Bezirksrates für den Amtsbezirk Heidelberg. Ist Beisitzer des Schlichtungsausschusses, desgleichen Mitglied des Aufsichtsrates vom Konsumverein Mannheim und Vorstandsmitglied der Allgemeinen Ortskrankenkasse Heidelberg.

(Bild Seite 319, Platz Nr. 384.)

Stolten, Otto; Redakteur des „Hamburger Echo" in Hamburg. Wahlkr. 37 (Hamburg, Bremen, Reg.-Bez. Stade). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 4. April 1853 zu Hamburg. Besuchte von 1860—1868 die Paßmannsche Stiftungsschule in Hamburg, lernte als Schlosser und Maschinenbauer von 1868—1872, dreieinhalb Jahre Wanderschaft, bis 1887 im Beruf tätig, trat 1. Juli 1887 in die Redaktion der „Bürgerzeitung" in Hamburg, ein, die im September 1887 auf Grund des Sozialistengesetzes verboten wurde. Seit Oktober 1887 Redakteur des „Hamburger Echo". Von 1883 bis 1887 Mitglied des Gewerblichen Schiedsgerichts zu Hamburg, seit 1901 Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft (Landtag und Stadtvertretung), seit 1907 auch Mitglied des Bürgerausschusses. Am 17. Oktober 1913 als Nachfolger Bebels für den 1. Hamburger Wahlkreis in den Deutschen Reichstag gewählt. Verfasser von „Hamburgische Staatseinrichtungen und hamburgische Politik", „Die Hamburgische Bürgerschaft und die Sozialdemokratie 1904—1906", „Unter dem Klassenwahlrecht" und „Die Hauptfragen hamburgischer Gesetzgebung und Politik 1910—1912".

(Bild Seite 319, Platz Nr. 21.)

Stresemann, Gustav, Dr.; Syndikus in Charlottenburg. Wahlkr. 15 (Reg.-Bez. Aurich, Osnabrück sowie Oldenburg). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 10. Mai 1878 zu Berlin; evangelisch. Studierte an den Universitäten Berlin und Leipzig Geschichte, Staatswissen-

schaften und Literatur (ADB.-Burschenschafter), 1902—1918 Syndikus des Verbandes sächsischer Industrieller, Geschäftsführer, geschäftsführendes Mitglied des Deutsch-Amerikanischen Wirtschaftsverbandes. Herausgeber der Wochenschrift „Deutsche Stimmen". 1906—1912 Stadtverordneter in Dresden, 1907—1912 und seit Dezember 1914 Mitglied des Reichstages, 1917—1918 Vorsitzender der Nationalliberalen Reichstagsfraktion, stellvertretender Vorsitzender des Bundes der Industriellen. Schriften: „Wirtschaftspolitische Zeitfragen" 2. Auflage, 1912; „Macht und Freiheit", 1917.

(Bild Seite 359, Platz Nr. 177.)

Strzoda, Franz; Bauergutsbesitzer in Deutsch-Müllmen, Kreis Neustadt, Oberschlesien. Wahlkr. 10 (Reg.-Bez. Oppeln). — Zentrum. —

Geboren am 6. August 1857 zu Rosenberg, Kreis Neustadt, Oberschlesien; katholisch. Besuchte das Gymnasium zu Leobschütz bis Obertertia, ging dann zur Landwirtschaft, diente beim Kaiser-Franz-Garde-Grenad.-Reg. Nr. 2, Berlin. Seit 1880 selbständiger Besitzer zu Deutsch-Müllmen. Mitbegründer des Schlesischen Bauernvereins, einer Zuckerfabrik, einer Molkerei, Rechner einer Spar- und Darlehnskasse, Hagel- und landwirtschaftlicher Taxator. Seit 25. Januar 1894 bis 1918 Mitglied des Deutschen Reichstags, Landtagsabgeordneter von 1898—1908.

(Bild Seite 335, Platz Nr. 154.)

Stücklen, Daniel; Redakteur in Berlin. Wahlkr. 30 (5. Sachsen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 30. April 1869 zu Nürnberg; freireligiös. Besuchte die Volksschule in Nürnberg, lernte als Feingoldschläger, schloß sich sehr bald der Sozialdemokratischen Partei an. Bereiste Deutschland, Österreich und die Schweiz, nach seiner Rückkehr gemaßregelt, ging er wieder in das Ausland und übernahm in Budapest die Leitung einer Feingoldschlägerei. 1891—1893 Mitglied der Parteileitung der ungarischen Sozialdemokratie und Redakteur der „Arbeiterpresse" in Budapest, 1893—1898 Redakteur der „Volkszeitung" in Hof (Bayern), 1898—1905 Redakteur der „Altenburger Volkszeitung" in Altenburg, 1905—1906 Redakteur der „Arbeiterzeitung" in Dortmund, seitdem in Berlin. Nahm 1889 und 1890 an den deutschen Metallarbeiter-

kongressen teil. Mitbegründer des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Hatte viele Preßprozesse zu bestehen, die ihm zum Teil erhebliche Strafen, darunter 9 Monate wegen Majestätsbeleidigung, eintrugen. Mitglied des Reichstags 1903—1918. Seit 1. Januar 1919 Vorsitzender der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene.

(Bild Seite 319, Platz Nr. 76.)

Szczeponik, Thomas; Rektor in Myslowitz O.-S. Wahlkr. 10 (Reg.Bez. Oppeln). — Zentrum. —

Geboren am 4. Dezember 1860 zu Peiskretscham O.-S.; katholisch. Besuchte die Präparandenanstalt und das Lehrerseminar in Peiskretscham O.-S. 1874—1881, Volksschullehrer in Tarnau O.-S. 1881—1882, Volksschul- und Mittelschullehrer in Kattowitz O.-S. 1882—1895, Rektor in Myslowitz O.-S. seit 1. November 1895.

(Bild Seite 335, Platz Nr. 376.)

Tantzen, Theodor; Landwirt in Heering. Wahlkr. 15 (Reg.-Bez. Aurich und Osnabrück). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 14. Juni 1877 zu Heering; evangelisch-lutherisch. Besuchte 1883—1886 Volksschule Ablehausen, 1886—1892 Oberrealschule Oldenburg. 1895—1896 Soldat beim 13. Jäger-Bataillon Dresden. Seit 1903 Mitglied von Selbstverwaltungskörperschaften, bis 1915 Mitglied der Landwirtschaftskammer, von 1910 bis heute Mitglied des Oldenburgischen Landtags, seit 10. November 1918 Mitglied des Landesdirektoriums Oldenburg (Ministerium). Besitzer und Bewirtschafter des väterlichen Landguts seit 1898, vorher Landwirtschaft in mehreren Betrieben erlernt. Seit 1900 im öffentlichen Leben tätig; Verfasser politischer und fachwissenschaftlicher landwirtschaftlicher Aufsätze.

(Bild Seite 318, Platz Nr. 113.)

Taubadel, Paul; Redakteur in Görlitz. Wahlkr. 11 (Reg.-Bez. Liegnitz). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 29. Oktober 1875 zu Terpitzsch bei Colditz i. Sa.; konfessionslos. Besuchte von 1882—1890 die Volksschule in Görlitz, erlernte nach der Schulentlassung das Maurerhandwerk und war als Geselle in verschiedenen Städten Deutschlands tätig bis zum Jahre

1906, seit 1906 Redakteur an der „Görlitzer Volkszeitung". Von 1912—1918 Mitglied des Reichstags für den Wahlkreis Görlitz-Lauban, seit 1910 Mitglied der Stadtverordnetenversammlung in Görlitz.

(Bild Seite 320, Platz Nr. 121.)

Taucher, Eugen, Dr. jur.; Rechtsanwalt und Justizrat in Amberg, Wahlkr. 25 (Reg.-Bez. Oberpfalz). — Zentrum. —

Geboren am 9. September 1863 zu Bergham bei Notterau, Oberpfalz; katholisch. Besuchte vier Klassen Volksschule, absolvierte 1883 das Gymnasium zu Regensburg, dann die Universität München, wo Rechtswissenschaften studiert und am 9. August 1887 als Rechtspraktikant abging. Als solcher praktizierte er in Regensburg und Amberg, promovierte im Mai 1887 an der Universität Heidelberg als Dr. jur. insigni cum laude. Seit Herbst 1891 Rechtsanwalt am Landgericht Amberg, wurde am 1. Januar 1910 zum Justizrat ernannt. Seit 1902 Mitglied, seit 1913 erster Vorsitzender des Gemeindekollegiums (Stadtverordnetenversammlung) der Stadt Amberg.

(Bild Seite 335, Platz Nr. 395.)

Tesch (Hessen-Nassau) Johanna; Ehefrau in Frankfurt a. M. Wahlkr. 19 (Provinz Hessen-Nassau sowie Waldeck). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 24. März 1875 zu Frankfurt a. M. als Tochter des Schneidermeisters B. Carillon, besuchte von 1882—1889 die Souchay-Mittelschule dortselbst und war bis zur Verheiratung im elterlichen Haushalt tätig. Im Jahre 1902 Mitbegründerin und später zeitweise Leiterin und Kassiererin des Bildungsvereins für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse, 1906 desgleichen der Frankfurter Ortsgruppe des Zentralverbandes der Hausangestellten. Seit 1917 Beisitzerin beim städtischen Mieteinigungsamt, seit 1916 Mitglied der städtischen Deputation für Irre und Epileptische, seit 1918 Mitglied der Deputation für die städtischen Nervenheilanstalten, seit 1918 Mitglied des Hausfrauenausschusses beim Lebensmittelamt, seit 1917 Mitglied der Pressekommission der „Volksstimme".

(Bild Seite 320, Platz Nr. 88.)

Teusch (Cöln), Christine; Gewerkschaftssekretärin in Cöln. Wahlkr. 20 (Reg.-Bez. Cöln und Aachen). — Zentrum. —

Geboren am 11. Oktober 1888 zu Cöln-Ehrenfeld; katholisch. Besuchte die höhere Mädchenschule der Schwestern vom armen Kinde Jesu in Cöln-Ehrenfeld, die Königin-Luise-Schule in Cöln. Machte 1910 dortselbst das höhere Lehrerinnenexamen, unterrichtete von 1910—1913 an dem Lyzeum Marienberg zu Neuß und von 1913 bis 1917 als Lehrerin bei der Stadt Cöln. Machte 1913 die Rektorprüfung in Coblenz, 1915—1917 Vorsitzende des katholischen Lehrerinnenvereins in Cöln, 1917—1918 Leiterin der Frauenarbeitsnebenstelle Essen bei der Kriegsamtstelle des VII. Armeekorps. Seit 1. April 1918 Leiterin des neugegründeten Arbeiterinnensekretariats beim Generalsekretariat des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften in Cöln.

(Bild Seite 335, Platz Nr. 396.)

Thabor, Johannes; Gewerkschaftsbeamter in Crefeld. Wahlkr. 23 (Reg.-Bez. Düsseldorf 2). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 3. Oktober 1878 zu Oberrod, Kr. Westerburg; Dissident. Besuchte die Volksschule zu Oberrod und drei Halbjahre die Bauschule zu Holzminden und Barmen. Erlernte von 1892—1894 das Maurerhandwerk, war bis 1908 als Geselle und Maurerpolier tätig. Von 1908 ab Geschäftsführer des Bauarbeiterverbandes in Crefeld. Seit 1909 Vorsitzender des sozialdemokratischen Volksvereins für den Wahlkreis Crefeld.

(Bild Seite 320, Platz Nr. 380).

Thiele, Friedrich Adolf; Redakteur und Schriftsteller in Halle a. S. Wahlkr. 13 (Reg.-Bez. Merseburg). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 26. September 1853 zu Dresden; religionslos. Besuchte Volksschule, Realschule, Lehrerseminar bis 1874. Volksschullehrer bis 1881, landwirtschaftliche Kreisschule in Wurzen bis zur politischen Maßregelung 1887, Gründer Herausgeber, Redakteur der „Wurzener Zeitung“ 1887—1894, Verleger und Redakteur der „Pädagogischen Revue“ bis 1895, Redakteur des „Volksblatt für Halle“ 1894—1908. Reisen durch die Länder Europas und der angrenzenden Gebiete Asiens und Nordafrikas. Reichstagsabgeordneter 1898—1907,

1912—1918, Stadtverordneter in Wurzen 1888—1892, in Halle 1903—1912, Gründer des Vereins Arbeiterpresse. Statistische, politische wirtschaftliche Broschüren.

(Bild Seite 320, Platz Nr. 141.)

Thöne, Georg; Parteisekretär in Cassel. Wahlkr. 19 (Prov. Hessen-Nassau usw.). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 5. Januar 1867 zu Niedermeiser. Besuchte die Volksschule in Niedermeiser, erlernte von 1881—1884 das Maurerhandwerk. Von 1903—1907 Gauleiter im Verband der Maurer und von 1907 ab Sekretär der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Cassel. Seit 1908 Stadtverordneter in Cassel, Mitglied des Reichstags seit 1912. (Bild Seite 320, Platz Nr. 142.)

Thomsen, Detlef; Landwirt in Winnert. Wahlkr. 14 (Provinz Schleswig-Holstein und Fürstentum Lübeck). — (Schleswig-holsteinische Bauern- und Landarbeiterdemokratie). Hospitant der Deutschen demokratischen Partei. —

Geboren am 8. Juni 1880 zu Winnert, Kreis Husum (Schleswig-Holstein); evangelisch.

(Bild Seite 365, Platz Nr. 323.)

Traub, Gottfried, D. theol.; Pfarrer in Dortmund. Wahlkr. 3 (Potsdam). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 11. Januar 1869 zu Rielingshausen, Oberamt Marbach; evangelisch. Besuchte die Universität Tübingen von 1887—1891 Hilfsprediger 1892—1895, Repetent am evangelisch-theologischen Stift Tübingen 1895—1900, Stadtpfarrer in Schwäbisch Hall 1900, Pfarrer an St. Reinoldi in Dortmund 1901—1912. Infolge der Jathobewegung des Pfarrdienstes entlassen 1912, als Pfarrer wieder eingesetzt 1918. Lic. theol. 1899, D. theol. 1913, Vorsitzender des Verbandes der Freunde evangelischer Freiheit im Rheinland und Westfalen 1913, preußischer Landtagsabgeordneter von 1913—1918, Direktor des Protestantenbundes, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Vaterlandspartei 1918, Mitglied des Vorstandes der Deutschnationalen Partei 1919, Mitglied des Presbyteriums von St. Reinoldi-Dortmund 1919. Herausgeber der „Christlichen Freiheit" und der „Eisernen Blätter". Zahlreiche Bücher religiösen, vaterländischen und sozialen Inhalts. (Bild Seite 355, Platz Nr. 114.)

Tremmel, Peter; Gewerkschaftssekretär und Verbandsvorsitzender in Aschaffenburg. Wahlkr. 26 (Reg.-Bez. Ober-, Mittel- und Unterfranken). — Zentrum. —

Geboren am 15. Oktober 1874 zu Mannheim; katholisch. Besuchte von 1881—1889 die Volksschule zu Mannheim, lernte von 1889—1892 das Schlosserhandwerk, mußte dasselbe nach der Lehre wieder aufgeben, weil er nach seiner Lehrzeit einen Wochenlohn von 15 Mark verlangte, auf die schwarze Liste gesetzt wurde und in Mannheim keine Stellung mehr bekam. In die Fremde konnte er nicht gehen, weil er seine Eltern unterstützen mußte, da er von 13 Geschwistern der älteste Sohn und das einzige Kind war, das etwas verdienen konnte. So war er gezwungen, das liebgewordene Handwerk aufzugeben, und arbeitete als Hafenarbeiter in Mannheim. Am 1. Oktober 1903 Gewerkschaftssekretär des Zentralverbandes christlicher Fabrik- und Transportarbeiter Deutschlands in Mannheim, seit 1. Oktober 1908 zweiter und seit 1. Oktober 1912 erster Verbandsvorsitzender des genannten Verbandes mit dem Wohnsitze in Aschaffenburg. Gemeindebevollmächtigter in Aschaffenburg seit 1. Januar 1912. War vom 18. August 1914 bis zum 25. September 1917 zum Heeresdienst einberufen. Stand vom 21. September 1914 bis zu seiner Entlassung im Felde, zuerst beim Landsturm-Inf.-Batl. Aschaffenburg und dann beim aktiven 5. bayer. Inf.-Reg.

(Bild Seite 336, Platz Nr. 397.)

Trimborn, Karl; Geheimer Justizrat, Staatssekretär a. D. Rechtsanwalt in Cöln a. Rh. Wahlkr. 20 (Reg.-Bez. Cöln und Aachen). — Zentrum. —

Am 2. Dezember 1854 zu Cöln geboren; katholisch. Er besuchte die Volksschule, 1864—1873 das Apostelgymnasium zu Cöln, wo er im Jahre 1873 das Abiturientenexamen ablegte. Alsdann besuchte er die Universitäten Leipzig, München und Straßburg. 1877 legte er das Referendarexamen ab. 1882 wurde er Assessor und ließ sich alsdann als Rechtsanwalt in Cöln nieder, wo er bis 1904 tätig war. 1894 wurde er zum Stadtverordneten von Cöln gewählt, welches Amt er bis zum Herbst 1913 innehatte. Seit Januar 1896 Reichstagsabgeordneter bis 1912 für den Wahlkreis Cöln (Stadt),

seit März 1912 für den Wahlkreis Sieg-Waldbröl. Seit Februar 1896 bis zur Auflösung 1918 Landtagsabgeordneter für Cöln (Stadt). Im August 1914 wurde er als Mitglied der deutschen Zivilverwaltung für Belgien zunächst als Zivilverwalter nach Verviers und alsdann als Generalreferent für das Unterrichtswesen nach Brüssel berufen, wo er bis August 1917 blieb. Seit Gründung des Volksvereins für das katholische Deutschland (1890) dessen zweiter, seit 1915 dessen erster Vorsitzender. Gab mit Dr. Otto Thissen heraus: „Kommunale Sozialpolitik" 2. Aufl. gedruckt bei J. P. Bachem (Cöln). Ehrenvorsitzender der kommunalpolitischen Vereinigung, Sitz Cöln.

(Bild Seite 336, Platz Nr. 12.)

Trinks, Oskar; Parteisekretär und Stadtverordneter in Karlsruhe. Wahlkr. 53 (Baden). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 26. Januar 1873 zu Dörnthal i. Erzgebirge, Sachsen; konfessionslos. Besuchte die Volksschule in Dörnthal und Ullersdorf, lernte Tischler und bereiste als Handwerksbursche Thüringen, Bayern, Württemberg, Baden, Rheinland, Westfalen, Hannover, Braunschweig usw., diente von 1893—1895 im Inf.-Reg. Nr. 113 in Freiburg im Breisgau, arbeitete 1895—1905 in Durlach und wurde sodann Lagerhalter des neugegründeten Konsumvereins daselbst. Wurde 1907 Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Badens und übernahm später das ins Leben gerufene Sekretariat für Mittelbaden. War 1902—1907 im Bürgerausschusse in Durlach und ist seit 1911 Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums in Karlsruhe. Kandidierte 1912 zum Reichstag im Wahlkreis Pforzheim-Durlach und war 1909 und 1913 in Stichwahl zum badischen Landtag (Wahlkreis Karlsruhe-Land). War Soldat über die ganze Dauer des Krieges und kam als solcher nach Galizien, den Karpathen, Mazedonien und Frankreich.

(Bild Seite 320, Platz Nr. 381.)

Ulitzka, Carl; Pfarrer in Ratibor. Wahlkr. 10 (Reg.-Bez. Oppeln). — Zentrum. —

Geboren am 24. September 1873 zu Jernau, Kreis Leobschütz; katholisch. Besuchte die Volksschule in Ratibor, dann das Kgl. Gym-

nasium daselbst, machte 1893 das Abiturium, studierte an den Universitäten Breslau und Graz in der Steiermark, wurde 1897 zum Priester geweiht. Von 1897—1901 Kaplan in Kreuzburg (O.-S.), von 1901—1910 Pfarrer in Bernau (Mark) bei Berlin. Als solcher Erbauer zweier Kirchen in Bernau und Biesenthal in der Mark. Seit Ostern 1910 Pfarrer an der St. Nicolaus-Kirche in Ratibor. Zurzeit Vorsitzender des Kreiswahlkomitees der Katholischen Volkspartei des Kreises Ratibor und provisorischer Vorsitzender der Katholischen Volkspartei für Oberschlesien. Herausgeber des Buches: „Leo XIII. der Lehrer der Welt", die wichtigsten Rundschreiben Leo XIII. in deutscher Sprache mit Übersicht und Inhaltsverzeichnis.

(Bild Seite 336, Platz Nr. 398.)

Ulrich, Carl; Buchdrucker zurzeit Staatsminister und Ministerpräsident der Republik Hessen in Offenbach a. M. Wahlkr. 34 (Hessen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 28. Januar 1853 zu Braunschweig; freireligiös. Besuchte die Volksschule, lernte als Maschinenbauer, Schlosser und Dreher, ging als solcher in die Fremde und bereiste als Handwerksbursche Teile Deutschlands, Österreichs und der Schweiz, wurde in Offenbach a. M. im August 1875 zum Redakteur der „Neuen Offenbacher Tageszeitung" gewählt und ist heute noch Mitarbeiter des „Offenbacher Abendblattes", als Nachfolgerin der „Neuen Offenbacher Tageszeitung", erlitt viele Freiheitsstrafen und wurde im Freiburger Sozialistenprozeß (1886) mit Bebel und Auer zu neun Monaten Gefängnis verurteilt, die er mit den beiden genannten Abgeordneten teilweise zusammen in Zwickau verbüßte. War von 1890—1903 und von 1907—1919 Mitglied des Reichstags, von März 1885 Mitglied der Zweiten Ständekammer bis zur Auflösung derselben im November 1918 infolge der Revolution; seit 1896 gehörte er der Stadtverordnetenversammlung an, am 26. Januar 1919 in die hessische verfassunggebende Volkskammer gewählt, vom Arbeiter- und Soldatenrat Darmstadts und Hessens durch Beschluß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion mit der Bildung des Ministeriums für den Freistaat Hessen beauftragt, seitdem Ministerpräsident des Landes.

(Bild Seite 321, Platz Nr. 140.)

Veidt, Karl; Pfarrer an der Paulskirche in Frankfurt a. M. Wahlkr. 19 (Provinz Hessen-Nassau). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 20. Februar 1879 zu Dörnberg, Kreis Unterlahn; evangelisch. Besuchte 1892—1898 Gymnasium Montabaur, 1898 bis 1902 Universitäten Marburg a. L., Berlin, Halle, theol. Seminar Herborn, 1902—1904 Berliner Stadtmission und Reisen in England, 1905—1910 Vereinsgeistlicher Frankfurt a. M., 1910—1912 Schriftleiter der Tageszeitung „Frankfurter Warte", 1912—1914 Pfarrer in Wiesbaden, 1914 bis 1. April 1918 Feldgeistlicher der 21. Res.-Division (E.K. I und II, Hess. San.-Kreuz), seit 1. April 1918 Pfarrer an der Paulskirche in Frankfurt a. M. Journalistische Tätigkeit; Broschüren.

(Bild Seite 356, Platz Nr. 379.)

Vershofen, Wilhelm, Dr. phil.; Verbandsleiter in Sonneberg, Sachs.-Mein. Wahlkr. 36 (Thüringen usw.). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 25. Dezember 1878 zu Bonn; katholisch. Besuchte Volksschule, Realgymnasium, Deal College zu Deal (Kent), High Metropolitan School London. Universitäten: Bonn, München, Jena. Kaufmännische Lehrzeit in Köln. Oberlehrerexamen. Zwölf Jahre Oberlehrer in Jena, Beirat in der keramischen Industrie, dann Kunststeinbranche und Spielwarenindustrie. Jetzt Leiter des Verbandes der Thüringer Spielwareninteressenten G. m. b. H. Wichtigste Veröffentlichungen: „Gedanken zur Technik des Dramas" (Bonn 1907), „Fewiswolf", eine Finanznovelle, 6. Tausend, „Das Weltreich und sein Kanzler", „Amerika", „Tyll Eulenspiegel" (alle bei E. Diederich in Jena). Herausgeber der Vierteljahrschrift für schöpferische Arbeit „Nyland".

(Bild Seite 348, Platz Nr. 412.)

Vesper, Otto, Redakteur in Osnabrück. Wahlkr. 15 (Reg.-Bez. Osnabrück-Aurich sowie Oldenburg usw.). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 15. Mai 1875 zu Berlin. Besuchte die Volksschule in Berlin, erlernte nach der Schulentlassung das Tapezierergewerbe, war von 1902—1906 Arbeitersekretär in Osnabrück, von 1907—1909

Zentralvorsitzender des Tapeziererverbandes in Berlin und von 1910 bis 1912 wieder Arbeitersekretär in Osnabrück. Seit 1912 Redakteur der „Osnabrücker Abendpost", seit 1915—1918 Bürgervorsteher (Stadtverordneter) in Osnabrück, seit Herbst 1918 Magistratsmitglied in Osnabrück.

(Bild Seite 321, Platz Nr. 410.)

Vögler, Albert; Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A. G. in Dortmund. Wahlkr. 18 (Reg.-Bez. Arnsberg). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 8. Februar 1877 zu Borbeck; evangelisch. Besuchte Volksschule, Realgymnasium und technische Hochschule, 1901—02 Ingenieur der Maschinenfabrik Baum, Herne; 1902—1906 Oberingenieur des Georgs-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins, Osnabrück; 1906—1912 Direktor der Union A. G. für Eisen- und Stahlindustrie, Dortmund. Seit 1915 Generaldirektor der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, Bochum. Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums, Dortmund; Mitglied der Handelskammer der Stadt Dortmund; Vorsitzender des Vereins deutscher Eisenhüttenleute, Düsseldorf; Mitglied des Hauptvorstandes des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Berlin; Mitglied des Vorstandes der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in Düsseldorf; Mitglied des Vereins zur Wahrung der wirtschaftlichen Interessen in Rheinland-Westfalen; Mitglied des Wasserstraßenbeirats Münster; Reichsbevollmächtigter für die Sozialisierung des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers.

(Bild Seite 360, Platz Nr. 331.)

Vogel, Johann; Parteisekretär in Fürth i. B. Wahlkr. 26 (Reg.-Bez. Ober-, Mittel- und Unterfranken). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 16. Februar 1881 zu Oberartelshofen, Bez.-Amt Hersbruck. Besuchte Volks- und Fortbildungsschule in Fürth, erlernte die Bildhauerei, bereiste Deutschland. Seit 1908 Sekretär der Sozialdemokratischen Partei für den Bezirk Nordbayern. Seit 1912 bis zum Umsturz Mitglied des Bayerischen Landtags für den Wahlkreis Hersbruck.

(Bild Seite 321, Platz Nr. 405.)

Vogt (Württemberg), Wilhelm; Landwirt in Gochsen, Oberamt Neckarsulm. Wahlkr. 31/32 (Württemberg). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 26. Oktober 1854 zu Gochsen; evangelisch. Besuchte Volksschule und drei Jahre Lateinschule; Landwirt mit eigenem Besitze, Militärdienstzeit von 1874—1877, Unteroffizier und mit Befähigung zum Feldwebelleutnant entlassen. Inhaber der großen landwirtschaftlichen Verdienstmedaille, des Wilhelmkreuzes und des württembergischen Friedrichordens 1. Klasse. Abgeordneter zum württembergischen Landtage seit 1900, im Reichstage seit 1903, Gemeinderat und Mitglied des Bezirksrats, Beirat im Gesamtkollegium der württembergischen Zentralstelle für die Landwirtschaft, Ökonomierat und Vorsitzender des landwirtschaftlichen Bezirksvereins, Mitglied des Gauverbandsausschusses und Vorsitzender einer großen Zahl von Feldbereinigungsunternehmen. In landwirtschaftlichen Zeitungen und Wochenschriften tätig.

(Bild Seite 356, Platz Nr. 111.

Voigt (Breslau), Friedrich; Gewerkschaftssekretär, früher Bauarbeiter in Breslau. Wahlkr. 9 (Reg.-Bez. Breslau). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 18. November 1882 zu Trebra, Kreis Nordhausen; Dissident. Bis 1896 Volksschule besucht, von 1902—1905 Soldat, seit 1908 Gewerkschaftssekretär im Deutschen Bauarbeiterverband. Kriegsteilnehmer seit 5. August 1914, am 9. November 1918 zum Vorsitzenden des Zentral-Soldatenrats für Schlesien gewählt. Delegierter des Arbeiter- und Soldatenrätekongresses in Berlin 1918, Mitglied des Zentralrats der Deutschen Republik.

(Bild Seite 321, Platz Nr. 406.)

Wachhorst de Wente, Friedrich; Hofbesitzer in Gr. Mimmelage. Wahlkr. 15 (Reg.-Bez. Aurich, Osnabrück und Oldenburg). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 25. Februar 1863 zu Bottorf, Kreis Bersenbrück; lutherisch. Besuchte Realgymnasium in Quakenbrück. Mitglied des Reichstags von 1907—1912 und von 1914—1919, Mitglied des preußischen Landtages von 1913—1918.

(Bild Seite 348, Platz Nr. 103.)

Waldstein, Felix; Justizrat, Rechtsanwalt und Notar in Altona (Elbe). Wahlkr. 14 (Provinz Schleswig-Holstein und Lübeck). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 6. Februar 1865 in Gnesen. Besuchte das Gymnasium in Gnesen von 1873—1882, studierte dann von 1882—1885 Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft, 1885—1889 Referendar zu Königstein i. T. und Frankfurt a. M.; 1889 Gerichtsassessor in Frankfurt a. M., seit 1890 Anwalt in Altona, seit 1901 auch Notar; seit 1908 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses für die Stadt Altona, seit 1912 auch des Reichstags für Schleswig-Eckernförde; Mitglied des provisorischen Vorstandes der Deutschen demokratischen Partei.

(Bild Seite 348, Platz Nr. 54.)

Wallbaum, Wilhelm; Schriftleiter und Generalsekretär des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine in Berlin-Friedenau. Wahlkr. 17 (Reg.-Bez. Münster, Minden, Schaumburg, Lippe). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 4. April 1876 zu Werther, Kreis Halle i. W.; evangelisch. Besuchte die evangelische Volksschule in Deggendorf, bis 1898 Landarbeiter, von 1898—1905 Heizer, von 1905—1910 Gewerkschaftsbeamter, von 1910 ab Schriftleiter. Zurzeit an der „Deutschen Allgemeinen Zeitung". 1913—1918 Mitglied des Hauses der Abgeordneten, 1910—1918: Mitglied des Gemeinderats in Gadderbaum, Vorstandsmitglied 1. des christlich-nationalen Land-, Forst- und Weinbergsarbeiter-Verbandes; 2. der Freien kirchlich-sozialen Konferenz; 3. des Deutsch-Evangelischen Volksbundes; 4. der Deutsch-nationalen Volkspartei.

(Bild Seite 356, Platz Nr. 279.)

Warmuth, Fritz; Amtsgerichtsrat in Jauer, Bezirk Liegnitz. Wahlkr. 11 (Reg.-Bez. Liegnitz). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 15. Juli 1870 zu Hirschberg i. Schles.; evangelisch. Besuchte das Gymnasium in Glatz, studierte in Leipzig, Berlin, Breslau, 1894 Referendar, 1900 Gerichtsassessor, 1. Mai 1904 Amtsrichter in Hultschin i. Oberschl., 15. September 1907 Amtsrichter in Jauer, von März 1915 bis Dezember 1917 in Konin, Polen als Bezirksrichter

der deutschen Zivilverwaltung, von da bis 1. Februar 1919 der deutschen Paßstelle in Eger, Böhmen. Mitglied des Reichstags von 1912—1918. Eisernes Kreuz 2. Klasse, Rote-Kreuz-Medaille.

(Bild Seite 356, Platz Nr. 86.)

Weber, Helene; Oberlehrerin in Cöln, zurzeit Elberfeld. Wahlkr. 22 (Reg.-Bez. Düsseldorf). — Zentrum. —

Geboren am 17. März 1881 zu Elberfeld; katholisch. Besuchte die Volksschule und Töchterschule zu Elberfeld, die Lehrerinnenbildungsanstalt in Aachen, wirkte fünf Jahre als Volksschullehrerin, studierte an der Universität Bonn und Grenoble von 1905—1909, war Oberlehrerin an dem städt. Lyzeum und Oberlyzeum in Bochum, 1909—1911 an der Kaiserin-Auguste-Schule in Köln, wurde 1916 bis Ostern 1919 beurlaubt, leitete die soziale Frauenschule in Aachen. Gibt die „Mitteilungen“ des Vereins katholischer Sozialbeamtinnen Deutschlands heraus, dessen erste Vorsitzende sie ist.

(Bild Seite 336, Platz Nr. 399.)

Weidtman, Joseph Victor Wolfgang, Dr. jur.; Geh. Oberbergrat, Generaldirektor der Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen in Aachen. Wohnort: Schloß Rahe (Aachen). Wahlkr. 20 (Reg.-Bez. Cöln und Aachen). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 18. September 1855 zu Elberfeld; katholisch. Besuchte Gymnasium, juristisches Studium, Dr. jur., 29. 11. 82 Gerichtsassessor in Barmen, Rechtsanwalt in Elberfeld, Reg.-Assessor in Cöln, 1. 1. 85—31. 12. 87 Justitiar bei der Kgl. Bergwerksdirektion Saarbrücken, 1. 1. 88—1. 7. 95 Oberbergrat beim Oberbergamtsbezirk Dortmund, 1. 7. 95—31. 12. 1903 Leiter der Maschinenfabrik Schüchtermann & Kremer in Dortmund, 1. 1. 04—1. 6. 06 Direktor der Bergisch-Märkischen Bank in Elberfeld, 1. 6. 06 bis heute Generaldirektor der Aktiengesellschaft für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation zu Stolberg und in Westfalen in Aachen. Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit durch Allerhöchstes Vertrauen. Stadtrat und später Mitglied des Magistrats (Stadtrat) in Dortmund. Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Knappschaftsverbandes in Berlin, des Knappschaftlichen Rückversicherungsverbandes in Char-

lottenburg, des Allgemeinen Knappschaftsvereins in Bochum, des Vereins für die berg- und hüttenmännischen Interessen im Aachener Bezirk und des Arbeitgeberverbandes des Bergbaues, der chemischen, hüttenmännischen und verwandten Industrieen des Aachener Bezirks, Aachen.

(Bild Seite 360, Platz Nr. 225.)

Weilnböck, Luitpold; Ökonomierat in Stadtsteinach, Oberfranken. Wahlkr. 26 (Reg.-Bez. Ober-, Mittel- und Unterfranken). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 19. Februar 1865 zu Vitshofen in Bayern; katholisch. Besuchte die Volksschule und eine Landwirtschaftsschule. Landwirtschaftsbeamter in Süd- und Norddeutschland. Von 1891—1912 Pächter des Burggutes Hummendorf, heute auf seinem Besitz in Stadtsteinach. Militärische Dienstzeit beim 1. Chevauleger-Reg. Nürnberg und Entlassung zur Reserve als Zahlmeisteraspirant. Stellvertretender Landesvorsitzender des Bundes der Landwirte in Bayern, Mitglied des engeren Vorstandes des Bundes der Landwirte in Berlin, Mitglied des landwirtschaftlichen Kreisausschusses für Oberfranken (Landwirtschaftskammer), Vorstand und Aufsichtsratvorsitzender verschiedener landwirtschaftlicher Verbände. Im Jahre 1905 zum ersten Mal, 1907 zum zweiten Mal in die bayerische Kammer der Abgeordneten, 1912 in den Deutschen Reichstag und 1919 für die verfassunggebende Deutsche Nationalversammlung gewählt.

(Bild Seite 356, Platz Nr. 136.)

Weinhausen, Friedrich; Schriftsteller in Berlin-Steglitz. Wahlkr. 2 (Provinz Westpreußen). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 19. Juli 1867 zu Mörshausen, Kurhessen; evangelisch. Besuchte das Gymnasium zu Fulda, die Universität Marburg a. Lahn, 1895: Redakteur der Wochenschrift „Hilfe" in Frankfurt a. M., später in Berlin. 1905: Redakteur der „Nation" und Generalsekretär der Freisinnigen Vereinigung, 1910: Generalsekretär der Fortschrittlichen Volkspartei, seit 1911 Schriftsteller. 1902—1908: Gemeindeverordneter in Steglitz, 1912: Mitglied des Reichstags und 1913 Mitglied des Hauses der Abgeordneten. Politische und sozialpolitische Aufsätze in vielen Zeitschriften und Tageszeitungen.

(Bild Seite 249, Platz Nr. 102.)

Weiß, Konrad; Stadtschulrat in Nürnberg. Wahlkr. 26 (Reg.-Bez. Ober-, Mittel- und Unterfranken). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 10. März 1863 in Altdorf bei Nürnberg; protestantisch. Besuchte die Volksschule in Altdorf, von 1876—1881 die Lehrerbildungsanstalten in Neustadt und Altdorf, 1891 Mittelschullehrerprüfung in Kassel, 1886 Lehrer in Fürth, 1887 Lehrer in Nürnberg, 1897 Inspektor an der gewerblichen Fortbildungsschule, 1900 an der Sim.-Schule, 1903 Stadtschulinspektor in Nürnberg, 1911 Stadtschulrat in Nürnberg, Mitglied der Kreisschulkommission, 1893—1898: Mitglied des Deutschen Reichstags, 1893—1911 Mitglied des Gemeindekollegiums in Nürnberg, seit 1893 Mitglied des Mittelfränkischen Landrats, zweiter Präsident des Landrats. Schriften: „Die gewerbliche Ausbildung der Jugend", „Lesebücher für Knaben- und Mädchenfortbildungsschulen".

(Bild Seite 349, Platz Nr. 346.)

Wels, Otto; Parteisekretär in Friedrichshagen bei Berlin. Wahlbez. 6 (Reg.-Bez. Frankfurt a. O.). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 15. September 1873 zu Berlin. Besuchte Volksschule zu Berlin, lernte das Tapeziererhandwerk. Arbeitete in Süd- und Norddeutschland. 1906: Angestellter des Verbandes der Tapezierer, seit 1907 Parteisekretär für die Provinz Brandenburg und seit 1913 Mitglied des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. In kommunalen Ehrenämtern der Stadt Berlin — Armen- und Schulkommission — ehrenamtlich tätig, ebenso als Vorsitzender der Arbeitnehmer in der Handwerkskammer Berlin-Potsdam. Seit 1912 Abgeordneter für den Reichstagswahlkreis Calau-Luckau (Frankfurt a. O. 10). Mit Ausbruch der Revolution Erster Kommandant von Berlin. Rücktritt: 28. Dezember 1918.

(Bild Seite 321, Platz Nr. 21.)

Wendorff, Hugo, Dr. phil.; Staatsminister in Schwerin i. M. Wahlkr. 35 (Mecklenburg). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 16. Dezember 1864 zu Stralsund; evangelisch. Besuchte Gymnasium zu Stralsund, höhere Bürgerschule zu Wriezen,

Abiturium am Realgymnasium zu Greifswald, studierte zu Halle und Bonn Landwirtschaft und Nationalökonomie, widmete bereits vor der Studienzeit zwei Jahre 1883—1885 der praktischen Erlernung der Landwirtschaft und war im Anschluß daran bis 1886 noch in einigen landwirtschaftlichen Betrieben tätig, promovierte 1890 in Halle zum Dr. phil. und wirkte darauf wieder zwei Jahre als praktischer Landwirt. Seit 1902 Leitung des väterlichen Gutes Toitz bei Nossendorf i. P., zunächst als Pächter und seit 1907 als Besitzer, verkaufte dann während des Krieges das Gut, um die weitere Lebensarbeit völlig dem Wohl des mecklenburgischen Landes zu widmen, dessen Reichstagsabgeordneter er durch die Wahl im früheren 4. mecklenburgischen Wahlkreise Malchin-Waren im Jahre 1912 geworden war. Seit 26 Jahren politisch tätig, Verfasser von „Zwei Jahrhundert landwirtschaftlicher Entwicklung auf drei Stolberger Domänen" und zahlreicher anderer Schriften. Anerkannte Autorität in Fragen der inneren Kolonisation, der Zollpolitik, der Landarbeiterangelegenheiten sowie der Wirtschaftspolitik. Seit dem 8. November 1918 Mitglied und Präsident des mecklenburg-schwerinschen Staatsministeriums, seit dem 26. Januar 1919 Mitglied des verfassunggebenden mecklenburg-schwerinschen Landtags.

(Bild Seite 349, Platz Nr. 79.)

Wetzlich, Johannes Oskar; Kaufmann und Glasermeister, Stadtrat in Dresden. Wahlkr. 28 (1. Sachsen). — Deutschnationale Volkspartei. —

Geboren am 14. Juni 1871 zu Dresden; evangelisch-lutherisch. Besuchte die Bürgerschule und das Realgymnasium in Dresden, erlernte 1887—1891 erst praktisch das Glaserhandwerk, hierauf kaufmännische Lehrzeit 1891—1896, verschiedene berufliche Stellungen, seit 1896 selbständig in Dresden, von August 1914 bis Mai 1916 im Heeresdienste. 1908—1917 Stadtverordneter, seit 1917 Stadtrat in Dresden.

(Bild Seite 356, Platz Nr. 251.)

Wieber, Franz; Former (Eisengießer), Vorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes in Duisburg. Wahlkr. 23 (Reg.-Bez. Düsseldorf 2). — Zentrum. —

Geboren am 24. März 1858 zu Hünhan, Hessen; katholisch. Besuchte im Heimatsort die Volksschule. Erlernte die Formerei und war darin tätig bis zum Jahre 1901, von 1879—1882 Soldat im 56. Inf.-Reg., seit 1885 in der Arbeiterbewegung tätig. Gründer einer Anzahl Fachvereine der Former und Metallarbeiter im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, 1899: Mitbegründer des Christlichen Metallarbeiterverbandes und seit dieser Zeit dessen erster Verbandsvorsitzender, Mitglied des Vorstandes des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, Mitglied des Provinzialausschusses der rheinischen Zentrumspartei, Stadtverordneter seit dem Jahre 1909.

(Bild Seite 336, Platz Nr. 417.)

Wieland, Philipp, Dr.-Ing., Fabrikant in Ulm a. D. Wahlkreis 31/32 (Württemberg). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 10. April 1863 zu Ulm a. D.; evangelisch. Besuchte das Gymnasium in Ulm, Realgymnasium in Stuttgart, Ecole industrielle cantonale in Lausanne, Bergakademie in Clausthal. Messingfabrikant, Teilhaber der Firmen: Wieland u. Co. in Ulm, Deutsche Deltametallgesellschaft in Düsseldorf. Mitglied der Württembergischen zweiten Kammer 1909—1918 (Nationalliberale Partei), Mitglied der Württembergischen Landesversammlung, 1890—1893 Mitglied des Bürgerausschusses, 1893 bis heute Mitglied des Gemeinderats in Ulm.

(Bild Seite 349, Platz Nr. 345.)

Winkelmann, Carl; Verbandsangestellter in Bremen. Wahlkr. 37 (Hamburg, Bremen und Reg.-Bez. Stade). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 14. Dezember 1865 zu Ehndorf, Kreis Kiel in Holstein; evangelisch. Besuchte in Hamburg die Volksschule, erlernte dann das Böttcherhandwerk, arbeitete bis 1897 im Berufe, übersiedelte 1897 nach Bremen, Vorsitzender des Verbandes der Böttcher Weinküfer und Hilfsarbeiter Deutschlands in Bremen.

(Bild Seite 321, Platz Nr. 408.)

Winnefeld, August; Bergmann in Günnigfeld bei Wattenscheid. Wahlkr. 18 (Reg.-Bez. Arnsberg). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 24. August 1877 zu Negenborn, Kreis Holzminden; evangelisch. Besuchte die Volksschule vom 1. Oktober 1882 bis 1. April

1891 zu Negenborn, erlernte von 1891—1894 das Steinhauerhandwerk (Steinmetz), als solcher bis zum 1. April 1901 tätig. Vom 1. April 1901 bis jetzt von Beruf Bergmann (Kohlenhauer). Seit 1903 in der christlichen Gewerkschaft tätig neben dem Beruf, seit längeren Jahren Führer einer Ortsgruppe. Gemeindeverordneter.

(Bild Seite 300, Platz Nr. 330.)

Winnig, August; Gewerkschaftsbeamter in Hamburg. Wahlkr. 7 (Provinz Pommern). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 31. März 1878 zu Blankenburg am Harz; evangelisch-lutherisch. Besuchte neun Jahre die dreiklassige Volksschule in der Heimat, lernte Maurer diente 1900—1902 im Inf.-Reg. Nr. 46, wurde 1905 Redakteur des Maurerfachblattes. Seit 1913 Mitglied der hamburgischen Bürgerschaft. Zurzeit Reichskommissar des Ostens und Gesandter bei der provisorischen Regierung Esthlands und Lettlands. Schriften: „Preußischer Kommiß" 1910, „Der große Kampf" 1911, mehrere Kriegsbücher, biographische Erzählung „Frührot" 1919.

(Bild Seite 322, Platz Nr. 388.)

Wirth, Joseph, Dr. phil.; Professor in Freiburg i. Br. Wahlkr. 35 (Baden). — Zentrum. —

Geboren am 6. September 1879 zu Freiburg i. Br.; katholisch. Schulbesuch in Freiburg, Universität Freiburg; studierte Mathematik, Naturwissenschaften, Nationalökonomie, 1905 promoviert, 1908 Professor am Realgymnasium in Freiburg i. Br. 1911 Stadtverordneter, 1913 Landtagsabgeordneter, 1914 Reichstagsabgeordneter, 1919 Mitglied der badischen Nationalversammlung, 1918 badischer Finanzminister.

(Bild Seite 336, Platz Nr. 106.)

Wissell, Rudolf; Arbeitersekretär in Treptow b. Berlin. Wahlkreis 4 (Reg.-Bez. Potsdam 1). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 8. März 1869 zu Göttingen; Dissident. Besuchte die Volksschule in Bremen von 1876—1883, lernte von 1883—1887 als Maschinenbauer und war im Berufe tätig bis 1900, dann Arbeitersekretär in Lübeck bis 1908, von da ab Zentralarbeitersekretariat in Berlin. War 1905—1908 Mitglied der Lübecker Bürgerschaft. 1918 in der Nachwahl zum Reichstag im Kreise Niederbarnim gewählt.

(Bild Seite 322, Platz Nr. 19.)

Witthoeft, Franz Heinrich; Kaufmann in Hamburg. Wahlkr. 37 (Hamburg, Bremen und Reg.-Bez. Stade). — Deutsche Volkspartei. —

Geboren am 19. November 1863 zu Kirchwärder, Landherrenschaft Bergedorf; evangelisch-lutherisch. Besuchte die höhere Bürgerschule von Nirrnheim in Hamburg bis zum 17. Jahre, ging nach beendeter Lehrzeit von jetziger Firma Arnold Otto Meyer für kurze Zeit nach Antwerpen und dann Anfang 1885 nach Singapore, wo er 16 Jahre verblieb, seit Ende 1900 dauernd in Hamburg ansässig. Präses der Handelskammer in Hamburg, Vorsitzender des Wirtschaftsrats in Hamburg.

(Bild Seite 360, Platz Nr. 276.)

Wolff, Theodor; Parteisekretär in Tilsit. Wahlkr 1. (Provinz Ostpreußen). — Sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 31. Januar 1875 zu Forst in Lausitz; Dissident. Besuchte die städtische Volksschule in Forst, erlernte daselbst die Dekorationsmalerei, arbeitete in verschiedenen Orten Deutschlands und der Schweiz als Gehilfe, von 1899—1913 in Breslau tätig. Kriegsteilnehmer von 1914—1918. Seit den Jugendjahren für die Partei und Gewerkschaften durch Wort und Schrift tätig. Besuchte von 1909 bis 1910 die Parteischule in Berlin. Seit Ostern 1913 als Parteisekretär in Tilsit tätig.

(Bild Seite 322, Platz Nr. 407.)

Wurm, Emanuel; Schriftsteller. Wahlkr. 36 (Thüringen). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 16. September 1857 zu Breslau; mosaisch. Besuchte die Gymnasien zu Breslau und Berlin, studierte an der Universität zu Breslau 1876—1880 Chemie, leitete Essig- und Preßhefefabriken in Deutschland und Rußland, redigierte in Wien ein Fachblatt für Spiritusindustrie, begründete 1888 und leitete bis 1890 den Konsumverein „Vorwärts" in Dresden, war von Oktober 1890 bis Ende 1893 Redakteur des sozialdemokratischen Tageblattes „Volkswille", Hannover. Stadtverordneter von Berlin seit 1900, Mitglied des Reichstags von 1890—1906 und 1912—1918. Von November 1918 bis Februar 1919 Staatssekretär des Reichsernährungsamts. Vorsitzender des Vereins

Arbeiterpresse, Herausgeber des „Volksfreund", Illustrierte Wochenschrift 1888, Herausgeber des „Volkslexikon", 5 Bände, Nürnberg 1894—1898, 1902—1917 Redakteur der „Neuen Zeit", Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, Berlin-Friedenau. Verfasser von: „Die Volksernährung, wie sie ist und wie sie sein soll" 1888, „Die Naturerkenntnis im Lichte des Darwinismus" 3. Aufl. 1891, „Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter" 1892, „Gesundheitsschutz in Staat, Gemeinde und Familie" 1901, „Alkoholfrage und Sozialdemokratie" 1908, „Finanzgeschichte des Deutschen Reichs" 1910, „Die Alkoholgefahr" 1912, „Die Teuerung und ihre Bekämpfung" 1915, „Die Übergangswirtschaft und die Arbeiter" 1918.

(Bild Seite 363. Platz Nr. 183.)

Zawadzki, Constantin; Tischlermeister und Möbelkaufmann in Beuthen Oberschl. Wahlkr. 10 (Reg.-Bez. Oppeln). — Zentrum. —

Geboren am 5. Mai 1866 zu Ratibor, Oberschl.; katholisch. Besuchte die Volksschule in Ratibor; nach vollendeter Lehrzeit Wanderschaft. In verschiedenen Orten des In- und Auslandes gearbeitet. Von 1886—1889 Soldat. Seit 1890 Tischlermeister in Beuthen, Oberschl. Seit 1899 Obermeister der Tischlerinnung, Mitglied der Handwerkskammer zu Oppeln. Am 1. September 1914 als Kriegsfreiwilliger eingestellt, Feldzug gegen Rußland, Eisernes Kreuz 2. Klasse. Seit 18 Jahren Mitglied der Stadtverordnetenversammlung.

(Bild Seite 337. Platz Nr. 418.)

Zehnter, Johann Anton, Dr. jur. h. c.; Oberlandesgerichtspräsident in Karlsruhe, Baden. Wahlkr. 33 (Baden). — Zentrum. —

Geboren am 24. März 1851 zu Messelhausen, Baden; katholisch. Besuchte die Volksschule zu Messelhausen von 1857—1863, das Gymnasium zu Tauberbischofsheim 1866—1870, das Lyzeum zu Wertheim a. M. von 1870—1872, die Universitäten Würzburg 1872—1873, Heidelberg von 1873—1875. Machte 1875 das erste, 1878 das zweite juristische Staatsexamen in Baden. Wurde 1879 als Sekretär im Ministerium des Großh. Hauses und der Justiz angestellt, 1881 Staatsanwalt in Mosbach, 1882 Landgerichtsrat daselbst, 1883 in Konstanz, zugleich Untersuchungsrichter, 1890 in Karlsruhe, 1892 Oberlandesgerichtsrat daselbst, 1892—1894 zugleich richterliches Mitglied des

badischen Landesversicherungsamts, 1894 Landesgerichtsdirektor in Mosbach, 1895 in Mannheim, 1904 Landesgerichtspräsident in Offenburg, 1910 in Heidelberg, 1918 Oberlandesgerichtspräsident in Karlsruhe, 1906 von der Universität Freiburg i. Br. zum juristischen Ehrendoktor ernannt. Abgeordneter der badischen zweiten Kammer von 1899—1918, 1905—1906 erster Vizepräsident, 1917—1918 Präsident derselben. Seit 1. Februar 1918 Mitglied der badischen Ersten Kammer. Mitglied des Reichstags von 1898—1918. „Die Führung zahnärztlicher Titel und des Doktortitels" 1893, 2. Aufl. 1906, „Der Antrag Kanitz" 1895, „Geschichte der Juden in der Markgrafschaft Baden-Baden" (Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins, Bd. 11), „Geschichte der Juden in der Markgrafschaft Baden-Durlach (ebendas. Bd. 12 u. 15), „Die deutsch-amerikanischen Petroleumverträge" 1898, „Geschichte des Ortes Messelhausen" 1901, „Das Reichsgesetz über die privaten Versicherungsunternehmen" 1902, „Das badische Vermögenssteuergesetz" 1906, 2. Aufl. 1911, „Das Reichsgesetz über den Versicherungsvertrag" 1910. Geschichtliche, juristische und wirtschaftliche Aufsätze.

(Bild Seite 337, Platz Nr. 59.)

Zettler, Marie; Landessekretärin des Bayer. Landesverbandes des Kath. Frauenbundes in München. Wahlkr. 24 (Reg.-Bez. Oberbayern und Schwaben). — Zentrum. —

Geboren am 13. November 1885 zu Mering Oberbayern; katholisch. Besuchte Höhere Töchterschule in Pasing von 1898—1901, einen volkswirtschaftlichen Kursus Sommer 1911 und einen Kursus der Sozialen und charitativen Frauenschule in München 1911 und 1912—13, 1912: Anstellung als Sozialsekretärin. Redaktion des „Bayer. Frauenland".

(Bild Seite 337, Platz Nr. 119.)

Ziegler, Paul; Gewerkvereinssekretär, Bezirksleiter des Gewerkvereins deutscher Metallarbeiter (H.-D.) in Siegen. Wahlkr. 18 (Reg.-Bez. Arnsberg). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 15. September 1871 zu Barmen; evangelisch. Besuchte die Volksschule in Barmen, lernte Schlosser, arbeitete als

solcher in verschiedenen Maschinenfabriken. 1904 **Lokalbeamter**, 1905 Bezirksleiter des Gewerkvereins deutscher Metallarbeiter H.-D. Seit 1910 Stadtverordneter in Siegen. Mitglied der Lebensmittelverwaltungsdeputation. Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse. Mitarbeiter in gewerkschaftlichen Organen. Veröffentlicht während des Krieges: Kriegslöhne und Kriegsgewinne in der Siegerländer Metallindustrie 1918.

(Bild Seite 354, Platz Nr. 366.)

Zietz, geb. Körner, Luise; Sekretärin in Berlin. Wahlkr. 5 (Berlin). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 25. März 1865 zu Bargteheide, Holstein; evangelisch. Besuchte die Volksschule, später die Fröbelschule zur Ausbildung als Kindergärtnerin, seit dem Jahre 1892 innerhalb der Sozialdemokratie agitatorisch und organisatorisch und schriftstellerisch auf politischem und sozialpolitischem Gebiete tätig. Verfasserin der Schriften: „Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit", „Zur Frage des Mutter- und Säuglingsschutzes", „Die Frauen und der politische Kampf", „Wie gewinnen wir die Frauen für das politische Leben?", „Die Sozialdemokratie und die Landarbeiter" u. a. m.

(Bild Seite 364, Platz Nr. 182.)

Zöphel, Karl Georg; Rechtsanwalt in Leipzig-Gohlis. Wahlkreis 29 (Sachsen 2). — Deutsche demokratische Partei. —

Geboren am 6. Oktober 1869 zu Reichenbach i. V.; evangelisch-lutherisch. Besuchte in Leipzig Bürgerschule und von 1880—1888 Kgl. Albert-Gymnasium, studierte von 1888—1892 auf den Universitäten Leipzig, München, Freiburg. Von 1907—1918 Abgeordneter des sächsischen Landtags, Syndikus verschiedener wirtschaftlicher Verbände. Verfaßte sozialpolitische Aufsätze in den Tagesblättern.

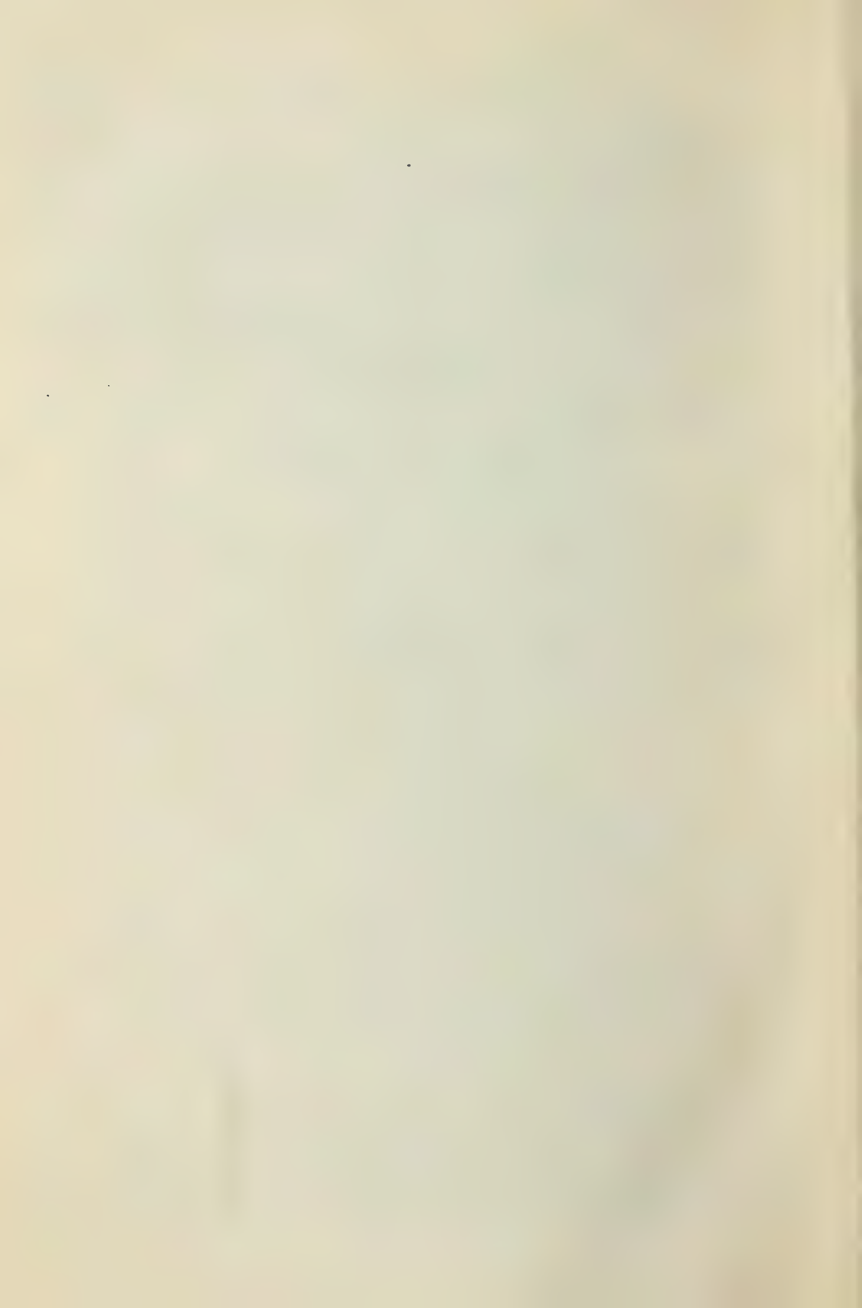
(Bild Seite 349, Platz Nr. 327.)

Zubeil, Friedrich; Expedient in Berlin. Wahlkr. 5 (Potsdam). — Unabhängige sozialdemokratische Partei. —

Geboren am 11. Januar 1848 zu Großlessen, Kreis Grünberg (Schlesien); Dissident. Besuchte die Volksschule in Grünberg (Schlesien),

später die Gewerbeschule, erlernte vom 14. bis 18. Jahre das Tischlerhandwerk, besuchte auf der Wanderschaft verschiedene Orte Deutschlands, von 1872—1890 ununterbrochen als Tischlergeselle in Berlin tätig. Im Jahre 1890 in Berlin zum Stadtverordneten gewählt, gemaßregelt, dadurch vom erlernten Beruf zum Gastwirt übergehend, gab den Gastwirtsberuf am 1. Oktober 1898 auf, seitdem Expedient im Zeitungsverlag. Für die Partei ununterbrochen seit 1872 tätig. Seit 1893 bis zum 9. November 1918 Mitglied des Reichstags (Potsdam 10, Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg). Am 19. Januar 1919 wiedergewählt zur Nationalversammlung. Stadtverordneter in Berlin seit 1890.

(Bild Seite 364, Platz Nr. 181.)





Auer



Bader



Baudert



Bauer



Becker (Oppeln)



Beims



Bender (Magdeburg)



Bias



Binder (Pfalz)



Frau Blos



Dr. Boerichmann



Frau Bollmann


Braun (Düsseldorf)


Dr. Braun (Franken)


Brey


Brühne


Buck


Budde



Burgau



Dr. David



Davidsohn



Deichmann



Dietrich (Liegnitz)



Dröner


Ebert


Frau Eichler


Endres


Ernst


Feldmann

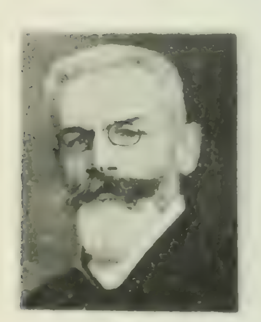

Fischer (Berlin)



Fischer (Hannover)



Frohme



Geck



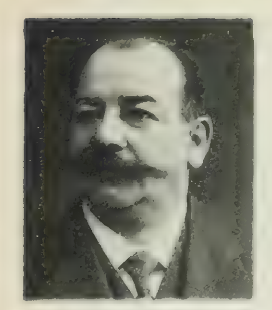
Gehl



Giebel



Girbig



Gölzer



Dr. Gradnauer



Gruber



Haack



Hausmann



Hasenzahl



Frau Hauke



Heimann



Heine (Dessau)



Hellmann



Hense



Hierl (Franken)



Hildenbrand



Hoch



Frau Höfs



Hörsing



Hoffmann (Pfalz)



Hofmann (Schwarzburg)


Holl


Hue


Hug


Jäcker


Janschek


Jantzen



Dr. Jasper



Frau Juchacz



Jungnickel



Frau Kähler



Käppler



Kahmann



Katzenstein



Keil



Kenngott



König



Körsten



Kotzur



Krätzig



Krüger (Mecklenburg)



Krüger (Potsdam)



Kürbis



Kuntze



Landsberg



Legien



Lesche



Liebig



Frau Lodahl



Löbe



Löffler


Lübbring


Frau Lührs


Lüttich


Frau Lutze


Maurerer


Meerfeld


Meier (Sachsen)


Michelsen


Molkenbuhr


Müller (Breslau)


Müller (Potsdam)


Noske (Sachsen)



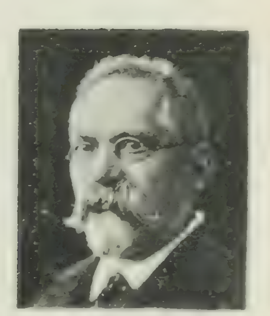
Obermeyer



Osterroth



Panzer



Pfannkuch



Frau Pfülf



Pinkau



Pokorny



Dr. Quarck



Dr. Quessel



Rauch



Reck



Reißhaus



Frau Reitze



Riedmiller



Rodemann



Frau Röhl (Cöln)



Röhle (Sachsen)



Rückert



Frau Ryneck



Sachse



Saenger



Salm



Schäfer



Schädlich



Scheidemann



Frau Schilling



Schlicke



Schlüter



Schmidt (Berlin)



Schmidt (Frankfurt)


Schmidt (Sachsen)


Schöpflin


Schreck


Frau Schroeder


Frau Schuch


Schulz (Westpreußen)



Schulz (Ostpreußen)



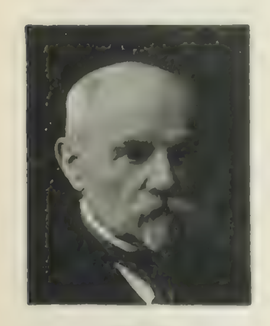
Schulz (Posen)



Schumann



Severing



Sidow



Silberschmidt


Simon (Schwaben)


Frau Simon (Westpreußen)


Dr. Sinzheimer


Sollmann


Stahl


Starosson


Steinkopf


Steinmayer


Stelling


Stock


Stolten


Stücklen



Taubadel



Frau Tesch (Hessen-Nassau)



Thabor



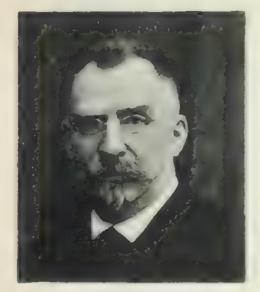
Thiele



Thöne



Trinks



Ulrich



Vesper



Vogel



Voigt (Breslau)



Wels



Winkelmann



Winnig



Wissell



Wolff

Zentrum.



Allekotte



Andre



Astor



Becker (Arnsberg)



Becker (Nassau)



Dr. Bell



Bergmann



Dr. Beyerle



Bitta



Blank



Blum



Bolz



Dr. Brauns (Cöln)



v. Brentano di Tremezzo



Burlage



Diez



Frau Dransfeld



Ehrhardt



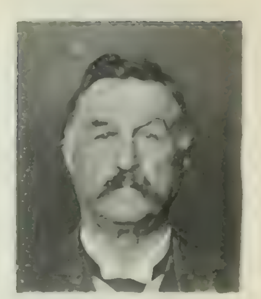
Ersing



Erzberger



Farwick



Fehrenbach



Dr. Fleischer



Frerker



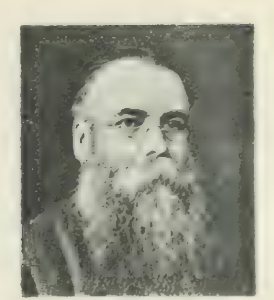
Gerstenberger



Giesberts



Gilsing



Gröber



Grunau



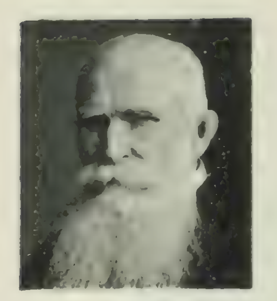
Hagemann



Hebel



Dr. Heim



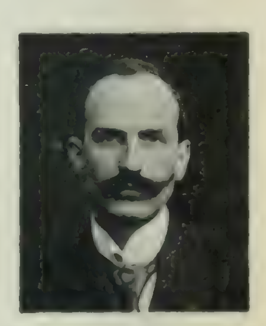
Herold



Dr. Herschel



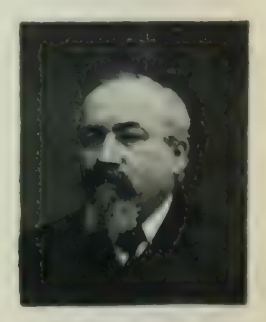
Dr. Hitze



Hofmann (Ludwigshafen)



Imbusch



Irl (Oberbayern)



Jaud



Joos



Dr. Kaas (Trier)



Koch (Münster)



Koßmann



Krenß



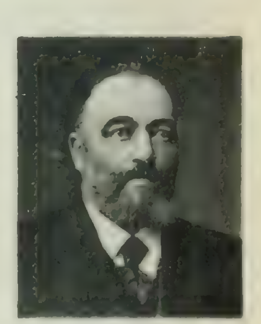
Kubetzko



Legendre



Leicht



Lensing



Marx



D. Mausbach



Dr. Marx



Dr. Mayer (Schwaben)



Müller (Fulda)



Nacken



Frau Neuhaus



Neyses



Ollmert



Dr. Otte



Dr. Pfeiffer



Puschmann



Rheinlander



Richter (Pfalz)


Sagawe


Schefbeck


Schiffer (Münster)


Schirmer


Schlack


Dr. Schmitt (Hessen)



Frau Schmitz



Schneider (Franken)



Schümmer



Schwarz (Hessen-Nassau)



Schwarzer (Oberbayern)



Dr. Spahn


Stapfer


Stegerwald


Strzoda


Szczeponik


Dr. Taucher


Frau Teusch


Tremmel


Trimborn


Ulitzka


Frau Weber


Wieber


Dr. Wirth


Dr. Zehnter


Zawadzki


Frau Zettler

Deutsche demokratische Partei.


Dr. Ablaß

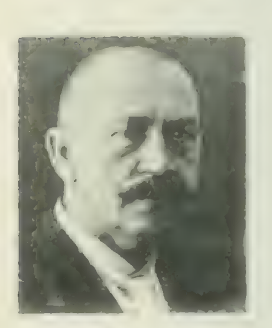

Baerwald



Frau Dr. Bäumer



Bahr



Bartschat



Frau Dr. Baum



Dr. Blunck



Dr. Bohme (Magdeburg)



Dr. Böhmert (Bremen)



Brodauf



Frau Brönner



Bruckhoff



Delius



Dr. Dernburg



Dietrich (Baden)



Frau Ekke



Engelhard



Erkelenz



Falk



Fischbeck



Franke



Gleichauf



Gothein



Grünewald



Günther



Dr. Haas (Baden)



Hartmann (Berlin)



Haußmann



Heile



Henrich



Hermann (Württemberg)



Dr. Herrmann (Posen)



Hesse



Kerschbaum



Frau Kloss



Koch (Cassel)



Koch (Hamburg)



Koch (Merseburg)



Dr. Ritter v. Langheinrich



Lippmann



Lockenvitz



Dr. Ludewig



Dr. Luppe



D. Naumann



Dr. Neumann-Hofer



Nitzschke



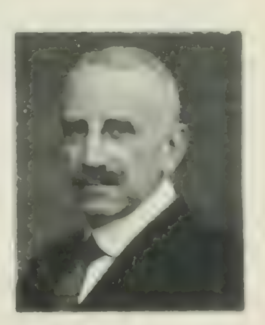
Nuschke



Dr. Pachnicke



v. Payer



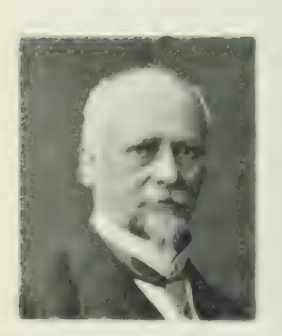
Dr. Petersen



Pick



Pohlmann



Dr. Quidde



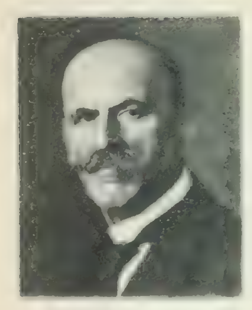
Dr. Raschig



Remmers



Freiherr v. Richthofen



Schiffer (Magdeburg)



Schmidthals



Schneider (Sachsen)



Dr. Schücking



Dr. Seyfert



Stehr



Siwkovich



Steinsdorff



Tantzen



Dr. Vershofen



Wachhorst de Wente



Waldstein



Weinhausen



Weiß



Dr. Wendorff



Dr.-Ing. Wieland



Ziegler



Dr. Zöphel

Deutschnationale Volkspartei.



Arnstadt



Baerecke



Frau Behm



Behrens



Biener



Bruhn



Deglerk



Dr. v. Delbrück



Dietrich (Potsdam)



Dr. Duringer



Frau v. Gierke



v. Graefe



Hampe (Hospitant)



Dr. Hartmann (Oppeln)



Dr. Hugenberg



Jandrey



Knollmann



Koch (Düsseldorf)



Dr. Költzsch



Kraut



Kreft



Laverrenz



Malkewitz



D. Mumm



Noske (Frankfurt)



Dr. Oberfohren



Ohler



Dr. Philipp



Dr. Graf v. Posadowsky-Wehner



Richter (Ostpreußen)



Dr. Roesicke



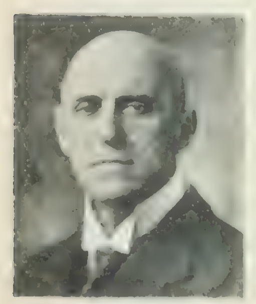
Schiele



Frau Dr. Schirmacher



Schultz (Bromberg)



Dr. Semmler



D. Traub



Veidt



Vogt (Württemberg)



Wallbaum



Warmuth



Weilnbock



Wetzlich

Deutsche Volkspartei.



Aßmann



Dr. Becker (Hessen)



Beuermann



Dr. Graf zu Dohna



Dusche



Dr. Heinze


Dr. Hugo


D. Dr. Kahl


Kempkes


Dr. Maretzky


Frau Mende


Dr. Mittelmann



Dr. Most



Oertel



Reineke



Dr. Rießer



Dr. Runkel



Dr. Stresemann



Vögler



Dr. Weidtman



Winnefeld



Witthoefft

Unabhängige Sozialdemokraten.



Frau Agnes



Bock



Brass



Brühl



Dr. Cohn



Düwell



Eichhorn



Geyer (Leipzig)



Dr. Geyer (Sachsen)



Haase (Berlin)



Henke



Frau Hübler



Koenen



Kunert



Laukant



Merges



Raute



Seger



Simon (Franken)



Wurm



Frau Zietz



Zubeil

Verschiedene Parteien.

Deutsch-Hannoversche Partei.



Alpers



Colshorn
(Hospitant des Zentrums.)



Langwost

Schleswig-Holstein. Bauern- u. Landarbeiterdemokratie.



Thomsen
(Hospitant der deutschen demokratischen Partei.)

Bayerischer Bauernbund.



Dirr



Eisenberger



Gandorfer



Männer

Bei keiner Partei.



Gebhart

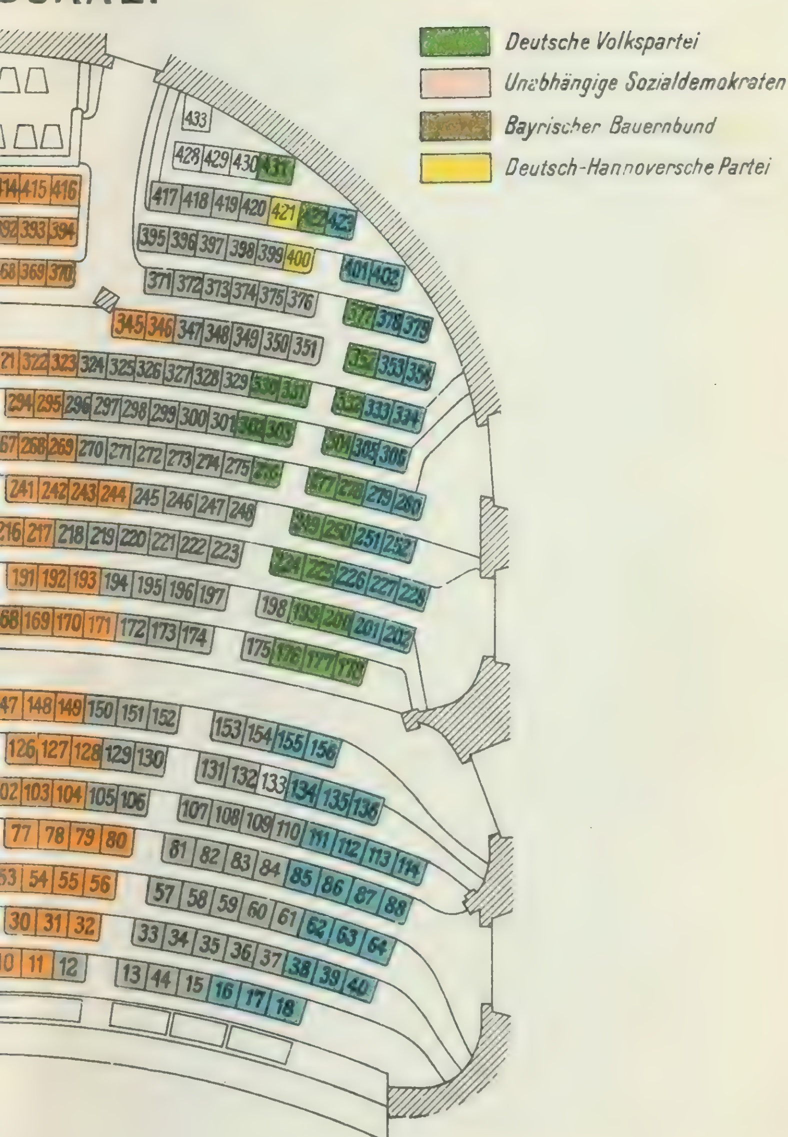


SITZUN

- *Sozialdemokraten*
- *Zentrum*
- *Deutsche Demokratische Partei*
- *Deutschnationale Volkspartei*

432
424 425 426 427
403 404 405 406 407 408 409
410 411 412
382 383 384 385 386 387
388
380 381
358 359 360 361 362 363
366
355 356 357
338 339 340 341 342 343 344
335 336 337
310 311 312 313 314 315 316 317 318 319 320
307 308 309
284 285 286 287 288 289 290 291 292 293
281 282 283
257 258 259 260 261 262 263 264 265 266
253 254 255 256
233 234 235 236 237 238 239 240
229 230 231 232
208 209 210 211 212 213 214 215
203 204 205 206 207
184 185 186 187 188 189 190
179 180 181 182 183
161 162 163 164 165 166 167
157 158 159 160
141 142 143 144 145 146
137 138 139 140
121 122 123 124 125
115 116 117 118 119 120
97 98 99 100 101
89 90 91 92 93 94 95 96
73 74 75 76
65 66 67 68 69 70 71 72
49 50 51 52
41 42 43 44 45 46 47 48
27 28 29
19 20 21 22 23 24 25 26
7 8 9
1 2 3 4 5 6

SSAAL.


Deutsche Volkspartei
Unabhängige Sozialdemokraten
Bayrischer Bauernbund
Deutsch-Hannoversche Partei

